G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Martin Hall
Heute Indochina — morgen die ganze Welt?

Karl Ihmels
„Alleinvertretungsanspruch" und „besondere Beziehungen"

Conrad Schuhler
Angela Davis und die „Einheitsfront gegen den Faschismus"

Rainer Rilling
Zur Forschungspolitik der SPD/FDP-Regierung

Erich Frister
Gewerkschaft und Wissenschaft

3'71

März 1971 Einzelheft 4,00 Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

März 1971

CHRONIK DES MONATS FEBRUAR 1971 225

KOMMENTARE UND BERICHTE

Heute Indochina — morgen die ganze Welt? . *Martin Hall, Los Angeles* 228

Sackgasse Berlin . . . . . *Harold Rasch* 232

SPD-Abgrenzung . . . . . *Karl D. Bredthauer* 234

HAUPTAUFSÄTZE

Zur politischen Funktion des „Alleinvertretungsanspruchs" und der „besonderen Beziehungen" . . . . . *Karl Ihmels* 237

Das sowjetische „Ultimatum" vom 27. November 1958. Versuch einer Korrektur unseres bisherigen Geschichtsbildes . . . . . *Helmut R. Külz* 246

Angela Davis und die „Einheitsfront gegen den Faschismus" in den USA . . . . . *Conrad Schuhler* 261

Zur Forschungspolitik der SPD/FDP-Regierung . . . . . *Rainer Rilling* 273

Gewerkschaft und Wissenschaft . . . . . *Erich Frister* 288

Uganda: Ein Militärregime mehr . . . . . *Volker Weyel* 294

FERNSEH-SPALTE

Heile Welt . . . . . *E. H. Wahl* 310

BÜCHER

Bundesregierung, Materialien zum Bericht zur Lage der Nation . . . . . *Wolfgang Plat* 311

Heinrich Brüning, Memoiren 1918—1934 . . . . . *Harold Rasch* 314

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Vertrag über das Verbot der Placierung von Kernwaffen und anderen Waffen der Massenvernichtung im Meeresbett, auf dem Meeresboden und dem Untergrund hiervon (Wortlaut) 317

Artikel der „Prawda" zu Fragen der europäischen Sicherheit vom 13. Februar 1971 (Wortlaut) 320

Kommuniqué der Beratung der Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten in Bukarest am 18./19. Februar 1971 (Wortlaut) 323

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Sechzehnter Jahrgang · Heft 3/1971

Herausgeber

HILDE BENTELE
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHOFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

Chronik des Monats Februar 1971

1. 2. — Laos. Die Pathet-Lao-Bewegung ersucht die Ko-Präsidenten der Genfer Indochina-Konferenz von 1954, Großbritannien und die Sowjetunion, „dringende und wirksame Maßnahmen" gegen eine Intensivierung der amerikanischen Aktivitäten in Laos zu ergreifen. In der Erklärung heißt es, US-Kampfflugzeuge hätten in der letzten Zeit täglich zwischen 300 und 400 Einsätze geflogen und dabei bis zu 3000 Tonnen Bomben abgeworfen. — Am 3. 2. meldet die „Washington Post", an der Grenze zwischen Südvietnam und Laos stünden 25 000 südvietnamesische und 9000 amerikanische Soldaten bereit. — Am 8. 2. wird der Einmarsch südvietnamesischer Streitkräfte nach Laos offiziell bekanntgegeben und als zeitlich und räumlich begrenzte Aktion bezeichnet. In Washington erklärt Unterstaatssekretär Henkin aus dem Pentagon, die amerikanischen Streitkräfte gewährten den „jetzigen Operationen der südvietnamesischen Bodentruppen gegen feindliche Schlupfwinkel" lediglich „Luftunterstützung". — Am 11. 2. spricht die Delegationsleiterin der Revolutionsregierung Südvietnams, Frau Binh, auf der 102. Sitzung der Pariser Vietnam-Konferenz von zehn US-Infanterie- und Artillerie-Bataillonen sowie Panzereinheiten, die auf laotischem Territorium im Einsatz seien.

2. 2. — Naher Osten. UN-Generalsekretär U Thant stellt den Mitgliedern des Sicherheitsrates einen ersten Bericht über den bisherigen Verlauf der „Jarring-Mis-

sion" zu und appelliert an die beteiligten Parteien, die bis zum 5. Februar vereinbarte Waffenruhe am Suez-Kanal weiter einzuhalten. — Am 4. 2. schlägt Staatspräsident Sadat in einer Rede vor der Nationalversammlung in Kairo vor, den Kanal wieder zu öffnen, falls Israel seine Truppen vom Ostufer zurückziehe. Dieser Teilrückzug könne die erste Phase eines auszuarbeitenden Zeitplanes zur Erfüllung der UN-Resolution vom November 1967 sein. — Am 9.2. äußert sich Ministerpräsident Frau Meir vor dem Parlament in Jerusalem ausweichend zu den Vorschlägen des VAR-Präsidenten. — Am 15. 2. läßt die ägyptische Regierung in einem Aide-memoire an Botschafter Jarring erstmalig ihre Bereitschaft erkennen, einen Friedensvertrag mit Israel zu schließen. — Am 22. 2. publiziert das israelische Kabinett nach einer längeren Beratung eine Stellungnahme, die die ägyptische Bereitschaft zu einem Friedensvertrag „positiv" beurteilt, aber gleichzeitig betont: „Die israelische Regierung besteht auf ihrer Haltung, wie sie von der Knesset bestätigt wurde, daß Israel sich nicht auf die Waffenstillstandslinien vom 4. Juni 1967 zurückziehen wird." — Am 28. 2. deutet König Hussein von Jordanien in einem Interview mit der Londoner Wochenzeitung „Observer" ebenfalls die Möglichkeit einer friedensvertraglichen Regelung und einer Anerkennung Israels durch die arabischen Länder an, unter der Bedingung, daß Israel alle besetzten Gebiete freigebe. Über kleinere Grenzkorrekturen könne bilateral verhandelt werden.

4. 2. — B e r l i n. Nach einem Empfang bei Ministerpräsident Stoph in Ostberlin erklärt der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW), Gerhard Danelius, die DDR-Regierung sei zu Vereinbarungen „über den Transit von Gütern und Personen über gesicherte Zufahrtswege von und nach Westberlin und zu allen Staaten" sowie über Besuchsmöglichkeiten von Westberlinern „in der DDR einschließlich ihrer Hauptstadt" mit dem Senat bereit. Die Bundesregierung müsse jedoch auf die Einmischung „in die Angelegenheiten Westberlins" und auf „die politische Bundespräsenz" verzichten. Niemand habe etwas „gegen die wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, finanziellen Verbindungen Westberlins zu Westdeutschland". Ein von Danelius vorgeschlagenes Informationsgespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Schütz wird von diesem abgelehnt. — Am 8. 2. legen die drei Westmächte während des 14. Botschaftergesprächs im Gebäude des früheren Alliierten Kontrollrates der sowjetischen Seite den Entwurf eines Berlin-Abkommens vor, über dessen Inhalt Einzelheiten nicht bekannt werden. — Am 18. 2. kommen die vier Botschafter erneut zusammen. In dem anschließend veröffentlichten Kommuniqué wird der Meinungsaustausch erstmalig mit dem Begriff „Verhandlungen" umschrieben. — Am 24. 2. richtet Ministerpräsident Stoph einen Brief an den Regierenden Bürgermeister, in dem Verhandlungen über die Einreise von Westberliner Bürgern in die DDR vorgeschlagen werden. Eine „Vereinbarung in dieser Frage" könne „verständlicherweise in dem Falle verwirklicht werden, wenn Vereinbarungen über andere Westberlin betreffende Fragen, die in entsprechenden Verhandlungen beraten werden, in Kraft gesetzt sind". Eine Sonderregelung zu Ostern sei möglich. — Am 25. 2. antwortet Bürgermeister Schütz, der Senat „ist im Rahmen seiner Kompetenzen und mit Zustimmung der drei Mächte" zu Verhandlungen bereit, „sobald die laufenden Vier-Mächte-Verhandlungen, denen nicht vorgegriffen werden kann, einen entsprechenden Stand erreicht haben". Über eine Regelung zu Ostern könnten Gespräche sofort beginnen.

6.—7. 2. — P o l e n. Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei beschäftigt sich mit der politischen und wirtschaftlichen Situation im Lande. Das Plenum nimmt den Rücktritt der Politbüromitglieder Loga-Sowinski und Kociolek von ihren Ämtern entgegen und schließt die früheren Mitglieder des Politbüros Kliszko und Jaszcuk aus dem Zentralkomitee aus. Die ZK-Mitgliedschaft des ehemaligen 1. Sekretärs Gomulka wird suspendiert. Parteisekretär Gierek teilt in einer Rede mit, bei den Unruhen im Dezember seien 45 Menschen ums Leben gekommen und 1165 verletzt worden. — Am 15. 2. macht die Regierung überraschend die Preiserhöhungen für Nahrungsmittel vom 13. Dezember 1970 zum 1. März 1971 rückgängig.

7. 2. — S c h w e i z. Durch Volksabstimmung wird das Frauenstimm- und Wahlrecht in eidgenössischen Angelegenheiten eingeführt. Bei einer Beteiligung von 57 Prozent werden von den allein stimmberechtigten Männern 621 403 (65,8 Pro-

zent) Ja- und 323 596 (34,2 Prozent) Nein-Stimmen abgegeben. Mit der Zustimmung von 15½ Kantonen und der Ablehnung durch 6½ Kantone (die Schweiz hat 19 Kantone und 6 Halbkantone) kommt die notwendige Mehrheit auch in der zweiten Kammer, dem Ständerat, zustande. Eine entsprechende Vorlage war am 1. Februar 1959 mit 654 924 gegen 323 307 Stimmen und von 19 (gegen 3) Kantonen verworfen worden.

11. 2. — Kernwaffen. In Washington, Moskau und London wird der „Vertrag über das Verbot der Placierung von Kernwaffen und anderen Waffen der Massenvernichtung im Meeresbett, auf dem Meeresboden und dem Untergrund hiervon" (Treaty on the Prohibition of the Emplacement of Nuclear Weapons and Other Weapons of Mass Destructions on the Seabed and the Ocean Floor and the Subsoil Thereof) zur Unterzeichnung aufgelegt. Zu den Unterzeichnern des ersten Tages gehört auch die DDR, während sich die Bundesregierung die Unterschrift für einen späteren Termin vorbehält. Das Vertragswerk kann nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch 22 Staaten in Kraft treten (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

— Bundesrepublik/DDR. Das Bundeskabinett erörtert den Stand des vertraulichen Meinungsaustausches zwischen Staatssekretär Bahr vom Bundeskanzleramt und Staatssekretär Kohl vom DDR-Ministerrat; Bahr und Kohl waren seit Oktober 1970 zu fünf Unterredungen zusammengetroffen. Regierungssprecher Ahlers berichtet nach der Kabinettssitzung vor der Presse, es sei „noch nicht zu sehen, ob und wann das Stadium der Verhandlungen erreicht" werde. — Am 17. 2. und 26. 2. finden zwei weitere Begegnungen der beiden Staatssekretäre statt.

13.—18. 2. — Skandinavien. Der Nordische Rat, in dem Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und Island vertreten sind, beschließt auf der 19. Jahreskonferenz in Kopenhagen, einen „Ständigen Nordischen Ministerrat" zu errichten. Der Rat soll sich aus eigens bestimmten Ministern der Mitgliedstaaten zusammensetzen, zu deren Kompetenz die Koordinierung der interskandinavischen Zusammenarbeit gehört.

18.—19. 2. — Warschauer Pakt. Die Außenminister der Mitgliedstaaten treffen in Bukarest zusammen. Wichtigstes Thema der Beratung sind die Vorbereitungsarbeiten für eine Europäische Sicherheitskonferenz. Die Minister betonen noch einmal die Wichtigkeit der Herstellung gleichberechtigter Beziehungen „zwischen der DDR und anderen Staaten, die solche Beziehungen bisher nicht hergestellt haben". Das gelte auch für Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik auf der Grundlage der „allgemein gültigen Normen des Völkerrecht" (vgl. Dokumente zum Zeitgeschehen").

23. 2. — Abrüstung. Die 26-Staaten-Abrüstungskonferenz tritt in eine neue Verhandlungsrunde; die letzte Session hatte vom 16. Juni bis zum 3. September 1970 stattgefunden und mit der Fertigstellung des Vertrages über die Freihaltung des Meeresbodens von Kernwaffen geendet. Aus dem Genfer „Palais des Nations" verlautet, die Konferenz werde vordringlich das Verbot der biologischen und chemischen Waffen sowie die Einstellung auch der unterirdischen Kernwaffenversuche behandeln.

24. 2. — Algerien. Staatspräsident Boumedienne gibt bekannt, Algerien werde eine Mehrheitsbeteiligung von 51 Prozent an den im Lande tätigen französischen Erdölgesellschaften übernehmen. Die Regierung sei jedoch bereit, mit Frankreich über eine Entschädigung der betroffenen Firmen zu verhandeln. Der Präsident kündigt gleichzeitig die Verstaatlichung der Erdgasproduktion und aller Transportsysteme an.

25.—28. 2. — Vatikan. Der Sekretär des Rates für Öffentliche Angelegenheiten, Erzbischof Casaroli, führt politische Gespräche in Moskau. Damit hält sich erstmalig seit 1917 ein Vertreter der römischen Kurie in offizieller Mission in der sowjetischen Hauptstadt auf. Anlaß ist der Beitritt des Vatikans zum Kernwaffensperrvertrag. Casaroli hinterlegt am 25. 2. die Ratifikationspapiere, die gleichzeitig auch in Washington und London übergeben werden.

Kommentare und Berichte

Heute Indochina – morgen die ganze Welt?

Wenn man sich die jüngsten Meldungen über die Laos-Invasion südvietnamesischer Truppen und die volle logistische Luftunterstützung durch die USA ansieht, fühlt man sich an Hitlers größenwahnsinnige Parole „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!" erinnert. Es ist, als ob Nixons Strategen von aller Vernunft verlassen wären. Von Vietnam nach Kambodscha, dann nach Laos, nach ganz Indochina — der Krieg breitet sich aus, und niemand weiß, wo er enden wird. Südvietnams Vizepräsident Ky setzt sich in aller Offenheit für eine uneingeschränkte Invasion Nordvietnams ein, und Washington teilt Peking bereits seelenruhig mit, das Laosabenteuer stelle keine Bedrohung für Chinas Sicherheit dar. Was geschieht, wenn Peking anderer Meinung ist?

Präsident Nixon ist frustriert über seine Unfähigkeit, eine militärische Lösung in Vietnam herbeizuführen. Andererseits ist er nicht gewillt, ernsthaft zu verhandeln. Ihm ist völlig klar, daß seine Aussicht auf eine zweite Amtsperiode im Weißen Haus völlig schwinden würde, wenn der Krieg 1972 noch immer nicht beendet ist und eine weitere wirtschaftliche Verschlechterung im eigenen Lande mit sich bringen wird.

Da sie diesen Geisteszustand kennen, haben die Generale des Pentagon und Henry Kissinger, Nixons Spitzenberater in Fragen der nationalen Sicherheit, den Präsidenten ermutigt, jetzt mit höchstem Einsatz zu spielen und mit der Unterbrechung des Ho-Tschi-Minh-Pfades als der Hauptversorgungslinie Nordvietnams den Gegner zur Kapitulation zu zwingen.

Der laotische Premierminister Prinz Souvanna Phouma, der erst vor einigen Wochen Verhandlungen mit seinem Halbbruder, dem Chef der prokommunistischen Pathet-Lao-Streitkräfte in seinem Lande, begonnen und kurz darauf wieder abgebrochen hatte, hat mittlerweile die Befürchtung geäußert, daß chinesische Freiwillige nach Laos eindringen und in die Pathet-Lao-Operationen eingreifen könnten. Wie die „Washington Post" am 11. Februar aus Vientiane berichtete, befinden sich chinesische Truppen bereits in einigen Gebieten von Nordlaos, und zwar zum Schutz von Baubrigaden, die von China aus eine Straße in südlicher Richtung bis Pak Beng, einer Stadt am Mekong, anlegen. Die Zahl der chinesischen Straßenbauer und Verteidigungsstreitkräfte auf laotischem Boden wird heute auf 14 000 Mann geschätzt.

Man sollte sich an den Koreakrieg erinnern, wo General McArthurs Entscheidung, den Yalu-Fluß zu überschreiten, der Anlaß für das Eingreifen chinesischer Truppen war. Der Unterschied ist nur, daß es damals einen Präsidenten gab, der ohne Zögern einen so populären General wie McArthur abberief, als dieser seine Befugnisse überschritten hatte. Heute jedoch scheint Nixon General Abrams völlig freie Hand zu lassen.

Ferner sollte berücksichtigt werden, daß eine Unterbrechung des Ho-Tschi-Minh-Pfades außerordentlich schwer, wenn nicht sogar unmöglich ist. Der Ho-Tschi-Minh-Pfad ist nicht einfach ein bestimmter Verbindungsweg. Er ist ein einziges Labyrinth von Haupt- und Nebenstraßen und -wegen, die an den Flanken sehr gut abgesichert sind. Aus der Luft ist dieses System wegen eines äußerst wirksamen Tarnverfahrens, das Bäume und die Vegetation des Dschungels mit einbezogen hat, unsichtbar. Zu

erwarten, daß rund 40 000 Mann starke Truppen aus Südvietnam eine Unterbrechung dieses Verbindungsweges bewerkstelligen könnten, ist zumindest eine fragwürdige Annahme, auch wenn sie von den USA intensive Unterstützung aus der Luft erhalten.

Diese massive Unterstützung aus der Luft hat bereits zu schweren Verlusten von Hubschraubern geführt, die durch extrem genaues Abwehrfeuer der gegnerischen Artillerie abgeschossen wurden. In der ersten Phase hatten die südvietnamesischen Truppen wenig Feindberührung. Das hat sich geändert. Wo sie auf starken Widerstand stießen, wurden die südvietnamesischen Truppen hastig zurückgezogen. Was geschieht, wenn schwerwiegende Kesselschlachten entstehen? Und was geschieht, wenn sich die amerikanische Luftunterstützung als unwirksam erweisen sollte? Werden dann amerikanische Truppen, die bereits in großer Anzahl die südvietnamesische Grenze überschritten haben, zu Hilfe kommen? Tatsache ist, daß Angehörige der amerikanischen Spezialtruppe „Green Berets" — verkleidet durch das Tragen südvietnamesischer Uniformen — ebenso wie Militärberater in Zivil bereits auf laotischem Boden gesehen wurden. Sie unterweisen Südvietnamesen im Gebrauch von Waffen, die mit Hubschraubern eingeflogen werden. Amerikanische Tote und Verwundete wurden ausgeflogen, man hat den Journalisten jedoch nicht erlaubt, sie zu sehen oder mit ihnen zu sprechen.

Während der letzten sechs Tage vor der Laos-Invasion sahen sich die amerikanischen Reporter einer totalen Nachrichtensperre gegenüber. Sie wurde von General Abrams angeordnet und diesmal als „Embargo" bezeichnet. Als Begründung wurde angeführt, es dürfe nichts durchsickern, was den Gegner auf den bevorstehenden Schlag hinweisen könnte. Die Nachrichtensperre funktionierte perfekt: während Zeitungen und Rundfunk in Hanoi, Moskau und Peking stündlich Einzelheiten der militärischen Operationen meldeten und die europäischen Korrespondenten ihre Berichte durchgaben, blieben die Nachrichtenmedien in den USA nahezu stumm. Es wurde amerikanischen Reportern nicht erlaubt, die nach Laos eindringenden Truppen zu begleiten; man drohte ihnen mit dem Entzug ihrer Akkreditierung, wenn sie gegen dieses Verbot verstießen. Der Verlust der Akkreditierung hätte bedeutet, daß ihnen die militärischen Transport- und Nachrichtenmittel nicht mehr zur Verfügung gestanden hätten, mit anderen Worten: sie hätten nicht mehr arbeiten können.

Weißes Haus, Pentagon und State Department haben mit der Presse ein Spiel von Ausflüchten und Verdrehungen getrieben, das ebenso lächerlich wie empörend war. Zunächst bestritten Regierungssprecher, überhaupt etwas von den aktuellen Vorgängen zu wissen. Als dann die Laos-Invasion durch südvietnamesische Truppen zur unbestreitbaren Tatsache geworden war, erklärten sie, US-Truppen würden sich nicht an den Bodenoperationen beteiligen. Als dann mit Fotos das Gegenteil bewiesen wurde, teilten sie mit, es handle sich lediglich um einige Angehörige des amerikanischen Personals, die die Ausgabe von Waffen kontrollierten. Tote und Verwundete wurden als Unfallopfer registriert.

Korrespondenten, die sich noch ihrer Pflicht bewußt waren, ihre Leser über das wirkliche Geschehen zu informieren, wurden Experten im „Erlernen der Sklavensprache", wie Lenin das seinerzeit genannt hat. Ein Beispiel: Am 15. Februar 1971 schrieb George McArthur, Saigoner Korrespondent der „Los Angeles Times", einen Artikel, der auf der ersten Seite der Zeitung erschien und in dem es heißt: „Es spricht nahezu alles dafür, daß der US-Militärapparat auf Präsident Nixons Verpflichtung besteht, bei der Unterstützung des südvietnamesischen Einmar-

sches nach Laos keine amerikanischen Bodentruppen einzusetzen. ... Das ist jedoch nur eine Seite der Angelegenheit. In Wirklichkeit ist die Situation in Laos fast immer so verwirrt, daß man für nahezu alles Beweise finden kann." In dem Artikel wird dann detailliert nachgewiesen, daß mindestens 600 US-Soldaten in Laos als „Berater" tätig sind. Der Autor meint jedoch, selbst diese Zahl sei „wahrscheinlich eine konservative Angabe, bei der die große Zahl jener Amerikaner nicht berücksichtigt wurde, die sich — teils als Zivilisten, teils als Militärs — in die laotische Gesellschaft auf irgendeine Weise eingenistet haben".

Bis vor kurzem war der laotische Pfannenstiel eine Art Niemandsland. Die CIA führte dort bereits vor der gegenwärtigen Entwicklung Operationen durch. Schon damals gab es einen Landstreifen entlang der laotischen Grenze, der auf den Generalstabskarten General Abrams' mit der Codebezeichnung „Tiger Hound" markiert war. Für die regulären US-Bodentruppen war dieses Gebiet gesperrt. Eine andere amerikanische Gruppe arbeitete dort jedoch völlig frei: die vom US-Botschafter befehligte „Studien- und Beobachtungsgruppe" (SOG). In dem oben bereits zitierten Zeitungsartikel wurde mitgeteilt, die Gruppe habe sogar ein einfaches Schild mit der Aufschrift „Parkplatz reserviert für SOG". Diese Stelle untersteht dem Befehl von Colonel J. S. Sadler (US-Army) und ist sogar im Saigoner Telefonbuch aufgeführt.

Der Korrespondent der „Los Angeles Times" beschreibt die von dieser Gruppe unternommenen geheimen Aktivitäten, wozu unter anderem „langfristiges Eindringen in feindliches Territorium" gehört. In seinem Bericht heißt es weiter: „Man hat die Zahl der Mitarbeiter dieser Gruppe einmal auf 2000 Amerikaner geschätzt, wozu dann noch eine hohe, wenn auch unbekannte Zahl von Südvietnamesen kommt. ... Zwar wird dies niemand offiziell bestätigen, aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit waren Kommandos der SOG an der Vorbereitung des südvietnamesischen Angriffs auf den Ho-Tschi-Minh-Pfad aktiv beteiligt."

Die Zahl der in Laos aktiven US-Streitkräfte ist damit jedoch keinesfalls erschöpft. Der Unterstützung durch Flugzeuge und Hubschrauber sind keinerlei Beschränkungen auferlegt. Allein am 14. Februar wurde die Zahl der beteiligten US-Hubschrauber mit 1000 angegeben. Da ein Hubschrauber mit mindestens vier Amerikanern besetzt ist, bedeutet das die aktive Beteiligung von 4000 Amerikanern an den Kampfhandlungen. Rettungstrupps auf der Suche nach Hubschrauberbesatzungen, die in zunehmendem Maße durch bemerkenswert genaues Artilleriefeuer vom Boden aus abgeschossen werden, landen natürlich gleichfalls und können mit Leichtigkeit in Feuergefechte verwickelt werden. Die Verluste von amerikanischen Hubschraubern nehmen rapide zu. Und die amerikanischen Truppen, die sich in großer Zahl unmittelbar hinter der Grenze gesammelt hatten, sind unter direkten Artilleriebeschuß des Gegners geraten.

Verschiedene Senatoren sind empört über die absichtlichen Falschinformationen, die ihnen von Regierungssprechern geliefert worden sind, und bereiten neue und schärfere Resolutionen vor, um die Befugnis des Präsidenten einzuschränken, Truppen auf fremdem Territorium ohne Zustimmung des Kongresses einzusetzen. Senator Fulbright, der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Beziehungen, hat sich anscheinend damit abgefunden, alles in seinen Kräften Stehende getan zu haben. Das Weiße Haus setzt seinen Feldzug persönlicher Vendetta gegen Fulbright unerbittlich fort. Fritz Klein, Informationsbeauftragter des Weißen Hauses, hat zu Hunderten Kopien eines Artikels verschickt, in dem der Super-Falke Joseph Alsop Fulbright und andere Senatoren indirekt beschuldigt, das Leben amerikanischer Solda-

ten in Vietnam zu gefährden. Wenn es der Regierung nun gelungen ist, bis zu einem gewissen Grade den Kampfgeist von Männern wie Fulbright und Mansfield zu schwächen, dann müssen neue und jüngere führende Politiker an deren Stelle treten. Zum Glück gibt es eine ganze Reihe neugewählter, meist schwarzer Kongreßmitglieder, die anscheinend die Absicht haben, genau das zu tun.

Die Saigoner Regierung fühlt sich natürlich auf Grund der jüngsten Entwicklungen außerordentlich ermutigt. Dennoch gibt es auch in dieser Gruppe Meinungsverschiedenheiten über das weitere Vorgehen. Vizepräsident Ky hat die Laos-Invasion als Fehler kritisiert und sich stattdessen für eine massive Invasion Nordvietnams eingesetzt. Südvietnamesische und amerikanische Truppen wurden bereits in aller Eile in den Süden der entmilitarisierten Zone verlegt, angeblich, um vorbereitet zu sein, falls die Nordvietnamesen hier angreifen sollten, um den Druck an der laotischen Front zu verringern. Aber ebenso kann es sich dabei um die Vorbereitungen für eine Invasion nach Nordvietnam handeln. Allen Berichten zufolge rechnet Hanoi mit dem Schlimmsten und bereitet sich auf einen langwierigen Krieg vor.

Allgemein rätselt man, was nun aus dem Zeitplan des Präsidenten für den Rückzug aus Vietnam werden soll. Das Pentagon hat bereits angekündigt, es werde sich eine Verzögerung von mindestens drei Monaten ergeben. Weder Nixon noch seine Saigoner Marionetten haben viel Zeit. In Südvietnam wächst die Opposition gegen den Krieg. 60 Prozent aller Arbeiter in den Fabriken von Saigon und Hue sind kürzlich in den Streik getreten, um gegen die Kriegspolitik der Thieu-Ky-Clique zu protestieren. Über diese außerordentlich bedeutsame Aktion hat die amerikanische Presse nichts berichtet. Eine Pagode, bis vor kurzem das Zentrum einer buddhistischen Fraktion, die den Krieg unterstützt und vom Thieu-Regime finanziert wird, ist von buddhistischen Kriegsgegnern erobert worden, die sich nun weigern, das Gebäude zu verlassen. Tausende haben in Saigon an Straßendemonstrationen für den Frieden teilgenommen.

In den USA hat die letzte Gallup-Umfrage ergeben, daß nicht weniger als 73 Prozent der Befragten einen amerikanischen Rückzug aus Vietnam bis Ende dieses Jahres fordern. Trotz aller optimistischen Regierungsverlautbarungen verschlechtert sich die wirtschaftliche Situation weiter.

Mit dem Ziel, die amerikanische Friedensbewegung zu diskreditieren, hat man eine neue, phantastische Beschuldigung gegen eine Gruppe katholischer Priester und Nonnen erhoben. Unter ihnen befinden sich die Brüder Berrigan, die seit langem in der Friedensbewegung für ihren militanten Pazifismus bekannt sind. Die beiden Berrigan-Brüder sind katholische Priester; beide haben Gefängnisstrafen erhalten, weil sie Militärpapiere vernichtet haben. Jetzt werden sie beschuldigt, eine Verschwörung mit dem Ziel angezettelt zu haben, Henry Kissinger zu entführen. Außerdem sollen sie geplant haben, das zentrale Heizungssystem in Washington in die Luft zu sprengen! Angeblich soll Pater Daniel Berrigan diese Verschwörung von seiner Gefängniszelle aus aufgebaut haben. J. Edgar Hoover, Chef des FBI, veröffentlichte diese Anklagen, noch bevor eine Grand Jury ihren Spruch gefällt hatte, um so die öffentliche Meinung gegen die Angeklagten des bevorstehenden Prozesses zu beeinflussen.

Niemand, der die Berrigans kennt, glaubt an die Beschuldigungen. Selbst die Presse ist mehr als skeptisch. Klar ist jedoch, daß die Regierung in ihrer Verzweiflung die Friedensbewegung dadurch zerschlagen will, daß man eine Gruppe katholischer Priester und Nonnen diskreditiert, die sich alle für unschuldig erklärt haben. Was Nixon und sein Justizminister Mitchell mit den Prozessen gegen Dr. Benjamin Spock

und danach mit dem Verschwörungsprozeß gegen die „Sieben von Chicago" nicht erreicht haben, wollen sie jetzt mit dem dritten Versuch durchsetzen. Henry Kissinger, der vor Jahren als Spezialist für Kriegsspiele durch ein Plädoyer für Atomwaffeneinsatz in Vietnam von sich reden machte, fungiert jetzt als Entführungsobjekt der angeblichen Verschwörung. Er war geschmacklos genug, die angeklagten Nonnen als „drei sexuell ausgehungerte Nonnen, die es auf mich abgesehen haben", zu bezeichnen.

Es gibt durchaus Gründe dafür, daß die Regierung die Friedensbewegung in einem Moment diskreditieren und schwächen möchte, da Nixon in einem Akt der Verzweiflung den Krieg über ganz Indochina ausdehnen will, wobei zu den gefährlichsten Implikationen dieses Vorgehens auch die Möglichkeit gehört, die USA in einen Krieg mit der Volksrepublik China zu verwickeln. Nach einer relativen Flaute von mehreren Monaten gibt es in der amerikanischen Friedensbewegung jetzt Anzeichen für eine Reaktivierung. Pläne für eine Frühjahrsoffensive werden diskutiert, deren Höhepunkt eine Woche intensiver Aktivität in der Hauptstadt der USA bilden soll, eventuell verbunden mit großangelegten Aktionen zivilen Ungehorsams. Zur gleichen Zeit haben Studentenorganisationen und andere Gruppierungen der Friedensbewegung Hanoi besucht und dort mit ihren nordvietnamesischen Gesprächspartnern einen „Völkerfriedensvertrag" ausgehandelt. Dieser Friedensvertrag wird im Rahmen einer Unterschriftensammlung an Hunderten von Hochschulen zirkulieren und soll danach mit Millionen Unterschriften dem Kongreß und dem Weißen Haus zugeleitet werden. Und während all dies geschieht, weitet sich die Solidaritätsbewegung für Angela Davis, die ebenso wie Huey P. Newton von den Black Panthers auf ihren Prozeß wartet, in allen Teilen des Landes rapide aus. Der Ausgang der gegenwärtigen politischen Entwicklung in den USA kann niemanden gleichgültig lassen.

Martin Hall, Los Angeles

Sackgasse Berlin

Daß die CDU/CSU keine ernsthaft vertretbare Alternative zur Ostpolitik der Regierungskoalition anzubieten hat, ist seit langem klar. Mehr und mehr zeigt sich aber leider auch, daß die Bundesregierung selbst in Gefahr ist, sich in eine Sackgasse hineinzumanövrieren, und zwar in eine besonders enge, noch dazu mit zahlreichen Verkehrshindernissen bepflasterte Gasse.

Der Gedanke, die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau mit Fortschritten in der Berlin-Frage zu verknüpfen, schien bei oberflächlicher Betrachtung nahezuliegen. Wenn wir das Opfer der Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs brachten, dann mußten wir, so dachten viele, dafür wenigstens eine Gegenleistung erhalten, und was lag näher, als daß wir als Gegenleistung eine befriedigende Berlin-Regelung erwarteten. So hat denn bereits Bundesaußenminister Walter Scheel, wie auch von sowjetischer Seite nicht bestritten wird, bei den Verhandlungen in Moskau im Jahre 1970 ausdrücklich betont, daß eine Ratifizierung des Gewaltverzichtsabkommens eine vorherige befriedigende Regelung der Berlin-Frage voraussetze. Maßgebende Politiker aller Parteien haben dasselbe in dieser oder ähnlicher Form immer wieder hervorgehoben, und die bundesdeutsche Öffentlichkeit stimmt ihnen wohl ganz überwiegend voll zu. Sogar Bundeskanzler Brandt hat den Berli-

völlig auf die Faktoren Ersparnisse und privater Konsum eingeengt. Gewolltes Ergebnis: „Der Abstand im Lebensstandard zwischen beiden deutschen Staaten hat sich weiter vergrößert" (S. 85).

Bei der folgenden Untersuchung werden dann weitere Faktoren, die in den Begriff Lebensstandard eingehen, untersucht. Obwohl die meisten dieser Faktoren eindeutig zu Gunsten der DDR sprechen, wie Staatsausgaben für Wissenschaft und Bildung, geringere Säuglingssterblichkeit, unentgeltliche medizinische Betreuung, höheres Niveau der allgemeinen Bildung, keine Erwerbslosigkeit und keine Sorge um den Arbeitsplatz, geringere Arbeitsunfallquoten usw., wird die generelle These, daß der Abstand im Lebensstandard zwischen beiden deutschen Staaten sich weiter vergrößert habe, weder korrigiert noch in Frage gestellt. Hier beginnen unsere Wissenschaftler den Boden der Wissenschaft zu verlassen.

Es kann hier nicht ausführlich die Frage beantwortet werden, welche Gebiete bei der vergleichenden Darstellung ganz fehlen, aber z. B. innerhalb des Bereiches „Lebensstandard" wären Vergleiche über Prostitution oder Kriminalität ebenso interessant gewesen wie die Beantwortung der Frage, wieviele Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz es in beiden deutschen Staaten innerhalb eines Jahres gibt. 1969 gab Bundesarbeitsminister Arendt für die Bundesrepublik die Zahl von jährlich ca. 50 000 Verstößen gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz bekannt. Aber dieser BRD-DDR-Report, so betonen seine Verfasser, sollte auch nur ein Anfang sein, und er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Bleiben zum Schluß zwei Fragen noch offen. Zunächst: Welche Gründe mag die Bundesregierung bewogen haben, gerade zum jetzigen Zeitpunkt ein umfangreiches vergleichendes Material über beide deutsche Staaten vorzulegen? Die Antwort kann nur lauten: Diese Dokumentation soll der Politik der Bundesregierung nützen.

Das tut die Dokumentation in zweifacher Hinsicht. Zunächst räumt sie restlos auf mit jener These, die ja nicht nur in den Köpfen der Opposition, sondern immer noch in den Köpfen vieler Deutscher herumspukt: „Die da drüben leben unter unmenschlichen Bedingungen, und sie müssen endlich befreit werden".

Wie gesagt, mit dieser blödsinnigen These räumt die Dokumentation restlos auf. Aber zugleich verstärkt sie eine Illusion, die ein Bestandteil der Deutschlandpolitik der jetzigen Regierung ist: beide deutsche Staaten sind hochmoderne Industriestaaten mit ähnlichen Problemen und ähnlichen Entwicklungen. Und was sich ähnlich entwikkelt, kann auch eines Tages wieder vereinigt werden. Und der vorbildliche Staat sei doch die Bundesrepublik. Daß es da nichts wieder zu vereinigen gibt, mit dieser Tatsache will die Regierung Brandt sich nicht abfinden. Denn wenn diese Illusion auch noch zerstört ist, gibt es keine besonderen innerdeutschen Beziehungen mehr. Außerdem muß man berücksichtigen, daß auch die jetzige Koalitionsregierung mit den Interessen des Großkapitals eng verknüpft ist. Große materielle Interessen stehen auf dem Spiel, und Ostaktien sind immer noch „Hoffnungswerte".

Wolfgang Plat

Die Brüning-Memoiren

Heinrich Brüning, Memoiren 1918—1934. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1970, 721 S., DM 30,—

Der heutigen Jugend, die nur selten geschichtlich interessiert ist, sagt der Name Heinrich Brünings wenig. Auch die Fünfzigjährigen werden sich seiner kaum noch erinnern. Für viele von der älteren Generation freilich, die die Weimarer Jahre bewußt miterlebt haben, dürfte die Lektüre der „Memoiren 1918—1934" des 1970 im Alter von 84 Jahren in Amerika Verstorbenen von hohem Reiz sein.

Der weitaus größte Teil der Erinnerungen umfaßt die zwei Jahre und zwei Monate der Reichskanzlerschaft Brünings. Es waren die letzten Jahre der Weimarer Republik, auf Brüning folgten noch Papen und Schleicher im Amte nach, genau acht Monate nach Brünings Entlassung war Adolf Hitler Reichskanzler.

„Als Heinrich Brüning am 30. März 1930 fünfundvierzigjährig seine Kanzlerschaft begann, war er der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt, als er am 30. Mai 1932 demissionierte, war er der maßgebliche Politi-

ker Europas", schreibt sein Freund und Herausgeber seiner Erinnerungen Theoderich Kampmann. Das ist richtig. Die folgenden kurzen Hinweise sollen sich daher im wesentlichen auf die Zeit der Kanzlerschaft Brünings beschränken, können freilich auch hier nur einige Momente hervorheben, die dem Rezensenten aus heutiger Sicht besonders bemerkenswert erscheinen.

Heinrich Brüning, der seine Studien Ende 1914 abgeschlossen hatte, kehrte als Offizier aus dem Ersten Weltkrieg zurück, war seit 1920 Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seit 1924 Zentrumsabgeordneter des Reichstags für den Wahlkreis Breslau. Hier wurde er genau mit der Problematik des für Deutschland neuen parlamentarischen Systems vertraut, die „dadurch verschärft (wurde), daß die Parteien in der Regel keineswegs ihre besten Männer in das Kabinett schickten, sondern solche, die Schwierigkeiten in der eigenen Partei machten, solange sie nicht im Kabinett saßen" (S. 113). Im Grunde war er eine konservative Natur, selbst der Kapp-Putsch (1920) hatte für ihn „ein Gutes . . .: Die darauf folgenden Wahlen zeigten, daß die Nationalversammlung, in Revolutionsstimmung gewählt, nicht mehr den Auffassungen der Bevölkerung entsprach" (S. 67), und die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Frühjahr 1925 gab ihm „die freudige Zuversicht, daß er ein konservatives Regime unterstützen würde" (S. 116). Aber diese Grundhaltung hinderte ihn nicht, nach möglichst allen Seiten politische Verbindungen zu unterhalten, selbstverständlich zu den Gewerkschaften, die „wiederholt . . . in kritischen Augenblicken durch ihre Demonstrationen Berlin vor dem Bolschewismus gerettet" (S. 56) und sich „damit nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa ein großes historisches Verdienst erworben" haben (S. 68), aber auch zu den maßgebenden Sozialdemokraten, u. a. vor allem Hermann Müller und Rudolf Hilferding, dessen unabhängiges Urteil, scharfe analytische Begabung, Sachkenntnis und große theoretische Autorität er mit Recht rühmt (S. 115).

Außenpolitisch gerade heute von besonderem Interesse ist Brünings Stellung zu Deutschlands Lage zwischen Ost und West in der Mitte der zwanziger Jahre. „Nur wenige, wie der englische Botschafter (Lord d'Abernon, H. R.) und die Weiterschauenden im Auswärtigen Amt und in der Reichswehr, verstanden, daß nicht der Locarno-Vertrag allein, sondern der Locarno-Vertrag zusammen mit dem deutsch-russischen Vertrag eine gewisse prekäre Stabilisierung in Europa herbeiführen konnte. Deutschland wurde durch seine geographische Lage bestimmt, immer wieder zwischen Ost und West zu vermitteln. Die öffentliche Meinung aber wurde von der unrealen, schulmäßigen Auffassung einer ausschließlichen Orientierung nach Westen oder nach Osten beherrscht. Auf der Linken verschärfte sich eine dogmatische Westorientierung, während die Deutschnationalen unter dem Einfluß von Hoetzsch, eines hervorragenden Kenners der russischen Verhältnisse, fortschreitend zu realistischeren Einsichten, einschließlich einer positiveren Einstellung zum Völkerbund, kamen" (S. 121).

Aber wenden wir uns nunmehr der Zeit der Kanzlerschaft Brünings zu. Seit dem New Yorker Börsenkrach vom Oktober 1929 hatte sich auch in Deutschland die wirtschaftliche Lage zunehmend verschlechtert. Zwischen Reichsfinanzministerium und Reichsbank (Präsident Hjalmar Schacht) bestanden starke Meinungsverschiedenheiten, Reichskanzler Müller war bereits ein kranker Mann, die Deutsche Volkspartei seit dem Tod Stresemanns (3. 10. 1929) ohne Führung, im Kabinett und in den Parteien verschärften sich die Spannungen. Ende März 1930 trat die Regierung Hermann Müllers zurück, nach einigem Zögern erklärte sich Brüning bereit, seine Nachfolge anzutreten, und bildete eine Regierung unter Beteiligung von Curtius (Auswärtiges Amt), Wirth (Inneres), Moldenhauer (Finanzen), Dietrich (Wirtschaft) und Groener (Wehrministerium).

In die Zeit von Brünings Kanzlerschaft fielen als wichtigste Ereignisse die Räumung der letzten besetzten Zone des Rheinlands, der gescheiterte Versuch einer Zollunion mit Österreich, die Reichstagswahl vom 14. September 1930, bei der die Nazis 107 Sitze erhielten und die zweitstärkste Partei wurden, die Bankenkrise vom Juli 1931 und im weiteren Verlauf das Anschwellen der Arbeitslosenzahl auf 6 Millionen und schließlich die Neuwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 10. April 1932.

Die Verhandlungen mit Österreich über eine Zollunion hatten bereits unter Reichskanzler Müller begonnen. Als Brüning später davon erfuhr, war das für ihn „eine unangenehme Kunde. Eine deutsch-österrei-

chische Zollunion paßte wenig in den Gang der außenpolitischen Ereignisse, wie ich ihn mir vorgestellt hatte". Auch Hindenburg war dagegen, „da die Österreicher nie durchhielten und im geeigneten Augenblick solche Einigungen gegen einen hohen Preis an andere verkaufen würden". Dennoch ließ Brüning das geplante Abkommen schließlich durch das Kabinett gutheißen, um zu verhindern, „daß sich Österreich völlig und dauernd in die Arme der Franzosen werfe". Der Vertragsentwurf gelangte dann durch Indiskretion vorzeitig an die Öffentlichkeit, der Eklat war da (S. 263 ff.). Das ganze Projekt scheiterte schließlich im nächsten Jahr, nachdem der Haager Internationale Gerichtshof die Zulässigkeit des Vertrages mit Österreich verneint hatte.

Brüning selbst freilich stürzte nicht über die außenpolitische Entwicklung, sondern über seine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die zwar klar konzipiert war und von ihm mit bewundernswerter Energie verfolgt wurde, aber die sich heranwälzende braune Flut nicht einzudämmen vermochte und zudem von innenpolitischen Intrigen überschattet war.

Erste gesetzgeberische Maßnahmen, mit denen der neue Kanzler die dringendsten Aufgaben zu meistern hoffte, wurden im Reichstag mit knapper Mehrheit abgelehnt, das Parlament aufgelöst. Die Neuwahlen mit ihrem ungeheuren Erfolg für die Nazis besiegelten im Grunde das Schicksal der parlamentarischen Demokratie. Brüning mußte die Hauptlinien der Politik unabhängig von den Parteien durchführen. Aber er war durch den Reichspräsidenten behindert, der glaubte, im wesentlichen auf die bürgerlichen Rechtsparteien gestützt regieren zu müssen. „Es war ein Schachspiel, bei dem der eine Spieler nicht die Bauern einsetzte und den König auf der Gegenseite nicht angreifen durfte. So blieb es in aller Zukunft" (S. 187).

Was Brüning wollte, Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, verbunden mit einer Senkung der Preise und Löhne, zugleich stetiger, zäher Kampf um einen Aufschub, später eine völlige Streichung der Reparationen, mag heute im Kern unsinnig erscheinen, aber damals war Keynes' großes Werk noch nicht geschrieben, und in der Reparationsfrage erzielte der Kanzler tatsächlich wesentliche Fortschritte. Es gelang Brüning auch, durch die Notverordnung vom Dezember 1930 die nötigen Vollmachten für die Regierung zur Durchführung seines Reformwerks zu erlangen. Aber die Arbeitslosenzahl stieg weiter an und mit ihr die Radikalisierung der Massen. „Die Nazis konnten das unsinnigste Zeug versprechen und eine Dummheit nach der anderen begehen, ihre Anhängerschaft wuchs trotzdem von Woche zu Woche, auch bei den bürgerlichen Schichten, von denen man eine tiefere politische und wirtschaftliche Einsicht hätte erwarten können" (S. 241). Eine einwöchige Reise durch Ostdeutschland, die Brüning im Januar 1931 unternahm, um überall ein großes landwirtschaftliches Hilfsprogramm anzukündigen, wurde ein völliger Fehlschlag.

Zu den interessantesten Teilen der Brüningschen Memoiren gehört der Abschnitt über die große Bankenkrise. Was wir aus ausführlicheren wissenschaftlichen und journalistischen Darstellungen wissen, zuletzt aus dem Buch von Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931 (1967), wird hier durch die Aufzeichnungen des damaligen verantwortlichen Regierungschefs ergänzt. Wieder einmal lernen wir deprimiert, wenn auch vielleicht nicht besonders überrascht, die Engstirnigkeit der führenden Männer der Wirtschaft kennen, erfahren, wie „jeder glaubte aus einer Krise dieser Art dadurch sich retten zu können, daß er einen anderen denunzierte" (S. 314). Deutsche Bank und Diskontogesellschaft gegen Dresdner Bank, Commerzbank mit inflationistischen Vorschlägen über die eigene Lage hinwegtäuschend, allesamt gegen Danatbank, deren führenden Mann, Jakob Goldschmidt, die meisten Herren von den Großbanken „wie einen Pestkranken behandelten" (S. 312), — so bot sich Heinrich Brüning die Elite des deutschen Bankwesens dar. Ein Zusammenbruch der Großbanken wurde, wie man weiß, mit Hilfe des Reichs verhindert, aber sogleich ergaben sich erneut Probleme über Probleme (S. 362 ff.).

Die Borsigwerke mußten vor dem Konkurs bewahrt werden, bei Otto Wolff und Friedrich Flick hatten sich riesige Schuldenberge angehäuft — damals gelangte Brüning zu der Überzeugung, „daß es unverantwortlich sein würde, immer neue Hunderte von Millionen Mark zur Rettung der Konzerne vor den Konsequenzen einer sinnlosen Spekulation hinauszuwerfen" (S. 365) —, eine Reihe mittelständischer Kreditinstitute, aber auch der angesehene Barmer Bankverein gerieten in Schwierigkeiten, die

Mosse-Unternehmen waren illiquide geworden. Dazu setzte ein Generalangriff der alldeutsch-Hugenbergschen Clique, teils ganz offen, teils auf dem Wege über übelste Intrigen ein. Nur zu oft lieh der alte Hindenburg all diesen Quertreibereien sein Ohr.

Anfang Oktober 1931 bildete Brüning sein Kabinett um, der Reichstag wurde auf vier Monate vertagt, die ersten Vorbereitungen für die Neuwahl des Reichspräsidenten getroffen. Die Schilderung der Bemühungen Brünings um die Wiederwahl Hindenburgs und des schnöden Undanks, mit dem dieser wenige Wochen später seinen Kanzler fallen ließ, gehören zu den menschlich ergreifendsten Teilen des Buchs. Eine nächtliche Unterhaltung mit dem seit langem hinter den Kulissen agierenden General Kurt v. Schleicher zeigte Brüning, daß sein Schicksal als Kanzler besiegelt war (S. 575 ff.). Noch einmal trat er vor den Reichstag und sprach von der Notwendigkeit, „die letzten 100 Meter vor dem Ziel" die Nerven zu behalten. Es war vergeblich. Am 29. Mai 1932 verlangte der Reichspräsident, der ihn nach seiner Wiederwahl „der ewigen Dankbarkeit seiner Familie" versichert hatte (S. 533), die Demission des Gesamtkabinetts. Zwei Jahre später mußte Heinrich Brüning vor den Häschern der Gestapo ins Ausland flüchten.

Die Lektüre der Memoiren Heinrich Brünings bestätigt das Bild, das die ernste zeitgeschichtliche Forschung seit langem erarbeitet hat. Seine nicht nur konservative, sondern eindeutig monarchistische Grundhaltung mag schon zu seiner Zeit überholt gewesen sein, seine wirtschaftspolitische Konzeption kann jedenfalls heute nicht mehr als Muster dienen. Was bleibt, ist ein zielbewußter, ganz der Sache ergebener Politiker, ein unermüdlicher Arbeiter, eine untadelige, wahrhaft noble Persönlichkeit.

Harold Rasch

Dokumente zum Zeitgeschehen

Vertrag über das Verbot der Placierung von Kernwaffen und anderen Waffen der Massenvernichtung im Meeresbett, auf dem Meeresboden und dem Untergrund hiervon

(Wortlaut)

Der nachstehend abgedruckte internationale Vertrag wurde am 11. Februar in London, Moskau und Washington von den Außenministern der drei Depositarmächte Großbritannien, UdSSR und USA sowie den Vertretern einer Reihe weiterer Staaten, die bereits am Unterzeichnungstag dem Vertrag beitraten, signiert. Der Vertrag geht zurück auf die Empfehlung der Resolution 2602 F der UN-Vollversammlung und einen gemeinsamen Vertragsentwurf der UdSSR und der USA, der aufgrund der UN-Beratungen mehrfach revidiert und am 1. 9. 1970 in der endgültigen Fassung unterbreitet wurde. D. Red.

Die Vertragsstaaten / anerkennen das gemeinsame Interesse der Menschheit an dem Fortschritt der Erforschung und Verwendung des Meeresbetts und des Meeresbodens für friedliche Zwecke / sind der Auffassung, daß die Verhinderung eines nuklearen Rüstungswettlaufs im Meeresbett und auf dem Meeresboden den Interessen der Aufrechterhaltung des Weltfriedens, der Verminderung internationaler Spannungen und der Stärkung freundlicher Beziehungen zwischen den Staaten dient, / sind überzeugt, daß dieser Vertrag einen Schritt zum Ausschluß des Meeresbetts, des Meeresbodens und des Untergrunds hiervon vom Rüstungswettlauf darstellt, / sind überzeugt, daß dieser Vertrag einen Schritt zu einem Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle darstellt, und sind entschlossen, Verhandlungen zu diesem Zweck fortzusetzen, / sind überzeugt, daß dieser Vertrag die Absichten und Grundsätze der UN-Charta in einer Weise fördern wird, die mit den Grundsätzen des

In diese Lage hätten wir uns um so weniger drängen lassen dürfen, als Berlin — von der nun einmal gegebenen Insellage abgesehen — gar nicht unmittelbar bedroht ist. Unsere Verbündeten sind ja in Berlin, niemand kann sie von dort vertreiben; besondere Eile, den gegenwärtigen Status von Berlin zu ändern, war in keiner Weise geboten. Durch die Verknüpfung der Ratifizierung des Vertrages von Moskau mit der Berlin-Frage haben wir ganz unnötig ein Problem hochgespielt, das viel besser in völliger Ruhe nach Inkraftsetzung der Verträge und nach Herstellung normaler Beziehungen zur DDR angepackt worden wäre.

Besonders deutlich wird dies, wenn man an den Vertrag von Warschau und die Interessen der kleineren Länder denkt. Das Abkommen mit der Volksrepublik Polen kann nicht gut vor dem Gewaltverzichtsabkommen mit Moskau in Kraft gesetzt werden. Was aber geht Polen das Berlin-Problem an? Vor der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau können die Bemühungen um das Zustandekommen einer internationalen Konferenz für Sicherheit und friedliche Zusammenarbeit in Europa, auf die namentlich einige kleinere Länder großen Wert legen, keinen Erfolg haben. Sollen sie verpuffen, weil eine „befriedigende Berlin-Regelung" sich endlos hinzieht?

Nun hört man vielfach die Frage, warum denn die UdSSR der DDR ihre erneuten Störmanöver in Berlin gestattet, vielleicht sogar solche veranlaßt habe. Hätte sie nicht auch ihrerseits einigen guten Willen zeigen, einen Beitrag zur Entspannung leisten sollen? Beweise ihre Haltung nicht, daß ihr an einer solchen im Grunde gar nicht gelegen sei?

Solche Fragen sind sicher verständlich. Gewiß wäre es wünschenswert, wenn die Sowjetunion Bundeskanzler Brandt seine wahrhaftig schwierige Aufgabe durch eine kleine Schützenhilfe etwas erleichterte. Daß sie in letzter Zeit eher das Gegenteil getan hat, sollte uns indessen nicht entmutigen. Politik ist nun einmal ein rauhes Geschäft. Es steht uns schlecht an, der Sowjetunion gute Ratschläge zu erteilen, und wenn sie nicht befolgt werden, zu schmollen. Solange die Bundesrepublik die Verträge von Moskau und Warschau noch nicht in Kraft gesetzt hat, hat sie selbst erst zwei halbe Schritte zur Befriedung Europas getan, und solange sie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR verweigert, fehlt der dritte noch ganz. Vorerst ist kein Ausweg aus der Sackgasse zu sehen. Inzwischen hat die CDU/CSU jede Gelegenheit, ihre Angriffe gegen die Regierung planmäßig zu verstärken. Die wenig überzeugenden Leistungen, die diese bisher auf dem Gebiet der Innen-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vorzuweisen hat, erleichtern der Opposition ihre Aufgabe. Berlin, einst der Ausgangspunkt der politischen Karriere Willy Brandts in der Bundesrepublik, kann zur Klippe werden, an der er endgültig scheitert.

Harold Rasch

SPD-Abgrenzung

Die Partei des Bundeskanzlers hat gravierende Beschlüsse hinter sich. Die SPD fand ihre Politik bedroht und demonstrierte Entschlossenheit. Die sozialdemokratischen Führungsgremien traten zusammen und erteilten unerwünschten Gemeinsamkeiten eine drastische Absage. Das Ziel ist klare Abgrenzung gegenüber den politischen „Gegnern" der Partei und Regierung Brandts. Sicherlich mit Bedacht wählte der Kanzler eine Industriellenversammlung als Forum für erste Erläuterungen der Abgrenzungsbeschlüsse.

In der Tat — es ist in den Spalten dieser Zeitschrift mehr als einmal betont worden —: die Regierung Brandt ist in einer sehr kritischen Lage, die Notwen-

digkeit der klaren Abgrenzung gegen politische Gegner, die erklärtermaßen alle Mittel für den Sturz dieser Regierung mobilisieren, wird von Tag zu Tag deutlicher. Ungestraft breiten sich Mordparolen gegen Regierungspolitiker aus. Innerhalb wie außerhalb der Parlamente sammelt sich in der Frontstellung gegen jeden Ansatz möglicher Entspannung und Verständigung eine „neue Harzburger Front" (Willy Brandt), eine Aktionseinheit der ultrakonservativen und neonazistischen Kräfte. Der am deutlichsten zu dieser Sammlung aufrief, CSU-Chef Strauß, Leitfigur der Offensive von rechts, bestimmt heute weithin die Richtlinien der Unionspolitik. Der ungeduldigste Teil seiner „überparteilichen" Anhängerschaft versorgt sich mit Maschinenwaffen und schießt sich auf Kanzler Brandt ein — heute noch auf Fotos. Und der sozialdemokratische Bundeswehrminister stellt fest, daß diese Art von Widerstandskämpfern beispielsweise sein Ministerium zum Arbeitsplatz hat — wie Werner Wolf von der jüngst in Bonn aufgeflogenen NPD-Bande. Anlaß mehr als genug tatsächlich, sich für klare Abgrenzungen zu entscheiden, bevor es zu spät ist.

Schluß also mit dem Buhlen um CDU/CSU-Gunst? Entschied sich die SPD-Führung endlich, das in vielen Wahlkampfreden bisher folgenlos angekündigte NPD-Verbot einzuleiten? Werden die notwendigen gerichtlichen Schritte gegen die Mordhetze der „Aktion Widerstand", ihrer Gesinnungsgenossen und Hintermänner unternommen? Zumindest wird es ja wohl keinen Platz mehr in Amtsstellungen für sie geben, in Bundeswehr, Polizei, „Verfassungsschutz"?

Nichts dergleichen ist beschlossen worden, wie man weiß. Der „Gegner", gegen den die Partei des Bundeskanzlers heute zu administrativen Maßnahmen greift, das sind beispielsweise Parteimitglieder in Niedersachsen, die ihre Unterschrift für die Ratifizierung der Verträge gegeben haben, die Brandt in Moskau und Warschau unterzeichnete. Der Applaus der Vertragsgegner, die auf Brandts Sturz zielen, ist leicht verständlich. Aber wie glaubt die SPD, Verständnis bei den Düpierten finden zu können; bei denen, die Entspannungsschritte unterstützen und sich gegen die Demagogie der rechten „Vaterlandsretter" wehren? Etwa mit der Entdeckung, daß der Versuch, die Öffentlichkeit für die Unterstützung der Vertragsratifizierung zu mobilisieren, den die SPD bislang unterließ, unter anderem von Kommunisten initiiert wurde? Daß die Kommunisten zu denjenigen im Lande gehören, denen es um die Überwindung einer Politik geht, deren Kalkül Krieg gegen die sozialistischen Nachbarn nicht ausschließt, ist bekannt und wohl kaum verwunderlich; nicht anders als auf der anderen Seite die unerbittliche Gegnerschaft der Partei des Kalten Kriegs gegen jeden Entspannungsschritt.

Das Wählervotum von 1969 hat Brandt die Chance gegeben, die Erben des Adenauer-Dulles-Kurses aus der Regierung zu drängen. Der Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende versprach bei seinem Amtsantritt, er wolle eine Regierung der Reformen führen, man werde „mehr Demokratie wagen". Der Demokratisierung im Innern sollte eine Neuorientierung der äußeren Politik entsprechen: die Herstellung und Entwicklung korrekter Beziehungen mit den sozialistischen Staaten, insbesondere auch der DDR, auf der Grundlage der Anerkennung der wirklichen Lage in Europa und der Interessen seiner Völker.

In der Tat ist eine reale Friedenspolitik undenkbar ohne die innenpolitische Eindämmung antidemokratischer, aggressiver Herrschaftsgruppen, wie umgekehrt außenpolitische Entspannung Rüstungsmilliarden freimacht und damit günstigere Bedingungen für Reformen, für Demokratisierung schafft.

„In der von Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und

freie Persönlichkeit gefährdet." „Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht." So steht es im Godesberger Programm der SPD, gegen dessen Mißachtung die jüngsten Beschlüsse der Parteiführung gerichtet sein sollen. Da fragt sich, wer verstößt denn gegen die Einsicht in die Notwendigkeit, die Macht der Großwirtschaft einzudämmen? Die „Jusos"? (Ein durchsichtiger Trick der SPD-Rechten, ihre Gegner unter diesem Schlagwort zusammenzufassen: der Bürger soll glauben, es gehe um einen „Generationenkonflikt", um die Zügelung jugendlichen Leichtsinns.) Oder sind die Abweichler Leute wie Helmut Schmidt, der Konzernvertreter zum direkten Griff nach den politischen Entscheidungshebeln einlädt wie kein Strauß und kein v. Hassel vor ihm? Oder Schmitt-Vockenhausen, Gründungsmitglied der akademischen Aktion Widerstand „Freiheit der Wissenschaft"? Oder Hupka, der proklamierte, man müsse sich notfalls auch schmutzige Hände machen im Kampf gegen die Verträge, die sein Parteivorsitzender abschloß? Gegen wen will Brandt sich abgrenzen? Gegen die formierte Rechte, die sich schon in seiner eigenen Partei aufmacht, oder etwa gegen die Basis, auf die allein er eine Politik der Entspannung gründen könnte?

Eine Politik der Entspannung muß naturgemäß mit erbittertem Widerstand der bisher Herrschenden rechnen. Die CDU/CSU und jene großindustriellen Kreise, deren Interessen die Barzel, Kiesinger und Strauß vertreten, kämpfen mit Zähnen und Klauen gegen jeden Versuch, den Aufbruch aus dem Getto des Kalten Kriegs zu wagen. Die Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau war ein erster Schritt. Das hat die Rechten hart getroffen, doch heute sind sie wieder guten Muts. Es ist ihnen gelungen, die SPD/FDP-Regierung tiefer in die Fallstricke ihrer eigenen Widersprüche hineinzutreiben. Das Westberlin-Junktim ist ein besonders krasses Beispiel. Heute werden Brandts Reden von Friedenspolitik und Reformen immer leiser, während sein Minister Schmidt den NATO-Kurs forciert, während die Ratifizierung der Ostverträge und die Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz auf die lange Bank geschoben, die Mittel für großangekündigte Reformprojekte und Sozialaufgaben laufend zusammengestrichen werden. Man kann eben nicht den Rüstungskurs als Garant für Sicherheit, Entspannung allenfalls als zusätzliche Sicherheit deklarieren und dann die Alternativen schlicht addieren. Hier gibt es kein Sowohl-als-auch. Das wechselseitige Bedingungsverhältnis ist nicht auflösbar: wirkliche Friedenspolitik, reale Sicherheit kann es nur geben, wenn wirklich mehr Demokratie „gewagt" wird. Hatte Brandt, als er diesen Zusammenhang formulierte, lediglich Wählerfang im Sinn? Glaubt er heute, im Schlepptau der Konzerne, der Generäle, der Nixon-Strategie vorankommen zu können? Solchen Kurs beherrschen die Kiesinger-Strauß-Parteien mit größerer Routine und mehr Publikumswirksamkeit. Mehr Demokratie und Sicherheit — das ist nur in klarer Front gegen Rechts durchzusetzen.

Dieser Kampf erfordert alle Konzentration und Konsequenz, denn die Positionen und die Mittel der Gestrigen sind, wie sich täglich zeigt, noch von gefährlicher Wirksamkeit. Aber während die Rechte allenthalben ihre Offensive vorantreibt, mit Strauß und Heck in der „parlamentarischen Opposition" ebenso wie mit Genscher, mit Hupka, Schmitt-Vockenhausen oder Vogel in den Regierungsparteien, geht die SPD-Führung in Front gegen die, die Friedenspolitik und Demokratisierung ernst nehmen und verwirklichen wollen.

Karl D. Bredthauer

Zur politischen Funktion des „Alleinvertretungsanspruchs" und der „besonderen Beziehungen"

Von Karl Ihmels

I

Es ist alte Juristentradition, Recht anzuwenden und sich der Verantwortung für dadurch ausgelöste soziale Folgen durch Berufung auf eben diese Rechte zu entziehen. Diese Alibifunktion, der sich normalerweise nur exekutierende Juristen bedienen können, wurde im Zusammenhang mit der Deutschlandpolitik insbesondere von den regierenden und rechtsetzenden Instanzen in Anspruch genommen. Je nach taktisch-politischem Bedarf bedienten sich Regierungen und Parlamentarier juristischer Argumente, um politische Entscheidungen zu legitimieren und sich notfalls zugleich von ihnen zu distanzieren. Erhebliche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang der „Alleinvertretungsanspruch", der nunmehr durch eine andere juristische Vokabel abgelöst wurde, den Begriff der „besonderen Beziehungen".

II

1948 wurde es den Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszone untersagt, mit ihren Kollegen aus der SBZ über ein einheitliches Deutschland zu verhandeln [1]), und Adenauer, wie er in seinen Memoiren berichtet [2]), hatte schon 1945 eine Teilung ins Auge gefaßt. So kommt zu der Einsicht in das Scheitern der Wiedervereinigungspolitik Adenauers die Vermutung, daß die rechtlichen Positionen, die den Juristen Adenauer in seinem Aktionsspielraum einzuschränken schienen, von ihm bewußt als diejenigen ausgewählt wurden, auf die es sich zu stützen gelte, um eine Wiedervereinigung vorerst zu verhindern. Gerade die letzte Annahme ließe sich leicht in das Bild integrieren, das man sich auf Grund seiner sonstigen politischen Taktik von dem ersten Kanzler der Bundesrepublik gemacht hat.

Das Dilemma der von Adenauer repräsentierten politisch-gesellschaftlichen Kräfte bestand darin, daß es in einem ungeteilten Nachkriegsdeutschland kaum eine Restauration der überkommenen Gesellschaftsordnung gegeben hätte. Aus dieser Sicht der Dinge war es konsequent, entgegen offiziell vertretenen nationalstaatlichen Programmen im Einklang mit den Zielen der westlichen Alliierten die Gründung eines westdeutschen Teilstaates zu betreiben, diesen politisch, wirtschaftlich und möglichst auch militärisch in das westliche Bündnissystem einzugliedern und ihn damit zugleich in seinen tradierten Strukturen zu konsolidieren. Eine Wiedervereinigung war nach der Strategie dieser Kräfte aus den gleichen Erwägungen heraus, aus denen die Gründung der Bundesrepublik erfolgte, zumindest auf die lange Bank zu schieben, denn auf der Basis einer wiedergewonnen Position der Stärke, so propagierte Adenauer, gelte es, im Rahmen einer

1) Vgl. W. Cornides, Die Weltmächte und Deutschland, 3. Aufl., Tübingen und Stuttgart 1964, S. 121.
2) Referiert nach der Wiedergabe bei: H. von der Gablentz, Bisherige Deutschlandpolitik der Bundesregierungen, in: Konsequenzen oder Thesen, Analysen und Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. von Albertz/Goldschmidt, Reinbek 1969, S. 154.

„Neuordnung Osteuropas" die Sowjetzone zu befreien [3]). Verhandlungen mit der Sowjetunion bzw. der SED konnten Adenauer nur lästig, möglicherweise sogar gefährlich werden. Wohl wissend, daß die Sowjetunion freien Wahlen in Gesamtdeutschland nur nach vorheriger Klärung des künftigen völkerrechtlichen Status, insbesondere der militärischen Befugnisse eines wiedervereinigten Deutschlands, zustimmen konnte, bestand er auf der Forderung „Zuerst freie Wahlen, dann Verhandlungen" [4]).

Dementsprechend wurde ein Verhandlungsangebot der Sowjetunion an die westlichen Alliierten auf Betreiben unter anderem Adenauers ohne nähere Prüfung abgelehnt [5]). Auch die Bundesregierung schlug als ersten Schritt zur Wiedervereinigung die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen vor, u. a. in einem 14-Punkte-Programm vom 27. 9. 1951 [6]). Wenn die SED-Regierung ernsthaft an einer Wiedervereinigung interessiert sei, müsse sie auf vorherige Verhandlungen verzichten und dem obengenannten Beschluß der Bundesregierung zustimmen [7]) — ein nicht gerade einladendes Angebot zu einem Arrangement.

Nach der vollzogenen Westintegration der Bundesrepublik erklärte die Sowjetunion, daß sie es von nun an der DDR überlasse, über ihre künftigen Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden [8]). Die Bundesregierung demgegenüber entwickelte aus dem ursprünglich politisch postulierten [9]) einen auf die Theorie vom Fortbestand des Reiches gegründeten juristischen Alleinvertretungsanspruch [10]) und betrieb im Anschluß daran die sogenannte — formaljuristisch konsequente — Nichtanerkennungspolitik. In deren Rahmen verfolgte sie die sogenannte Politik der Nichtaufwertung. Dabei war die juristische Theorienbildung lediglich eine Widerspiegelung zuvor explizit artikulierter politischer Intentionen: Niederhaltung und Bekämpfung der DDR in allen Bereichen bis zur Wiedervereinigung unter gesellschaftspolitisch genehmen Vorzeichen.

III

Die Frage nach dem rechtlichen Schicksal des Deutschen Reiches ist unter Völkerrechtlern umstritten. Niemand hat jedoch bislang den Nachweis geführt, daß es in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und in diesem Umfang von den Organen der Bundesrepublik vertreten wird. Ein solcher Nachweis kann auch gar nicht erbracht werden, wie sich aus folgender einfacher Überlegung ergibt: Die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland seitens der Alliierten kann in Übereinstimmung mit der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts [11]) so interpretiert werden, daß sie nicht den Untergang des Reiches, sondern nur eine Überlagerung der Rechtsordnung bedeutet. Die Wiedererrichtung deutscher Staatlichkeit, d. h. die Fortsetzung des Reiches, konnte dann aber nur in dem Maße erfolgen, wie die Alliierten auf die Ausübung ihrer am 5. Juni 1945 übernommenen Regierungsgewalt verzichteten.

Einem entsprechenden Verzicht verdankt die Bundesregierung ihre Entstehung. Solange sie die Verzichtserklärung der Sowjetunion für den Bereich ihrer Be-

---

3) Vgl. Bulletin der Bundesregierung, 1952, S. 254.
4) Vgl. G. Heinemann, Verfehlte Deutschlandpolitik, 1. Aufl. 1966, S. 61.
5) Vgl. G. Heinemann, a.a.O., S. 61.
6) Vgl.: Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten. I. Teil Oktober 1949 — Oktober 1953, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 4. Aufl. Bonn 1959, S. 40 ff.
7) Rede Adenauers am 6. Oktober 1951 in Berlin, abgedruckt in: Bemühungen I, a.a.O., S. 44 (47 f.).
8) Erklärung der sowjetischen Regierung vom 25. 3. 54, in: Bemühungen II, a.a.O., S. 89.
9) Erklärung Adenauers vor dem Bundestag am 21. 10. 1949, Bemühungen I, a.a.O., S. 8.
10) Erklärung der Bundesregierung vom 7. 4. 1954, Bemühungen II, a.a.O., S. 92 f.
11) Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen (BVerfGE), Bd. 2, S. 1 (56).

satzungszone nicht anerkennt, bestreitet sie sich selbst die von ihr behauptete Hoheitsgewalt über den territorialen Bereich der DDR. Eine Anerkennung der sowjetischen Verzichtserklärung dagegen käme einer Anerkennung der DDR gleich und hätte dieselbe Rechtsfolge.

Ob also die Bundesrepublik die DDR anerkennt oder nicht, in jedem Falle bleibt die Hoheitsgewalt der Bundesrepublik auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt. Wenn also die Bundesrepublik für sich das Recht in Anspruch nimmt, das Deutsche Reich fortzusetzen, so kann das nur für den Bereich der Bundesrepublik selbst gelten. Jeder weitergehende Anspruch ist rechtlich nicht begründbar, und damit entfällt der juristisch formulierte Alleinvertretungsanspruch. Dennoch fanden sich im Laufe der Jahre etliche Juristen, die die Adenauersche Richtlinie mit Hilfe mehr oder weniger abenteuerlicher Konstruktionen wissenschaftlich zu legitimieren trachteten, so daß das Bundesverfassungsgericht nicht allein stand, als es den Alleinvertretungsanspruch zum geltenden Verfassungsrecht erklärte. Hatte einer der ersten Apologeten noch konzediert, daß seiner Konstruktion ein Element politischen Wunschdenkens anhafte [12]) — das oberste westdeutsche Gericht sah sich nicht von derartigen Skrupeln geplagt und damit auch keinen Anlaß, der politischen Maxime Adenauers die verfassungsrechtliche Weihe vorzuenthalten [13]).

So kamen wir zu „unserem guten Recht" (Kiesinger) [14]), das zu verteidigen Politiker, Staatsanwälte, Richter und Wissenschaftler nicht müde wurden.

IV

Durch Inanspruchnahme dieses „Rechts" erklärte sich die Bundesregierung zum Herrn über Gebiete, die der Bundesrepublik nie zugehört hatten. Von dieser Basis ausgehend, hatten die Organe der DDR schon allein durch ihre bloße Existenz den Status eines Rechtsbrechers, der zudem nicht irgendwelche Rechte mißachtete, sondern solche der Bundesrepublik, ihrer Organe und ihrer Bürger. Das gleiche galt für die Regierung Polens. Aus dieser Sicht der Dinge stellte sich das Verlangen nach Aufgabe von Expansionsbestrebungen als Aufforderung zum Gebietsverzicht dar [14a]). Noch heute verfängt Willy Brandts Argumentation nicht überall, wenn er darauf hinweist, daß auf nichts verzichtet würde, was nicht schon längst verloren wäre.

Ein Übergriff westdeutscher Staatsorgane auf das Gebiet oder Einrichtungen der DDR hätte durch Bezugnahme auf den Alleinvertretungsanspruch den Charakter einer völkerrechtswidrigen Intervention verloren [15]) und einer Bürgerkriegshandlung angenommen — wie ja auch das Nebeneinander zweier deutscher Staaten bzw. Staatsfragmente von Juristen mittels der sogenannten Bürgerkriegstheorie beschrieben wurde [16]). Die Berechtigung, den Alleinvertretungsanspruch

12) U. Scheuner, Die Entwicklung der völkerrechtlichen Stellung Deutschlands seit 1945. In: „Die Friedenswarte", Bd. 51, S. 11.
13) BVerfGE 5, S. 85 (127).
14) Rede vor dem Bundestag am 17. 6. 1969.
14a) Als der derzeitige niedersächs. Vertriebenenminister Schellhaus (BHE) verlangte, diejenigen als Landesverräter zu brandmarken und zu bestrafen, die „auf deutsches Land verzichten wollen" (vgl. „Der Spiegel", Nr. 19/1970, S. 29), unterstellte er eigentumsähnliche Beziehungen der Bundesrepublik zu den Gebieten jenseits der Elbe, wie wenn es sich bei der Bundesrepublik um einen Großgrundbesitzer mit beschränkter Verfügungsbefugnis handelte. Nunmehr, angesichts eines bevorstehenden „Verzichts", bietet BdV-Präsident Czaja eine differenziertere Interpretation: Es gehe um die Aufgabe „der Menschen- und Gruppenrechte, der Freizügigkeit vom und zum angestammten Wohnsitz und der freien Entfaltung daselbst" („Der Spiegel", Nr. 19/1970, S. 31). Welchem Staatsverständnis man die einschlägigen rechtlichen Beziehungen auch immer entnehmen wollte, der Bundestag dekretierte, daß sie von den Vertriebenen auf die Kinder übergehen (vgl. „Der Spiegel", Nr. 19/1970, S. 29).
15) Vgl. z. B. Kurt Birrenbach (CDU): „Ist die Zone einmal anerkannt, ist eine Einwirkung der Bundesrepublik auf die internen Verhältnisse der Zone nicht mehr möglich. Ihr steht dann das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates entgegen" („Europa-Archiv" 22 (1967), S. 267 ff. (275).
16) Vgl. z. B. Freiherr Marschall v. Bieberstein, Zum Problem der völkerrechtlichen Anerkennung der beiden deutschen Regierungen, Berlin 1959.

als „suspendierte Kriegserklärung" [17]), zumindest aber als Vorbehalt einer Intervention zu interpretieren, wurde jüngst vom Parteivorsitzenden Kiesinger noch einmal unterstrichen, als er erklärte, auch nicht „um des Friedens willen" die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges anzuerkennen.

Indem die Bundesregierung, gestützt auf die Wiedervereinigungsformel des Grundgesetzes, den Alleinvertretungsanspruch entwickelte, legitimierte und beauftragte sie sich zugleich, die DDR und ihr gesellschaftliches System zu liquidieren. Damit pervertierte sie also die Wiedervereinigungsformel durch Vermittlung des Alleinvertretungsanspruchs in ein Instrument zur Vertiefung der Spaltung. Diese Konzeption fand ihre Fortsetzung in der Hallstein-Doktrin, die ihrer Formalstruktur und ihrer juristischen Begründung zufolge entwickelt wurde, um einer Wiedervereinigung entgegenstehenden Tatsachen — insbesondere in Form einer allseitig anerkannten DDR — entgegenzuwirken. Tatsächlich jedoch war ihre Anwendung von der Intention bestimmt, die DDR von einer Kooperation mit Staaten und Organisationen außerhalb des Ostblocks auszuschließen und ihr dadurch — gerade für eine im Aufbau befindliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unerläßliche — internationale Kontakte vorzuenthalten. Das zeigt sich an der Intensität insbesondere der diplomatischen Aktivität und der gezielten Vergabe von Entwicklungshilfsprogrammen, mit der die Errichtung von DDR-Handelsvertretungen bekämpft wurde. Damit erweist sich die Hallstein-Doktrin als Instrument, mit dessen Hilfe neben ihrer expressis verbis formulierten Intention unter dem Deckmantel der nationalstaatlichen Besorgnis der Aufbau eines alternativen Sozialmodells hintertrieben wurde.

Vor diesem Hintergrund erlangen die außenpolitischen Aspekte der Ostpolitik ihre innenpolitische Relevanz, wie umgekehrt die politisch herrschenden Kräfte der Nachkriegszeit es verstanden haben, innenpolitische — speziell gesellschaftspolitische — Fragestellungen, über den Leisten des Ost-West-Konflikts geschlagen, zu außenpolitischen Problemen zu deklarieren, um sie als herrschaftsgefährdende Konflikte zu eliminieren [18]). Auch hier wurde eine differenzierte politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit u. a. mittels juristischer Argumente auf ein simples Feind-Freund-Schema reduziert, mit dessen Hilfe sich nahezu jede Initiative der SED, die dann geradezu als ein Einbruch in eine heile Welt empfunden wurde, als Störmanöver darstellen ließ und das zugleich an sich sinnvolle Maßnahmen von Bundesorganen auszuschließen schien.

Ein Paradebeispiel dafür ist die Anerkennungsfrage, die, in dem Maße, in dem sie hochgespielt wurde, ein geregeltes Nebeneinander verhinderte: Die Anerkennung der DDR bedeutet zunächst nichts anderes, als daß die Bundesrepublik der DDR ihre Staatlichkeit und die daraus resultierende Fähigkeit zum Abschluß rechtsverbindlicher Verträge bescheinigt. Indem sie aber von der Warte des Alleinvertretungsanspruchs aus mit einem Verzicht auf rechtliche Befugnisse verschiedener Art gleichgestellt und darüberhinaus mit einer Zustimmung zum politisch-gesellschaftlichen System der DDR identifiziert wurde, wurde die schiefe Ebene installiert, von der aus sich die Diffamierung der DDR und ihrer deutschlandpolitischen Initiativen fast von selbst vollzog. Denn da beiderseits akzeptable Vereinbarungen nur über Verhandlungen oder auf diplomatischem Wege hinreichend vorbereitet werden können, Verhandlungen und diplomatische Kontakte aber in jedem Falle eine Form der Anerkennung implizieren, ließen sich durch Bezugnahme auf die Anerkennungsproblematik alle Kontaktbemühungen

17) So Sebastian Haffner im „Stern" v. 26. 4. 1970, S. 164.
18) Vgl. W. Hofmann, Zur Soziologie des Antikommunismus. In: Stalinismus und Antikommunismus, Ffm. 1967, S. 153 f.

der DDR als Versuch denunzieren, die Anerkennung zu erlangen oder ihr einen Schritt näher zu kommen. Die Bundesregierung ihrerseits erschien, aus dem gleichen Grunde, legitimiert, trotz ständiger Klage über die Teilung Deutschlands keinen Schritt zu deren Überwindung zu unternehmen und — abgesehen von der Forderung nach freien Wahlen — in Passivität zu verharren. Am konsequentesten verhielt sich Bundeskanzler Erhard, als er einen Brief der DDR-Regierung vorsichtshalber ungeöffnet ließ, um die DDR nicht wider Willen anzuerkennen. Besonders verdient machten sich auch verschiedene Bundesministerien durch die Herausgabe von Bezeichnungsrichtlinien, mit deren Hilfe nach und nach nahezu alle Kontakte zwischen Einrichtungen der Bundesrepublik und der DDR auch unterhalb der Regierungsebene systematisch unterbunden wurden [19]). Sportveranstaltungen mußten abgesagt werden, wenn DDR-Mannschaften und -Repräsentanten darauf bestanden, im Einklang mit den Regeln der internationalen Verbände ihr Staatswappen auf Trikot und Trainingsanzug zu tragen [20]). Selbst das Verbot von Kontakten zwischen ost- und westdeutschen Arbeiterparteien und -organisationen wurde von den Führungsgremien mit Anerkennungs- und Aufwertungsängsten motiviert.

Dem unverbildeten Menschenverstand war diese Politik so fremd, daß sie sich nur noch juristisch motivieren ließ. Nur juristisch ließ sich das faktisch längst nicht mehr existierende Reich in den Grenzen von 1937 wiederherstellen, dessen Teilung durch Verhandlungen bzw. Entgegennahme eines Briefes sanktioniert würde. Es ist offenbar kein Zufall, daß sich die Deutschlandpolitik der Bundesregierung in dem Maße um die Konstruktion juristischer Doktrinen bemühte und statt tatsächlicher Fortschritte solche der juristischen Interpretation offerierte, wie sie sich von der Realität entfernte. So hatten z. B. Theodor Heuss und Wilhelm Pieck noch unter Einhaltung von Formen korrespondieren können, wie sie im zwischenstaatlichen Verkehr üblich sind: „Sehr geehrter Herr Präsident!" [21]) usw.

Der Grundsatz der Alleinvertretung und Nichtanerkennung wurde später mit einer Konsequenz verfolgt, die ihn schließlich im Ergebnis zur Karikatur seiner selbst werden ließ, etwa als die Bundesrepublik die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Jugoslawien mit einem Abbruch ihrer Kontakte beantwortete, so daß deutsche Interessen in Belgrad nur noch von der DDR vertreten wurden. Bezeichnend ist, in welchen Fällen dieser Grundsatz des Alles oder Nichts durchbrochen wurde: Erwartete man von der Bundesregierung, daß sie sich als alleinige Sprecherin aller Deutschen im internationalen Bereich um die Wiedervereinigung bemühte, dann verwies sie regelmäßig auf die Zuständigkeit der Alliierten [22]). Erhoffte man von ihr eine Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen, insbesondere eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, so erklärte sie die nichtexistierende Regierung eines nichtexistierenden Gesamtdeutschlands für zuständig, von dem sie doch gleichzeitig ständig behauptete, es zu vertreten [23]). Oder sie verwies wiederum auf die nach dem Potsdamer Abkommen zuständigen Alliierten, was sie jedoch nicht hinderte, ihrer angeblich mangelnden juristischen Kompetenz zum Trotze

---

19) Lediglich die Handelsvertretungen der Bundesrepublik und der DDR haben es verstanden, sich mit Hilfe der Tarnbezeichnungen „Währungsgebiet DM West" und „Währungsgebiet DM Ost bzw. MDN" Kontaktmöglichkeiten zu bewahren.
20) Prinz Konstantin v. Bayern wollte die Austragung der Olympischen Sommerspiele 1972 in München dadurch ermöglichen, daß München für diese Zeit zum exterritorialen Gebiet deklariert würde.
21) Vgl. Bemühungen I . . ., a.a.O., S. 56 ff. Die Anführungszeichen markieren das Zitat.
22) So bis heute Rainer Barzel (vgl. „Das Parlament" v. 28. 4. 1970, S. 2) und BdV-Präsident Czaja (vgl. „Der Spiegel" v. 4. 5. 1970, S. 30 f.).
23) So Barzel (vgl. „Der Spiegel" v. 4. 5. 1970, S. 44).

a) intern zu beraten, unter welchen Voraussetzungen es politisch opportun sei, die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze anzuerkennen, und

b) einen EVG-Vertragsentwurf auszuarbeiten, demzufolge die ehemals deutschen Ostgebiete im Falle einer Freigabe durch Polen und die Sowjetunion automatisch in die EVG einbezogen würden [24]).

Seitdem die vormaligen Regierungsparteien CDU/CSU mehr oder weniger tatenlos zusehen müssen, wie die Bundesrepublik sich unter einer neuen Regierung anschickt, lediglich mit Wirkung für sich allein auf künftige territoriale Forderungen gegenüber Polen zu verzichten, bestreitet Fraktionsführer Barzel [25]) der Bundesregierung die Legitimation selbst dieses Vorgehens. Nach außen hin kann demnach noch nicht einmal die Bundesrepublik von ihren eigenen Organen vertreten werden, geschweige denn das Deutsche Reich.

Hatten Kalter Krieg und Restauration trotz mangelnder Kodifikation eine grundsätzliche Beachtung des Alleinvertretungsanspruchs durch alle Staatsorgane bewirkt, so hatte es insbesondere die auf das Legalitätsprinzip verpflichtete Justiz doch nicht an einer „staatspolitisch" orientierten Opportunität fehlen lassen. Nach § 3 StGB, der schon in der Erstfassung des Gesetzeswerkes aus dem vergangenen Jahrhundert enthalten war, gilt westdeutsches Strafrecht für alle Deutschen. Bei konsequenter Anwendung des Alleinvertretungsanspruchs waren die westdeutschen Gerichte, die in ihrem Selbstverständnis die deutsche Gerichtsbarkeit repräsentieren, gezwungen, Bewohner der DDR nach westdeutschem Recht zu bestrafen. Tatsächlich geschah dies jedoch nur in Einzelfällen. In der Regel wurden politisch mißliebige DDR-Bürger trotz ihres nach westdeutschem Recht strafbaren Eintretens für Ziele der SED — in Einzelfällen nach vorheriger Verhaftung und Durchsuchung — lediglich abgeschoben. Sie erfuhren also eine Behandlung, wie sie nach westdeutschem Recht nur Ausländern zuteil werden darf.

„Wer Deutscher ist, bestimme ich", konnte der jeweils zuständige Beamte von sich behaupten. Westdeutsche Staatsdiener entwickelten in der Auslegung des Alleinvertretungsanspruchs geradezu subtile Unterscheidungskriterien: Neben den Deutschen und den deutschen Ausländern (oder nichtdeutschen Deutschen?) schien es noch die Kategorie des Eventual-Deutschen zu geben, wie er beispielsweise von Walter Ulbricht repräsentiert wird. Ulbricht zählt zu den Mischtypen, die zwar bei uns in aller Regel nicht bestraft werden, die aber dennoch nicht sicher sein können, in Ausnahmefällen doch vor ein alleinvertretendes Gericht gestellt zu werden [26]).

Als der Redneraustausch Wirklichkeit zu werden drohte, bedurfte es daher einer Sicherung Ulbrichts und seiner Mitstreiter vor dem Zugriff westdeutscher Staatsgewalt. Maßgebende CDU-Politiker hatten zunächst heftig gegen den Redneraustausch polemisiert, und der Führer der Jungen Union schien ein Verbot des „Schlagabtausches" anzustreben. Er unterstellte der SPD Volksfront-Ambitionen und sah darüberhinaus in der Teilnahme eines „steckbrieflich gesuchten Mörders" eine Gefährdung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Sowohl ein Verbot als auch Verhaftung und Ausweisung waren politisch inopportun. So begnügte man sich mit dem „Gesetz über eine befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit". Es beruhte auf der Prämisse, daß DDR-Bürger unserer Jurisdiktion unterstehen. Wer es in Anspruch nahm, bestritt damit

[24]) Vgl. die von H. v. Brentano vorgeschlagene Fassung eines Art. 102 des Entwurfs der Straßburger Europaverfassung sowie Art. 5.
[25]) Interview in: „Der Spiegel" v. 4. 5. 1970, S. 38.
[26]) Wenn im 8. Strafrechtsänderungsgesetz der Verfolgungszwang hinsichtlich strafbarer Handlungen von DDR-Bürgern aufgelockert wurde, so ist die Mehrgleisigkeit im Grundsatz nicht aufgehoben; lediglich die offenkundigen Symptome wurden beseitigt.

die Staatlichkeit der DDR. Man konnte also sicher sein, daß weder Ulbricht noch andere Funktionäre sich unter den fragwürdigen Schutz dieses Gesetzes stellen würden, zumal sie sich zusätzlich zu ihrer Diskriminierung noch des mehrfachen Mordes zu bezichtigen gehabt hätten: „Wer ... einem Gesetz über befristete Freistellung von der Gerichtsbarkeit zustimmt (also erst recht, wer es in Anspruch nimmt — der Verf.), der klagt zugleich den Mord und seine Täter an" [27]). Dieser Charakterisierung des Gesetzes ist kaum noch etwas hinzuzufügen.

Hätte der Bundestag den Gesetzesentwurf abgelehnt, so hätte der Redneraustausch auch nicht stattfinden können, weil man befürchten mußte, daß eine übereifrige Justiz Ulbricht verhaftet hätte. Insoweit war eine Gruppe von CDU/CSU-Abgeordneten konsequent, als sie gegen ein Freistellungsgesetz stimmte, weil es ein „Sondergesetz" mit politischen Ausnahmeregelungen sei [28]). Sie bekannte sich also in aller Offenheit zur logischen Konsequenz des Alleinvertretungsanspruchs, welcher als Prämisse einer sogenannten Wiedervereinigungspolitik die Wirklichkeit dahingehend manipuliert, daß er Verhandlungen — eine conditio sine qua non friedlicher Wiedervereinigung — stigmatisiert und mit dem Odium der Verfassungswidrigkeit versieht. Gerade diese Gruppe war dann allerdings angesichts der bevorstehenden Verhandlungen in Kassel, für die das Freistellungsgesetz ein politisches Hindernis zu sein schien, auch nicht bereit, für eine Beseitigung dieses „Sondergesetzes" zu stimmen.

V

Diese Praktiken der juristischen Verklausulierung und Verschleierung sollten — so hoffte man — mit Beendigung der Großen Koalition ihr Ende finden, und Willy Brandt gab dieser Hoffnung Nahrung: „Ich habe den Eindruck, daß die juristischen Schriftgelehrten auf beiden Seiten uns mehr Ballast aufgebürdet haben, als eigentlich notwendig war. Man soll über die Sachen sprechen, und meinetwegen können sich die Juristen dann hinterher noch ausdenken, wie sie das, was sich tatsächlich ergibt, nennen wollen", meint Willy Brandt in einem Interview im „Stern" vom 29. 3. 1970. Die Sache jedoch, das was sich in Erfurt, Kassel und danach ergab, entpuppte sich wiederum als ein juristisches Problem: Brandt zeigt sich bereit, die DDR als Staat zu behandeln, Stoph hingegen besteht auf völkerrechtlicher Anerkennung. Dabei bedeutet Anerkennung lediglich, einen tatsächlichen Sachverhalt rechtlich außer Streit zu stellen, im konkreten Fall also der DDR Staatsqualität zu bestätigen, wozu Brandt bereit ist. Aus Staatsqualität aber folgt Völkerrechtssubjektivität, die uneingeschränkt bescheinigt zu erhalten, das Bestreben der DDR-Führung ist.

Von dieser Warte aus ist es leicht, der SED den Vorwurf der Entspannungsfeindlichkeit zu machen, wenn sie auf Angebote der Bundesregierung nicht eingeht. Aber dieser Vorwurf basiert auf einer vermittels juristischer Terminologie reduzierten Wirklichkeit. Er ignoriert insbesondere die Tatsache, daß die westdeutschen Offerten regelmäßig einen Zusatz enthalten, wie ihn Brandt z. B. am 28. 10. 1969 im Bundestag formuliert hat: „... ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein" [29]).

Gab Kiesinger noch vor, mit der DDR nicht gleichberechtigt verhandeln zu können, weil es ihr der Staatsqualität ermangelte, so ist es nunmehr der angebliche Sondercharakter der Beziehungen zwischen BRD und DDR, der eine uneinge-

[27]) So der Abgeordnete Benda in der Debatte über das Freistellungsgesetz, zitiert nach: „Das Parlament", Nr. 26 v. 29. 6. 1966, S. 2.
[28]) So der Abgeordnete Memmel (CSU), „Das Parlament", Nr. 26 v. 29. 6. 1966, S. 2.
[29]) Texte zur Deutschlandpolitik IV, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, S. 13.

schränkte Anerkennung der DDR als Staat im Sinne des Völkerrechts ausschließen soll. Demnach ist die DDR nach wie vor ein nicht anerkennungsfähiger Staat, ein Staat „minderen Rechts", den auch deshalb Drittstaaten solange nicht anerkennen dürfen, bis er sich selbst zu einem solchen Staat minderen Rechts erklärt hat. Inwiefern Verhandlungen unter diesen Vorbedingungen als Verhandlungen auf der Grundlage der „Gleichberechtigung und der Nichtdiskriminierung" (Brandt am 19. 3. 1970 in Erfurt) [30]) anzusehen sein sollen, bleibt unerfindlich.

Bezeichnend für diese Technik des Vorschiebens juristischer Argumente, durch die der betreffende Problemkreis tendenziell einer Bewertung durch die Öffentlichkeit entzogen und einem vorprogrammierten Expertenklüngel überantwortet wird, ist die Tatsache, daß der angebliche Sondercharakter der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR bislang ebensowenig eine tragfähige juristische Herleitung gefunden hat wie der Alleinvertretungsanspruch auch [31]).

So begründete Staatssekretär Wetzel [32]) vom damaligen Gesamtdeutschen Ministerium noch vor Abgabe der Regierungserklärung Brandts die „besonderen Beziehungen" damit, daß die DDR und die BRD trotz beiderseitiger Staatsqualität in ihrem Verhältnis zueinander nicht Ausland seien und ihre Beziehungen sich daher mit den Adjektiven „staatsrechtlich" und „völkerrechtlich" nicht ausreichend charakterisieren ließen. Zur genaueren Kennzeichnung bedürfe es der differenzierenden Kategorie der „zwischendeutschen" oder „innerdeutschen" Rechtsbeziehungen.

Mit Hilfe dieser Konstruktion läßt sich nicht erklären, aus welcher Rechtsordnung zwischen der DDR und der BRD abzuschließende Verträge ihre Rechtswirksamkeit erlangen sollen, denn zwischen Staaten gibt es nur staatsrechtliche oder völkerrechtliche Beziehungen [33]). Wetzel setzte die Regierung also dem Vorwurf aus, vertragliche Vereinbarungen zu erstreben, an die sie später rechtlich nicht gebunden wäre. Demgegenüber erklärte Brandt mehrfach, daß die Regeln des Völkerrechts (nicht aber schlicht und einfach das Völkerrecht) Anwendung fänden, und schränkte diese Feststellung regelmäßig ein mit Formulierungen wie „. . . es sei denn, daß sich aus der Natur der Sache Abweichendes ergibt" [34]).

Begründete Brandt den Sondercharakter der Beziehungen DDR-BRD mit der „Einheit der Nation", so mußte er sich von einem Mitarbeiter seiner Regierung, einem Referenten des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen, dahingehend belehren lassen, daß der Begriff der Nation juristisch nichts hergibt, er also auch auf die juristische Bewertung der Beziehungen BRD-DDR keinen Einfluß haben kann: „Es wäre sogar falsch, den politischen Begriff der Nation als ein rechtliches Argument zu verwenden [35])."

Mahnke verwirft sogar im Anschluß an Guradze [36]) die Versuche, „das Verhältnis der BRD zur DDR in ein dämmriges Zwischenreich zwischen Staats- und Völ-

30) Texte . . ., S. 361.
31) Wer also Kritik üben will, muß geradezu Rechtsexperte sein. Die Rechtswissenschaft aber, die in dieser Konstellation vom Instrumentarium her die Möglichkeit korrigierender Einflußnahme gehabt hätte, hat in ihrer Zurückhaltung mit grundsätzlicher Kritik an herrschenden Kräften die offiziell vertretenen Rechtsmeinungen weniger problematisiert als verstärkt. Die Ursachen dieses Versagens liegen nicht nur im traditionellen Konservatismus der sich als Elite begreifenden Juristen, sondern offenkundig auch in der Organisation und wechselseitigen Verschränkung von Justizapparat, Juristenausbildung und Rechtswissenschaft. Eine detailliertere Beschäftigung mit dem letzteren Aspekt muß einer gesonderten Untersuchung vorbehalten bleiben. Bezeichnenderweise ist in der westdeutschen Rechtswissenschaft eine einschlägige Untersuchung bislang nicht erstellt worden, wohl aber eine über die Lenkung der Rechtswissenschaft in der DDR (vgl. R. Schwarzenbach, Die Stellung der Staats- und Rechtswissenschaft im Führungssystem der SED, in: Jahrbuch für Ostrecht VII/2, 1966).
32) Referiert bei: Mahnke, Der besondere Charakter der innerdeutschen Beziehungen. In: Deutschland-Archiv 1970, S. 267 ff. (267 f.).
33) Ders., a.a.O., S. 273.
34) So z. B. am 21. 5. 1970 in Kassel; vgl. Texte zur Deutschlandpolitik V, S. 134.
35) Mahnke (s. Anm. 31), S. 271.
36) Anerkennung der DDR? In: „Zeitschrift für Rechtspolitik" 1969, S. 250 ff.

kerrecht' zu rücken" [37]). Die für derartige Bemühungen zum Vorbild genommenen Interesse-Beziehungen des Commonwealth könnten kein Modell für die Beziehungen zwischen beiden Staaten abgeben, weil sie auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basierten und daher einer entsprechenden Vereinbarung bedürften, der die DDR ihre Zustimmung verweigere [38]).

Dessenungeachtet gelangt Mahnke dann doch zu dem Ergebnis, daß das Verhältnis DDR-BRD durch rechtliche Sonderbeziehungen charakterisiert sei: Die „besondere Situation Deutschlands und der deutschen Nation, wie sie durch den verlorenen Krieg, die bedingungslose Kapitulation und die daraus resultierende Occupatio bellica sowie schließlich ... die oberste Verantwortung der vier Alliierten für Gesamtdeutschland" begründeten „den Sondercharakter der innerdeutschen Beziehungen gleichwohl rechtlich einwandfrei" [39]).

Der verlorene Krieg, die bedingungslose Kapitulation und daraus resultierende Rechtsfolgen betreffen jedoch ausschließlich das Deutsche Reich und allenfalls die Bundesrepublik als dessen Rechtsnachfolger, nicht jedoch die DDR. Sie können daher kein Sonderrechtsverhältnis zwischen BRD und DDR begründen. Das gleiche gilt im Ergebnis auch für die alliierten Vorbehalte „Deutschland als Ganzes" betreffend. Auch wenn man diese — im Gegensatz zu vereinbarten Rechten — als einseitig vorbehaltene Befugnisse interpretiert, so bestehen sie doch nur jeweils im Verhältnis der Alliierten zu den beiden deutschen Staaten, nicht aber zwischen diesen beiden selbst. Im übrigen haben die Alliierten in Ausübung ihrer Befugnisse die Gründung der BRD und der DDR betrieben, und insoweit sind ihre Rechte — was die juristische Bewertung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR anbetrifft — obsolet geworden. Die Sowjetunion hat dies in ihrer Erklärung vom 25. 3. 1954 zum Ausdruck gebracht, in der sie den DDR-Behörden die Befugnis zusprach, ihre Beziehungen zu Westdeutschland selbst zu gestalten. Davon abgesehen, mußte allein schon das Ergebnis der regierungsamtlichen Juristerei hellhörig werden lassen, demzufolge zwischen den beiden deutschen Staaten bestehende Sonderbeziehungen nur die DDR, nicht aber die BRD zu einem nicht anerkennungsfähigen Staat stempeln. Gerade in diesem Ergebnis erweist sich die Theorie vom „Sondercharakter innerdeutscher Beziehungen" als modifizierter Alleinvertretungsanspruch mit allen seinen politischen Implikationen.

Die im Alleinvertretungsanspruch gegenüber der DDR dokumentierte aggressive Grundhaltung, die sich in dem „Sondercharakter der innerdeutschen Beziehungen" nur leicht abgeschwächt fortsetzt, folgt dem immanenten Trend einer Abwertung der DDR und ihrer Gesellschaftsordnung, in der zugleich unausgesprochen eine Legitimation westdeutscher politischer Verhältnisse mitschwingt. Eine Regierung, die das Klima für innere Reformen vorbereiten will, muß daher auch im Bereich der Ostpolitik weniger um Kontinuität bemüht sein als vielmehr neu beginnen. Die auf dem Alleinvertretungsanspruch aufbauenden Argumentationen haben — ohne daß der Bezug zur Ausgangsbasis auf den ersten Blick noch auszumachen wäre — im Kontext von ökonomischem Aufschwung und Kaltem Krieg eine Bewußtseinsdeformation gefördert, die mit Hilfe juristischer Terminologie, geschweige denn mit der herkömmlichen, nicht zu erfassen ist, deren Abbau jedoch durch eine explizit ausgesprochene uneingeschränkte Anerkennung der DDR als Staat im Sinne des Völkerrechts gefördert würde.

Der Hinweis auf potentielle Stimmenverluste als klassische Rechtfertigung sozialdemokratischer Halbherzigkeit entbehrt zumindest in diesem Zusammenhang rea-

37) a.a.O., S. 273 Anm. 50.
38) a.a.O., S. 273 f.
39) a.a.O., S. 274.

listischer Einschätzung. Diejenigen, die der SPD wegen ihrer ostpolitischen Aktivitäten mißtrauen, sind längst abgesprungen. Ein konsequenter Neuanfang jedoch böte über die Möglichkeit scharfer Kontrastierung die Chance eindeutiger Selbstdarstellung.

Gerade das diffuse Licht der jetzigen Position begünstigt eine politische Atmosphäre, in der Verdächtigungen, Unterstellungen und Anzeigen rechtsradikaler Gruppen innerhalb und außerhalb des Parlaments die Tagesordnung bestimmen. Die Regierung Brandt/Scheel wäre nicht die erste, die sich in ständiger Defensive aufreibt und noch mit ständigen Dementis ihren Gegnern in die Hände arbeitet. Was hier nottut, ist ein scharfer Schnitt, nach dem in Parlament und Ausschüssen nicht mehr diskutiert zu werden braucht, ob respektieren weniger bedeutet als anerkennen oder umgekehrt. Diese scholastischen Exerzitien, mit denen man inzwischen ganze Bibliotheken füllen könnte, sind ohnehin nur Rückzugsgefechte. An der Anerkennung der Völkerrechtssubjektivität der DDR führt kein Weg vorbei.

Das sowjetische „Ultimatum" vom 27. November 1958 (I)

Versuch einer Korrektur unseres bisherigen Geschichtsbildes

Von Helmut R. Külz

Über zwölf Jahre liegen zurück, seit am 27. November 1958 die Regierung der UdSSR in drei inhaltlich gleichlautenden Noten an die Westmächte sowie in gleichzeitigen Noten an die Bundesrepublik und die DDR auf breiter Front die Berlin- und die Deutschlandfrage aufrollte. Der Inhalt des überaus umfangreichen sowjetischen Notenwerkes läßt sich zunächst kurz etwa wie folgt zusammenfassen: Da die Westmächte sich unter Verletzung des Potsdamer Abkommens bisher einem Friedensvertrag mit Deutschland beharrlich widersetzt hätten, seien die Abkommen über die Besatzungszonen Deutschlands und über die Verwaltung von Großberlin sowie über den Kontrollratsmechanismus vom 12. September und 14. November 1944 als ungültig anzusehen. Alle daraus abzuleitenden Besatzungsrechte, auch bezüglich Berlins, würden von der Sowjetunion demnächst aufgegeben oder der Regierung der DDR übertragen werden. Mangels westlicher Verhandlungsbereitschaft über einen deutschen Friedensvertrag müsse jedenfalls die akut gewordene Berlin-Frage einer selbständigen Lösung zugeführt werden, wozu die Umwandlung Berlins in eine „Freie Stadt" vorgeschlagen werde. Wenn innerhalb eines halben Jahres dies nicht einvernehmlich zwischen den vier Besatzungsmächten geregelt werden sollte, werde die Sowjetunion in der angedeu-

teten Richtung (Übertragung der Besatzungsrechte an die DDR) einseitig vorgehen.

Der Schritt der Sowjetregierung ist in die Zeitgeschichte als „das russische Berlin-Ultimatum" eingegangen und spielt seither in den Auseinandersetzungen über die sowjetische Deutschlandpolitik, vor allem in der Bundesrepublik, eine bedeutsame, bis heute wirksame Rolle, in der Regel als Beweis für eine sich immer gleichbleibende Unberechenbarkeit und Bedrohlichkeit der russischen Haltung, der es zur Durchsetzung ihrer Ziele auch nicht auf das mutwillige Heraufbeschwören ernster Krisen ankomme und der gegenüber man stets wachsam und gerüstet bleiben müsse.

Heute wollen uns freilich die damaligen Zusammenhänge des sowjetischen Schrittes in etwas anderem Lichte erscheinen. Jedenfalls scheint es geboten, sie heute etwas genauer und unbefangener zu betrachten, als es in der Erregung der damaligen Zeit in Westdeutschland zunächst möglich schien. Die Noten fielen nämlich genau mit dem Höhepunkt des Kampfes um die am 7. Dezember 1958 bevorstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zusammen und spielten so in den letzten 10 Tagen dieses Wahlkampfes eine bedeutende Rolle. Wie nicht anders zu erwarten, hat sich dies einer wirklich sachlichen Erörterung der Noten nicht eben als dienlich erwiesen; im Gegenteil übertrumpften und übersteigerten sich die Berliner Parteien und die am Wahlkampf stark teilnehmenden Bundesparteien in Kritik, Ablehnung und Zurückweisung der Noten, weil offensichtlich jede andere Haltung beim Wahlgegner den Vorwurf gefährlichen „Aufweichlertums" und damit unabsehbare Folgen für den Wahlausgang ausgelöst haben würde. Aber auch in den Jahren danach ist bisher keine Berichtigung dieser erregten und damit notwendig verzerrten Beurteilung des sowjetischen Schrittes versucht worden, obwohl dazu mannigfacher Anlaß bestanden hätte auch insofern, als die damals aufgeworfenen Fragen (Berlin-Status, freie Zugangswege usw.) bis heute ja ungelöst geblieben sind und deswegen immer wieder zu dramatischen Zuspitzungen führen.

Der Versuch einer solchen berichtigten Würdigung des sowjetischen Schrittes vom 27. November 1958 sei hiermit nachgeholt. Dazu sei er vorab ganz kurz aus seinem unglücklichen Wahlzusammenhang in den, wie es scheint, allein richtigen großen Zusammenhang des ganzen Jahres 1958 gerückt, das zu den ereignisreichsten und folgenreichsten Jahren unserer ganzen Zeitgeschichte zu zählen sein wird. Es ist das Jahr des beginnenden Atomwaffenausgleiches zwischen den USA und der Sowjetunion, eines Ausgleichs, der von der Vereinbarung eines Versuchsstopps geradewegs bis zum Atomwaffensperrvertrag unserer Tage führt. Es ist das Jahr der Auseinandersetzungen um den Rapacki-Plan, der zwar schon Ende 1957 zur Erörterung gestellt, aber erst im Jahre 1958, nach anfänglicher Zurückhaltung der Sowjetunion, als Gesamtplan des Ostens wirksam geworden ist, eines Plans, der ebenfalls bis in unsere Tage, nach mancherlei Auf und Ab, auf der politischen Tagesordnung geblieben ist und sicherlich ebenfalls als ein Beitrag zur europäischen Entspannung gedacht war. Es ist auch das Jahr des deutsch-sowjetischen Konsular-, Handels-, und Repatriierungsabkommens vom 25. April 1958, des bisher fast einzigen deutsch-sowjetischen Verständigungs- und Annäherungsschrittes von Bedeutung, mit dem denn auch damals mancherlei weitergehende Erwartungen verknüpft wurden. Auf allen diesen Hintergründen erreicht das Jahr 1958, nach spannungsreicher Vorgeschichte, mit dem sowjetischen Schritt vom 27. November 1958 nun geradezu seinen dramatischen Höhepunkt.

Schon diese Perspektive legt indessen die Überlegung nahe, wie wirklich der sowjetische Schritt gemeint gewesen ist, als plötzliche Verschärfung — zu der nach den anderweit sichtbar gewordenen Entspannungen ein Anlaß oder innerer Grund eigentlich kaum verständlich erscheint — oder nicht vielmehr als ein vorwärtsdrängender Beitrag zur weiteren Entspannung. Für die letztere Deutung spricht ein Umstand, der im einzelnen noch genauer darzulegen sein wird, nämlich die nach den Erinnerungen des Botschafters Kroll einwandfrei zu belegende Tatsache, daß die gegen Berlin gerichtete Zielsetzung des sowjetischen Schrittes überhaupt abzuwenden gewesen wäre, wenn seinerzeit Adenauer und Brentano auf einen vorherigen Verhandlungsvorschlag Gromykos eingegangen wären; es ist erstaunlich, daß dies bisher der westdeutschen Öffentlichkeit so gut wie überhaupt nicht bewußt gemacht worden ist. Auch in den Memoiren Adenauers fehlt bezeichnenderweise jede auch nur andeutungsweise Erwähnung dieser von ihm ausgeschlagenen Möglichkeit. Nach alledem kommt die vorliegende Untersuchung zu dem Ergebnis, daß in dem Schritt vom 27. November 1958 kein gegen Deutschland oder Westberlin gerichtetes drohendes „Ultimatum" zu erblicken war, sondern im Gegenteil ein strategisch groß angelegter Versuch, zu einer für alle Beteiligten tragbaren Deutschlandlösung zu kommen, nicht unähnlich der Note vom 12. März 1952 mit dem Vorschlag eines deutschen Friedensvertrages, in den der sowjetische Schritt dann auch wieder ausmündet. Aber lassen wir die Ereignisse und Dokumente für sich selber sprechen.

Die Vorgeschichte

Das Jahr 1958, in dessen ganzen Zusammenhang wir, wie bereits angedeutet, auch die November-Noten sehen müssen und wollen, beginnt mit ausführlichen sowjetischen Noten vom 8. und 10. Januar 1958 an alle NATO-Staaten, die Mitglieder der Vereinten Nationen und die Schweiz mit dem Vorschlage einer Gipfelkonferenz „im Laufe der nächsten zwei bis drei Monate". Als Tagesordnungspunkte werden u. a. vorgeschlagen:

1) die Einstellung aller Atom- und Wasserstoffwaffenversuche,

2) ein allgemeines Verbot dieser Waffen,

3) die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (Rapacki-Plan),

4) der Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt,

5) die Verringerung und der schließliche Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland,

dazu vier weitere Punkte, die hier mangels Beziehung zu unserem Thema übergangen seien. Die vorgeschlagenen Entspannungsmaßnahmen würden auch, so führen die Noten u. a. aus, der Lösung der Deutschlandfrage förderlich sein; sie würden zu einer Annäherung der beiden deutschen Staaten führen, wobei eine Konföderation zwischen ihnen ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Bildung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland sein werde. Die Sowjetunion werde jede Verständigung zwischen ihnen über die Wege, die zur Wiedervereinigung führen, erleichtern. Eine solche Verständigung würde auch die Voraussetzung eines Friedensvertrages mit Deutschland schaffen. In einer Begleitnote Bulganins an Adenauer werden diese Punkte nochmals besonders hervorgehoben; die Sowjetregierung werde „mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dazu beitragen, daß eine Verständigung zwischen der DDR und der BRD und ihre Vereinigung zu einem einheitlichen, friedliebenden und

Kritische Sachbücher

Im März

Frau und Illustrierte im Kapitalismus

von Ingrid Langer-El Sayed

304 S., glanzkart. DM 14,80

Inhalt: *Frauenzeitschriften in der BRD* — Angebot, Verbreitung, Leserkreis, Massenmedien, ökonomische Abhängigkeiten, Wirksamkeit, Realitätsbezug, Funktion.
Adressatinnen der Frauenzeitschriften (Zur Situation der Frauen in der BRD) — Die Frau als Rollenträgerin, ideologische Auffassungen von Geschlechterrollen: traditionell, romantisch, altliberal, marxistisch, psychoanalytisch, heutige ideologische Situation. Hausfrau- und Mutterrolle. Die berufstätige Frau. Die Konsumentin.
Ergebnisse einer Inhaltsanalyse von Frauenzeitschriften — Material, Selbstdarstellung, Titelbilder, Hauptthemen, Raumanteile der Themen, Typen von Frauenzeitschriften, Werbungsteil, Inhalt: Mode und Kosmetik, Haus, Haushalt und Familie, Romane und Kurzgeschichten, Prominenz, Probleme, Politik und Zeitgeschehen.
Interpretation der Ergebnisse.
Die Untersuchungsmethoden.
Einschlägige Literatur.

Reform und Revolution bei Marx und Engels

von Dieter Kramer

200 S., engl. brosch. DM 9,80

Kramer (Marburg) zitiert und kommentiert zum ersten Mal in der Literatur systematisch die Berührungspunkte von Reformmaßnahmen und revolutionärem Prozeß im Werk der marxistischen Klassiker. Die Analyse der „über sich selbst hinaustreibenden Reformen" zählt zu den Hauptstücken politischer Theorie.

Mitbestimmung als Kampfaufgabe

Grundlagen — Möglichkeiten — Zielrichtungen

Eine theoretische, ideologische und empirische Untersuchung der Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik.
Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt am Main.

348 S., glanzkart. DM 17,80

Pahl-Rugenstein

demokratischen Staat erzielt wird". Chruschtschow äußert sich in einer Rede in Minsk am 22. Januar 1958 in gleicher Richtung, stellt aber klar, daß die deutsche Wiedervereinigungsfrage als solche und unmittelbar kein Gegenstand einer Gipfelkonferenz sein könne. In dem nun über die Tagesordnung und die Vorbereitung einer Gipfelkonferenz einsetzenden, langwierigen Austausch von Noten, Botschaften und sonstigen Erklärungen spielt die Deutschlandfrage nur eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle; Berlin kommt so gut wie überhaupt nicht vor. Im Vordergrund des Meinungsaustausches stehen die weltweiten und europäischen Kernwaffen- und Abrüstungsfragen. Die Westmächte versuchen zwar immer wieder, auch die Deutschlandfrage, anknüpfend an die Genfer Gipfelkonferenz vom Juli 1955, in eine etwaige neue Gipfelkonferenz einzubeziehen, stoßen aber auf ständige sowjetische Ablehnung; die Deutschlandfrage könne nur noch zwischen den beiden deutschen Staaten selbst erörtert und gelöst werden. Der gleiche Unterschied drückt sich in gegensätzlichen Entschließungen des NATO-Rates (auch das Deutschlandproblem auf Gipelkonferenz zu lösen) und des Warschauer Paktes aus (Wiedervereinigungserörterungen würden dem Zustandekommen und dem Erfolg einer Gipfelkonferenz nur im Wege stehen).

Auch in einer TASS-Erklärung des sowjetischen Außenministeriums vom 16. Mai 1958 wird nach wie vor die Wiedervereinigungsfrage als Tagesordnungspunkt einer Gipfelkonferenz abgelehnt, nicht aber — dies ist ein neuer Ton — „jener Teil des deutschen Problems, für dessen Lösung die vier Mächte verantwortlich sind, d. h. die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland", dessen Erörterung einen Impuls zur Vereinigung der Bemühungen der beiden deutschen Staaten um die Wiederherstellung der nationalen und staatlichen Einheit des deutschen Volkes geben würde. Einen weiteren Schritt in dieser Richtung unternimmt der Bundestag, indem er am 2. Juli 1958 einstimmig der Bundesregierung den Auftrag erteilt, sich bei den vier Besatzungsmächten dafür einzusetzen, auf der geplanten Gipfelkonferenz oder auch unabhängig davon einen ständigen Viermächteausschuß (mindestens im Range einer Botschafterkonferenz) zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur Lösung der deutschen Frage zu schaffen. Die Entschließung war durch einen Vorschlag des österreichischen Bundeskanzlers Raab veranlaßt worden, der bereits Ende April 1958 den Regierungen der USA und der Sowjetunion für die kommende Gipfelkonferenz eine solche Viermächtekommission vorgeschlagen hatte, sogar mit der Aufgabe, die Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen zu prüfen und ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten. Der sowjetische Botschafter habe ihn bereits verständigt, daß sein Vorschlag in Moskau eingehend studiert werde, so hatte Raab auf einer Pressekonferenz in Wien am 25. April 1958 erklärt und hinzugefügt, daß er hinsichtlich der Ermöglichung freier Wahlen in ganz Deutschland „auf Grund seines bisherigen Umganges mit den Russen einigermaßen optimistisch sei"; bei günstiger Verhandlungsgrundlage und Abpassung eines günstigen Zeitpunktes sei er sogar überzeugt, daß sich ein Deutschlandwunder ereignen werde, genauso wie es ein Triest- und ein Österreich-Wunder gegeben habe. Der österreichische Vorschlag hatte, wie nicht anders zu erwarten, erhebliches Aufsehen in der Bundesrepublik hervorgerufen — wir werden bald einer zweiten österreichischen Initiative in der Deutschlandfrage begegnen! — und so schließlich auch zur Erörterung im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages und über diesen zur Annahme der angeführten Entschließung vom 2. Juli 1958 geführt, mit der der Raabsche Vorschlag aufgenommen und weitergeführt werden sollte.

Die Freien Demokraten hatten dabei ursprünglich, den sowjetischen Vorstellungen noch mehr entgegenkommend, Verhandlungen „über einen Vertrag mit

Gesamtdeutschland" als Aufgabe des Viermächteausschusses bezeichnen wollen, während die CDU dabei ausdrücklich auch die Wiedervereinigungsfrage hatte ansprechen wollen; beide Seiten hatten sich schließlich auf die beide Punkte einbeziehende Formel „Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage" einigen können. Die Antwort auf diese Initiative der Bundesrepublik kommt nach zwei Monaten aus der DDR mit einer Regierungserklärung vom 4. September 1958, in der zwar auch ein Viermächteausschuß „zur Lösung der Frage der deutschen Einheit" abgelehnt, aber zu „Konsultationen über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland" befürwortet wird. Daneben schlägt die DDR die Bildung eines Ausschusses aus Vertretern der BRD und DDR zur Vorbereitung eines Friedensvertrages durch die deutsche Seite vor, gewissermaßen als Gegenstück zu der Viermächtekommission der Siegermächte, wobei aber diesem deutschen Ausschuß noch eine weitere Aufgabe zufallen soll: „die Herstellung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland voranzutreiben", z. B. alsbald schon durch Absprachen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verbindungen, des Zoll- und Währungswesens, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, des Reiseverkehrs u. a. m. Die Westmächte und die Bundesregierung erklären zwar kurzerhand, daß sie diese Noten der DDR nicht beantworten werden; aber Herbert Wehner, der Unermüdliche, mahnt im „Vorwärts" vom 11. September 1958 mit folgenden Worten: „Wenn es ... vor allem darauf ankommt, eine Viermächteinstitution und eine Prozedur der Beratungen und Verhandlungen in Gang zu bringen, dann bieten sogar die sowjetzonalen Dokumente vom 4. September Ansatzpunkte, um zunächst wenigstens zu Verhandlungen oder Vorverhandlungen über Institution und Prozedur zu gelangen."

Die Sowjetregierung greift den Vorschlag zur Bildung eines Viermächteausschusses und eines gesamtdeutschen Ausschusses zur Vorbereitung eines Friedensvertrages in Noten vom 18. September 1958 an die Westmächte und die beiden deutschen Regierungen auf, wobei sie auch den Gesichtspunkt wiederholt, daß ein solcher Schritt der Lösung der deutschen Einheitsfrage förderlich sein werde. Die Westmächte stimmen in ihrer Antwort vom 30. September 1958 diesen Feststellungen und Formulierungen der Sowjetregierung zu, insbesondere der, daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland einen Schlußstrich unter den letzten Krieg ziehen würde, beharren aber darauf, daß dem die Bildung einer aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung vorangehen müsse, und schlagen deshalb, anders als die Sowjetnote, eine Viermächtegruppe ganz allgemein dazu vor, „Vorschläge in Zusammenhang mit dem Deutschlandproblem zu erörtern und die notwendigen Vorarbeiten für die endgültigen Verhandlungen zu leisten", sei es, daß diese auf einer Gipfelkonferenz oder anderweit zu führen sein würden. Eine abermalige ausdrückliche Antwort wird hierauf von der Sowjetunion nicht gegeben, aber der Knoten beginnt sich nunmehr sichtbar anderweit zu schürzen, und die Entwicklung eilt ihrem Höhepunkt zu.

Am 14. Oktober 1958 findet eine Unterredung zwischen Adenauer, Brentano und Smirnow statt, die der Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gewidmet ist, aber dazu kaum wesentliche Beiträge ergibt. Adenauer und Brentano stoßen auf Ablehnung, als sie die Sowjets veranlassen wollen, ihren Einfluß auf die Machthaber der Zone im Sinne größerer menschlicher Freiheiten geltend zu machen. Smirnow stößt auf Ablehnung, als er in einem Aide-Memoire gegen antisowjetische Propaganda und Aktivität in der Bundesrepublik protestiert. Nach diesen Moll-Akkorden folgen bald einige weitere. Walter Ulbricht schlägt am 18. Oktober 1958 in einer Unterredung mit dem bekannten westdeut-

schen Atomtodkämpfer Professor Hagemann zunächst noch recht freundliche Töne an. Die DDR sei bedingungslos zu Verhandlungen mit der Bundesrepublik bereit, insbesondere über die Vorbereitung eines einheitlichen Friedensvertrages, der dann auch zur Annäherung der beiden deutschen Staaten und Verhandlungen über die Wiedervereinigung führen könne. Der rechte Weg hierzu sei eine Konföderation der beiden deutschen Staaten, wozu eine vorherige diplomatische Anerkennung der DDR nicht erforderlich sei: werde sie in Bonn nicht gewünscht, werde eben die DDR auch die Bundesrepublik nicht anerkennen, und man sei gleich. Eine besonders pikante Note weiß Ulbricht seinen Erklärungen dadurch zu geben, daß er die Anregung zu einer Konföderation überhaupt dem Westen, und zwar ausgerechnet einem Minister aus Bonn, zuschreibt, als welcher sich später — mehr oder weniger klar — Bundesminister Schäffer herausstellen wird ... Auch ein beratendes Gremium maßgebender unabhängiger Persönlichkeiten — also ohne eigentliche amtliche Funktionen — hält Ulbricht für möglich und förderlich, wenn Bonn zunächst zu offiziellen Verhandlungen nicht bereit sei. Aber ein ganz anderer Ton klingt an, als Ulbricht am 27. Oktober — wir nähern uns der sowjetischen Note bereits auf einen Monat — auf einer Wahlkundgebung spricht.

Zum ersten Male wird jetzt die bei allen bisherigen östlichen Erklärungen fast überhaupt nicht berührte Berlin-Frage in Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen gebracht; auch sonst hatte Berlin im ganzen Jahr 1958 bisher keinerlei Anlaß zu besonderen Erörterungen geboten. Ulbricht erhebt am 27. Oktober 1958 erstmalig, soweit ersichtlich, den Anspruch auf ganz Berlin, das auf dem Territorium der DDR liege und zu ihrem Hoheitsbereich gehöre; die Besatzungsgewalt der Westmächte in West-Berlin besitze keinerlei Rechtsgrundlage mehr. Zwar gehe die DDR von der derzeitigen realen Lage aus und habe sich deswegen im September 1955 gegenüber der Sowjetunion auch zeitweilig bereit erklärt, die Kontrolle des westlichen Militärverkehrs zwischen Berlin und Westdeutschland den sowjetischen Streitkräften zu überlassen. Das schließe jedoch die Zuständigkeit der DDR für diese Fragen nicht aus. Jedenfalls erstrebe die DDR angesichts des Mißbrauchs der Stadt als Provokationszentrum gegen die DDR „die Beendigung der Westberliner Frontstadtpolitik". Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt widerspricht alldem nachdrücklich am 5. November 1958, und Dulles bekräftigt die Garantie der Westmächte für West-Berlin eindeutig in einem Presseinterview am 6. November 1958. Aber der Osten geht von seinem Standpunkt nicht ab; Chruschtschow betont ihn erneut und ausführlich in einer großen Moskauer Sportpalastrede vom 10. November 1958, in der wir den unmittelbaren Vorläufer des Schrittes vom 27. November erkennen.

Der sowjetische Führer warnt zunächst die Bundesrepublik vor den von ihm wieder angenommenen Aggressionsabsichten gegen den Osten. Eine Entspannung könne auch nicht durch Erörterung der Wiedervereinigung Deutschlands auf einer Gipfelkonferenz erzielt werden. Der einzige Weg zur Wiedervereinigung sei der der unmittelbaren Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen; etwas anderes sei der Abschluß eines Friedensvertrages, der in der Tat zunächst zwischen den vier Koalitionsmächten beraten werden müsse, dann allerdings auch mit den Vertretern des deutschen Volkes. Hinsichtlich des Potsdamer Abkommens hält Chruschtschow den Westmächten eine lange Liste von Verletzungen vor, so daß davon eigentlich nur der Viermächtestatus von Berlin übrig geblieben sei. Die Zeit sei aber gekommen, um auch diese letzten und überholten Reste des ursprünglichen deutschen Besatzungsregimes für Berlin zu beseitigen; die Sowjetregierung werde jedenfalls ihre bisher in Berlin noch ausgeübten Besatzungsfunktionen der DDR übertragen; mögen sich dann die

Westmächte in allen Berlin betreffenden Fragen mit der DDR verständigen. Chruschtschow wendet sich schließlich nochmals gegen die „absurden Hoffnungen" der Bundesrepublik, daß die Sowjetunion je der DDR ihre Unterstützung entziehen werde, und bekräftigt demgegenüber alle Garantien der DDR und der Warschauer Paktmächte. Als letztes empfiehlt er der Bundesrepublik den Rapacki-Plan und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Schon am Tage nach der Rede erkundigt sich Botschafter Kroll bei Gromyko erfolglos nach den Fristen, nach deren Ablauf die angekündigten Veränderungen eintreten sollen. Im übrigen löst die Rede, wie nicht anders zu erwarten, zustimmende Erklärungen Grotewohls (am 12. November), ablehnende Erklärungen der Westmächte (London und auch Paris am 11. November, Washington am 13. November) aus. Auch die Bundesregierung läßt am 12. November zunächst eine ablehnende Erklärung verbreiten.

Jeder Tag fast bringt jetzt neue Züge im Spiel zwischen Ost und West. Chruschtschow kündigt ein „besonderes Dokument über den Status von Berlin" mit definitiven Vorschlägen in einer Rede in der Militärakademie am 14. November an; über seine Minsker Rede hinaus gibt er damit das erste Anzeichen, daß ein förmlicher neuer Schritt bevorsteht. Beruhigend wird dabei aber auch gesagt: „Wenn wir von Berlin sprechen, dann erklären wir nicht, wir wollten gegen den Westen kämpfen", das sei nie gesagt worden. Zu der Erklärung Dulles', Berlin werde gegebenenfalls auch mit Waffengewalt gehalten werden, habe also keinerlei Anlaß bestanden. Die Bundesregierung wiederum übermittelt am 17. November, einigermaßen überraschend, nach zweimonatigem Schweigen und nach der eben erst verbreiteten Erklärung vom 12. November, der Sowjetregierung nun auch ihrerseits eine recht verbindliche Antwort auf deren Note vom 18. September, die die Westmächte bereits am 30. September beantwortet hatten; zunächst hatte es den Anschein gehabt, daß die Bundesregierung die Beantwortung der Sowjetnote den Westmächten allein hatte überlassen wollen. Auch die Bundesregierung kommt nun auf den Vorschlag eines Viermächteausschusses zurück; er solle „selbstverständlich dem Zwecke dienen, die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu fördern". Dies schließe aber die Behandlung anderer, damit zusammenhängender Aspekte nicht aus, insbesondere nicht die „mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages zusammenhängenden Fragen". Aber die verspätete Antwort kann, so scheint es, den in Lauf gekommenen Gang der Dinge nicht mehr aufhalten. Am 18. November erscheint in der „Prawda" ein scharfer Berlin-Aufsatz. Mit Torpedierung der Potsdamer Beschlüsse haben die Westmächte jedes Recht, in Berlin zu bleiben, verwirkt; am 20. November unterrichtet Smirnow die Bundesregierung über die bevorstehenden sowjetischen Schritte („Liquidierung des Besatzungsregimes in Berlin"), worauf Adenauer und Willy Brandt sofort antworten. Neue Gesichtspunkte sind in allen diesen Erklärungen nicht enthalten; nur eine beschwichtigende Erklärung Smirnows auf einem Bonner diplomatischen Empfang am 21. November ist noch festzuhalten; er hoffe, daß die Deutschen ein friedliches Weihnachten feiern könnten, und sei überzeugt, daß der bevorstehende sowjetische Schritt zur Verminderung der Spannungen beitragen werde.

Und doch scheint die Note der Bundesregierung vom 17. November nicht ganz ohne Eindruck geblieben zu sein, sondern einen schmalen Spalt zu weiteren Verhandlungen wieder eröffnet zu haben. Ein erregendes Zwischenspiel vollzieht sich, das abermals in sehr kennzeichnender Weise durch einen Schritt Österreichs eingeleitet wird. Am 22. November sucht der österreichische Botschafter Baron Bischoff den Botschafter der Bundesrepublik Kroll auf und übergibt ihm

eine Aufzeichnung Gromykos, die sich gegen jede atomare Bewaffnung der Bundesrepublik, vor allem aber für Friedensvertragsverhandlungen mit und über Deutschland ausspricht. Die Aufzeichnung — bisher, soweit ersichtlich, von der Bundesregierung nicht veröffentlicht — hat insoweit nach der Wiedergabe in Krolls Erinnerungen etwa folgenden Inhalt:

Die Sowjetregierung bestehe auf Verhandlungen über einen Friedensvertrag. Mit dem Abschluß des Vertrages werde man die Voraussetzungen schaffen, die nötig seien, um an die Regelung des deutschen Problems als Ganzes herantreten zu können.

Die Sowjetregierung schlage eine allmähliche Entspannung und schrittweise Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der DDR vor. Moskau sei bereit, etwaige Vorschläge der Bundesregierung als Vermittler weiterzuleiten.

Die Sowjetregierung werde eine diplomatische Anerkennung der volksdemokratischen Staaten durch die Bundesrepublik im Interesse der Entspannung begrüßen. Sie sei der Auffassung, daß alle sachlichen Voraussetzungen für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion auf breiter Grundlage gegeben seien und genutzt werden sollten. Falls die Bundesregierung weitere Anregungen zu machen habe, schlage Außenminister Gromyko vor, daß der deutsche Botschafter sich direkt an Ministerpräsident Chruschtschow wende. Die Sowjetregierung sei somit zur Fortführung des Gesprächs bereit, halte allerdings die von der Bundesregierung in ihrer letzten Note gemachten Vorschläge für unzureichend.

Der österreichische Botschafter, zu seinem Schritt durch eine Bitte Gromykos veranlaßt, beschränkt sich aber keineswegs auf die Übergabe dieses Schriftstückes. Er hält mit seiner Auslegung nicht hinter dem Berge: Bei Ablehnung weiterer Besprechungen werde die DDR verstärkt in den sowjetischen Machtbereich eingegliedert werden und in absehbarer Zeit endgültig verloren gehen. Außerdem werde alsbald ein verstärkter Druck auf Berlin einsetzen. Andererseits sei er, Bischoff, fest davon überzeugt, daß den Russen tatsächlich ernstlich an Verhandlungen mit der Bundesrepublik gelegen sei. Er legt diese Auffassungen über die Aufzeichnungen Gromykos sogar sofort noch während des Gesprächs mit Kroll in einem an diesen gerichteten Briefe nieder, in dem folgendes zu lesen ist: „... Ich bin nach diesem Textstudium noch mehr als bisher überzeugt, daß die Russen ernstlichst ins Gespräch kommen wollen. Was hätte denn sonst auch diese ganze Demarche für einen Sinn? Sie wollen Ruhe haben während der 15 Jahre, die sie zum Aufbau des Kommunismus brauchen. Sie wollen daher den Friedensvertrag — übrigens nicht zum ersten Male (!) —, und sie wollen durch ihn die Öffnung des Weges zur friedlichen Wiedervereinigung. Darum sagen sie, daß der Friedensvertrag eine Art Schwelle ist, nach deren Überschreitung das deutsche Problem als Ganzes lösbar wird. Es wäre tragisch, wenn man das als Propaganda oder den Versuch, die Regierung der BRD ‚hineinzulegen' betrachten würde. Ich bin überzeugt, daß es 100 Prozent ihr Ernst ist: Wer die Wiedervereinigung vor den Friedensvertrag stellt, verhindert damit Frieden und Wiedervereinigung. Wer den Abschluß des Friedensvertrages fördert, schafft damit auf allen Gebieten die derzeit völlig inexistenten Voraussetzungen für das Ingangkommen des dann unaufhaltsamen Prozesses der schrittweisen Wiedervereinigung."

Kroll reist sofort nach Bonn und versucht Brentano und Adenauer zum Eingehen auf die Gedankengänge Bischoffs zu bewegen, „dem man angesichts seiner historischen Verdienste um den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages die Kompetenz für die Beurteilung der sowjetischen Politik und ihrer Politiker nicht

bestreiten könnte". Aber alles ist vergeblich; deutsch-sowjetische Direktverhandlungen würden das amerikanische Mißtrauen erregen und seien auch kaum erfolgversprechend, erwidert Adenauer. Nicht einmal zu weiteren Sondierungen wird der enttäuschte Kroll ermächtigt, und er muß dem Freunde und Kollegen Bischoff in Moskau seinen Fehlschlag berichten, wohl am 25. oder 26. November. Bischoffs Antwort: „Ihre Regierung hat mit ihrer Ablehnung des sowjetischen Verhandlungsvorschlages eine vielleicht einmalige Chance verpaßt. Nun ist die Berlin-Aktion nicht mehr aufzuhalten."

So kam, was kommen mußte.

Aber noch ein weiterer Zwischenakt ist zu verzeichnen. Am Tage vor dem sowjetischen Schritt, am 26. November, verkündet Dulles auf einer Pressekonferenz seine berühmte „Agententheorie", womit freilich der Inhalt seiner Erklärungen nur unzureichend wiedergegeben wäre. Dulles lehnt zwar Verhandlungen auch ohne Anerkennung mit den ostdeutschen Behörden an den Kontrollpunkten (!) ab, wenn dadurch die Sowjetunion aus ihren Verantwortlichkeiten entlassen würde; im übrigen könne mit ihnen oder deren Beauftragten (agents) verhandelt werden. Es hänge alles von den Einzelheiten ab, was sie tun und wie „sie arbeiten werden".

Die Möglichkeit solcher Verhandlungen mit den Ostdeutschen sei auch zwischen den Westmächten untereinander vereinbart worden. Den Fragen über Beunruhigung der Bundesregierung wegen mangelnder Festigkeit in Berlin und wegen des Wunsches vieler westlicher Stellen nach einer stärkeren de-facto-Anerkennung der DDR weicht Dulles aus („Ich bezweifle, daß ich da viel aufklären kann"), verweist aber auf den beträchtlichen Umfang der schon bestehenden de-facto-Verhandlungen mit der DDR. Auch der Frage nach der westlichen Haltung bei einer etwaigen ostdeutschen Forderung, besondere Beglaubigungspapiere für den Transitverkehr vorzuweisen („Würden wir uns weigern?") weicht Dulles aus („Es wäre unklug von mir, wenn ich versuchen wollte, kategorische Antworten auf solche Beispiele zu geben.") Zu einer Äußerung Willy Brandts, die gegenwärtige Krise könne doch vielleicht Anlaß zu neuen Diskussionen mit den Sowjets über deutsche und europäische Sicherheitsgrenzen bieten — und damit vielleicht auch über deutsche Friedensvertrags- und Wiedervereinigungsfragen, fügt der Fragesteller hinzu — bemerkt Dulles abwehrend, er halte die gegenwärtige Stimmung der Sowjetunion hierfür nicht für günstig. Jedenfalls würde man sich hierbei weitgehend von der Auffassung der Bundesregierung leiten lassen, deren „Ansichten in dieser Angelegenheit für uns schwer wiegen"; Anregungen in Richtung auf neue Verhandlungschancen liegen ihm aber seitens der Bundesregierung nicht vor. Abschließend stellt der amerikanische Staatsmann noch klar, daß nichts darauf hindeute, daß die Sowjetunion oder die DDR zur Zeit etwa den westlichen (unseren) Zugang nach oder Abgang von Berlin tatsächlich behindern wolle.

Die Erklärungen Dulles', in Ton und Inhalt erkennbar nicht auf Verschärfung, sondern auf Annäherung gestimmt, können damit indessen den sowjetischen Zeitplan auch nicht mehr aufhalten und waren wohl auch kaum darauf angelegt. Eher mögen sie als eine vorsorgliche Beruhigung und Bemühung um ein gewisses Verständnis gegenüber den unmittelbar erwarteten sowjetischen Aktionen gemeint gewesen sein. Am nächsten Tag, dem 27. November 1958, erfolgt die Übergabe der sowjetischen Noten.

Das Notenwerk vom 27. November 1958 im einzelnen

Das sowjetische Notenwerk muß ausführlicher wiedergegeben werden, so mühsam und beschwerlich dies auch sein mag. Um eine zuverlässige Grundlage für die Beurteilung des sowjetischen Schrittes zu gewinnen, reicht es nicht aus, seinen Kern herauszuschälen. Es ist auch nicht damit getan, mehr oder weniger willkürlich einige seiner Teilstücke herauszugreifen und zu untersuchen; die Mühe, uns die Noten nochmals gedrängt in ihrer Gesamtheit zu vergegenwärtigen, können wir uns nicht ersparen. Nur so, wenn wir sie auch im richtigen Verhältnis ihrer Teile und Längen und in ihrem ganzen Aufbau sehen, werden wir sie richtig beurteilen können. Dabei ist nur der Versuch geboten und gerechtfertigt, sie in ihrer großenteils wahrscheinlich durch die Übersetzung zu erklärenden Unbeholfenheit ein wenig für den westlichen Leser zurechtzuschleifen und dadurch vor allem die Übergänge und Zusammenhänge besser verständlich zu machen, als die vorliegenden deutschen Texte es zunächst ermöglichen. Überflüssig zu sagen, daß damit keine sachlichen Änderungen vorgenommen werden sollen. Einige, besonders wichtige Teile müssen im Wortlaut wiedergegeben werden.

Die Noten beginnen unmittelbar mit dem Aufwerfen des Berlinproblems, das angesichts der hier vorhandenen Reibungen und Spannungen jederzeit einen schwer zu löschenden Brand hervorrufen könne, wenden sich dann aber bald einer weitausholenden Darstellung der Entwicklung des Deutschland-Problems im ganzen zu. Zurückgehend bis auf das verhängnisvolle Münchener Abkommen schildern die Noten, wie dann doch die Anti-Hitler-Koalition zustandekam („ein beispielloses Faktum ..., weil sich darin Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen vereinigten", eine Gemeinschaft, die die Sowjetregierung „in Vertrauen und Freundschaft" weiter bewahren und entwickeln möchte) und wie das Potsdamer Abkommen durch Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus und ihrer wirtschaftlichen Grundlagen (Monopolkapital) jede Gefahr eines weiteren Weltkrieges bannen sollte, erinnern aber auch an den in Potsdam vereinbarten Fortbestand der deutschen Wirtschaftseinheit, an die vorgesehenen deutschen Zentralverwaltungen und an die Verpflichtung des Außenministerrats zur Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages, womit auch die ureigensten Interessen des deutschen Volkes selber hätten gesichert werden sollen. Die Entwicklung sei dann aber andere Wege gegangen, als in Potsdam vereinbart. Die Westmächte hätten sich auf das Signal Churchills in seiner Fulton-Rede im März 1946 mehr und mehr vom Haß gegen Sozialismus und Kommunismus bestimmen lassen und die Welt in zwei Militärblöcke gespalten, obwohl an sich der Kampf verschiedener Ideologien den zwischenstaatlichen Beziehungen nicht hätte abträglich zu werden brauchen. Besonders verschärft habe sich diese Entwicklung dadurch, daß die Westmächte das Potsdamer Abkommen verletzt hätten, nicht nur durch die Vorenthaltung der aus den Westzonen versprochenen Reparationsgüter, sondern vor allem auch durch die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in das NATO-System mit Atom- und Raketenwaffen. Die Politik der Westmächte habe auch zur Spaltung Deutschlands geführt, so daß zwei Staaten in Deutschland entstanden seien, von denen die Vertreter des einen aus ihrem Haß gegen die Sowjetunion kein Hehl machten und in ihren Bestrebungen an die Pläne Hitlers erinnerten, während in der DDR Monopole, Junker und Nazismus beseitigt und andere Umgestaltungen vorgenommen worden seien, die die DDR zu einem Friedensfaktor in Europa verwandelt hätten. Auf die Schaffung der

NATO unter Einbeziehung der Bundesrepublik habe im übrigen durch den Warschauer Pakt mit der DDR geantwortet werden müssen. Für das Entstehen zweier deutscher Staaten sei daher nicht die Verschiedenheit der beiden Staats- und Gesellschaftsordnungen verantwortlich; die soziale Struktur der beiden deutschen Staaten sei Sache der Deutschen selbst, wobei die Sowjetunion unbedingt auf dem Boden der Nichteinmischung stehe. Aber bei Bundesregierung und NATO habe die Entwicklung zum Sozialismus in der DDR eine feindselige Einstellung hervorgerufen. So entfache die Bundesregierung, von den Westmächten angespornt, den Kalten Krieg gegen die DDR, mit der sie sich nicht friedlich vereinigen, sondern die sie liquidieren möchte. Die Sowjetunion bekunde demgegenüber ihre volle Solidarität mit der DDR und ihren demokratischen und sozialen Errungenschaften; auch andere Länder (Frankreich und Großbritannien) bekundeten übrigens nach den Leiden des Zweiten Weltkrieges verständlicherweise keinen Eifer in der Unterstützung der Bundesrepublik bei ihren gewaltsamen Wiedervereinigungsplänen, wie eben auch das Sowjetvolk, das polnische und das tschechoslowakische Volk Stalingrad, Warschau und Lidice niemals vergessen würden und auch das amerikanische Volk nicht vergessen sollte, daß seine Söhne in zweimaligen Weltkriegen weit ab von der Heimat ihr Blut hätten vergießen müssen. Die Völker würden also „eine Vereinigung Deutschlands auf militaristischer Grundlage nicht zulassen". Es gäbe nur einen Weg zur Wiedervereinigung — „Übereinkommen und Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten und Schaffung einer deutschen Konföderation", wobei die sozialen Prinzipien der DDR und BRD einstweilen unangetastet bleiben sollten und die allmähliche Annäherung das Zusammenwachsen der zwei deutschen Staaten bringen werde.

Fast die Hälfte der Noten ist diesen allgemeinen Darlegungen gewidmet, und erst in der zweiten Hälfte kommen sie wieder auf die Berlin-Frage zu sprechen. Der Viermächtestatus sei das einzige Überbleibsel des seinerzeitigen Abkommens, nachdem die Westmächte diese Abkommen und das Potsdamer Abkommen im übrigen aber gröblichst verletzt hätten, müßten auch ihre Berliner Privilegien als verwirkt angesehen werden, da die Deutschlandabkommen als Einheit aufzufassen gewesen wären. Das gesamte Besatzungssystem sei aber in Deutschland 13 Jahre nach Kriegsende nicht mehr zu verfechten; es hätte schon längst durch einen Friedensvertrag abgelöst werden müssen, der aber durch die Schuld der Westmächte bisher nicht zustandegekommen sei, wie sich zuletzt wieder aus ihren Noten vom 30. September ergeben habe, in denen in völlig irrealer Weise zunächst die Wiedervereinigung durch die vier Koalitionsmächte verlangt werde, die allein die beiden deutschen Staaten selbst zuwege bringen könnten. Es scheine, daß die Westmächte einen Friedensvertrag nur deshalb vereitelten, weil sie so ihre westdeutschen und westberliner Besatzungsprivilegien endlos verlängern zu können glaubten. Die Sowjetregierung sei zwar nach wie vor bereit, an Verhandlungen über die Vorbereitung eines Friedensvertrages teilzunehmen, aber auch das Fehlen eines Friedensvertrages könne nicht zur Verewigung des Besatzungsregimes herhalten, insbesondere nicht in Berlin, das überhaupt nur als Hauptstadt Deutschlands und Sitz des Kontrollrats einen Viermächtestatus erhalten hätte, wovon nunmehr keine Rede mehr sein könne. Der Kern der früheren Abkommen über Berlin sei zunichte geworden, vor allem mit der westdeutschen Aufrüstung. Nach alledem betrachte die Sowjetunion die Abkommen über die Besatzungszonen Deutschlands und die Verwaltung Großberlins und über den Kontrollratsmechanismus vom 12. September und 14. November 1944 sowie 1. Mai und 5. Juni 1945 als ungültig, womit im Grunde nur die faktische Lage konstatiert werde, da sich die Westmächte ja schon längst von allen

diesen Abkommen losgesagt hätten. Folgerichtig werde die Sowjetregierung im entsprechenden Moment mit der Regierung der DDR in Verhandlungen über die Übertragung der Funktionen an die DDR eintreten, welche die sowjetischen Organe auf Grund der obengenannten Alliiertenabkommen sowie auf Grund des Abkommens zwischen der UdSSR und der DDR vom 20. September 1955 zeitweilig ausgeübt haben.

Erst im letzten Viertel ihrer Noten wendet sich die Sowjetunion schließlich der Berlin-Frage im besonderen zu. Die beste Lösung sei eine allseitige Rückkehr zu Potsdam unter Austritt der BRD aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt. Wenn die Westmächte hierzu nicht bereit seien, hätten sie, so wird wiederholt, keinerlei rechtliche oder moralische Grundlage mehr für ihr Beharren auf dem Viermächtestatus. Wenn sie sich auch sonst nicht zu einem Friedensvertrag mit Deutschland herbeiließen, sondern eine Politik betrieben, die die Vereinigung Deutschlands verhindert, müsse die Frage Berlin „in nächster Zeit einer selbständigen Lösung zugeführt werden". Ein Sprungbrett für verstärkte Spionage-, Diversions- und sonstige Wühlarbeit gegen die sozialistischen Länder dürfe es nicht bleiben, und erst recht kein Aufmarschgebiet als „Frontstadt" für indirekte Aggression oder gar noch gefährlichere Pläne. Die natürlichste und richtigste Lösung bestünde darin, ganz Berlin mit der DDR zu vereinigen, auf deren Boden es sich befinde. Jedoch sehe die Sowjetregierung die Schwierigkeiten einer solchen Lösung voraus. „Zugleich ist sie darum besorgt, daß der Prozeß der Beseitigung des Besatzungsregimes nicht mit einem schwunghaften Umbruch der bestehenden Lebensformen der Bevölkerung Westberlins verbunden sei ...

Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß der Bevölkerung Westberlins bei Beendigung der ausländischen Besetzung das Recht gewährt werden muß, solche Verhältnisse bei sich zu haben, die sie selbst wünscht. Wenn die Einwohner Westberlins die gegenwärtigen Lebensformen beizubehalten wünschen, die auf privatkapitalistischem Eigentum beruhen, so ist das ihre Angelegenheit. Die UdSSR ihrerseits wird jede Wahl der Westberliner in dieser Richtung respektieren."

Hiernach erscheine der Sowjetregierung die Umwandlung Westberlins in eine selbständige politische Einheit, eine Freistadt möglich, die entmilitarisiert sein und in die sich kein Staat, auch keiner der beiden deutschen Staaten, einzumischen haben werde, wobei die vier ursprünglichen Besatzungsmächte eine besondere Garantie dieses Status zu übernehmen hätten. Auch die Vereinten Nationen könnten an dieser Garantie beteiligt werden. Von der DDR müßten einvernehmliche Garantien für den ungehinderten Verkehr der Freistadt mit der Außenwelt gegeben werden, sowohl für den Waren- wie für den Personenverkehr; Westberlin müßte sich seinerseits zur Unterbindung aller subversiven Tätigkeiten verpflichten. So könnte Berlin aus einem Herd der Unruhe und Spannungen zu einem Zentrum der Kontakte und der Zusammenarbeit zwischen beiden Teilen Deutschlands im Interesse seiner friedlichen Zukunft und der Einheit der deutschen Nation werden.

Westberlins allseitige Verbindung nach Westen und Osten würden auch seiner Wirtschaft alle Möglichkeiten zur Erhaltung und sogar Erhöhung des Lebensstandards seiner Bevölkerung geben. Die Sowjetunion sei bereit, hierzu durch Industrieaufträge und durch Rohstoffe und Nahrungsmittellieferungen aktiv beizutragen. Wenn die Westmächte zu Erörterungen in dieser Richtung bereit seien, würde die Sowjetunion darüber mit der DDR Fühlung nehmen, deren Zustim-

mung dazu, „im Bereiche ihres Territoriums einen derartigen unabhängigen politischen Organismus bilden zu lassen, natürlich ein gewisses Opfer darstellt". Wenn der sowjetische Vorschlag für die Westmächte aber unannehmbar wäre, bleibe zwischen ihnen und der Sowjetunion in der Berlin-Frage kein Verhandlungsgegenstand mehr. Die nachfolgenden Stellen müssen wieder wörtlich angeführt werden:

„Die Sowjetregierung strebt danach, daß die erforderliche Änderung der Lage Berlins in einer ruhigen Atmosphäre ohne Eile und unnötige Reibungen unter möglichst weitgehender Berücksichtigung der Belange der interessierten Seiten erfolge. Offenbar wird es einer bestimmten Zeit bedürfen, bis die Mächte, die Deutschland nach der Zerschlagung der Hitler-Wehrmacht besetzt hatten, sich darüber einigen, Westberlin zur Freistadt zu erklären, vorausgesetzt natürlich, daß die Westmächte gebührendes Interesse für diesen Vorschlag zeigen. Man muß auch der Tatsache Rechnung tragen, daß sich Verhandlungen zwischen den städtischen Behörden beider Teile Berlins sowie zwischen der DDR und der Bundesrepublik zur Regelung auftretender Fragen notwendig erweisen können. In Anbetracht dessen gedenkt die Sowjetregierung im Laufe eines halben Jahres keine Änderungen an dem gegenwärtig geltenden Modus für Militärtransporte der USA, Großbritanniens und Frankreichs aus West-Berlin in die Bundesrepublik vorzunehmen. Sie hält diese Frist für durchaus hinreichend, um eine gesunde Basis für die Lösung der Fragen zu finden, die mit der Änderung der Lage Berlins verbunden sind und eventuelle Komplikationen absichtlich anstreben werden. Im Laufe der erwähnten Frist werden die Seiten die Möglichkeit haben, bei der Regelung der Frage Berlin ihr Streben nach einer internationalen Entspannung durch die Tat zu beweisen.

Wird die erwähnte Frist jedoch nicht dazu ausgenutzt, zu einer entsprechenden Einigung zu gelangen, so wird die Sowjetunion durch Übereinkommen mit der DDR die geplanten Maßnahmen durchführen. Hierbei wird in Betracht gezogen, daß die Deutsche Demokratische Republik wie jeder andere selbständige Staat ganz für die Fragen zuständig sein muß, die ihren Raum betreffen, das heißt, ihre Hoheitsrechte zu Lande, zu Wasser und in der Luft ausüben muß. Gleichzeitig damit werden alle bisherigen Kontakte von Vertretern der Streitkräfte und anderen offiziellen Personen der USA sowie Großbritanniens und Frankreichs in Berlin betreffenden Fragen eingestellt werden."

Die Noten schließen mit Warnungen vor Säbelrasseln und Gewaltandrohungen in Berlin, versichern die Grenzen der DDR und des gesamten Ostblocks nochmals der unbedingten Garantie der Sowjetunion, falls die Westmächte sich durch ihren Haß gegen den Kommunismus zu nichts Gutem verleiten lassen sollten, betonen dann aber wieder, daß die Sowjetunion, ihr Volk und ihre Regierung aufrichtig nach Wiederherstellung vertrauensvoller, guter Beziehungen mit den Westmächten streben, daß die Anti-Hitler-Koalition auch in Friedenszeiten im Sinne friedlicher Koexistenz beiderseits den Menschen nur Vorteile, Wohltaten und Frieden bringen würde.

Die Noten an die Westmächte werden mit entsprechenden Begleitnoten auch der Bundesrepublik und der DDR übermittelt; auch die an die Bundesregierung gerichtete Begleitnote, fast halb so lang wie die Hauptnoten, muß kurz wiedergegeben werden. Sie bekennt sich zu Berlin als historischer Hauptstadt Deutschlands für das ganze deutsche Volk, wendet sich dann ebenso wie die Hauptnoten gegen den Mißbrauch Westberlins als Aggressions-, Spionage- und Diversionsmittelpunkt, hält der Bundesregierung die durch die Abtrennung Westberlins von seinem natürlichen Hinterland eingetretenen wirtschaftlichen Nachteile und Be-

lastungen vor, wiederholt aus der Hauptnote, daß die Westmächte ihre Berliner Rechte mit ihrer Lossagung vom Potsdamer Abkommen verwirkt hätten, und macht dazu geltend, daß das Potsdamer Abkommen ja auch Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Volke enthalten hätte (Erhaltung der deutschen Wirtschaftseinheit, nur Zeitweiligkeit des Besatzungsregimes, Friedensregelung für ganz Deutschland); dafür, daß diese für die deutsche Nation lebenswichtigen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens nicht realisiert werden, seien allein die Westmächte und die Bundesrepublik verantwortlich. Vollends als Verletzung des Sinnes und Wortlauts von Potsdam sei die Wiederaufrüstung Westdeutschlands unter Einbeziehung in die NATO, das Verbot der KPD und die gesamte, von der Bundesrepublik entwickelte Politik der Stärke anzusehen, angesichts derer sich nun natürlich auch die Sowjetunion auf ihre Stärke stütze. Solche Politik könne nur zu einer noch schlimmeren Tragödie führen, als sie jüngst von der deutschen Nation erlebt wurde. Aber noch sei es nicht zu spät zu einer Umkehr von der gefährlichen Politik der Stärke, und eine solche Wende werde das entsprechende Echo in der Sowjetunion finden, die mit der BRD aufrichtig und in Freundschaft zu leben wünscht und dem deutschen Volke nur Gutes will. Aber die Deutschlandfrage könne so, wie die Dinge sich infolge Abgehens der Westmächte und der Bundesrepublik von den Potsdamer Prinzipien entwickelt hätten, nur durch Annäherung der beiden deutschen Staaten im Wege einer Konföderation mit Bildung gemeinsamer staatlicher Organe gelöst werden. Je länger sich die Bundesregierung hiergegen sträube, um so mehr stelle sie sich — trotz aller Lippenbekenntnisse zur Einheit — als deren Gegner bloß.

In Zusammenhang hiermit wird sodann die Note der Bundesregierung vom 17. November beantwortet. Sie sei aufmerksam geprüft worden, ergebe aber das Festhalten an einer unrealistischen Politik, indem wiederum vorgeschlagen werde, die vier Mächte sollten die Wiedervereinigung behandeln, die Frage eines Friedensvertrages aber als zweitrangig in den Hintergrund gedrängt werde. Das immer gleiche Bestreben sei sichtbar, sich nicht auf Verhandlungen mit der DDR einzulassen, sondern sie zu verschlingen, was notwendig in der DDR die umgekehrte Frage nach Liquidierung der derzeitigen Zustände in der BRD aufwerfe; so aber käme man nicht weiter. Es werde daher nochmals an den Vorschlag erinnert, eine Kommission aus Vertretern der beiden deutschen Staaten zu bilden, die sich mit der Vorbereitung eines gemeinsamen Friedensvertrages und mit der Wiederherstellung der nationalen Einheit eines demokratischen und friedlichen Deutschlands befassen solle. Wenn und solange aber in dieser Richtung nichts geschehe, müßte die Westberliner Frage eben gesondert geregelt werden, womit die Note wieder in die Gedankengänge der Hauptnoten einmündet, Westberlin in eine Freie und entmilitarisierte Stadt umzuwandeln. Stärker als in den Hauptnoten betont aber die Begleitnote, daß nicht beabsichtigt sei, Westberlin in die DDR einzubeziehen. Die Sowjetunion sei nicht für den Bruch der eingebürgerten Ordnung, sondern dafür, „daß Westberlin so existiert, wie es seine Bevölkerung wünscht". Wenn diese für das bestehende soziale System ist, so ist das der eigene Wille der Bewohner Westberlins, und die Sowjetregierung wird die Freie Stadt unabhängig von ihrer staatlichen und sozialen Einrichtung respektieren."

Die Begleitnote wiederholt dann auch die der BRD gegenüber angebotene Viermächte-Garantie für die Unabhängigkeit der Freien Stadt, gegebenenfalls auch unter Beteiligung der Vereinten Nationen, wiederholt ferner das Angebot der Sicherung der freien Zufahrtswege und der Förderung der Wirtschaftsentwicklung Westberlins, wogegen es sich allerdings verpflichten müsse, keine

Wühltätigkeit gegen die DDR zuzulassen, auf deren Territorium es gelegen sei. Hinsichtlich des Ablaufs der vorgeschlagenen Änderung bemerkt die Begleitnote:

„Es ist der Wunsch der Sowjetregierung, daß die Veränderung der Lage Westberlins und sein Übergang zum Status einer Freien Stadt den Westberlinern zum Nutzen gereicht, damit Westberlin frei mit allen Handel treiben kann, mit denen es dies für vorteilhaft erachtet, damit sich Industrie und Handwerk aufwärts entwickeln und alle Voraussetzungen für die Erhöhung der Beschäftigung und des Wohlstandes der Bevölkerung geschaffen werden. Bei der Lösung der Frage der Liquidierung der Besatzungsverhältnisse in Berlin geht die Sowjetregierung davon aus, daß die von ihr geplanten Maßnahmen im Laufe eines halben Jahres verwirklicht werden, damit sich die drei Westmächte wie auch die Bundesrepublik auf die Änderung der Lage in Berlin vorbereiten können und damit sich die Veränderungen in allen Beziehungen schmerzlos vollziehen. Sie hält diese Frist für völlig ausreichend, damit die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich eine gesunde Grundlage für die Lösung der Fragen finden können, die die Änderung der Lage Berlins betreffen, wie auch für die Durchführung von Verhandlungen — wenn sich eine solche Notwendigkeit ergeben sollte — zwischen den städtischen Behörden beider Teile Berlins und zwischen der DDR und der Bundesrepublik, um die auftauchenden Fragen zu regeln. Im Laufe der genannten Frist werden die beteiligten Seiten die Möglichkeit haben, mit der Regelung der Berlinfrage durch die Tat ihren Wunsch nach internationaler Entspannung zu beweisen."

Bemerkenswert ist dabei, daß ein Hinweis darauf, was nach erfolgtem Ablauf dieser Sechsmonatsfrist geschehen werde, in der Begleitnote an die Bundesregierung nicht wiederholt wird; sie schließt nur mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Bundesregierung für die Beweggründe des sowjetischen Schrittes — der nur dem Frieden und der Herstellung einer normalen Atmosphäre dienen solle — Verständnis haben werde.

Soviel zum tatsächlichen Ablauf bis zum sowjetischen Schritt vom 27. November und zur Festhaltung seiner hauptsächlichsten Gedankengänge.

(wird fortgesetzt)

Angela Davis und die „Einheitsfront gegen den Faschismus" in den USA

Von Conrad Schuhler

Die Anklage

Im August 1970 wurde in San Rafael (Kalifornien) gegen drei schwarze Gefangene aus dem Hinrichtungszuchthaus San Quentin verhandelt. Die drei wurden

des Mordes angeklagt. Angeblich begangen an einem weißen Wächter im Gefängnis Soledad in Salinas (Kalifornien), wo die Gefangenen zuvor eingesperrt waren. Soledad ist im gesamten Westen der USA bei den Schwarzen wegen des rassistischen Terrors der Wachmannschaft und Gefängnisleitung berüchtigt. Im Januar 1970 hatten die Gefangenen gewagt, die grauenhaften Zustände zu kritisieren und Besserungsmaßnahmen zu fordern. Die Wachtposten beantworteten das mit Kugeln. Drei schwarze Gefangene wurden ermordet. Wenige Tage darauf fand man einen der Wächter tot auf.

Die Gefängnisleitung isolierte sofort drei Gefangene und beschuldigte sie des Mordes. Nicht zufällig diese drei: sie waren bekannt als politisch interessiert und kenntnisreich, sie diskutierten mit ihren Mitgefangenen über die politischen Hintergründe ihrer „Kriminalität", und sie machten kein Hehl aus ihren Sympathien für die Black Panthers, die sozialistische Befreiungsbewegung der Schwarzen.

Die bloße Eröffnung des Mordprozesses gegen die drei „Soledad-Brothers" (Soledad-Brüder; die Schwarzen der USA drücken ihre Solidarität durch die Anrede „Bruder" und „Schwester" aus) empörte jeden neutralen Beobachter. Die Brüder hatten in der Voruntersuchung einwandfreie Beweise vorgelegt, daß sie an dem Tod des Wächters unbeteiligt waren. Darunter unter anderem den Nachweis, daß ihre Zellen gar nicht in dem Block lagen, in dem der Wächter getötet wurde. Daß die Mordanklage dennoch erhoben und vor Gericht mit allen Mitteln verfochten wurde, war auch für bürgerliche Berichterstatter Beleg genug für die feste Absicht des Justizapparates, die drei Gefangenen aus politischen Gründen zu liquidieren.

Jonathan Jackson, 17 Jahre alt, schwarz und Bruder des Soledadbrother George Jackson, war zu demselben Schluß gekommen. Am 7. August drang er, den Revolver in der Hand, in das Gerichtsgebäude in San Rafael ein, bewaffnete die „brothers" und bemächtigte sich des Richters als Geisel, um freien Abzug zu erzwingen. Im Kugelhagel der Polizei wurden er, zwei der „brothers" und der Richter getötet — Jonathan und die Brüder mit Sicherheit, der Richter aller Wahrscheinlichkeit und Augenzeugenberichten nach ebenfalls von den Polizisten.

Jonathan Jackson, der mit seiner Verzweiflungstat seine Brüder vor dem Justizmord retten wollte, war seit 1969 Leibwächter von Angela Davis. Damals hatten die Morddrohungen und Anschläge auf die junge Kommunistin Angela Davis ein solches Ausmaß erreicht, daß Angela ohne Schutz ihres Lebens nicht mehr sicher sein konnte. Der junge Panther Jonathan Jackson übernahm diese Aufgabe. Angela kaufte sich — völlig legal und wie Millionen anderer Amerikaner — zwei Schußwaffen und übergab sie ihrem Leibwächter. Angeblich hat Jackson mit diesen Waffen die Gefangenenbefreiung versucht. Eine dritte von ihm angeblich benützte Waffe ist zwei Tage vor dem Überfall „auf den Namen von Angela Davis" gekauft worden.

Diese „Indizien" genügten der Polizei, sofort nach der Schießerei im Gerichtsgebäude die Fahndung nach Angela Davis zu eröffnen — wegen „Verdachts des Mordes und des Menschenraubs". Die FBI setzte Angela Davis — die sich diesem Anschlag auf ihr Leben zunächst durch die Flucht entzog, um die so gewonnene Zeit zur Aufklärung der Öffentlichkeit zu benützen — auf die „Liste der zehn am meisten gesuchten Verbrecher" und nahm dies zum Vorwand, um in den schwarzen Gettos und den „linken" Organisationen eine umfassende Kontroll- und Fahndungsaktion vorzunehmen. Die Polizeiversion lautete, Angela habe die Waffen besorgt, mit denen die versuchte Gefangenenbefreiung inszeniert worden ist. Nach US-Recht ist jeder, der — in welcher Rolle auch immer — an

einem „kriminellen Unternehmen" beteiligt ist, gleichermaßen mitschuldig für alle Folgen, die entstehen. Über diese Konstruktion der „conspiracy" (Verschwörung) behauptet die Polizei die Schuld Angelas und bedroht sie mit dem Tod in der Gaskammer.

Selbst große Teile der bürgerlichen Presse, wie zum Beispiel die „New York Times", weisen die Polizeiversion als völlig unglaubwürdig zurück. Tatsache ist, daß Angela zur fraglichen Zeit nicht in San Rafael war. Tatsache ist, daß Jackson Angelas zwei Schußwaffen seit über einem halben Jahr selbständig verwahrte. Tatsache ist, daß die Polizei bis heute nicht nachgewiesen hat, ob die Kugeln überhaupt aus Angelas Waffen stammen. Tatsache ist, daß Angela entschieden bestreitet, eine dritte Schußwaffe zwei Tage vor Jacksons Verzweiflungstat gekauft zu haben, und daß die Polizei wiederum die eigene Version nicht belegen kann. Tatsache ist auch, daß niemand und schon gar nicht eine erfahrene politische Kämpferin wie Angela Davis einen bewaffneten Überfall durchführt (wie die Anklage unterstellt), bei dem sie Schußwaffen benützen läßt, die auf ihren eigenen Namen polizeilich registriert sind. Schließlich fällt ins Gewicht, daß Angela Davis immer wieder Aktionen wie die ihr zur Last gelegte als politisch sinnlos und schädlich verurteilt und bekämpft hat.

Jeder, der in den USA noch denken kann, weiß also: Hier wird versucht, eine der klarsten und meistgehörten Stimmen für Demokratie und Sozialismus mit Hilfe eines Justizmordes endgültig zum Schweigen zu bringen. Versuche anderer Art hatte es schon vorher gegeben.

Als 25jährige wurde Angela Davis 1969 von der Philosophischen Fakultät der University of California zur Assistenzprofessorin ernannt. In Birmingham, Alabama, dem Zentrum des Rassismus und des Ku-Klux-Klan, geboren, hatte sie sich ihren akademischen Weg freigekämpft bis hin zur Promotion in Philosophie. Die Aufnahme in die Fakultät war auf die herausragende Qualität ihrer Doktorarbeit zurückzuführen. Tage nach der Ernennung wurde ihr die Lehrererlaubnis bereits wieder entzogen. Der reaktionäre Verwaltungsrat der Universität, an der Spitze Gouverneur Ronald Reagan, entschied, daß ein offenes Bekenntnis zur Kommunistischen Partei und ein Lehramt in Kalifornien unvereinbar seien.

Eine vollkommene Entlarvung dessen, was akademische Freiheit in den USA meint. So vollkommen, daß sich die akademische Gemeinde dagegen wehrte. Professoren wie Studenten solidarisierten sich massenhaft mit Angela Davis, und die Verwaltung mußte ihr Vorlesungsverbot rückgängig machen. Doch nur, um es in den darauffolgenden Ferien, als Studenten und Professoren den Campus verlassen hatten, erneut auszusprechen und Angela Davis aus der Universität zu entlassen.

Die von Angela Davis nun erhobene Klage vor dem Obersten Gerichtshof gegen die Verfassungswidrigkeit der Universitätsentscheidung fand die Unterstützung weiter Kreise auch außerhalb der Universität. Angela Davis — deren Bedeutung, worüber noch zu sprechen sein wird, auch in der allgemeinen demokratischen Bewegung gegen das reaktionäre Großkapital immer mehr zunahm — war alles andere als mundtot gemacht. Die bloße Verleumdung, das Hinauswerfen aus dem Arbeitsplatz, ständige Beschattung und Morddrohung waren nicht genug. Der spezielle Gewaltapparat des Systems, Justiz und Polizei, war vonnöten. Die Ereignisse in San Rafael lieferten den Vorwand.

Justizterror als System

In einer Rede in der Glide Memorial Methodist Church in San Francisco hatte

Angela Davis festgestellt: „Wir müssen uns fragen, warum zu diesem historischen Zeitpunkt ‚Repression' zum Schlagwort geworden ist. Darauf gibt es eine sehr einfache Antwort: Die Leute beginnen nämlich, die Machtträger zu durchschauen und die politischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse in unserem Land zu begreifen. Wir kommen langsam zur Feststellung, daß die Machtinhaber in direkter Opposition zu unseren Interessen handeln. Ihr wißt, daß wir dabei sind, uns zu erheben, in den Gettos, in den Barrios (den Slums der Mexico-Amerikaner), auf dem Campus; auch die Kirche formiert sich gerade, Partei zu ergreifen."

Die Antwort der Systemmächtigen auf die Fragen der Menschen ist der verstärkte systematische Einsatz des Polizei- und Justizapparates. Die ständige Kontrolle und Einschüchterung aller ist eines der Ziele. In aller Öffentlichkeit werden die Standorte bereits stehender Konzentrationslager debattiert; die großen Meinungsfabriken informieren detailliert über eine zentrale Kartei der Bundespolizei, in der alle Amerikaner mit ihren relevanten persönlichen Daten erfaßt sind.

Die ständige Ausspähung, Behinderung und — gegebenenfalls — Liquidierung der demokratischen und sozialistischen Organisationen des politischen Widerstandes ist das zweite Hauptziel des Gewaltapparates des Systems. Unterwanderung mit Polizeiagenten, terroristische Polizeiüberfälle, politische Zweckurteile der Gerichte sind an der Tagesordnung. Wie in den 50er Jahren, als die damals mehr oder weniger allein Widerstand leistenden Kommunisten von der Staatsgewalt mit einem barbarischen Vernichtungsfeldzug überzogen wurden, so soll jetzt die demokratische Bewegung insgesamt ausgeschaltet, hinter Gitter gebracht oder getötet werden.

Neben dem Kampf der kommunistischen Partei weist vor allem der Werdegang der Black Panther Party Markierungssteine dieser faschistischen Entwicklung des US-Systems auf. Die Gründung der Partei war selbst eine Antwort auf den rassistischen Terror der Polizei in den schwarzen Gettos. Ende 1966 formten Huey Newton, Bobby Seale und Bobby Hutton die Black Panthers und fingen an, die Polizeieinsätze in den Gettos der San Francisco-Bucht zu kontrollieren. Ihr ständiger Einsatz für die Rechte der Schwarzen machte sie innerhalb weniger Monate zu Symbolen schwarzer Würde und Hoffnung. Mitte 1967 hatte die Partei bereits mehr als 300 Mitglieder. Die Antwort der Systemmacht: ständige Polizeiverfolgung und schließlich, Oktober 1967, die Verhaftung Huey Newtons unter der Anklage des Polizistenmordes.

Bei der fraglichen Schießerei war Huey selbst schwerverwundet liegen geblieben. Es wurde keine Waffe bei ihm gefunden. Die Kugeln, mit denen der Polizist getötet wurde, stammten erwiesenermaßen aus einem Polizeirevolver. Huey belastende Zeugenaussagen konnten als falsch und den Zeugen von der Polizei diktiert entlarvt werden. Dennoch wurde von der Staatsanwaltschaft und der konservativ-reaktionären Presse die Todesstrafe gefordert, und dennoch erklärte das Gericht Newton zum Todesschützen. Auf Grund der breiten nationalen und internationalen Solidaritätsbewegung für Huey Newton wagte die Jury allerdings nicht, Huey zum Tode zu verurteilen. Es setzte stattdessen eine Gefängnisstrafe von zwei bis elf Jahren fest (Huey Newton ist mittlerweile wieder auf freiem Fuß).

Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung war Huey Newton der zentrale Führer der Black Panther Party. Mit der Organisation der „Free Huey"-Kampagne trat ein anderer an diese Stelle: Eldridge Cleaver. Durch sein noch im Gefängnis geschriebenes Buch „Seele auf Eis" war Cleaver vor allem bei den Intellektuellen zu

nationaler Prominenz gelangt. Er nutzte sein Ansehen und seine Verbindungen zu den Massenmedien, um die Panthers und das Schicksal Huey Newtons in der ganzen Nation und darüber hinaus bekannt zu machen. Für die Systemgewalt wurden Cleaver und die Panthers wieder zum ernsten Problem.

Der Eingriff ließ nicht lange warten. Am 4. April 1968 war Martin Luther King von einem Weißen ermordet worden. Während quer durch die USA „race riots" ausbrachen, arbeiteten die Panthers erfolgreich daran, solche spontanen und selbstmörderischen Rassenaufstände in der Gegend der San Francisco-Bucht zu verhindern. Dafür wurden die Panthers am 6. April von einem massenhaften Polizeiaufgebot überfallen. Bobby Hutton wurde erschossen, Eldridge Cleaver wurde verwundet und schließlich verurteilt, ins Gefängnis zurückzukehren, um die zuvor zur Bewährung ausgesetzten restlichen fünf Jahre abzusitzen. Cleaver sah sich gezwungen, ins Ausland zu fliehen.

Was hier am Beispiel der nationalen Führer geschildert wird, blieb nicht auf diese Ebene beschränkt. Auch in den einzelnen Städten — die Panthers hatten 1969 etwa 60 lokale Parteizellen aufgebaut — wurden die Führungen und oft die gesamte Mitgliedschaft verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Parteibüros wurden von der Polizei überfallen und verwüstet, ohne Warnung auf Panther das Feuer eröffnet. Während eines Jahres wurden 28 Panthers von Polizisten erschossen. Anfang 1970 saßen über 100 Panthers hinter Gittern, über 500 warteten auf ihren Prozeß.

Im kritischen Jahr 1969 wurde der Parteivorsitzende Bobby Seale zum Motor der Partei und zu einer Haupttriebkraft der gesamten Widerstandsbewegung gegen die immer deutlicher faschistische Züge aufweisende Herrschaft der Monopole. Diese schlugen zu, mit den vertrauten Methoden. Bobby Seale wurde verhaftet und unter Mordanklage gestellt. Der Fall wurde als Munition für die rassistische Ideologie der Bestialität der Schwarzen und der Kriminalität ihrer Organisationen aufbereitet. Angeblich habe die New Haven-Zelle der Partei einen New Yorker (!) Panther wegen Spitzeldienste für die Polizei zunächst grausam gefoltert und dann getötet. Bobby Seale habe von dem Plan Kenntnis gehabt und ihn gebilligt. Über den Straftatbestand „conspiracy" sei er damit des Mordes schuldig und müsse in die Gaskammer.

Noch bevor dieser Prozeß (im Herbst 1970) eröffnet worden war, wurde Bobby Seale in einem weiteren „conspiracy"-Prozeß unter Anklage gestellt. Diesmal, September 1969, richtete sich der Anschlag des Justizapparates auf das gesamte „movement" (Bewegung"), dessen Aktionen vor allem gegen den Indochina-Krieg des US-Staates von immer mehr Amerikanern verstanden und unterstützt wurden. Vizepräsident Agnew und Präsident Nixon sprachen von „Gesindel", das man „wie faule Äpfel" vom Baum der Gesellschaft schütteln müsse. Polizei und Gerichte machten sich botmäßig ans Schütteln. Acht hervorragende Aktivisten der Friedensbewegung wurden angeklagt, 1968 eine „Verschwörung" durchgeführt zu haben: Sie hätten während des Parteitags der Demokratischen Partei in Chicago „Tumulte" organisiert. Angeklagt wurden Dave Dellinger und Rennie Davis, die zentralen Organisatoren der Friedensbewegung; Abbie Hofman und Jerry Rubin, Vorsitzende der radikal-anarchistischen Jugend-Partei; Tom Hayden, Mitbegründer und ehemaliger Vorsitzer der SDS. Bobby Seale, dem sein verfassungsmäßiges Recht auf Selbst-Verteidigung nicht gewährt worden war, wurde — um ihm jede Möglichkeit auf Protest und weitere Stellungnahmen in eigener Sache zu nehmen — während der Verhandlungen geknebelt und gefesselt. Schließlich wurde sein Fall von dem der anderen getrennt. Der Zweck war

schon erreicht: der Richter hatte Bobby wegen Unbotmäßigkeit vor Gericht zu vier Jahren (!) Gefängnis verurteilt.

Was für die Panthers galt und gilt (die jetzigen nationalen Führer David Hilliard, Masai Hewit, Don Cox u. a. sind alle in Prozesse verwickelt), gilt gerade so für die anderen Widerstandsorganisationen. Die „Los Siete de la Raza" der Mexico-Amerikaner, die Young Lords der Puertoricaner — ihr Kampf in den Gettos der farbigen Amerikaner trifft auf Polizei- und Justizterror gerade so wie der allgemeine der Friedensbewegung und der Kommunisten. So umfassend dieser Terror organisiert ist, so präzis persönlich gezielt sind seine „legalen" Mordversuche. Wer die Interessen der Unterdrückten klar ausspricht, wer den Unterdrücker klar benennt, wer Wege des Widerstands aufweist, wer gehört wird und mit immer mehr Verbündeten vorwärts geht — den will die Systemgewalt ausschalten. Wie Sacco und Vanzetti, Tom Mooney und Angelos Herndon, die Arbeiterführer und Kommunisten; wie Bobby Hutton und Huey Newton, Eldridge Cleaver und Bobby Seale, die Panthers; wie Angela Davis, die Kommunistin, die das Zusammengehen des Freiheitskampfes der Schwarzen und das aller Arbeiter in den USA verkörpert.

Der Hintergrund — US-Imperialismus global und intern

Der US-Imperialismus — der Reichtum und die Macht der großen US-Monopole — basiert auf weltweiter Ausbeutung. Die internationalen Monopole haben rund um den Globus Wirtschaftskolonien eingerichtet, in denen die Ressourcen und die Arbeitskraft der Völker ausgebeutet werden. In den letzten Jahren haben die US-Monopole 60 Mrd. Dollar pro Jahr exportiert, um sie vor allem in den Ländern der Dritten Welt mit viermal höherer Verzinsung als im eigenen Land „arbeiten" zu lassen. Das Produktivvermögen, das diese Monopole außerhalb der USA angesammelt haben, wird auf über 300 Mrd. Dollar geschätzt und erreicht damit einen höheren Wert als dasjenige der Bundesrepublik.

Das hat für die Arbeiter und Angestellten der USA vor allem zwei böse Folgen. Erstens werden gigantische Werte, die von ihnen geschaffen wurden, außer Landes gebracht, ihnen also vorenthalten und nicht einmal als Investitionen im Inland eingesetzt, was zu einer ständigen Verkürzung der möglichen Produktionskapazität führt. Arbeitsplätze werden knapp, die Arbeitsproduktivität stagniert. Zweitens führt diese weltweite Ausbeutung zu ständig steigenden „Kriegslasten", da nämlich die Völker der Welt sich nicht länger mehr ausplündern lassen wollen und heute durch das sozialistische Weltsystem eine konkrete Alternative zu ihrem aktuellen Zustand haben. Materiell äußern sich die Kriegslasten (135 Mrd. Dollar im letzten Jahr) als Kapitalvernichtung, verstärken also die Tendenz der Verkürzung der Produktionskapazität, kulturell als Kriegshetze und Rassismus.

Beide Tendenzen haben sich bereits erheblich ausgewirkt. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei über 6 Prozent, das sind 6,5 Millionen Menschen, die Arbeit suchen und keine finden. Sozialprodukt, Arbeitsproduktivität und Löhne sind in den letzten Jahren nicht gestiegen. Dagegen galoppiert die Inflation, Großangekündigte Reformprogramme der Regierung, insbesondere die Slum-Sanierung und Verbesserung der Wohlfahrtsprogramme, konnten „wegen Geldmangels" überhaupt nicht in Angriff genommen werden. Gleichzeitig stiegen die Kriminalität und die Faschisierung weiter Bevölkerungsteile durch die systematische Hetze von Regierungsapparat und Meinungsfabriken sprunghaft an.

Diese Entwicklung gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten trifft die schwarzen Amerikaner besonders hart. Die US-Monopole haben nämlich nicht nur außerhalb der Grenzen der USA, sondern auch auf dem eigenen Staatsgebiet eine Ausbeutungskolonie eingerichtet: die Schwarze Gemeinde (30 Millionen Menschen). Ihr besonderer kolonialer Status zeigt sich auf allen Ebenen der Sozialstruktur. Im Ausbildungssystem werden sie nach Quantität und Qualität benachteiligt, sie finden selbst im Verhältnis zu ihrer Ausbildung zu niedrig qualifizierte Berufe, sie verdienen nur die Hälfte des Einkommens weißer Arbeiter und Angestellter, sie sind nach der amtlichen Statistik viermal so häufig „arm" wie Weiße, sie sind häufiger und länger krank, sie leben (7 Jahre) weniger lang, und sie sind in verrotteten Gettos auch räumlich isoliert. In dieser Position am Boden der Klassenstruktur werden sie durch institutionelle und ideologische Mechanismen des Rassismus festgehalten — mehr noch, die Distanz zu den Lebensbedingungen der Weißen vergrößert sich ständig.

Das aufschlußreichste Datum zum speziellen Status der Schwarzen liefert die Arbeitslosenstatistik. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen Ende der 60er Jahre haben ergeben, daß die Arbeitslosenrate der Schwarzen in den Städten (deren offizielle Arbeitslosenrate nur knapp über der offiziellen nationalen Rate für Schwarze lag) um über achtmal höher war als die durchschnittliche Arbeitslosenrate. Das hieße, daß die wirkliche Arbeitslosenrate der Schwarzen heute bei 50 Prozent liegt.

Arbeitslosigkeit ist für die Schwarzen demnach eine bestimmende Qualität ihrer sozialen Gruppe. Selbst in Zeiten der Hochkonjunktur bleiben große Teile von ihnen unbeschäftigt. Angesichts der von den Monopolen diktierten Bedingungen des Kapitalexports und der Kriegspolitik sind die Schwarzen immer mehr zu einer Existenz des Lumpenproletariats gezwungen, d. h. immer mehr Schwarze sind strukturell und damit auf Dauer nicht integrierbar in den gesellschaftlichen Produktionszusammenhang. Im offiziellen Regierungsbericht hieß es schon 1968: „Unsere Nation entwickelt sich in Richtung auf zwei Gesellschaften, eine schwarz, eine weiß — getrennt voneinander und ungleich." Wenn weiter die Monopole den gesellschaftlichen Reichtum dirigieren, wird auch dieser Weg noch weiter gehen.

Vom Rassenkampf zum Klassenkampf

Die koloniale Unterdrückung und Ausbeutung der Schwarzen reicht 350 Jahre zurück; nur wenig kürzer ihr Kampf dagegen. Die Geschichte dieses Kampfes macht klar, daß neben dem resignierten, demütigen, willfährig-sanften Schwarzen schon immer der schwarze Kämpfer, neben Uncle Tom schon immer Nat Turner stand. Zum anderen ist die Unterdrückungsgeschichte der Schwarzen für die revolutionäre Bewegung von heute ein Bewährungsfeld von Erwartungen, Ideen und Strategien der Befreiung.

Amerikas Entwicklung ist ohne die Arbeit der Schwarzen nicht denkbar. 1619 wurden die ersten nach Virginia importiert. Ende des 18. Jahrhunderts machten sie ein Sechstel der Bevölkerung aus (700 000 Schwarze). In den Hoch-Zeiten der Sklavenwirtschaft besaßen 80 Prozent der weißen Familien im Süden Sklaven, aber nur 2 Prozent mehr als 20 und nur 0,2 Prozent mehr als 100 Sklaven. Die Sklavenwirtschaft war also die ökonomische Basis der Feudalherrschaft, ausgeübt von weniger als 3000 Familien, die mit ihrer Ausbeutung der Schwarzen nicht nur diese selbst vernichteten, sondern auch die übrige weiße Bevölkerung ruinierten bzw. in Armut hielten.

Die Schwarzen antworteten auf die unerträgliche Situation mit verzweifelten Akten der Gegenwehr. New York ist im 18. Jahrhundert Schauplatz von drei brutal niedergeschlagenen Rassenaufständen. Im Süden führen Gabriel Posser, Denmark Vesey und Nat Turner Anfang des Jahrhunderts Guerilla-Einheiten gegen die weiße Sklavenhalter-Herrschaft. Alle scheitern und werden getötet. Turner schreibt vor der Hinrichtung ein Protokoll über Beweggründe und Bedingungen des Kampfes. Sein Bericht wird dem schwarzen Widerstand zum Vermächtnis.

Im Unabhängigkeitskrieg melden sich Zehntausende Schwarze zu den Waffen — obwohl es Schwarzen wie auch „Tagedieben und Vagabunden" offiziell verboten war, in den Reihen der Befreiungsarmee mitzukämpfen. Crispus Attucks, ein Schwarzer aus Boston, ist der erste Amerikaner überhaupt, der im Gefecht gegen die Briten fällt.

Die Befreiung der USA von England, durchgeführt im Zeichen „natürlicher und unveräußerlicher Menschenrechte", brachte den schwarzen Amerikanern keine Freiheit. Erst im Sezessionskrieg des industriellen Nordens gegen den agrarfeudalen Süden (1861—1865) wurde die Sklaverei abgeschafft. 500 000 Schwarze hatten auf der Seite des Nordens mitgekämpft und forderten jetzt Freiheit — nicht nur auf dem Papier, sie wollten das Wahlrecht und dort, wo sie die Mehrheit hatten, auch die Regierung. Zwölf Jahre lang erlebt so der Süden die Periode des „Radikalen Wiederaufbaus", das Regiment der schwarzen Mehrheit. Danach fanden sich die Kapitalisten des Nordens und die Großgrundbesitzer des Südens zu einer gemeinsamen Abwehr der von ihnen Ausgebeuteten — der Arbeiter, gleich, ob schwarz oder weiß. Die Schwarzen verloren das Wahlrecht und jeden politischen Einfluß.

Erst der zunehmende Einbezug der Schwarzen in den Industrialisierungsprozeß im Norden sowie die durch den Ersten Weltkrieg hervorgerufenen sozialen Umwälzungen führten zu neuen Kampfformen gegen die rassistische Unterdrückung. 350 000 Schwarze hatten in der Armee gedient und gingen nicht mehr zurück auf die Baumwollfelder. Mehr noch hatten in der Kriegsindustrie gearbeitet und erste Erfahrungen materiellen Fortschritts und eines Rückgangs rassischer Diskriminierung erfahren, was sie nun als Erwartung auf die Zukunft projizierten.

Sie sahen sich bitter getäuscht. Vor allem im Norden wurden systematisch Rassenpogrome durchgeführt, Lynchmorde waren an der Tagesordnung. Schwarze wurden aus den besser bezahlten Arbeitsstellen gedrängt und aus den meisten Arbeiterorganisationen ausgeschlossen. Die noch vor dem Krieg gegründeten Hilfsorganisationen „Städtische Liga" (Urban League) und „Nationale Vereinigung zur Besserstellung der farbigen Bevölkerung" (NAACP) entwickelten sich trotz des Widerspruchs von W.E.B. Du Bois zu karitativen Vereinen.

Die Mehrzahl der so brutal zurückgeprügelten Schwarzen schloß sich Bewegungen an, die die Flucht, die Auswanderung aus den USA nach Afrika organisieren wollten (die größte davon wurde von Marcus Garvey geleistet und scheiterte wie die anderen völlig). Den Kampf gegen die Verantwortlichen für Rassismus und Ausbeutung führte vor allem die Kommunistische Partei. Sie trat ein für die Selbstbestimmung der Neger im Schwarzen Gürtel, also im Süden, und für die Entwicklung einer geschlossenen Kommunistischen Partei und einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung von schwarzen und weißen Arbeitern im Norden. Dieser interrassische revolutionäre Proletarismus der KP wurde Mitte der 30er Jahre — nach dem Siebten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, wo die Erfahrungen und Perspektiven im Kampf gegen den Faschismus diskutiert worden waren — aufgegeben zugunsten der Strategie einer „schwarzen

Volksfront". Der neugegründete Nationale Neger-Kongreß versucht, die Interessen der von dem Zusammenbruch des Wirtschaftssystems verheerend getroffenen Schwarzen Gemeinde durchschlagskräftiger zu vertreten als die gemäßigt-wirkungslose NAACP.

In dieser Zeit der Vorbereitung auf den Krieg stellten die Schwarzen eindeutige Forderungen. Sie waren nicht gewillt, eine Demokratie zu verteidigen, von der sie nichts spürten, gegen einen Faschismus, der auch nicht übler sein konnte als das eigene Unterdrückungssystem. Auf ihren Druck hin wird in Rüstungsbetrieben und Militär jede Diskriminierung untersagt. Der neugegründete Kongreß für Gleichheit der Rassen (CORE) tritt mit dem später noch oft verwendeten Mittel gewaltloser direkter Aktionen auf den Plan.

Die Aktionen werden massenhaft durchgeführt. Millionen sind neu aus dem Süden zugezogen, in dieselben alten, engen, miserabel versorgten Gettos, in die auch noch die zurückkehrenden Soldaten einströmten. Zwar begann auch diesmal sofort nach Kriegsende eine rassistische Hetzjagd auf die Schwarzen, doch war es den „besonnenen" weißen Herrschaftsgruppen klar, daß sie sich diese Art brutaler Unterdrückung auf Dauer nicht würden leisten können. Wie es Präsident Eisenhower später ausdrückte, würde der „haßerfüllte Kommunismis" solche „Vorfälle" hernehmen, um die USA als „Verletzer der Grundsätze zu porträtieren, die die Völker der Welt in der Charta der Vereinten Nationen proklamierten".

Die Konsequenz dieser Einsicht war die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes (1954), daß die Rassentrennung im Schulsystem verfassungswidrig sei. Zwei Jahre später findet der Oberste Gerichtshof auf Antrag einer von Martin Luther King geleiteten Selbsthilfe-Organisation, daß auch die Rassentrennung in den Fahrzeugen des Personenverkehrs verfassungswidrig ist.

Kings Aktion, durch „zivilen Ungehorsam" die Grenzen der Verfassungswirklichkeit zu testen und durch Gerichtsentscheide auszuweiten, stand Pate bei der nun breit einsetzenden Bürgerrechtsbewegung. Insbesondere CORE und das Studentische Gewaltlose Koordinationskomitee (SNCC) führten „Freiheitsfahrten" in den Süden durch, um überall im Sinn der neuen Verfassungsgrundsätze zu demonstrieren, lokale Diskriminierungsregeln zu verletzen und so auszuhöhlen. Wahlschulen wurden eingerichtet, wo Schwarze auf die Wahltests vorbereitet wurden. Schließlich wurde versucht, Einfluß zu gewinnen auf die regionalen Parteiorganisationen im Süden.

In Mississippi organisierten Stokely Carmichael und seine Freunde von SNCC eine neue Landesorganisation der Demokratischen Partei, die im Gegensatz zur alten die Regeln des Parteistatuts und die Verfassung der USA nicht verletzte. Der alte Landesverband war nämlich eindeutig nach rassistischen Regeln aufgebaut. Auf dem nationalen Parteitag in Atlantic City (1964) forderten die Vertreter der Mississippi Freedom Democratic Party, als rechtmäßiger Landesverband des Bundesstaates Mississippi anerkannt zu werden, und daß der alte auszuschließen sei. Der Parteitag lehnte das — auch auf speziellen Druck von Präsident Johnson und Vize Humphrey — mit überwältigender Mehrheit ab. Die Radikalen verließen den Parteitag. Dort war endgültig die idealistische Vorstellung der radikalen Organisationen zu Grab getragen worden, sie könnten durch Appell an das moralische Gewissen und Herbeibringen von Beweisen der Unmenschlichkeit die Mächtigen rühren und so fortschrittlichen Wandel erzeugen.

Danach rief Carmichael aus: „Der einzige Weg, den Weißen daran zu hindern, uns weiter fertigzumachen, ist, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Seit sechs Jahren haben wir gesagt: Freiheit, und passiert ist nichts. Was wir jetzt

sagen werden ist: Black Power." Schlagwort und Konzept von Black Power waren geboren. Entgegen den Vorwürfen des „schwarzen Nationalismus" oder „Separatismus" und „schwarzer Gewalttätigkeit" hat das Konzept vor allem folgende zwei Komponenten: 1) Die Autonomie der Schwarzen Gemeinde nach innen; 2) kollektives Handeln nach außen mit den Vertretungen der anderen „ethnischen Gruppen" der US-Gesellschaft.

Beide Vorstellungen sind illusionär. Die Schwarze Gemeinde ist keine isolierte soziale Einheit, die gesondert befreit werden könnte. Sie ist vielmehr Teil des gesamten gesellschaftlichen Systems der USA, in ihrer Existenzfähigkeit von diesem abhängig, geradeso wie das Totalsystem zu seiner Reproduktion auf das schwarze Ausbeutungshinterland zurückgreift. Die Macht, die im schwarzen Getto bestimmt, bezieht ihre Machtmittel aus der Ausbeutung des Gesamtsystems USA. Sie müßte auf breiter Front zurückgedrängt werden. Ebenso falsch ist die Auffassung, daß die politische Auseinandersetzung um die Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von ethnischen Gruppen getragen werde. Zwar stimmt es, daß zu Wahlzwecken ethnische Loyalitäten mobilisiert werden. Aber in Wirklichkeit haben die Interessen des irischen Autoarbeiters in Detroit und des irischen Kellners in New York gar nichts gemein mit den Interessen der (Iren) Kennedys. Ebensowenig wie die eines angelsächsischen Bauarbeiters mit den Interessen von Mr. Rockefeller usw. Tatsächlich führt diese Ideologie der ethnischen Gruppen dazu, daß stets die herrschende Klasse der Monopolkapitalisten bei den Wahlen bestätigt wird. Denn die Eliten der jeweiligen ethnischen Gruppen gehören alle dieser Klasse an (oder sind ihre hauptamtlichen Agenten, wie der frühere Wallstreet-Anwalt Nixon). Diese Ideologie eignet sich also vorzüglich, die Solidarität der Arbeiter und Angestellten zu zersplittern. Im Fall „Black Power" ist dies zweifelsohne gelungen.

Die Betonung der kulturellen Eigenständigkeit und der Kampf um „sektorale Autonomie" im Black Power-Konzept waren Versuche, die schwarze Gemeinde aus dem allgemeinen Manipulations- und Unterdrückungssystem herauszubrechen. In der letzten Konsequenz hoffnungslose Versuche, da nur eine Revolution des Gesamtsystems die rationale und humanistische Organisation der Teile des Ganzen möglich werden läßt — nur ein koordiniertes Vorgehen im Gesamtsystem Fortschritte für die Teile mit sich bringt. Darauf bezieht sich das Konzept der Black Panther Party, die sich selbst marxistisch-leninistisch nennt. Die Panthers sehen die Völker der Dritten Welt und die Arbeiterklasse im Kapitalismus gleichermaßen unterdrückt. Die Schwarze Gemeinde in den USA hat — mitten im entwickelten Kapitalismus — teil an seiner kolonial-rassistischen Erscheinungsform. Daher ist sie in einem sehr direkten Sinn Partner sowohl der Befreiungsbewegung der Dritten Welt wie Beteiligter im Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus in den Metropolen. Die Panthers wissen sich in einer Reihe mit den Freiheitskämpfern der Dritten Welt und drängen gleichzeitig auf eine Allianz der schwarzen und weißen Arbeiter in den USA. Bobby Seale appelliert an alle progressiven Organisationen, „zu begreifen, daß sie solidarisch zusammenstehen müssen, welche Hautfarbe auch immer sie haben — wir kümmern uns nicht um die Hautfarbe, wir haben begriffen und lehren es weiter, daß es sich um einen Klassenkampf handelt gegen die Unterdrückungs- und Ausbeutungsklasse der Kapitalisten und Imperialisten".

Die neue Phase — Einheitsfront gegen den Faschismus

In der täglichen politischen Praxis fand sich die theoretische Linie der Black

Panther Party so klar nicht wieder. Der gezielte Terror gegen die Führungskader, die Unterwanderung der Partei mit Polizeispitzeln und das explosionsartige Anwachsen 1968/69 hinderten die Partei offensichtlich, geradlinig auf dem theoretisch vorgezeichneten Weg voranzuschreiten. Hinzu kam, daß die Tätigkeit in den vier ständigen Arbeitsprogrammen der Partei — täglich Frühstück für die Getto-Kinder auszugeben, Befreiungsschulen zu organisieren, freie Kliniken zu unterhalten und eine nationale Unterschriftenkampagne zur Einführung einer Gemeindekontrolle der Polizei, schließlich auch Druck und Verkauf der wöchentlich erscheinenden Zeitung „Black Panther" — die „inneren" Kader überaus beanspruchte.

Um das Ziel, den antimonopolitistischen Widerstand breiter und zielgerichteter auszubauen, zu erreichen, mußten Energie freigemacht und neue organisatorische Wege gefunden werden. Dieselbe Aufgabe hatte sich zu dieser Zeit die Kommunistische Partei gesetzt. Ihre Arbeit hatte drei Schwerpunkte: in den Betrieben, in den Gettos und in der Friedensbewegung. Ein Zusammenfassen aller dieser Kräfte würde das momentan breitestmögliche Bündnis gegen die Ausbeutungs- und Kriegspolitik der Monopole bedeuten. Erste organisatorische Konsequenzen einer solchen Taktik wäre das Zusammengehen der sozialistischen Widerstandsgruppen, um von hier aus gemeinsam die antimonopolistische Front auszubauen.

Insbesondere im Che-Lumumba-Club der Kommunistischen Partei (der Club ist eine spezielle Arbeitsgruppe schwarzer Mitglieder der KP) wurde die Frage der organisatorischen Koordination der Befreiungsbewegungen der rassischen Minderheiten — Schwarze, Puertoricaner, Mexico-Amerikaner, Indianer — mit der Partei der Arbeiterklasse diskutiert. Angela Davis, Mitglied des Che-Lumumba-Clubs, forderte auf, die Solidarität der vom US-Imperialismus unterdrückten Völker der Dritten Welt zu praktizieren durch das koordinierte Vorgehen aller Sozialisten und Demokraten gegen die Herrschaft der Monopole in den USA.

Folgerichtig riefen die Panthers und die Kommunistische Partei und einige andere sozialistische Organisationen im Sommer 1969 zur „Nationalen Revolutionären Konferenz" auf, wo sie die „Einheitsfront gegen den Faschismus" gründeten. Bobby Seale von den Panthers und Herbert Aptheker von der KPUSA entwickelten die Linien, an denen entlang sich die Einheitsfront bewegen soll. Die Politik der Befreiung der schwarzen „Kolonie" — das ist und muß sein die Politik der Befreiung der USA. Die die Einheitsfront tragenden Parteien stellen die Avantgarde einer demokratischen Bewegung dar, die weiße und schwarze sozialistische Gruppen und noch-nicht sozialistische Demokraten umfaßt — deren Einbezug und Mitarbeit gerade angesichts der faschistischen Tendenzen unerläßlich ist.

Die Zusammenarbeit hat Früchte gebracht. Bei zum Teil heftigen Diskussionen um methodische Fragen sind dennoch das gemeinsame Projekt zur Gemeindekontrolle der Polizei und die Politisierung der Friedensbewegung vorangekommen. Vor allem auch fügen sich die Parteien zu einem gemeinsamen Schild gegen den immer noch zunehmenden Justiz- und Polizeiterror. Gerade die Fälle Bobby Seale und Angela Davis haben vermocht, den Propaganda-Nebel über der US-Szene zu zerreißen, so daß mehr und mehr Amerikaner erkennen können, daß Brutalität und Willkürherrschaft der herrschenden Klasse der USA nicht auf Indochina beschränkt sind. Dies, den antiimperialistischen Widerstand als eine innenpolitische Kampfaufgabe zu begreifen, ist das Ziel der Aufklärungsarbeit der Einheitsfront gegen den Faschismus.

Solidarität mit Angela Davis

Wir verehren Angela Davis. Sie ist 26 Jahre alt, eine Frau und schwarz und in Birmingham, Alabama, geboren. Sie ist Professor für Philosophie und Kommunistin mit Mut, Zähigkeit und Klugheit.

Ihr gehört unsere Solidarität.

Aber es ist mehr als das. In vielen Teilen der Welt werden täglich Menschen, heldenhafte Menschen, zu Opfern der imperialistischen Gewalt. Von vielen von ihnen wissen wir die Namen, ihr Leben, die Gewalttat. Wir sind solidarisch. Aber Solidarität als organisierte Anstrengung können wir nicht leisten.

Weil wir unsere Kräfte nach politischen Gesichtspunkten einsetzen müssen. Wir verabscheuen Unterdrückung und Ausbeutung überall, wo sie auftritt. Deshalb strengen wir uns an, die Macht der Urheber dieser gewaltsam gesicherten Ausbeutung zurückzudrängen. Dies ist unsere Solidarität, sie ist richtig, weil sie hilft.

Für Angela Davis organisieren wir eine Solidaritätsbewegung. Weil sie Symbol und Motor einer neuen Phase des demokratischen Widerstands in den USA ist, wo über die Drohung eines ausgebildeten faschistischen Systems im mächtigsten kapitalistischen Land der Erde entschieden wird. Darauf müssen wir die Welt aufmerksam machen; Angela Davis muß zu ihren Genossen zurückkehren können, um den Kampf dort weiterzuführen. Wie im Fall Huey Newton, so wird es der weltweite Protest der Demokraten und Sozialisten aller Länder auch diesmal schaffen. Mehr noch sind wach geworden.

Noch aus einem zweiten Grund organisieren wir die Solidaritätsbewegung. In einer Rede nach ihrer Entlassung als Universitätslehrer sagte Angela Davis: „In bestimmter Hinsicht ist der Angriff der Universitätsverwaltung auf meine Person ein symbolischer Vorgang, bin ich doch Mitglied des Che-Lumumba-Clubs, eines ausschließlich schwarzen Kollektivs innerhalb der Kommunistischen Partei, und beschäftigt mit der Befreiung der Schwarzen und aller Unterdrückten in dieser Gesellschaft. In dem Augenblick, da man mich attackiert, haben sie die Bewegung selbst angegriffen, die Schwarzen, Braunen, Indianer, die Dritte Welt und jene Weißen, die damit begonnen haben, über die Beendigung des Rassismus und der Unterdrückung zu sprechen. Zufällig war ich einer jener, an die Hand anzulegen sie eine Handhabe hatten, weil sie jenes Gesetz, jene in Kraft stehende Ordnung zur Verfügung hatten, wonach kein Kommunist an der Universität lehren darf. Ganz beiläufig sehe ich mich in diese Position gedrängt, und ich möchte betonen, daß ich mich nicht als Einzelfall verteidigen werde. Infolgedessen habe ich auch jene, die mich unterstützten, gebeten, nicht mich, sondern sich selbst zu verteidigen und aufzustehen, um für ihre Rechte einzutreten." Das gilt auch für uns. Nicht nur ist die Bundesrepublik der enge internationale Verbündete der US-Monopole. Jede Änderung hier schlüge auch dort zu Buche. Wir sehen uns auch in unserem Land einer Entwicklung gegenüber, die deutliche Ähnlichkeiten zu der in den USA aufweist. Die Formierung auf der Rechten, die Herausbildung eines Rechtskartells, das Gewaltverzichtsverträge mit der Sowjetunion und Polen verhindern will, und sich demonstrativ bereithält für die drohende Wirtschaftskrise — das weist uns klar den Gegner, gegen den die Aktionen aller Demokraten und Sozialisten einheitlich zu richten wären.

Zur Forschungspolitik der SPD/FDP-Regierung

Von Rainer Rilling

I

Bei der Amtsübergabe des Wissenschaftsministeriums am 22. Oktober 1969 erklärte der vormalige und spätere Krupp-Manager Stoltenberg (CDU), daß mit der Bestellung H. Leussinks zum neuen Minister „unabhängig von geänderten Voraussetzungen und Vorstellungen Elemente der Kontinuität in der deutschen Wissenschafts- und Forschungspolitik zu erwarten" seien [1]). Wenig später versicherte der Leiter der Abteilung Kernforschung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW), Dr. Pretsch, vor Vertretern der westdeutschen Atomindustrie auf der Jahresversammlung 1969 des Deutschen Atomforums, „daß Minister Leussink sehr großen Wert darauf lege, alle angelaufenen Programme für die technologische Forschung weiterzuführen" [2]). Auch in dem am 16. Dezember 1969 vorgestellten programmatischen „Schwerpunktprogramm des BMBW für die nächste Zukunft" wurde von Leussink erneut die weitgehende Übereinstimmung mit der Forschungspolitik der Vorjahre festgestellt: „Aber im Forschungsbereich", so Leussink, „wird die Kontinuität in der nächsten Zeit wohl am ausgeprägtesten sein" [3]). Bereits in den ersten programmatischen Erklärungen der SPD/FDP-Regierung steht also die Betonung der „Kontinuität" erstaunlich weit im Vordergrund, wenn man bedenkt, wie sehr diese Regierung von Anfang an bestrebt war, sich den Ruf steter Reformfreudigkeit zu verschaffen. Die Vermutung, daß die intensive Hervorhebung der politischen Kontinuität nicht als taktisches Kalkül zu werten ist, zeigt sich bei einem Blick auf die Finanzplanung für den Wissenschaftssektor voll bestätigt.

Im Bereich Forschung, Wissenschaft und Technologie wurden 1970 die Haushaltsansätze ungefähr ebenso stark angehoben wie der Gesamtetat des BMBW, so daß diesem Bereich innerhalb der gesamtpolitischen Strategie der Regierung weiterhin relative Priorität zukommt: der Steigerungssatz betrug ungefähr das Dreifache des Steigerungssatzes des gesamten Bundeshaushalts. „Auch in den kommenden Jahren werden die Ausgaben für die Förderung von Wissenschaft und Forschung sicherlich überproportional im Verhältnis zum Volumen des Bundeshaushalts wachsen" [4]), kündigte Leussink an. Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die Mitte der sechziger Jahre unter dem damaligen Wissenschaftsminister Stoltenberg begonnen hatte und die vor allem durch die Einrichtung mehrerer staatlicher Schwerpunktprogramme gekennzeichnet war. Von den Gesamtausgaben des BMBW im Jahr 1970 entfielen rund 2 Milliarden DM (d. h. ungefähr zwei Drittel) auf den Bereich Wissenschaft, Forschung und Technologie; auch im Jahr 1971 sollen ungefähr zwei Drittel der entsprechenden Aufwendungen in den Forschungsbereich fließen, langfristig allerdings sollen die Bildungsausgaben stärker ansteigen. Der Löwenanteil der aufgebrachten Mittel des BMBW geht in die Schwerpunktprogramme Kernforschung, Raum- und Meeresforschung, Elektronische Datenverarbeitung (EDV), Neue Technologien

1) Pressedienst des BMBW (Pd) 22/1969.
2) Pd 25/1969.
3) Pd 1/1970.
4) Pd 10/1970.

sowie innerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVtdg) in das Schwerpunktprogramm „Verteidigungsforschung". Innerhalb dieser FE-Programme sollen die Ansätze für EDV und „Neue Technologien" bis 1973 auf rund 900 Millionen DM gesteigert werden, was einer Zunahme um fast 500 Prozent entspricht. Weltraumforschung und Luftfahrttechnik sollen 1974 mit rund 782 Millionen DM gefördert werden, und für Kernforschung und -technik sind 1975 1,46 Milliarden DM vorgesehen [5]).

II

Welchen Zweck dieser massive und kontinuierliche Ausbau des westdeutschen Forschungspotentials und die Zentralisierung der öffentlichen Mittel beim Bund hat, wird bei einem Blick auf die einzelnen Programme des Bundes schnell deutlich. Leussink selbst hat sich klar genug ausgedrückt. Zur Begründung des Schwerpunktprogramms „Neue Technologien" vermerkte er: „Ich betrachte es als eine meiner Aufgaben, die allgemeinen Voraussetzungen für eine schnelle und fruchtbare Entwicklung der Technik zu verbessern und damit langfristig zur Hebung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beizutragen. Hierfür sind bisher sowohl indirekte allgemeine Maßnahmen als auch direkte gezielte Maßnahmen eingeleitet worden. Dies soll auch in Zukunft — vielleicht mit gewissen Änderungen im einzelnen — fortgesetzt werden" [6]). Entsprechend dieser Aufgabenstellung sind die Förderungskriterien, die das BMBW unter Leussink für das Programm „Neue Technologien" entwickelte, mit denen unter Stoltenberg fast völlig identisch: Maßstab für Förderungsmaßnahmen sind „Wettbewerbsverzerrungen" vor allem gegenüber dem US-Kapital und die Unfähigkeit selbst größter Monopole, angesichts des fortgeschrittenen Grades der Vergesellschaftung der Forschung bestimmte Big-Science-Projekte allein durchzuführen [7]). Ähnliches gilt für das Schwerpunktprogramm Datenverarbeitung, das in der Prioritätenliste des Ministeriums „eine besonders hervorgehobene Stellung" [8]) einnimmt und folglich stark ausgebaut wird.

Das erste Förderungsprogramm des Bundes war nach Angaben des BMBW „vornehmlich auf die direkte Industrieförderung ausgerichtet" [9]); von den gesamten Unterstützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand bis Ende 1970 — rund 680 Millionen DM — waren für die Industrie vor allem direkte Zuwendungen wie Zuschüsse oder Darlehen von Bedeutung, die rund 40 Prozent des Gesamtbetrags ausmachten. Aber auch das zweite Programm, für das von 1971—1975 4,2 Milliarden DM vorgesehen sind, bestimmt sich von einer „auf Konkurrenz mit der IBM als Ganzes gerichteten Konkurrenzstrategie" [10]) her (so der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Wissenschaft und Bildung, U. Lohmar, SPD). Das Programm kommt vor allem den Konzernen Siemens und AEG zugute. In ihrem letzten Geschäftsbericht vermerkt die Siemens AG, die für DV-Forschung und Entwicklung bislang 500 Millionen DM aufgebracht hat: „Das Förderungsprogramm der Bundesregierung habe sich positiv auf Entwicklung und Geschäft aus-

[5]) „Akademischer Dienst" v. 14. 8. 1970 u. Pd 16/1970.
[6]) Pd 1/1970.
[7]) Pd 7/1970.
[8]) Pd 1/1970.
[9]) BMBW (Hg.), informationen-bildung, wissenschaft 3/1970. Ähnlich wurde das 1. Förderungsprogramm von Vertretern der Industrie auf den Hearings des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft im Dezember 1970 eingeschätzt. Der Generaldirektor der westdeutschen IBM, Bösenberg, erklärte, daß „der Schwerpunkt des ersten Programms der Datenverarbeitung in der Bundesrepublik Deutschland eindeutig auf der Förderung der Industrie gelegen hat", und der Siemens-Vertreter meinte, daß sich das 1. Programm „sehr bewährt" habe (vgl. Dt. Bundestag, 6. Wahlperiode, Sten. Protokoll über die Öffentliche Informationssitzung des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft am 3. Dezember 1970 zum Thema „Wachstumsorientierte Technologien und staatliche Forschungspolitik" (Hearing v. 3. 12. 1970, S. 14, 29).
[10]) „Handelsblatt" v. 30. 9. 1970.

gewirkt" [11]). Auch Leussink visiert als ein Ziel des Programms die „Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Datenverarbeitungsindustrie" [12]) an, wobei nach seiner Meinung „ein Optimum der Förderung auf diesem wichtigen Gebiet" [13]) noch nicht erreicht ist. Insgesamt sollen bis 1975 direkt in die DV-Industrie mehr als 800 Millionen DM gepumpt werden; daneben wird eine „Umwandlung der bisherigen direkten Industrieförderung in eine indirekte Förderung" [14]) angestrebt: das gefährliche Ungleichgewicht, das durch die ausschließliche Orientierung der staatlichen Förderung auf kurzfristige Konkurrenzbedürfnisse der westdeutschen Computerkonzerne hervorgerufen wurde, soll durch die Entwicklung des vorgelagerten Ausbildungssektors beseitigt werden. Rund 60 Prozent der für die Jahre 1971—1975 veranschlagten Mittel sind für den Ausbildungssektor veranschlagt.

Weiteren Aufschluß über die strategische Zielsetzung der Forschungspolitik der FDP/SPD-Regierung gibt die gegenwärtige Diskussion über die westdeutsche Weltraumforschung. Das regelmäßige Scheitern nationaler und internationaler Projekte hatte in den letzten Jahren zunehmend Kritik laut werden lassen, und es bestand Anlaß, zumindest die These von dem angeblich so umfangreichen technologischen Nutzen dieses Programms zu bezweifeln. Das damalige BMwF vergab denn auch einen Forschungsauftrag mit dem Titel „Über den Nutzen der Weltraumforschung aus deutscher Sicht" [15]); das prompte Ergebnis der pseudowissenschaftlichen Studie war die Empfehlung, die Mittel für das Programm anzuheben. Ansonsten war in dieser Studie ebenso wie in zahlreichen Verlautbarungen des BMBW sehr viel die Rede vom großen wissenschaftlich-technischen Nutzen der Raumforschung, wenig jedoch von den politischen Dimensionen, die wohl tatsächlich interessieren. Sepp Hort, ein Mitglied der Geschäftsführung des Rüstungs- und Raumfahrtkonzerns Messerschmitt-Bölkow-Blohm, drückte sich in dieser Hinsicht jüngst recht klar aus. Hort: Man müsse zum Beispiel „die überragende politische Bedeutung ... sehen, die allein im Besitz von Kommunikationssatelliten zum Ausdruck kommt. Wenn im nächsten Jahrzehnt über Fernseh- und Rundfunkgeräte die Völker der dritten Welt nur noch die Stimmen Amerikas und des kommunistischen Ostblocks vernehmen würden, sei Europa politisch abgemeldet" [16]).

Gegenwärtig besitzen in der kapitalistischen Welt die USA das Monopol auf Nachrichtensatelliten; das „Global Commercial Communications Satellite System" (INTELSAT), über das die Satellitenkommunikation im nichtmilitärischen Bereich abläuft, untersteht gegenwärtig zu 52,7 Prozent den USA, während Länder wie England auf 7,3 Prozent oder die BRD auf 3,24 Prozent Anteile kommen. Vertreten werden die USA durch die Aktiengesellschaft (!) COMSAT; das INTELSAT-Konsortium, in dem inzwischen 76 Nationen vertreten sind, wird also von einer Privatfirma gesteuert, die so ihren Aktionären und den

---

11) „Handelsblatt" v. 11.—12. 12. 1970. Ebenso auf dem Hearing zur Datenverarbeitung der Vertreter von AEG, Dr. Radius: „Alle Aufgaben zur Förderung des Wissensgebietes Datenverarbeitung müssen sich aber dem wirtschaftspolitischen Hauptziel, dem Ausgleich in der Marktstruktur, unterordnen" (Hearing v. 3. 12. 1970, S. 60). Auch Nixdorf von der Nixdorf Computer AG klagte über „diese extreme, fast perverse Situation", die durch IBM geschaffen worden sei, und rief den Bundestagsabgeordneten zu: „Erlahmen Sie nicht in der Förderung! Wir haben heute wunderbare Gewinne ..." (Hearing v. 3. 12. 1970, S. 97).

12) Pd 1/1970.

13) Ebenda.

14) „Frankfurter Rundschau" v. 28. 11. 1970.

15) Vgl. R. Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970, S. 199—201.

16) „Wehr und Wirtschaft" 6/1970, S. 318. Daneben spielen natürlich auch militärpolitische Erwägungen eine Rolle. So erklärte der ehemalige Angestellte der US Army Prof. Koelle auf dem Hearing v. 10. 12. 70 über Raumfahrt: „Ich bin der festen Überzeugung, daß ein Europa, das nicht an der bemannten Raumfahrt teilnimmt, politisch einfach ein sehr viel geringeres Gewicht haben wird, langfristig gesehen, als ein Europa, das daran teilnimmt. Es ist auch ein bißchen eine Frage des Überlebens für mich, denn diese Frage der bemannten Raumfahrt beinhaltet ja schließlich auch eine militärische bemannte Raumfahrt zumindest auf seiten der Sowjetunion, und wenn man das von seiten Amerikas einfach passieren läßt, und man selbst nimmt daran nicht mehr teil, dann kann das sehr gefährlich werden" (S. 71).

USA das Monopol über die technische und kommerzielle Lenkung des internationalen Fernmeldesatellitensystems sichert. Entsprechend intensiv sind die Versuche vor allem der BRD und Frankreichs, „die Unabhängigkeit Europas von den Nachrichtensatelliten der Amerikaner" [17]) zu erreichen. Um was es dabei geht, verdeutlichte das „Handelsblatt" erst vor einigen Wochen nachdrücklich: „Ganz eindeutig definiert, geht es dabei um Macht, um Macht über Informationsmedien, mit denen man die Völker ganzer Erdteile im positiven wie im negativen Sinne beeinflussen kann" [18]), und das der Rüstungsindustrie verbundene Magazin „Wehr und Wirtschaft" schrieb zu der Äußerung des MBB-Geschäftsführers Hort: „In diesem Zusammenhang wurden von Hort die Fortsetzung der Arbeiten an der Europa-Rakete und die Entwicklung des Nachrichten-Satelliten Symphonie nachdrücklich herausgestellt" [19]).

Deutlich kristallisiert sich nun die Absicht heraus, zusammen mit Belgien und Frankreich immer stärker auf das Geschäft mit den Kommunikationssatelliten zu setzen; trotz der stark angestiegenen Kosten beschloß das Bundeskabinett im April 1970 auf Antrag Leussinks die Weiterführung des deutsch-französischen Projekts Symphonie (experimenteller Nachrichtensatellit). Bemerkenswert ist dabei, daß sich ein Teil der am Symphonieprojekt beteiligten Konzerne Anfang November 1970 zusammen mit anderen internationalen Großkonzernen zu einem Konsortium für Satellitenprogramme zusammenschloß, das „das bedeutendste (ist), das außerhalb der Vereinigten Staaten bis heute gebildet wurde" [20]). Von westdeutscher Seite sind daran MBB und die Siemens AG beteiligt. Diese Aktivität soll den westdeutschen Konzernen auch die Möglichkeit garantieren, für ihre eigenen Entscheidungssysteme weltweite Kommunikationsnetze aufzubauen; verschiedene multinationale US-Monopole benutzen dazu bereits eigene Nachrichtensatelliten [21]). Auch der beschleunigte Ausbau des militärischen Kommunikationsnetzes über NATO-eigene Nachrichtensatelliten wird dadurch vorangetrieben.

III

Charakteristisch für die Forschungspolitik der gegenwärtigen Regierungskoalition ist somit zunächst, daß sich als vorrangiges und primäres Kriterium für oder gegen die Entwicklung eines Wissenschaftsbereichs oder eines bestimmten Projekts die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals durchsetzen. Weit über 80 Prozent der Ausgaben des Bundes werden in diejenigen Bereiche investiert, die (un-)mittelbar Profit bringen. Diesen Zweck der Forschungstätigkeit in den staatlichen Schwerpunktprogrammen hat kürzlich die Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft" am Beispiel des staatlichen Schwerpunktprogramms Meeresforschung auf eine simple, aber präzise Formel gebracht: „Hier soll Forschung betrie-

17) „Industriekurier" v. 16. 5. 1970.
18) „Handelsblatt" v. 27. 7. 1970. Ganz deutlich wurde Ludwig Bölkow auf dem Hearing über Raumfahrt. „Wenn Europa darauf verzichten will", erklärte Bölkow, „sich in zehn Jahren in irgendwelchen kritischen Situationen (!) in Mittelafrika, in Südamerika, in Indien oder sonst irgendwo verständlich zu machen — Flugblätter können diese Menschen nicht lesen — dann muß Europa auf Nutzsatelliten, Anwendungssatelliten, Fernsehsatelliten, Nachrichtensatelliten verzichten . . . können Sie heute schon UKW-mäßig stehende Bilder und Nachrichten in das kleinste Dorf bringen. Das heißt, die einzige Möglichkeit, daß wir vom hochzivilisierten Europa uns verständlich machen können, ist in zehn, fünfzehn Jahren der Anwendungssatellit" (S. 88).
19) „Wehr und Wirtschaft" 6/1970, S. 318. Bei einer Diskussion in Marburg Ende Oktober 1970 identifizierte sich Leussink vollinhaltlich mit der Äußerung Horts. Im übrigen sollen die europäischen Raumfahrtstaaten nur dann Raketen der USA bekommen, wenn diese nicht für den Aufbau eines mit INTELSAT konkurrierenden Satellitensystems genutzt werden; dies war — neben militärischen Gründen — das Motiv für die Weiterführung des Programm für „Antriebsmittel", vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 5. 11. 1970. Noch schärfer als 1970 widersetzten sich die USA bei Verhandlungen im Februar 1971 den Versuchen einer westeuropäischen Delegation, eine Durchbrechung des US-Monopols für Nachrichtensatelliten zu erreichen (vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 17. 2. 1971). Vor allem Bölkow kritisierte auf dem Raumfahrt-Hearing scharf die Sperre der entsprechenden US-Technologie. Die hier an einem Beispiel skizzierte zunehmende Orientierung auf unmittelbar ökonomisch verwertbare Technologie zeigt sich auch in den Aufwendungen: die Mittel für Satelliten und Weltraumsonden verdreifachen sich von 1968 bis 1970.
20) „Handelsblatt" v. 3. 11. 1970.
21) Vgl. „Industriekurier" v. 14. 4. 1970.

ben werden, die Profit bringt" [22]). Um diese Zielsetzung zu verwirklichen, richtet die SPD/FDP-Regierung ihr Augenmerk besonders auf vier Punkte:

a) Kontinuierlicher Ausbau der großen Förderungsprogramme, die als Verlängerung und Ergänzung der Forschungsstrategien einzelner monopolistischer Kapitalgruppen — etwa Atom- oder Elektronikindustrie — fungieren und wo die staatlichen und konzerngebundenen FE-Kapazitäten in einheitliche, langfristig programmierte und gemeinsam organisierte staatsmonopolistische Projekteinheiten zusammengeschlossen sind.

b) Integration der noch außerhalb dieser Schwerpunktprogramme stehenden Bereiche (vor allem Hochschulforschung) nach dem Vorbild der anhand der Schwerpunktprogramme entwickelten staatsmonopolistischen Planungs- und Organisationsformen; die institutionellen Voraussetzungen dafür sollen durch das Bundeshochschulrahmengesetz und die „Reform" der Max-Planck-Gesellschaft und der deutschen Forschungsgemeinschaft geschaffen werden, die inhaltliche Strukturierung der Forschungsthemen geschieht durch das Instrument der Sonderforschungsbereiche. Vorausgesetzt ist die von der SPD in ihrem wissenschaftspolitischen Schwerpunktprogramm geforderte Zentralisierung der Finanzmittel und Zuständigkeiten im BMBW. 1971 war das BMBW bereits mit 65 Prozent an den Wissenschaftsausgaben des Bundes beteiligt (1967 50 Prozent), das BMVtdg. bewirtschaftete 19 Prozent der Mittel (1967 28,3 Prozent). Damit werden 1971 rund 85 Prozent der Wissenschaftsausgaben des Bundes von nur zwei Ressorts ausgegeben. Durch die Einrichtung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung wurde die 1969 im SPD-Schwerpunktprogramm angekündigte „Rationalisierung" der „Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden" eingeleitet, die darauf abzielt, das „Nebeneinander vieler staatlicher und anderer Einrichtungen" zu beseitigen und so der „Schwäche des gegenwärtigen Kooperationssystems" ein Ende zu machen.

c) Besondere Aufmerksamkeit richtet die SPD/FDP-Regierung weiter auf zwei „Lücken", die bislang (ausgenommen die Schwerpunktprogramme) noch nicht zum Objekt staatsmonopolistischer Regulierungstätigkeit wurden: der Bereich langfristiger, „strategischer" Grundlagenforschung auf der einen Seite und die Überleitungsphase auf der anderen Seite. Vor allem im Programm „Neue Technologien" und im EDV-Programm, aber auch etwa in dem Forschungsprogramm des BMVtdg. wird zunehmend auf langfristige Zielsetzungen orientiert; ergänzend dazu erfolgt der Aufbau einer umfangreichen Zukunftsforschung, die unter anderem langfristige technologische Trends herausarbeiten soll [23]). Daneben wird versucht, durch den Ausbau der „Fraunhofergesellschaft" zu einer Trägerorganisation für „Angewandte Forschung" die Überleitungsphase in den Griff zu bekommen [24]).

d) Durch die Entwicklung des staatsmonopolistischen Planungs- und Leitungs-

---

22) „Wehr und Wirtschaft" 10/1969, S. 550. Die Regierungskoalition freilich ist gezwungen, diese Orientierung der staatlichen Forschungsförderung bei jeder sich bietenden Gelegenheit abzustreiten. „Dabei ist völlig klar", befand zum Beispiel Leussink am 29. 4. 1970, „daß nicht Kosten oder Verluste sozialisiert, Gewinne hingegen privatisiert werden können." Will man jedoch den geförderten Firmen glauben, so machen sie überhaupt keine Gewinne. Auf den drei Hearings jedenfalls waren sich alle Unternehmensvertreter (pikante Ausnahme: Bösenberg von IBM) einig, daß die staatliche Forschungsförderung ihnen keine Mark Gewinn verschaffe. Auf der anderen Seite lobten sie heftig die staatliche Forschungsförderung; Dr. Kornbichler von AEG erklärte: „. . . die rein finanzielle Unterstützung der Industrie und zum anderen der Einsatz staatlich finanzierter Institute wie Forschungszentren und Hochschulinstitute . . . ist . . . nach meiner Auffassung in den letzten 15 Jahren mit einem ausgezeichneten Wirkungsgrad geglückt. Ich möchte behaupten, daß wir bei dieser Entwicklung den besten Wirkungsgrad in der Welt überhaupt aufweisen können" (Hearing v. 17. 12. 1970 betr. den Bereich Kernenergie, S. 29 f.).

23) Vgl. „Forum" 23/1970.

24) Leussink hat diese „Lücke" klar erkannt und bereits in seiner ersten Ministerrede darauf hingewiesen: „Das Geschäft besteht in Wirklichkeit darin, Produkte der Forschung so schnell wie möglich in industrielle Produktion umzusetzen . . . bleibt einem nur die Feststellung, daß wir noch sehr im Rückstand sind." („Deutsche Universitätszeitung" 21/1969, S. 19).

systems sollen vorhandene Innovationswiderstände abgebaut werden: Entwicklung der Systemforschung, Aufbau von Informations- und Dokumentationssystemen, Rationalisierung des Verwaltungsapparats, Entwicklung differenzierter Leistungskontrollen etc. Eine besondere Bedeutung hat hier der Einbau der Management-Organisation „Gesellschaft für Weltraumforschung" in die „Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt" (DFVLR), die sich andeutende Einrichtung einer „Deutschen Kommission für Datenverarbeitung" und der Ausbau des „Bundesamts für Wehrtechnik und Beschaffung" im Bereich der militärischen Forschung.

Obwohl hier also die Kontinuität zu der Stoltenberg'schen Forschungspolitik eindeutig ist, kann man nicht auf eine einheitliche Konzeption schließen. Gegenwärtig kristallisieren sich immer deutlicher zwei unterschiedliche Forschungsstrategien heraus, in denen sich die gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen recht deutlich widerspiegeln, wenn auch diese Strategien sich teilweise decken, die Frontlinien nicht scharf konturiert sind und ihre jeweiligen Ausprägungen von kurzfristigen Änderungen des politischen Kräfteverhältnisses stark beeinflußt sind. Diese unterschiedlichen Strategien entwickelten sich ungefähr Mitte der sechziger Jahre. Unter den Bedingungen der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz („Technologische Lücke"), der Auseinandersetzung um den Devisenausgleich angesichts des Vietnam-Kriegs und einer ersten scharfen Wirtschaftskrise 1966/67, die den Übergang zu einer Phase intensiven Wirtschaftswachstums beschleunigte, war die ursprüngliche Forschungsstrategie der CDU/CSU, die bis dahin bestimmend gewesen war, in eine Krise geraten. Sie sah vor, den technischen Fortschritt in großem Maßstab über eine nationale Rüstungsindustrie — also über militärische Forschung und Entwicklung — zu organisieren. Beschleunigend wirkte, daß die ideologischen Grundlagen dieser Politik zunehmend brüchig wurden: der Antikommunismus als die Basis für eine Hochrüstung und Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und die „spin-off"-Ideologie, wonach die Kriegsforschung bedeutende volkswirtschaftliche Wachstumseffekte bewirke, indem entsprechende „Abfallprodukte" in die „zivile" Produktion überführt werden. Es kam zu einer Revision der Forschungsstrategie. Die neue Konzeption, die von den wachstumsintensivsten Teilen der nicht vorrangig rüstungsorientierten und vor allem exportstarken Industrie [25]), der SPD und Teilen der CDU, darunter auch von Stoltenbergs Wissenschaftsministerium, getragen wurde [26]), strebte eine umfassende Ausnutzung und Entwicklung aller vorhandenen Kapazitäten und Möglichkeiten an. Sie sah im einzelnen vor:

1) Eine ähnlich starke Förderungs- und Subventionierungstätigkeit des Staates wie in den USA zur Förderung und Entwicklung der Industrieforschung.

2) Entwicklung des technischen Fortschritts auf dem „zivilen" Sektor, ohne freilich die militärische Forschung absolut einzuschränken. Statt dessen sollte innerhalb dieser relativen Verschiebung der Prioritäten

3) eine möglichst enge Verklammerung von „militärischer" und „ziviler" FE organisiert werden, um die Möglichkeiten des Transfers technischen Grundlagenwissens zu erweitern [27]).

In der aufschlußreichsten Erklärung Stoltenbergs heißt es dazu: „Die Struktur

[25]) Vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 28. 4. 1969 und „Wirtschaft und Wissenschaft" 3/1969, S. 29.
[26]) Noch im Frühjahr 1964 hatte Stoltenberg die Konzeption der Rüstungsindustrie enthusiastisch verbreitet: „Man kann gerade nach dem amerikanischen Beispiel und bestimmten ersten Erfahrungen, die wir haben, überhaupt nicht bestreiten, daß von der Wehrforschung, deren große Bedeutung für die Landesverteidigung wir sicher alle anerkennen, auch für die allgemeine wissenschaftliche Entwicklung ganz gewaltige Impulse ausgehen" („Hochschuldienst" 8/1964 S. 6/7).
[27]) So überschneiden sich etwa die Forschungsschwerpunktprogramme „Neue Technologien" und „Verteidigungsforschung", wie sogar im „Bundesbericht Forschung" III (Bonn 1969) auf S. 104 vermerkt wird.

Deutschland '71

Willy Brandt
Bericht zur Lage der Nation

Materialien

Autoren: Peter Christian Ludz, Carl-Ludwig Furch, Rolf Krengel, Walter Honstein, Heinz Markmann, Dieter Mertens und Peter Mitzscherling

416 Seiten, DIN A 4, mit zahlreichen, mehrfarbigen Grafiken, kartoniert ca. DM 20,-

Auslieferung: Anfang April 1971

Westdeutscher Verlag

der Forschungsausgaben in den USA und in der Bundesrepublik ist sehr unterschiedlich. In den USA werden etwa die Hälfte dieses Etats für die Verteidigungs- und Weltraumforschung verwendet, deren ökonomische Wirksamkeit nicht überschätzt werden dürfte. In der Bundesrepublik liegt der Akzent dagegen auf der unmittelbaren Förderung solcher Forschungen und Entwicklungen, deren konkrete Ergebnisse für das Wirtschaftswachstum von besonderer Bedeutung sind. Stoltenberg wies nachdrücklich darauf hin, daß die Förderung konkreter Vorhaben von höherer ökonomischer Wirksamkeit sei, als sie über den Umweg der Nebenprodukte aus der aufwendigen Verteidigungs- und Weltraumforschung zu erzielen sei" [28]).

Diese Konzeption, welche die Grundlage der gegenwärtigen Forschungspolitik in der BRD bildet, soll also beide Ziele — ökonomische und politisch-militärische Potenz — zugleich erreichen helfen; sie ist Ausdruck der verstärkten Anstrengungen des westdeutschen Kapitalismus, mit einer Situation sich verschärfender Widersprüche [29]) fertig zu werden. Auf der anderen Seite stößt diese Konzeption auf Widerstand vor allem bei der CSU, der Bundeswehr und Gruppen der Rüstungsindustrie, die innerhalb des westdeutschen Herrschaftssystems eine Schlüsselstellung innehaben. Der entscheidende Unterschied wird hier durch die Rolle und Funktion der Kriegsforschung innerhalb des jeweiligen Gesamtkonzepts bezeichnet, wie die gegenwärtige Entwicklung der Kriegsforschung zeigt. Zunächst einige Zahlen: 1971 soll der Wehretat um 14,1 Prozent auf fast 22 Milliarden DM ansteigen; dieser Zuwachs von 2,7 Milliarden DM entspricht fast jener Summe, die der Bund letztes Jahr für Bildung und Wissenschaft ausgab. Gliedert man die Ausgaben für den Zeitraum 1970—1974 auf, so ergeben sich die stärksten Steigerungsraten in den für die Rüstungsindustrie lukrativen Bereichen Beschaffung und Forschung, wie die folgende Tabelle zeigt [30]):

Jahr	1970	1971	1972	1973	1974
Beschaffung	3,82	4,17	5,14	5,42	6,44
Forschung und Entwicklung	1,14	1,15	1,13	1,17	1,22

Gesondert ausgewiesen sind in der Finanzplanung die horrenden Entwicklungskosten des MRCA-Kampfflugzeugs, für die von 1971—1973 1,13 Milliarden DM veranschlagt sind. Insgesamt also steigen die FE-Aufwendungen wesentlich stärker an, von 1970 auf 1971 zum Beispiel um 35 Prozent auf 1,556 Milliarden DM [31]).

Die westdeutsche Rüstungsindustrie, die bis 1969 Rüstungsaufträge in Höhe von rund 47 Milliarden DM einheimste, kann bis 1974 mit Aufträgen rechnen, die den Steuerzahler insgesamt weitere runde 30 Milliarden DM kosten werden; nach 1975 sollen die Kassen noch voller werden: „Mit einer Steigerung des Rüstungsbedarfs der Bundeswehr nach 1975 muß gerechnet werden", kündigte das BMVtdg. bereits Mitte 1970 an [32]). Klar zeigt sich, wo die tatsächlichen Prioritäten der gegenwärtigen Regierungskoalition liegen. In den militärischen Sektor (ohne Berlinhilfe) investierte sie 1970/71 43 Mrd. DM, wobei die Ausgaben von

28) „Akademischer Dienst" 11/1969, S. 124. Die Forschungsförderung des Bundes konzentriert sich ja auf die sogenannten „Schwerpunktprogramme", nach denen auch die übrige Forschung weitgehend strukturiert wird. Die Veränderung politischer Schwerpunkte in der FE-Förderung wird also an diesen Programmen besonders deutlich. Es zeigt sich, daß gegenwärtig der Anteil der Ausgaben für militärische FE an den Gesamtausgaben des Bundes für die großen Schwerpunktprogramme geringer wird (vor allem seit 1966): 1962 gingen noch 55,9 Prozent der Bundesausgaben für die Schwerpunktprogramme in den militärischen Sektor, und nach einem Anstieg auf 58,6 Prozent im Jahr 1963 fiel der Anteil auf 53,6 Prozent in 1965, 49,3 Prozent in 1966, 48,7 Prozent in 1967, 48,9 Prozent in 1968, 44,7 Prozent in 1969 und 38,9 Prozent in 1970 (Angaben 1969, 1970 Soll).

29) Vgl. R. Rilling, Kriegsforschung, a.a.O., S. 229 ff.

30) Vgl. „Wehr und Wirtschaft" 12/1970, S. 642 und 648.

31) Ohne MRCA steigen die Ausgaben für militärische FE von 1971—1974 um 3,6 Prozent, 4,4 Prozent und 3,7 Prozent, die Beschaffungsausgaben um 23,2 Prozent, 5,4 Prozent und 18,8 Prozent. Allein für militärische Forschung sollen 1971 171,1 Mio. DM ausgegeben werden, davon 77,2 Mio. DM zur Grundfinanzierung „wehrtechnisch orientierter Forschungseinrichtungen" wie der Fraunhofer-Gesellschaft oder der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt. Den Löwenanteil dieser Mittel bekommt die Luftfahrtindustrie.

32) Vgl. „Wehr und Wirtschaft" 7—8/1970, S. 383.

1970 auf 1971 um 2,7 Mrd. DM anstiegen. Für Wissenschaft und Bildung sind für diesen Zeitraum 6,87 Mrd. DM vorgesehen (bei einem Zuwachs von 1970 auf 1971 von 1,27 Mrd. DM).

Was die Kriegsforschung betrifft, so ist sie in den Jahren 1970—1974 dem sozialdemokratisch geführten Bundesverteidigungsministerium alles in allem runde 7 Milliarden DM wert, das sind nur einige hundert Millionen Mark weniger als die gesamten Bundesausgaben für den Neu- und Ausbau der westdeutschen Hochschulen in diesem Zeitraum. Die Gesamtausgaben der BRD für Kriegsforschung in den Jahren 1955 —1974 liegen somit bei 14,5 Milliarden DM und übertreffen damit die Bundesausgaben für den Hochschulbau in den Jahren 1958—1974 um über 3 Milliarden DM. Sowohl Helmut Schmidt als auch Staatssekretär Mommsen halten an den vorgesehenen Steigerungsraten für die militärische FE fest, und in den einschlägigen „Fachzeitschriften" wird für die zweite Hälfte der siebziger Jahre ein vehementes Ansteigen der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung prophezeit [33]).

Bereits diese Entwicklung zeigt, daß auch unter der SPD/FDP-Regierung die Kriegsforschung weiterhin ihre vorrangige politische Funktion behalten hat: sie hat die Aufgabe, die machtpolitischen Zielsetzungen herrschender Monopolgruppen, über die Anwendung militärischer Mittel politisch-expansive Zielvorstellungen zu verwirklichen, durch die Bereitstellung der entsprechenden wissenschaftlich-technischen Basis zu ermöglichen; diese Funktion kommt dem partiellen Profitinteresse der bundesrepublikanischen Rüstungsmonopole und dem kollektiven Verwertungsinteresse des Kapitals an Vernichtung überschüssigen Kapitals entgegen [34]).

Die politische Funktion der Kriegsforschung und der durch sie ermöglichten und forcierten Rüstung hat sich unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen also keineswegs verändert; vor allem in den sechziger Jahren jedoch hat sich der Spielraum für die Anwendung militärischer Gewalt einschneidend eingeengt. Diese Einengung ergibt sich nicht nur aus den bereits dargelegten ökonomischen Veränderungen, sondern auch aus der Verschiebung der nationalen und internationalen politischen Kräfteverhältnisse [35]). Die Rüstungstechnokraten um Schmidt waren sich dieser Entwicklung bereits frühzeitig bewußt und hatten sich durch kluges Lavieren gegen die reaktionärsten Vertreter des westdeutschen militärisch-industriellen Komplexes und ihre Exponenten in der CSU durchgesetzt [36]), indem sie sich für eine verstärkte Rolle der militärischen FE innerhalb

---

[33]) Vgl. „Wehr und Wirtschaft" 9/1970, S. 466.

[34]) Vgl. Arno Klönne, *Rüstungswirtschaft und Erneuerung*, in: „Marxistische Blätter" 3/1970 S. 69—76; Fritz Rische, Über einige Erscheinungsformen des militär-industriellen Komplexes in der BRD, in: „Marxistische Blätter" 5/1970 S, 46—58 und besonders den ausgezeichneten Aufsatz von Karl-Heinz Heise, Grundlagen und Funktion der *Rüstungsforschung im Spätkapitalismus*, in: „wirtschaftswissenschaft" (DDR) 11/1970, S. 1675—87.

[35]) Ein Anzeichen dafür ist die wachsende Kritik an dem westdeutschen Rüstungskomplex. Die ungeheure Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums durch die Rüstung und die Umverteilung des Nationaleinkommens durch den Staat über *die „Sozialisierung"* der Vorkosten und des „unternehmerischen Risikos" zugunsten der Rüstungskonzerne bedeuten ja nichts anderes, als daß der abhängig arbeitenden Bevölkerung ein „monopolistischer Tribut" auferlegt wird. Die ideologische Legitimationsbasis dieses Vorgangs bildete in der Vergangenheit der *Antikommunismus*, auf dessen Grundlage unschwer die verschiedensten militärstrategischen Modelle entwickelt werden konnten, deren weiterer Ausbau wiederum immer neu durch neue Ergebnisse der Kriegsforschung motiviert wurde. Eine zweite ideologische Grundlage bildete die „spin-off"-Ideologie, nach der die Rüstung als Vehikel *technisch-wissenschaftlichen* Fortschritts erscheint und so die „Überlegenheit" der „freien Marktwirtschaft" unschwer mit dem antikommunistischen Syndrom verbunden werden konnte. Die zunehmende Zersetzung dieser Legitimationsbasis ist von höchster Gefährlichkeit für das westdeutsche militärisch-industrielle Machtsyndikat: so nämlich verliert nicht nur einfach die Rüstung, sondern ihre gesamte staatsmonopolistische Organisation ihre ideologische Absicherung. Es gerät der verdeckte „gemeinschaftliche Charakter" (F. Vilmar) der Rüstungsindustrie ins Blickfeld, die Tatsache, daß nirgendwosonst der kapitalistische Markt- und Profitmechanismus so gründlich durchbrochen ist wie in der Rüstung. Offenbar würde dann die tatsächliche Funktion des kapitalistischen Staates und zugleich das Grundverhältnis der privaten Verfügung über die Produktionsbedingungen in Frage gestellt. Nicht umsonst führt der Rüstungskonzern Bölkow Wochenendschulungen „zum näheren Kennenlernen von Marx und Marcuse" durch („Frankfurter Rundschau" v. 24. 10. 1970).

[36]) Vgl. R. Rilling, Kriegsforschung, a.a.O., S. 116.

des Verteidigungshaushalts stark machten und eine Rationalisierung und Konzentration der westdeutschen Kriegsforschung anstrebten.

Mit seiner Konzeption der Rationalisierung des „Unternehmens Bundeswehr", der materiellen Besserstellung der Truppe und der „rein defensiven" Aufrüstung stieß Schmidt bei Teilen der Rüstungsindustrie und in der CDU/CSU zunächst zweifellos auf Widerstand [37]). Ebenso dürften einige Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz des Rüstungssektors — kärglich genug — nicht gerade auf Gegenliebe gestoßen sein [38]). Dies betrifft jedoch nur Teile der Rüstungsindustrie; Flick und Quandt sind Exponenten dieser Gruppe, auch die berüchtigte „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik" [39]), die sich Mitte der fünfziger Jahre als Sammelbecken „erfahrener" Kräfte aus der faschistischen Kriegsforschung und -produktion etabliert hatte, gehört ebenso dazu wie die „Gesellschaft für Wehrkunde" und der „Arbeitskreis für Wehrforschung". Politisch repräsentiert sind diese konservativ-reaktionären und zunehmend neofaschistischen Kräfte vorwiegend in der CSU. Im Gegensatz zu ihnen zeigten sich Spitzenverbände der Industrie und vor allen Dingen die Luftfahrt- und Elektronikindustrie ausgesprochen zufrieden mit der Rüstungspolitik Schmidts. In seinem Jahresbericht 1969/70 stellte der Bundesverband der Deutschen Industrie fest, daß der „Gedankenaustausch mit der Leitung des Bundesverteidigungsministeriums" durch Schmidt und Mommsen „erleichtert worden" sei [40]). Die „Wirtschaftswoche" weiß zu diesem „Gedankenaustausch" zu berichten: „Tatsächlich haben es heute heimische Unternehmer leichter, sich in Bonn Gehör zu verschaffen. Seit Mitte vergangenen Jahres sammelt Minister Schmidt die Spitzenmänner der Rüstungsindustrie in einem „Arbeitskreis Rüstungswirtschaft" um sich ... Staatssekretär Ernst Wolf Mommsen bemüht sich gerade in diesem Kreis um bessere Kontakte zur Industrie. Weiß doch der Ex-Vorstandsvorsitzende der Thyssen-Röhrenwerke, daß das Ministerium „gar nicht einer engen Zusammenarbeit mit der Industrie entbehren kann" ... Von der Industrie wird Schmidts Arbeitskreis allgemein begrüßt [41]).

Die entscheidend von Schmidt vorangetriebene Verstärkung der NATO sichert den Rüstungsmonopolen der BRD lukrative Aufträge und demonstriert erneut die Rolle der BRD als zuverlässiger Juniorpartner der USA in der NATO [42]). Ebenso erwies sich Schmidt sehr schnell als konsequenter Verfechter einer inter-

---

37) Vgl. etwa den Leitartikel in „Wehr und Wirtschaft" 9/1970 oder das weiter unten zitierte interne CDU-Arbeitspapier.

38) In seiner ersten Rede vor der SPD-Wehrtagung kündigte E. W. Mommsen an, daß das BMVtdg. in Zukunft Dokumentationen vorlegen werde, „die den Verteidigungscharakter der Wehrforschung und ihre verschiedenen Formen verdeutlichen, um den der Bundeswehr und der Wirtschaft abträglichen Kampagnen besser zu begegnen" („Handelsblatt" v. 23. 6. 1970). So sah sich nun das BMVtdg. gezwungen, erstmals leidlich aussagekräftige Basisdaten zur Kriegsforschung zu veröffentlichen (Aufsatz des Leiters der Abt. Wehrforschung im BMVtdg., Güntsch, in: „Wehr und Wirtschaft" 9/1970, S. 474 ff.), natürlich in der Hoffnung, „dadurch diejenigen unserer Mitbürger zu schützen, die sich der Wehrforschung und mithin einer in unserer Verfassung legitimierten Aufgabe widmen und trotzdem deswegen von radikalen Gruppen mit außergesetzlichen und zuweilen kriminellen Mitteln angegriffen werden" (S. 478).

39) Zu dieser Differenzierung vgl. Alfred Schröter, Einige methodologische Fragen der Entstehung und Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland, in: „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" IV/1966, S. 126—140. Die „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik" richtete Ende 1970 scharfe Angriffe gegen die sozialdemokratische Rüstungspolitik, vgl. „Wehr und Wirtschaft" 12/1970, S. 644.

40) Mommsen erklärte dazu in der bereits erwähnten Rede: „Für einen wichtigen Schritt halte ich die Bereitschaft des Ministeriums, durch Bildung von Gemeinschaftsgremien verschiedenster Art sowohl die Verbindungen zwischen der Wirtschaft und dem Verteidigungsbereich zu vertiefen als auch die organisatorischen Erkenntnisse aus der Wirtschaft dem Verteidigungsbereich in vollem Umfang nutzbar zu machen" (zit. n. „Wehr und Wirtschaft" 7—8/1970, S. 397).

41) Wirtschaftswoche 3/1970, S. 16. Daneben wurde die Stellung der Militärs innerhalb des Entscheidungsprozesses verstärkt, vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 27. 7. 1970.

42) Die NATO-Beschlüsse vom Dezember 1970 bedeuten eine massive Verstärkung der NATO-Militärmaschine; sie wurden motiviert mit der „dauernden Steigerung" der Verteidigungsausgaben der UdSSR, doch mußte sogar das „Handelsblatt" v. 10. 12. 1970 zugeben, daß im vorgelegten Haushaltsplan der UdSSR für 1971 der Anteil der Verteidigung „mit 11,1 Prozent der niedrigste seit vielen Jahren" ist. Nixon freilich kündigte an, „die USA würden nicht nur ihre Truppen in Europa belassen, sondern deren Kampfwert noch verbessern"; zugleich wurden die finanziellen Anstrengungen der europäischen NATO-Staaten wesentlich verstärkt (wobei die BRD mit 1,9 Mrd. DM fast 50 Prozent trägt), was nach US-Minister Laird jedoch nur ein „erster Schritt" sein soll (vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 17. 12. 1970).

national orientierten Rüstungskonzeption, wonach den entscheidenden westdeutschen Rüstungskonzernen über internationale Projekte wie das MRCA-Projekt eine dominante Position auf dem westeuropäischen Rüstungsmarkt gesichert werden soll [43]). Durch solche Maßnahmen wird der Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Rüstungskapitals scharf vorangetrieben, wie einige Beispiele aus jüngster Zeit zeigen:

— Die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) wies 1969 einen Umsatz von 842,07 Millionen DM auf (+ 32 Prozent gegenüber 1968, geschätzter Umsatz 1970 über 920 Millionen DM). Ab 1. Januar 1971 ist die Thyssen AG an der MBB beteiligt; ebenso hat sich der größte kontinentale Flugzeugkonzern, die französische Staatsfirma S.N.I.A.S., in die MBB eingekauft. Thyssen, S.N.I.A.S. und die Siemens AG werden über eine Beteiligungs-Holding etwa 28 Prozent des Gesellschaftskapitals halten.

— Bei der Hamburger Rüstungswerft Blohm & Voss AG steigerte die Thyssen AG ihren Kapitalanteil von 33 Prozent auf 64,7 Prozent und wurde damit Großaktionär.

— Die Panavia Aircraft GmbH, in der die Firmen Fiat, British Aircraft Corporation (BAC) und MBB zusammengeschlossen sind und die das Milliardenprojekt MRCA durchführt, kündigte am 9. September 1970 eine wesentliche Vertiefung der Zusammenarbeit dieser drei Firmen an. Es wurde betont, „daß die Gesellschafterfirmen die Aktivitäten der Panavia von vornherein nicht nur auf das MRCA als einziges Programm der Firma eingeengt wissen wollten" [44]). Durch dieses Projekt habe die westdeutsche Luftfahrtindustrie, die nach eigenen Angaben 1970 eine militärische Inlandsproduktion im Wert von 550 Millionen DM hatte, „ihre Frustrationsperiode überwunden" und könne bis in die achtziger Jahre mit sicheren Profiten rechnen [45]). Für 1973/74 kündigte denn auch der MBB-Chef Bölkow „internationale Fusionen" an (wahrscheinlich ein Verbund von BAC, Fiat, S.N.I.A.S. und MBB).

— Im September 1970 dehnten die Daimler-Benz AG und die MAN ihre Zusammenarbeit wesentlich aus, nachdem sie vor über einem Jahr ihre gemeinsame Tochter MTU gegründet hatten, die über 80 Prozent des westdeutschen Turbinenmarktes kontrolliert.

— Im Oktober 1970 wurden unter dem Namen „Eutronic" ein internationales Konsortium für die Deckung des Luftverteidigungsbedarfs der NATO gebildet, dem die Firmen AEG, Hollands Signalapparaten, Hughes Aircraft, Marconi Comp., Selenia Industrie Electroniche Associate S.P.A. und Thomson-CSF angehören. Diese Firmen arbeiten bereits in der Nadgeco Ltd. zur Lieferung des Nadge-Systems (automatisierte NATO-Luftverteidigung) zusammen. Anfang 1971 wurde ein weiteres internationales Konsortium gebildet, das Satelliten für Telekommunikation, Anwendung und Raumforschung anbieten soll und dem Konzerne aus acht europäischen Ländern angehören, darunter AEG und Dornier aus der BRD. AEG und Thomson-CSF sind in beiden Konsortien vertreten.

— Für das Großprojekt „Kampfpanzer 80" hat das BMVtdg. bereits einen Studienauftrag an einen „berufenen Firmenkreis" vergeben, nämlich an Rheinstahl-Henschel, Krauss-Maffei, Porsche, Mak-Kiel und Ingenieurbüro Dr. Hopp. Dazu kündigte der CSU-Bundestagsabgeordnete Zimmermann vorsorglich an: „Unsere

---

43) Vgl. auch die Rede Mommsens über „Friedenspolitik und Sicherheit in Europa" in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung v. 6. 10. 1970).
44) „Wehr und Wirtschaft" 9/1970, S. 463.
45) „Handelsblatt" v. 6. 1. 1971. Nach dem Zusammenbruch von Rolls Royce machten sich auf einer Tagung der Luftfahrtindustrie im Februar 1971 in trauter Gemeinsamkeit Franz Josef Strauß und Ludwig Bölkow stark für „supranationale Lösungen" und eine „Neuordnung der europäischen Luftfahrtindustrie" („Handelsblatt" v. 18. 2. 1971).

Position auf dem Panzergebiet ist indessen so stark, daß wir die Systemherrschaft . . . nicht aus den Händen geben sollten" [46]).

Diese Vorgänge zeigen, daß unter der SPD/FDP-Regierung vor allem die Luftfahrt- und Elektronikindustrie ihre ökonomische Position wesentlich ausbauen konnte. Helmut Schmidt und noch wesentlich nachdrücklicher Ernst Wolf Mommsen befürworten genau in diesen Sektoren eine nachdrückliche Förderung und Erweiterung der militärischen Forschung, da sie vor allem im Triebwerkssektor und in der Elektronik (Avionik) den gesamten technischen Fortschritt stark vorantreiben würde [47]). In der Konzentration der vorhandenen Mittel auf diese Bereiche zeigt sich das Bestreben, den Anforderungen der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz gerecht zu werden und die wachstumsintensivsten Rüstungssektoren vorrangig zu entwickeln. Die Position der übrigen, vorwiegend „konventionell" orientierten Rüstungsindustrie wird in einem internen Papier aus dem politischen Arbeitskreis beim Vorstand der nordrheinwestfälischen CDU vom Oktober 1970 sehr deutlich. Es heißt dort: Die von Schmidt „angestrebte Umstrukturierung unserer Rüstung ist für unsere Industrie uninteressant. Das ist um so mehr mißlich, als ein taugliches Äquivalent für die Institutionalisierung des technischen Fortschritts über Wehrforschung fehlt. Der Beweis steht noch aus, ob ‚direkte' staatliche Investitionen in die Industrieforschung — die zu steigern die jetzige Bundesregierung versprochen hat — ohne den vermeintlichen Umweg über die Rüstung kostengünstiger sind. Auf jeden Fall müssen wir Gefahren für unsere traditionell exportorientierte Industriestruktur befürchten. Investitionen in qualitative Rüstungsforschung sind den Bedürfnissen unserer hochkomplizierte Maschinen exportierenden Industrie unmittelbar verknüpft. Gehen aber in die Vergabe von ‚direkten' Forschungsinvestitionen politische Zielsetzungen einer sozialdemokratischen Regierung ein, so kann das einer zu hastigen und riskanten Umorientierung unserer Wirtschaft von der Export- zur Konsum- und Infrastrukturorientierung Tür und Tor öffnen" [48]).

Überspitzt und in die Form einer Arbeitshypothese gebracht, ließe sich so zur Entwicklung der Kriegsforschung unter der SPD/FDP-Regierung feststellen,

1) daß die noch von Stoltenberg eingeleitete Revision der Forschungsstrategie (staatliche Subventionierung der „zivilen" Industrieforschung) zunächst auf den Widerstand der gesamten Rüstungsindustrie stieß, die um ihre Profite fürchtete und zusammen mit ihren Verbündeten in der CDU/CSU und der Bundeswehr darin eine Gefährdung ihres aggressiven politischen Kurses erblickte.

2) Eine modifizierte Haltung nimmt die Luftfahrt- und Elektronikindustrie ein. Sie steht unter besonders scharfem internationalen Konkurrenzdruck und konnte eine Konzentration der militärischen FE-Kapazitäten durchsetzen, die ihr eine privilegierte Position verschafft. Außerdem haben es gerade diese Konzerne verstanden, im „zivilen" Sektor umfangreiche staatliche Potenzen zu mobilisieren (Forschungsschwerpunktprogramme Raumforschung und Elektronische Datenverarbeitung). Gerade diese Konzerne machen sich die Tatsache zunutze, daß ihre Forschungsergebnisse oder Produkte eine Schlüsselfunktion auch in anderen Wirtschaftsbereichen haben. Im Gegensatz zu der „konventionell" orientierten Rüstungsindustrie unterstützen diese Konzerne die sozialdemokratische Rüstungs- und Forschungspolitik.

---

46) „Wehr und Wirtschaft" 9/1970, S. 468. Anfang Februar wurde ein weiterer Milliardenauftrag vergeben: ein Gemeinschaftsbüro der Konzerne Büssing, Rheinstahl, MAN und KHD soll die Fahrzeug-Nachfolgegeneration der Bundeswehr bis 1973 entwickeln.

47) In seinem programmatischen Interview mit „Wehr und Wirtschaft" 7—8/1970 nennt Schmidt als vorwiegend förderungswürdig die Bereiche „Elektronik" und „Triebwerke" und betont, er stimme darin mit Brandt und Schiller überein.

48) Dieses Papier wurde veröffentlicht in „diskus" 4/1970, S. 10 f.

IV

Als entscheidende Kriterien für oder gegen die Einleitung von Forschungsvorhaben fungieren also weiterhin das Kriterium der Vergrößerung privater Profite, die auf optimale Verwertung des Kapitals abzielt, und das Kriterium der Erweiterung der Möglichkeiten politischer Machtausübung. Das schließt die Vernachlässigung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse notwendig mit ein; so stehen zum Beispiel der öffentlichen Hand für Forschungsaufträge auf dem Bausektor zur Zeit jährlich 7,5 Millionen DM zur Verfügung [49]); die Friedensforschung läßt sich die Regierungskoalition viele Reden, zahlreiche begeisternde Initiativen und insgesamt 1,2 Millionen DM (1970) kosten [50]). Und für Forschungen zur Bekämpfung der Umweltkatastrophe sind im Jahr 1971 gerade 55,2 Millionen DM veranschlagt. Der Aufbau einer Umweltforschung ist jedoch keineswegs nur Ergebnis des politischen Kampfes derjenigen, die unter den kriminellen Umweltbedingungen leiden müssen. Eine Rede von Innenminister Genscher verrät einiges über die Motive der gegenwärtigen Regierungskoalition für den allmählichen Aufbau einer Umweltforschung: „Wachstum, Produktivität und Umweltschutz sind keine gegensätzlichen Zielvorstellungen. Sie bedingen und ergänzen einander vielmehr. Wir müssen diese Lasten aufbringen für Maßnahmen, ohne die ein wirtschaftliches Wachstum langfristig nicht möglich ist" [50a]). Hier zeigt sich, daß gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse erst dann berücksichtigt werden, wenn ihre weitere Mißachtung eine direkte Bedrohung für die Durchsetzung privatwirtschaftlicher Profitinteressen heraufbeschwört oder wenn durch entschiedenen politichen Druck die Wähler der gegenwärtigen Regierung ihre Interessen durchsetzen können.

Allem Anschein nach stützt sich die Forschungspolitik der gegenwärtigen Regierung also auf eine Konzeption, mit der sich die parlamentarische Opposition zu großen Teilen einverstanden erklärt. Während sich im Ausbildungssektor durchaus relativ weitgehende Unterschiede feststellen lassen, scheint die von Leussink angerufene „Kontinuität" auf dem Forschungssektor tatsächlich weitgehend ungebrochen zu sein. Will man jedoch zum Beispiel dem forschungspolitischen Experten der SPD, Ulrich Lohmar, glauben, so ist die entscheidende „politische Markierung", an der sich eine Abgrenzung festmachen läßt, das „qualitative Kriterium" der „Demokratisierung" [51]). Dieses „Kriterium" nun ist für die gegenwärtige Forschungspolitik der SPD/FDP-Regierung tatsächlich zentral. Es spielt nicht nur in der Auseinandersetzung auf Hochschulebene, sondern auch auf dem außeruniversitären Sektor eine zunehmende Rolle. Man erinnert sich etwa an die Rede von Bundespräsident Heinemann zur Eröffnung der 35. Jahrestagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, wo er die Forderung aufstellte, „daß der Naturwissenschaftler nicht nur bei der Entscheidung über Anwendung von Forschungsergebnissen mitwirken sollte, sondern auch bei der Bestimmung von Forschungszielen" [52]). Einige fortschrittliche Regelungen in sozialdemokratischen Hochschulgesetzen auf Länderebene (Hamburg, Hessen, Berlin) können

[49]) „Frankfurter Rundschau" v. 13. 11. 1970.
[50]) „Frankfurter Rundschau" v. 29. 10. 1970. Für Unfallforschung sind 1971 2 Mio. DM Bundesförderung vorgesehen („Handelsblatt" v. 10. 2. 1971).
[50a]) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung v. 18. 12. 1970. Dazu noch ein Detail: die „Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft", die durch Dichgans (CDU), Mertens (FDP) und Hirsch (SPD) repräsentiert wird, konnte Ende Oktober 1970 für ihren neugegründeten „Verein für Umweltforschung" eine Spende des IBM-Konzerns über 8 Mio. DM empfangen. „Nach den Vorstellungen der Stifter sollten aus den IBM-Mitteln vornehmlich Forschungsvorhaben in Angriff genommen werden, die für anstehende Gesetzgebungsverfahren im Bereich des Umweltschutzes relevant sind", außerdem sollen „die Rechtsgrundlagen den Anforderungen angepaßt" werden (vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 16. und 28. 10. 1970).
[51]) „Deutsche Universitätszeitung" 4/1969, S. 5. Ebenso das Schwerpunktprogramm der SPD zur Wissenschaftspolitik. Es heißt dort: „Die SPD will die Bereiche der Forschung und Entwicklung ebenso wie das wirtschaftliche Leben in die Demokratisierung unserer Gesellschaft einbeziehen; darin unterscheidet sie sich von der CDU/CSU" („Deutsche Universitätszeitung" 17—18/1969).
[52]) „Frankfurter Rundschau" v. 6. 10. 1970.

jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch in der Frage der Demokratisierung des Wissenschaftsprozesses eine gemeinsame Basis von CDU und SPD gibt, die mit den Stichworten „Wissenschaftspluralismus" und „funktionsgerechte Mitbestimmung" umrissen ist.

„Die Berufung von Hochschullehrern", erklärte Leussink im November 1970, müsse „in erster Linie nach Gesichtspunkten des wissenschaftlichen Pluralismus erfolgen" [53]). Mit derselben Zielrichtung formulierte der „progressive" Wissenschaftssenator Stein jüngst: „In einer Formel zusammengefaßt: Pluralismus ja, Dogmatismus nein" [54]). Der „Bund Freiheit der Wissenschaft" schließlich gesteht nur solchen wissenschaftlichen Richtungen eine Vertretung an den Hochschulen zu, die sich nicht als „fanatischer Anspruch auf Alleinbesitz der Wahrheit oder gar als militanter Aktionismus" verstehen. Allen diesen Äußerungen liegt die gemeinsame Absicht zugrunde, das Monopol der gegenwärtig herrschenden bürgerlichen Wissenschaft abzusichern. Damit die Orientierung der Wissenschaft auf Profitmaximierung und Herrschaftssicherung garantiert bleibt, muß auch die SPD/FDP-Regierung Front machen gegen eine kritische und auf gesellschaftliche Veränderung abzielende Wissenschaft.

Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Politik der „Themensicherung" ist zum einen die Einschränkung des Rechtes auf Information etwa über bestimmte Forschungsvorhaben. So wird der Paragraph 6 Hessisches Universitätsgesetz, nach dem alle an Forschung und Lehre beteiligten Hochschulmitglieder verpflichtet sind, über Forschungsergebnisse auch außerhalb des Hochschulbereichs, die zu begründeten Bedenken Anlaß geben, die Öffentlichkeit zu informieren, von Vertretern des „Bundes Freiheit der Wissenschaft" als „Denunziationsparagraph" (W. Hennis) bezeichnet. Ähnlich dezidiert äußerte sich Anfang Januar 1971 in einer Rundfunksendung der Leiter der Abteilung Industrieforschung und Berufsbildung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Dr. Karl-Josef Uthmann, der zugleich Geschäftsführer des Präsidialarbeitskreises für Forschungspoltik des BDI [55]) ist: „. . . ich würde auch gegen eine unbeschränkte Veröffentlichungspflicht plädieren . . . Ich bin durchaus für eine Transparenz, aber diese Transparenz muß sachgerecht sein, das bedeutet, daß sie zwei Bedingungen erfüllen muß: sie muß einmal Schutz des geistigen Eigentums sicherstellen, und sie muß zweitens verhindern, daß der Denunziation Tür und Tor geöffnet ist. Ich fürchte, daß der Paragraph 6 des Hessischen Hochschulgesetzes in der Tat die letztere Folge haben würde, wenn er Wirklichkeit würde . . . wenn ich beispielsweise lese, in Stellungnahmen von seiten der Studentenschaft, daß jede Naturwissenschaft tendenziell rüstungswichtig sei, ja da ist ja gar keine Grenze mehr zu ziehen, und in der Tat wäre hier eine Gefahr gegeben für die Forschung an den Hochschulen überhaupt" [56]).

Zum anderen setzt eine solche Politik der „Themensicherung" voraus, daß die gegenwärtigen Demokratisierungsbestrebungen abgefangen werden und die Einflußchancen auf den gesamten Prozeß der Planung, Finanzierung, Organisation und Kontrolle des Wissenschaftsprozesses auf Vertreter des industriellen Spitzenmanagements, der staatlichen Administration, des Militärs und — teilweise — der Hochschullehrerschaft beschränkt werden. Das gemeinsame Argumentationsmuster ist mit den Begriffen „Sachverstand" und „Sachzwang" gekennzeichnet. Dr. Uthmann vom BDI: „Was die Mitbestimmung über Forschungsfragen

53) „Frankfurter Rundschau" v. 28. 11. 1970.
54) „Der Spiegel" 4/1971, S. 63.
55) Sendung des Hessischen Rundfunks, II. Programm, 4. 1. 1971, 21.00 Uhr.
56) In dem Mitte 1970 gegründeten BDI-Präsidialarbeitskreis sind vertreten u. a. der Verband der Automobilindustrie, Deutsche Edelstahlwerke, Dornier, Shell, VW, Siemens, AEG, MBB, Preussag, Carl Zeiss, Drägerwerk, Duisburger Kupferhütte, KHD, BASF, vgl. „Deutsche Universitäts-Zeitung" 7/1970.

betrifft, so bin ich dezidiert der Ansicht, daß diejenigen mitbestimmen sollten, die in der Forschung selbst tätig sind." Prof. Dr. Siegfried Balke, ehemaliger Atomminister, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: „Eine neue Gefährdung der von der Wirtschaft geleisteten Forschungsförderung an unseren Hochschulen erwächst aus Ansprüchen ... wonach über Forschungsvorhaben künftig in Gremien entschieden werden soll, deren Kompetenz nicht auf Sachkunde beruht" [57]). Hans Maier, CSU-Kultusminister: „Über Forschung können nur qualifizierte Forscher entscheiden. In diesem Bereich lehnen wir die Mitbestimmung Nichtqualifizierter ab" [58]). Julius Speer, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft: „Die Frage, ob die Forschung an den Hochschulen noch internationalem Standard entspreche, hänge davon ab, ob die Mitsprache nicht kompetenter Personen verhindert werde" [59]). H. Leussink, Bundesminister: „Die richtigen Verhältnisse bei der Mitverwaltung müssen sich aus der sachlichen Erforderung der Funktionen ergeben, die in verschiedenen Entscheidungsgremien zu leisten sind" [60]). Die Anrufung des „Sachverstandes" hat bislang genügt, weitergehende Mitbestimmungsforderungen abzublocken, handele es sich nun um die Mitwirkung von Assistenten als Gutachter in der Deutschen Forschungsgemeinschaft, um die Mitbestimmung von Studenten und Assistenten an der Hochschulforschung oder um die Mitbestimmung in Großforschungszentren [61]). Das schließt selbstverständlich eine „maßvolle"Mitwirkung zum Zweck der Effektivierung der jeweiligen Systeme nicht aus: auch die CDU/CSU ist gezwungen, solche Mitwirkungsmodelle zu entwickeln und somit auf die sich rapide entfaltenden Produktivkräfte zu reagieren, die den Prozeß der Vergesellschaftung der Produktion vorantreiben (Großforschung!) und dem einzelnen wissenschaftlichen Arbeiter objektiv größere Einflußchancen geben. Im wesentlichen sieht die SPD/FDP-Regierung die Durchsetzung einer solchen „maßvollen" Mitbestimmung als ihre Hauptaufgabe; im Unterschied zur CDU/CSU ist sie jedoch gezwungen, auch auf Grund des wachsenden Drucks ihrer politischen Basis solche „Mitwirkungsmöglichkeiten" zu realisieren, ebenso wie sie deshalb gezwungen ist, zunehmend Forschungskapazitäten für die verschiedensten infrastrukturellen Probleme zu mobilisieren und die nahezu ausschließliche Orientierung der wissenschaftlichen Kapazitäten auf vorwiegend militärische Zielsetzungen einzudämmen. In dieser Grundlinie zeigen sich deutliche Differenzen zur Forschungsstrategie der CSU und Teilen der CDU, und jede politische Arbeit, die auf Demokratisierung der Wissenschaftsorganisation und auf Orientierung der Wissenschaft auf die Bedürfnisse der abhängig Arbeitenden abzielt, muß diese Unterschiede miteinbeziehen, ohne die Gemeinsamkeiten zu verwischen.

---

57) Schreiben v. S. Balke v. 27. 8. 1969.
58) „Deutsche Universitätszeitung" 13/1970.
59) „Frankfurter Rundschau" v. 31. 10. 1970.
60) „Deutsche Universitätszeitung" 21/1969, S. 19. Schon in einer seiner ersten Reden als Minister (am 1. 12. 1969) erklärte Leussink, es müßten „bei Fragen der Forschung" diejenigen, „die praktische Erfahrungen haben — d. h. die aktiv in der Forschung beteiligt sind — am Entscheidungsprozeß beteiligt werden" — andere nicht (vgl. Pd 25/1969). Auch der Hochschulgesetzentwurf der CDU hält diese „Frontlinie" strikt ein.
61) Diese „maßvolle" Mitbestimmungskonzeption stößt auch außerhalb der Hochschulen zunehmend auf Widerstand. So kritisierte der Bundesvorsitzende des Verbands der Wissenschaftler an Forschungsinstituten, Sundermann, scharf „den Einfluß von Industriemanagern (auf Forschungsinstitute — d. V.), die das Recht zur Einflußnahme aus der „Verzierung mit akademischen Würden" ableiteten. Durch diese Form modernen Helotentums werden die Freiheit der wissenschaftlichen Arbeit und auch der Wissenschaftler selbst ... permanent in Frage gestellt" („Frankfurter Rundschau" v. 28. 7. 1970). Ebenso wie die ÖTV lehnte dieser Wissenschaftlerverband die Ende 1970 von Leussink vorgelegten Leitlinien zu Grundsatz-Struktur- und Organisationsfragen der Forschungseinrichtungen entschieden ab; der Entwurf Leussinks „zementiere alte, die Forschung blockierende Mißstände, er verankere in den Mustersatzungen den Einfluß von Staat und Großindustrie, er verewige die Trennung zwischen leitenden und ‚gelittenen' Wissenschaftlern" („Handelsblatt" v. 11. 1. 1971). Darüber hinaus räumt dieser Entwurf nur Wissenschaftlern und Ingenieuren geringe Mitbestimmungsrechte ein; Lohnempfänger (die zum Beispiel in der Kernforschungsanlage Jülich ein Drittel des Personals stellen) sind völlig ausgeschaltet. Vgl. auch den Bericht im „Spiegel" 9/1971, S. 44 ff.

Gewerkschaft und Wissenschaft*)

Von Erich Frister

Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Wissenschaft ist unter drei Aspekten zu beschreiben: Die Gewerkschaften sind auf Ergebnisse der Wissenschaft angewiesen und verwenden sie, sofern sie erfolgreich handeln wollen; die Wissenschaft ist auf die Gewerkschaften als ihre Verbündeten angewiesen, sofern sie der Humanität verpflichtet ist; und beide sind einander kritische Instanz, wann immer eine von ihnen sich bedenken- oder gedankenlos ihrem gesellschaftlichen Auftrag verweigert.

I

Die Gewerkschaften sind für die Formulierung und die Orientierung ihrer eigenen Politik in der beginnenden nachindustriellen Gesellschaft insbesondere auf die Ergebnisse der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften angewiesen, wenn diese Politik realistisch, erfolgreich und an den Interessen der in den Gewerkschaften Organisierten ausgerichtet sein soll. Tarifverträge, Rationalisierungsschutzabkommen, Arbeitsschutzgesetze lassen sich nicht mehr abschließen oder beeinflussen, ohne die Ergebnisse der technisch-naturwissenschaftlichen Forschung und der medizinischen Wissenschaftsentwicklung einzubeziehen und zu nutzen.

Zusammengefaßt läßt sich das Angewiesensein der Gewerkschaften auf die Wissenschaft so beschreiben, daß Strategie und Taktik der betrieblichen, überbetrieblichen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung erfolgversprechend nicht mehr möglich sind, ohne die Ergebnisse und Methoden der Wissenschaft zu nutzen.

Andererseits ist Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Institutionen selten selbstverständlich — oder gar in der Geschichte der wissenschaftlichen Institutionen in Deutschland selbstverständlich gewesen —, daß die Gewerkschaften als die Organisation der abhängig arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung Adressat und Betroffene ihrer Arbeit sind. Selten sind die Interessen der Mehrheit des Volkes als Entscheidungskriterien für wissenschaftliches Arbeiten bewußt akzeptiert worden. In der Regel identifizierte sich Wissenschaft mit den jeweils Herrschenden. Diese Rolle war — und ist — nicht frei gewählt, sondern hat ihren Grund in der gesellschaftlichen Abhängigkeit der Wissenschaft selbst: Da die Freiheit der Wissenschaft immer durch die Bereitstellung der finanziellen Mittel beschränkt und ihre Entscheidungsprozesse durch die Verteilung dieser Mittel beeinflußt wurden, ist es nur einleuchtend, daß die Wissenschaft in ihrer bisherigen Entwicklung einen viel größeren Aufwand für die Erzielung von Ergebnissen betrieben hat, die zur Ausbeutung und intensiveren Ausnutzung der Arbeitskraft verwendet wurden, als zur Emanzipation der Arbeiter und Humanisierung der Gesellschaft. Hochschulen und wissenschaftliche Institute sind in Deutschland — von den berühmten Ausnahmen abgesehen — nicht auf der Seite der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit gewesen und waren deshalb schon gar nicht bereit, deren Interessenorganisationen zu unterstützen und zu stärken. Die Gewerkschaften haben über Jahrzehnte die Erfahrung machen müssen, daß Wis-

*) Für die „Blätter" überarbeitete Fassung eines Referats, das am 16. 12. 1970 in Bonn auf dem Kongreß „Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung — Für Demokratie und sozialen Fortschritt" gehalten wurde.

senschaft von ihren Gegnern gegen sie eingesetzt wurde und Wissenschaftler im Betrieb und im Staat Seite an Seite mit ihren Gegnern auftraten.

II

Angesichts einer solchen, sich über Generationen erstreckenden Erfahrung, die das kollektive Bewußtsein geprägt und auch im Unbewußten ihre Spuren hinterlassen hat, verwundert heute das gebrochene Verhältnis zwischen großen Teilen der Arbeiterschaft und etwa der Studentenschaft wenig. Abgesehen von einer bis auf den heutigen Tag kultivierten elitären Exklusivität von Akademikern — etwa in Korporationen, Altherrenverbänden, Wirtschaftsführerzirkeln oder akademischen Standesorganisationen —, die alte Erfahrungen bestätigt, verhindert auch dieses geschichtlich gewachsene kollektive Bewußtsein eine vernünftige Kommunikation mit jenen Studenten, die neuerdings das Bündnis mit der Arbeiterschaft suchen. Deren skeptische und auch offen ablehnende Haltung wird außerdem mitverschuldet durch das Verhalten einzelner studentischer Gruppen, die der Illusion unterliegen, sie könnten die lange, geschichtliche Belastung in einmaligem, direktem Zugriff überwinden. Unreflektierte und unvermittelte Parolen können keine Bewußtseinsveränderung einleiten; „falsches" Bewußtsein ist nicht dadurch zu korrigieren, daß man die Adressaten seiner Bemühung mit diesem Begriff als Schimpfwort belegt — und also dabei behaftet. Eine solche arrogante Verwendung des Begriffs vom „falschen Bewußtsein", die bisweilen auch bei linken Intellektuellen zu beobachten ist, erscheint in den Gewerkschaften vielfach nur als eine neue, im Grunde aber altvertraute elitäre Haltung der Akademiker und Wissenschaftler gegenüber den Arbeitern. Diese haben den Eindruck, daß es sich nur um eine neue Masche der Wissenschaftler handele, um den Versuch, sie in einer modernen Weise abhängig und unmündig zu halten. Wenn Akademiker — auch die Studenten — einen Beitrag zur Veränderung von „falschem" Bewußtsein leisten wollen, dann setzt dies bedingungslose Solidarität voraus, die sich nicht in frohgemuter „Kampfgemeinschaft" mit scheinrevolutionärer Attitüde äußert, sondern in exakter Analyse der Frustration und systematischen Zerstörung von Menschen in einer Arbeitswelt unter den gegenwärtigen Bedingungen, in der beharrlichen Information über ihre Ursachen und in einer langfristig zu konzipierenden und durchzuhaltenden gemeinsamen organisierten Anstrengung, die bestehenden Verhältnisse zu ändern.

Zu solcher Anstrengung gehört auch die Anstrengung des Begriffs. Zwar ist richtig, daß der Entwurf einer neuen Gesellschaft und neue politische Perspektiven auch eine neue Sprache bedingen. Dies aber heißt keinesfalls, Arbeiter in der politischen Praxis mit der Sprache der Wissenschaft zu erschlagen. Im politischen Bereich wird wissenschaftliche Diktion leicht zur esoterischen, mit allen Momenten der Selbstbefriedigung ausgestatteten Geheimsprache und stärkt den Verdacht der Arbeiterschaft, Akademiker verwendeten so unter progressivem Vorzeichen ein neues Instrument ihrer alten Herrschaft. Auch das unermüdliche Gerede derer, die viel Zeit und wenig Verantwortung haben, von der Revolution, deren Folgen euphorisch verklärt, aber nur selten bedacht sind oder gar präzise beschrieben werden können, wirkt auf Arbeiter so wenig überzeugend, wie der Einsatz von Forschungsergebnissen der Ingenieurwissenschaften ohne Rücksicht auf das physische und psychische Schicksal der im Produktionsprozeß Betroffenen als menschenverachtend erkannt wird.

Die Leichtfertigkeit, mit der sich gerade akademische Angehörige einer — bisweilen scheinbaren — Linken über Sehnsüchte und manipulierte Bedürfnisse der Arbeiterschaft (Auto, Fernsehen, das mit Selbsthilfe erbaute Eigenheim) erhaben

fühlen, verrät Unfähigkeit zur Selbstkritik und eine mangelhafte Reflexion über die eigene Lebensideologie. Sie zeugt zum anderen von einer wenig ausgeprägten Sensibilität und von einem geringen Verständnis für andere Lebensverhältnisse. Sie offenbart zum dritten eine Weltfremdheit, die auch durch gelegentliche Ausflüge in die Welt der körperlichen Arbeit nicht gemildert werden kann.

Den Verlust an Solidarität, die allgemeine Herrschaft des Eigennutzes und der ideologischen Verbrämung des privaten Besitzes, die den Arbeiter Konsum als Emanzipationschance mißverstehen lassen, haben gerade die Arbeiter nicht zu vertreten. Die herrschende Ideologie und das Instrumentarium für die Gestaltung der bestehenden Gesellschaft hat nicht zuletzt die Wissenschaft geliefert. Wer darum heute unreflektiert, unverständlich und darum unverstanden die Revolution propagiert und die Umkehrung aller Werte predigt, erscheint als Gegner, weil er all das bedroht und abschaffen will, was nach Meinung der Arbeiter krasse Not und Elend beseitigt, seine Abhängigkeit gemindert und seine Sicherheit verstärkt hat. Wer so verfährt, also nicht Lernprozesse einleitet, Einsicht in die eigene Lage fördert und zur Wahrnehmung der eigenen Interessen anleitet, muß heute genau so als Komplice der Ausbeutung erscheinen wie in der Vergangenheit die Wissenschaft.

III

Wissenschaftler haben deshalb nicht einfach Ergebnisse vorzulegen, sondern sich frei von jeder Arroganz und ohne jede Absicht der Bevormundung um deren Vermittlung zu bemühen, wenn sie den Gewerkschaften ermöglichen wollen, sozialkritische und auf entschiedene Veränderung zielende Resultate wissenschaftlicher Arbeit aufzunehmen und politisch zu vertreten. Es wird für die Wissenschaft darauf ankommen, nicht nur davon zu reden, daß gesellschaftliche Widersprüche vorhanden sind, sondern es wird notwendig sein, diese gesellschaftlichen Widersprüche konkret und anschaulich zu beschreiben und zu sagen, wie, zu wessen Nutzen und zu welchem Ende sie aufgelöst oder überwunden werden können. Wenn die Gewerkschaften von der Wissenschaft mehr als einen „technokratischen" Gebrauch machen sollen, so wird es darauf ankommen, daß die Sozialkritik konkrete Utopien vorstellt, die in eine Strategie des Handelns der Gewerkschaften hier und heute einbezogen werden können und die nicht davon ausgehen, daß alles erst einmal wieder aufgegeben werden muß, was bisher errungen wurde. Radikale Denker können es vielleicht, die Gewerkschaften können es sich nicht leisten, das Bedürfnis ihrer Mitgleider nach Sicherheit zu unterschätzen. Und sie verfehlten ihre Aufgabe, wenn sie es täten. Es kommt nicht darauf an, sich über die Bedürfnisse und die Not des Tages erhaben zu fühlen, sondern dahin zu arbeiten, daß diese Bedürfnisse befriedigt und die Not heute und nicht in einem viel späteren Paradies bekämpft wird.

Dies heißt nicht, den Zusammenhang zwischen den konkreten Aufgaben des Tages und den notwendigen gesamtgesellschaftlichen Veränderungen übersehen. Das gewerkschaftliche Engagement für die unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft, ihren Schutz und ihre Rechte ist auf die Dauer nur sinnvoll und erfolgversprechend, wenn die gesellschaftspolitischen Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung gesehen und wahrgenommen werden. Nur darf das Nachdenken über langfristige Zielvorstellungen nicht in den Elfenbeinturm folgenloser Theorie führen — wie andererseits Theorieverlust die Praxis der Arbeitnehmerorganisationen zu opportunistischer Handwerkelei deformiert.

Wissenschaftliche Arbeitsergebnisse verwenden und von der Wissenschaftsentwicklung profitieren kann für die Gewerkschaften auf Grund ihrer gesellschaft-

lichen Rolle nicht bedeuten, einen egoistischen Privatnutzen von Wissenschaft zu haben. Weil die Gewerkschaften die Organisation der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung sind, haben sie ein elementares Interesse daran, daß Wissenschaft sich als gesellschaftsbezogene und humanistische Institution versteht. Die Schwierigkeit allerdings wird nicht verkannt, das gesellschaftliche Interesse, bzw. den gesellschaftlichen Nutzen zu definieren und vor allem konkret entsprechende Entscheidungen zu treffen. Es gibt aber einige Interessen, in denen Gewerkschafter und Wissenschaftler übereinstimmen sollten und wo die Frage, was der Gesellschaft nützt und was Wissenschaft verpflichtet, nicht umstritten sein dürfte. Daß die Forschung zu fragen hat, wie man Frieden bewahrt und nicht, mit welchen Mitteln man am besten Krieg führt, daß Wissenschaftsprozesse nicht auf Perfektionierung und Ausbeutung, sondern auf Humanisierung der Produktionsbedingungen angelegt sein sollten, ist wohl allgemeingültige Richtschnur für gesellschaftliche Relevanz und die sich daraus ergebenden Entscheidungen.

IV

Bei allem Einverständnis über eine so umrissene Bindung von Wissenschaft an eine humane Zielsetzung kann nicht vergessen werden, daß in der Vergangenheit andere Interessen mächtiger gewesen und Wissenschaftler wie wissenschaftliche Institutionen entweder auf weicher Welle ideologisch deformieren oder über Finanzen und andere Machtmittel dirigistisch steuern konnten. Immer auch ist Wissenschaft zur Reproduktion bestehender Verhältnisse und Selbstsicherung herrschender Eliten in Anspruch genommen worden. Deshalb haben Gewerkschaften — eingedenk dieser bösen Erfahrungen — strikt darüber zu wachen, daß wissenschaftliche Arbeit und objektives gesellschaftliches Interesse nicht in Widerspruch zueinander geraten. Wo immer Wissenschaft sich von gesellschaftlicher Kontrolle zu lösen oder ihr entzogen zu werden droht, werden die Gewerkschaften ihre Macht dafür einsetzen, daß das Interesse der betroffenen Mehrheit, der abhängig arbeitenden Bevölkerung gewahrt bleibt und Wissenschaft nicht unmenschlichen Zwecken dienstbar wird.

Solchen — leider nicht nur denkbaren — Gefahren ist vorzubeugen, indem die Produktivkraft Wissenschaft ebenso demokratisch verwaltet wird, wie die Gewerkschaftsbewegung dies für die industrielle Produktion seit langem fordert. Unter diesem Aspekt einer humanen, der Gesellschaft verpflichteten Wissenschaft verliert ebenso die Forderung nach abstrakter Autonomie der Hochschulen wie die nach totaler Staatsaufsicht ihre Legitimität. Autonomie der Hochschulen kann Wissenschaft den konkreten Interessen der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung entfremden; Staatsaufsicht bedeutet, daß eine den Staat beherrschende Elite auch die Wissenschaft zum Instrument ihrer Herrschaft machen kann. Deshalb sind zentrale Forderungen für die Organisation des Wissenschaftsbetriebes, daß die Entscheidungen über Investitionen, Personal und Struktur des Wissenschaftsprozesses öffentlich zu fällen sind und alle an ihm Beteiligten Mitbestimmungsrechte haben. Nur so ist zu gewährleisten, daß erkannte und allgemein anerkannte Bedürfnisse der Gesellschaft der Wissenschaft ihre Ziele vorgeben können. Es gibt sicher keinen Zweifel daran, daß Forschungen zum Ausbau der Infrastruktur und gesellschaftlicher Einrichtungen Vorrang haben gegenüber Untersuchungen zum Schutz des individuellen Eigentums; daß in der Psychologie die Forschungen über Ursache und Bedingungen der Aggression Priorität haben gegenüber Anstrengungen, Werbung und Propaganda effizienter zu machen. Eine freie Wissenschaft, eine Freiheit der Wissenschaft, die ihre Ziel-

richtung und ihre Begrenzung in der Verpflichtung auf eine zu verwirklichende humane Gesellschaft versteht, befindet sich in Übereinstimmung mit den Interesssen der Gewerkschaften, mit den Interessen der in abhängiger Arbeit Stehenden. Darum sind Gewerkschaften für eine sich so verstehende Wissenschaft Verbündete und müssen begreifen, daß diese Rolle intensiver als bisher ausgefüllt werden muß. Eine sozialverpflichtete freie Wissenschaft ist nur möglich, wenn die Interessen der Profitmaximierung im Wissenschaftsprozeß zurückgedrängt und wenn die Einwirkungen solcher Interessen auf Wissenschaft, die weder zu entbehren noch zu vermeiden sind, transparent und offenkundig gemacht werden.

So müssen Gewerkschaften dafür sorgen, daß für die Wissenschaft durch Sicherung eines entsprechenden, in gerechter Weise aufgebrachten Steueraufkommens soviel öffentliche Mittel bereitstehen, daß sich eine sozialverpflichtete Wissenschaft durchsetzen und gegenüber der von Privatinteressen bestimmten als maßgeblich behaupten kann.

Gewerkschaften wissen aus ihrem Kampf um die berufliche Ausbildung der Arbeiter, daß eine private Bestimmung über Ausbildungsfunktionen für die Arbeiter schädlich, sie behindernd und diskriminierend ist. Ihre Forderung nach Zurückdrängung des privaten Einflusses in der Berufsausbildung muß ergänzt werden durch die Forderung nach eindeutiger Priorität des öffentlich bestimmten und finanzierten Bereichs der Wissenschaft.

V

Nun kann Freiheit der Wissenschaft nicht Willkür der Wissenschaftler bedeuten. Gewerkschaften können sich mit einer Rolle nicht abfinden, die ihnen zwar die sehr sinnvolle Pflicht auferlegt, der Wissenschaft zu einem notwendigen Anteil öffentlicher Mittel zu verhelfen, dann aber alles übrige denen zu überlassen, die den Wissenschaftsprozeß selbst direkt beherrschen. Ob und wie die Freiheit genutzt wird, kann nicht der Disposition der Wissenschaftler allein überlassen bleiben. Die Erfahrung der Wissenschaftsgeschichte hat — hier genügt es, auf die Namen Freud un Marx stellvertretend für viele andere zu verweisen — gezeigt, daß ehrwürdige Fakultäten ihre Entscheidungen engstirnig und recht wenig am Fortschritt der Wissenschaft orientiert treffen können. Es darf gewagt werden zu behaupten, daß übersichtliche kleinere Einheiten, wie die Fachbereiche nach neuen Hochschulgesetzen, auch unter Mitbestimmung aller am Wissenschaftsprozeß Beteiligten einschließlich der Studenten von solchen Fehlentscheidungen und personenbestimmten, dem Wissenschaftspluralismus feindlichen, blockierenden Einseitigkeiten nicht verschont bleiben werden.

Darum kann vom Standpunkt der Gewerkschaften nicht unter dem Rubrum der Abwehr der Profitinteressen der Einfluß und die Kontrolle der Gesellschaft gegenüber dem Wissenschaftsprozeß abgelehnt werden.

Sicher sind bisher noch keine praktikablen Modelle für eine gesellschaftliche Kontrolle entwickelt worden. Es muß bezweifelt werden, daß der Einfluß, den Parlamente selbst oder über die von ihnen gewählte Regierung vor allem mit Hilfe des Haushalts ausüben, ausreicht, um eine solche Kontrolle zu gewährleisten. Die Gewerkschaften sehen in der Tendenz, die Entscheidungen über den Wissenschaftsprozeß in den wissenschaftlichen Institutionen öffentlich und damit kontrollierbar zu machen, einen wesentlichen Ansatz, auch selbst die soziale Verpflichtung der Wissenschaft überprüfen zu können. Sie wissen aber, daß damit die notwendige Form der Kontrolle nicht erreicht ist, daß sie selbst dabei

ein gewichtiges Wort mitsprechen wollen und daß sie sich den Anstrengungen nicht entziehen dürfen, über Realisierungsmöglichkeiten nachzudenken.

Ansätze hierfür liegen in der intensivierten Bemühung um gewerkschaftliche Organisierung aller in der Wissenschaft Tätigen, wozu natürlich auch die Arbeiter und Angestellten der Hochschulen gehören. Nur reicht die Organisierung von Wissenschaftlern allein nicht aus, um die gesellschaftliche Relevanz der Wissenschaft in politisches Handeln umzusetzen. Eine Gewerkschaft, die den Hochschulbereich organisieren will, wird sich selbst für die Probleme und politischen Implikationen dieses Bereichs öffnen müssen, wenn sie wissenschaftliche Arbeit mit der Macht ihrer Organisation für die Gesellschaft fruchtbar machen will. Und sie muß über die notwendige Sachkenntnis über den Wissenschaftsbetrieb verfügen, wenn sie ihn kontrollieren will.

Eine Kontrollfunktion der Gewerkschaften wird immer vorrangig dem Interesse der Arbeitnehmer dienen müssen, das aber im Hinblick auf die soziale Verpflichtung der Wissenschaft weithin mit den Interessen der Wissenschaftler identisch ist. Allerdings wird es auch notwendig sein, Instrumente zu entwickeln, die private Willkür und Egoismus und die Durchsetzung einseitiger gesellschaftsfeindlicher Interessen verhindern.

Die Wissenschaftler sollten gemeinsam mit den Gewerkschaften danach suchen, solche Instrumente zu entwickeln und sich nicht in eine neue, gewissermaßen durch innerbetriebliche Mitbestimmung geläuterte Form der Autonomie im Elfenbeinturm zurückziehen.

VI

Das Auftreten der Gewerkschaften gegenüber der Wissenschaft muß in allen ihren Rollen von den langfristigen Zielen der gesellschaftlichen Veränderung im Hinblick auf Durchsetzung der Humanität, Wiedererweckung der Solidarität, Verstärkung der Emanzipation, Erweiterung der Selbstbestimmung, Verwirklichung der Mitbestimmung in allen Bereichen und damit auch Zurückdrängen der Fremdbestimmung jeder Art bestimmt sein. Ein vorteilfreies, offenes und nicht mehr von Mißtrauen getragenes Verhältnis zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften ist angesichts der Geschichte, angesichts der Vieldeutigkeit und häufig gegenseitigen Unverständlichkeit der Aktionen nicht von heute auf morgen zu erwarten. Das Bündnis zwischen Arbeitnehmern und Hochschulen wird aber nicht mit jenen herzustellen sein, die eine Wissenschaft vertreten, die der Arbeitnehmerschaft seit alters als Komplize des Gegners bekannt ist. Es wird nur mit jenen Wissenschaftlern herzustellen sein, die sich selbst als abhängig Arbeitende begreifen, und das heißt: auch erkennen, daß sie ihre Interessen gemeinsam mit den Kollegen in den anderen Arbeitsbereichen gewerkschaftlich vertreten müssen. Die Gewerkschaften können nicht auf der Seite der Vertreter alter Ordinarienherrlichkeit stehen, auch wenn verschreckte Reformer nach vorn geschoben werden, um die wahren Absichten zu kaschieren. Die Gewerkschaften können und dürfen aber auch nicht auf der Seite derjenigen stehen, die das mühsame Geschäft der Veränderung durch Überzeugen und Gewinnen von Mehrheiten nicht auf sich nehmen, sondern aus der Frustration durch die bestehenden Verhältnisse und dem Wissen um ihre Machtlosigkeit — oft in guter Absicht — glauben, Veränderungen im Handstreich, mit physischem und psychischem Druck, herbeizwingen zu müssen. Die Trennungslinie zum Bund „Bund Freiheit der Wissenschaft" ist nicht, wie seine Wortführer so farbenprächtig auszumalen pflegen, die zwischen „roten Terroristen" und „uneigennützigen Refor-

men", es ist die Trennungslinie zwischen einer sozialverpflichteten Wissenschaft und der Wissenschaft als Privateigentum von wenigen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft läßt sich weder durch die Springer-Presse noch durch das Kartell konservativer Politiker und Professoren in die Ecke von ziellosen Radikalinskis drängen. Sie nimmt die Fülle geschichtlicher Erfahrung der Arbeiterbewegung auf und zieht daraus die Konsequenz, mitzuarbeiten an einem neuen Verhältnis von Wissenschaft und Gewerkschaften. Sie will die traditionelle und verhängnisvolle Komplizenschaft zwischen politischer Reaktion und elitärem Akademikertum ablösen durch ein Bündnis, das den Frieden sichert, Unmenschlichkeit aufhebt und die soziale Demokratie schafft. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft will eine humane Gesellschaft — und wenn *ein* Appell angebracht ist, dann der zu einer von Solidarität getragenen permanenten Reform: Verändert, was euch gestaltet, und gestaltet, was euch verändert.

Uganda: Ein Militärregime mehr

Von Volker Weyel

Montag, 25. Januar 1971, 15.45 Uhr Ortszeit: „Achtung, hier ist Radio Uganda, wir bringen eine Sondermeldung", löst plötzlich eine Stimme, unverleugbar die eines Weißen, wahrscheinlich eines Briten, das bisherige Musikpotpourri des Senders ab. Es folgt die „Botschaft meiner Kameraden", verlesen von Sam Wilfred Aswa, einem Unteroffizier der ugandischen Armee: „Es war notwendig einzugreifen, um zu verhindern, daß eine schon schlechte Lage noch schlechter wird. Wir geben im folgenden Beispiele von Dingen, die das Volk zornig, sorgenvoll und sehr unglücklich gemacht haben." Es folgen 18 Punkte, Dichtung und Wahrheit gemischt. Unter anderem werden die Gefangenhaltung von Personen ohne Gerichtsverfahren, das Andauern des Ausnahmezustandes, die Unfähigkeit der Regierung, mit dem Räuber-Unwesen fertig zu werden, die Vorschläge für den „National Service", die weitverbreitete Korruption, das Ausbleiben von Wahlen seit acht Jahren, die hohen Preise und hohen Steuern, die Vernachlässigung der Probleme der Armee, die Durchführung eines „Lango-Entwicklungsrahmenplanes von 1967" — von den Staatsstreichlern offenbar den „Protokollen der Weisen von Zion" frei nachempfunden —, der alle Macht im Staate den Leuten aus dem Akokoro-Landkreis (der Heimatgegend Präsident Obotes) zuschiebe, als Gründe für den Putsch genannt.

Seitdem hat sich in Kampala ein Militärregime etabliert. Was waren die wirklichen Gründe des Putsches? Wie konnte die Regierung des „Uganda People's Congress" und die Partei selbst, ohne einen Widerstand der Volksmassen auszulösen, so schnell wie ein Kartenhaus zusammenfallen?

Diese Fragen kann man nicht ohne eine Analyse der Entwicklung Ugandas vor

dem 25. Januar 1971 beantworten. Ein historischer Rückblick ist dabei ebenso unumgänglich wie eine Betrachtung der Politik Staatspräsident Apolo Milton Obotes und seiner Regierung in den letzten Jahren.

Uganda vor der Unabhängigkeit

Aus dem Wettlauf der deutschen, französischen und britischen Kolonialisten nach Buganda, einem afrikanischen Königtum nördlich und westlich des „Viktoria"-Sees, in den 80er und 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gingen die letzteren als Sieger hervor. In Buganda zeigte sich die Rolle, die den christlichen Missionaren im Kolonialzeitalter zugedacht war, besonders deutlich: die katholischen Missionare handelten als Agenten Frankreichs, die anglikanischen als die Englands. Es gelang ihnen, divergierende Fraktionen am Hofe des Königs — des Kabaka — unter ihre Kontrolle zu bringen und sie im Interesse der Missionars-Mutterländer gegeneinander auszuspielen. Binnen kürzester Frist zeigte sich der „Erfolg": das Land wurde in den 80er und 90er Jahren in einen blutigen, immer wieder aufflackernden Bürgerkrieg zwischen den verschiedenen religiös-politischen Parteien gestürzt — die Briten hatten, nach Verständigung mit Frankreich und Deutschland, leichtes Spiel.

Die Aktivität der Missionare hat in Uganda Spuren hinterlassen wie in sonst wohl kaum einem anderen Land des Kontinents: von der Zersetzung der traditionellen Sozialstruktur und somit den Handlangerdiensten für die Durchsetzung der imperialistischen Herrschaft einmal ganz abgesehen, ist eine tiefe Spaltung zwischen Protestanten und Katholiken, die — neben der zwischen Christen und Moslems — immer wieder politisch ausgebeutet wurde, zurückgeblieben. Auch heute noch werden die wahren Hintergründe der damaligen Bürgerkriege ideologisch bemäntelt: der Papstbesuch vom Juli 1969 zur Einweihung eines Märtyrer-Schreines ist ein Beispiel dafür — Bugandas Kabaka Mwanga II., der mit dem Mut der Verzweiflung die Unabhängigkeit seines Landes verteidigen wollte und (mit Recht) in den christlichen Fraktionen am Hofe Handlanger fremder Mächte sah, wird als blutgieriger Schurke abgeschildert, die von ihm hingerichteten Hochverräter werden zu „Märtyrern" emporstilisiert.

Buganda wurde dazu gebracht, sich unter den „Schutz" der britischen Krone zu begeben und dem „Buganda Agreement" von 1900 zuzustimmen; schon bald nach der Jahrhundertwende wurde das Protektorat auf die übrigen Teile des heutigen Uganda — das seinen Namen von Buganda herleitet — ausgedehnt, wobei sich die Briten der mittlerweile in ihrem Sinne pazifizierten Baganda [1]) bedienten. Für ihre verlorene Unabhängigkeit wurden sie durch die Abtretung eines Teils des mit ihrer Hilfe unterworfenen Königtums Bunyoro und ihren Einsatz als Verwaltungsagenten der Kolonialmacht in anderen Teilen Ugandas „entschädigt"; man hat zu Recht von einem „Sub-Imperialismus" [2]) der Baganda gesprochen. Den Baganda wurde durch die Briten eine Herrenvolk-Ideologie eingetrichtert, die selbst noch dem von seinen eigenen Häuptlingen unterdrückten „common man" seine Überlegenheit über die übrigen, „unzivilisierten", „wilden" Stämme und Völker Ugandas vorspiegeln konnte.

Für das von den Briten praktizierte System, sich einheimischer Büttel zur Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft zu bedienen, hat man den bewußt irreführenden, in der bürgerlichen Afrikanistik nicht totzukriegenden Ausdruck „indirect rule" gefunden. Er besagt zum einen, die Briten hätten lediglich eine Schirm-

---

1) Muganda = ein einzelner Angehöriger des Ganda-Volkes; Baganda = die Angehörigen des Ganda-Volkes; Luganda = ihre Sprache; Buganda = ihr Land.
2) Imperialismus hier einmal ausnahmsweise im — unscharfen — Sinne der bürgerlichen Autoren verstanden, nicht im Sinne der auf Dynamik der kapitalistischen Entwicklung bezogenen klaren Analyse Lenins.

herrschaft übernommen und sich in die politischen und sozialen Verhältnisse ihrer „Protektorate" nicht eingemischt, zum anderen impliziert er, die heutigen Schwierigkeiten der unabhängigen Staaten seien, selbstverständlich, nicht auf das Erbe der — nur wohlmeinenden — britischen Kolonialherrschaft zurückzuführen.

Tatsache dagegen ist, daß etwa König Kabarega von Bunyoro, der sich in den 1870er und 1880er Jahren gegen die Expansion des britisch kontrollierten Ägypten zur Wehr setzte und der 1891—1899 Widerstand gegen die Auferlegung des britischen „Schutzes" leistete, nach seiner militärischen Niederlage 1899 abgesetzt und deportiert wurde; das gleiche Schicksal erlitt im gleichen Jahr Kabaka Mwanga II.; beide Könige starben im Exil. Die Achtung der jeweiligen Traditionen, scheinheilig präsentiertes Grundprinzip der „indirect rule", fand nicht statt — oder doch nur da, wo es den „Beschützern" paßte: in Busoga, östlich Bugandas gelegen, wurde die Institution des „Kyabazinga" als Oberhäuptling der Basoga geschaffen — die Rolle wurde mit einem Muganda besetzt; legitime Häuptlinge wurden abgesetzt, wenn sie nicht gefügig waren; die Institution des Häuptlingstums wurde schließlich auch segmentären, herrschaftslosen Gesellschaften aufgezwungen. Durch die Briten wurde auch der territoriale Bereich der unterworfenen Königreiche — zum einen als „Entschädigung", zum anderen zwecks Stabilisierung der Herrschafts- und Verwaltungsstruktur — ausgedehnt: Buganda erhielt nicht nur Teile Bunyoros, sondern konnte auch weitere Gebiete westlich des „Viktoria"-Sees unter seine Kontrolle bringen; Toro konnte sich die Gebiete der Baamba und Bakonjo beiderseits der Ruwenzoriberge unterwerfen [3]), Ankole konnte die Königreiche Mpororo und Buhweju absorbieren. Doch beschränkte sich der Eingriff der Kolonialherren keineswegs nur auf die politische Sphäre. Selbst von der Einführung der Zwangsarbeit und der Geldsteuer — die den Bauern zwang, wenigstens für einige Zeit zum Lohnarbeiter zu werden —, der Einbeziehung der Kolonisierten in die Geldwirtschaft und ihrer Unterwerfung unter die Gesetze des kapitalistischen Weltmarktes einmal abgesehen, bleibt festzuhalten, daß die Kolonialherrschaft weitere tiefgreifende sozio-ökonomische Wandlungen mit sich brachte — besonders in Buganda. Die alten Königtümer im ugandischen Teil des Zwischenseengebiets (Buganda, Bunyoro, Toro, Ankole) waren nicht, wie immer wieder behauptet wird, Feudalstaaten — viel eher trifft auf sie die von Marx und Engels ausgearbeitete Kategorie der „Asiatischen Produktionsweise" zu: die Gesellschaft ist in zwei Klassen gespalten, in die der (die Bürokratie ernährenden) Bauern, die auf der dörflichen Ebene im allgemeinen noch sehr weitgehend segmentär-herrschaftslos geblieben ist und häufig auch noch eine genossenschaftliche Wirtschaftsweise betreibt, und die der Bürokratie, bzw. des Adels, die für die Durchführung gesamtgesellschaftlich notwendiger öffentlicher Arbeiten sorgt (für die Bewässerung im alten Indien, für den Unterhalt der Straßen im alten Buganda). So war der „Adel" im alten Buganda kein Grundbesitz-, sondern ein Verwaltungsadel. Erst das Eingreifen der Kolonialverwaltung transformierte einen Staat der „Asiatischen Produktionsweise" in einen Feudalstaat! In Buganda geschah das durch das „Mailo"-Landsystem [4]), durch die Umwandlung des vorherigen Bodengemeineigentums in Privatgroßgrundbesitz des Adels und des Kabaka. Wenn auch die Bevölkerung

[3]) Die beiden Stämme fanden sich niemals mit ihrer Beherrschung durch den Omukama von Toro ab; schon 1919 wurde die erste Rebellion der Bakonjo von den Briten niedergeschlagen. Zur Zeit der Unabhängigkeit Ugandas, 1962, forderten sie einen eigenen Bezirk innerhalb Ugandas. Als sie damit keinen Erfolg hatten, griffen die Militantesten (besonders Bakonjo) zu den Waffen und proklamierten den „Rwenzururu"-Staat. Sie wurden 1964—1967 von den Streitkräften der Zentralregierung in die Berge abgedrängt. Jedoch sollen sich heute noch versprengte Gruppen Aufständischer in den Bergen halten; im Januar 1970, als die zeitweise direkt von der Zentralregierung wahrgenommene Verwaltung der Gebiete der Bakonjo und Baamba wieder Toro übertragen wurde, kam es zu neuerlichen bewaffneten Auseinandersetzungen.

[4]) Mailo = lugandisierte Version von „sqare mile" (Quadratmeile).

Bugandas durch ihre scheinbare Vorrangstellung innerhalb Ugandas in hohem Maße für reaktionäre Propaganda anfällig wurde, so blieb doch dem „common man" in Buganda der verschärfte Klassengegensatz nicht verborgen: die Bewegung der „bakopi" (der armen Bauern) und die Aufstände 1945 und 1949, die sich vor allem gegen die Angehörigen des Adels richteten, beweisen das deutlich; zudem waren die Katholiken eindeutiger Diskriminierung durch Mengo — den Hof des Kabaka — ausgesetzt. Während zuvor die britische Kolonialverwaltung nur geringe Rücksicht auf den — im Sinne der „indirect rule" — Anschein der Selbstverwaltung der Königtümer genommen hatte, wurde diesen nach dem Zweiten Weltkrieg größere „Autonomie" eingeräumt, die Bezeichnung von „local administrations" in „governments" umgewandelt. Einerseits hatte das zur Folge, daß der politische Blickwinkel der Beherrschten auf die Bezirksebene verengt wurde und somit politische Bewegungen im nationalen Rahmen Gesamt-Ugandas für lange Zeit im Interesse der in der Spätphase des Kolonialsystems verstärkt nach der Maxime „divide et impera" handelnden Kolonialherren eingedämmt wurden; andererseits ließen sich die Briten nach wie vor nicht daran hindern, massiv in die Angelegenheiten der vorgeblich „autonomen" Bezirke und Königtümer einzugreifen. So deportierten sie 1953—1955 den Kabaka nach England, der sich der Einbeziehung Bugandas in eine geplante ostafrikanische Föderation (in der zum damaligen Zeitpunkt die weißen Siedler Kenias den Ton angegeben hätten) widersetzte — was ihn übrigens (zu Unrecht) in die Rolle fast eines Nationalhelden Gesamt-Ugandas brachte und seine Stellung innerhalb Bugandas konsolidierte.

Dem Kabaka, Sir Edward Mutesa („King Freddie"), und der in der K. Y. („Kabaka Yekka" — „Allein der Herrscher!") gesammelten reaktionären Fronde innerhalb Bugandas, vor allem aus protestantischen Häuptlingen und ihrem Anhang bestehend, ging es nicht um die Unabhängigkeit Ugandas, sondern lediglich um die Bewahrung ihrer Privilegien. So boykottierte das „Parlament" Bugandas, die Lukiiko, 1959 und 1960 den mit der Vorbereitung einer Verfassung für Gesamt-Uganda befaßten Ausschuß: „Die Sklaven fürchteten andere Sklaven mehr als ihren gemeinsamen Herrn", wie Obote einmal sagte.

Die Unabhängigkeit

Die Verfassung, die Uganda, nach Anmeldung aller erdenklichen Sonderrechte durch die verschiedenen Herrscher in London, schließlich erhielt, entließ das Land als ein staatsrechtliches Kuriosum in die Unabhängigkeit: vier Königtümer (Buganda, Bunyoro, Toro, Ankole) bestanden neben dem Kyabazingatum (Busoga) und mehreren Provinzen. Das System war klar darauf angelegt, die regionale Orientierung der Politik beizubehalten, die Entstehung einer ugandischen Nation zu verhindern und die herausgehobene Stellung Bugandas (obwohl der Anteil der Baganda an der Gesamtbevölkerung nur etwa ein Fünftel ausmacht) zu verewigen [5]) — was den Lobhudlern des Kolonialismus als Musterbeispiel britischer Staatsklugheit erscheint, entpuppt sich als Meisterstück an „built-in instability", zu dem Zwecke der Erleichterung neokolonialer Kontrolle verfertigt.

Noch unter britischer Kolonialherrschaft wurde 1961 der in Opposition zum Kabaka stehende Muganda Ben (Benedicto) Kiwanuka Chef-Minister; er repräsentierte die koloniale Bourgeoisie in Gestalt der (zeitweilig von der westdeutschen „Konrad-Adenauer-Stiftung" unterstützten) D. P. („Democratic Party"), die ihre Ausgangsbasis ursprünglich unter den katholischen, von Mengo diskri-

5) So wurden etwa 1962 die Abgeordneten zum Parlament nicht wie in den übrigen Teilen Ugandas direkt gewählt, sondern von der Lukiiko ernannt.

minierten „mittelständischen" Baganda fand. „Als der Tag für die innere Selbstregierung kam — am 1. März 1962 —, hatten wir eine Zeremonie im Parlamentsgebäude, in der der bisherige Chef-Minister als Premier-Minister vereidigt wurde. Er erschien als einziger in gestreiften Hosen, Frack, Zylinderhut und mit einem Regenschirm in der Hand — die perfekte Kopie eines englischen Gentleman bei einem formellen Anlaß in Großbritannien. Dies war das Ideal, das der neue Premier-Minister für Uganda aufstellen wollte: das Image eines Landes englischer Gentlemen!", schreibt Apolo Milton Obote, Repräsentant des in der U.P.C. („Uganda People's Congress") vereinigten nationalistischen Kleinbürgertums, der kurz darauf Gentleman Ben Kiwanika als Premier-Minister ablöste.

Kurz nach der Einführung der internen Selbstregierung fanden (die bislang letzten) Wahlen statt, die eine Koalition von traditionalistischer Baganda-„Elite" und nationalistischem Kleinbürgertum ans Ruder brachte: U.P.C. und K.Y. bildeten die Regierung und wiesen der D.P., somit der kolonialen Bourgeoisie, die Oppositionsrolle zu. Das Zweckbündnis verhalf der U.P.C. und Obote zur Übernahme des Amtes des Premier-Ministers und entscheidendem Einfluß im Kabinett, dem Kabaka zur Stellung als Präsident Gesamt-Ugandas [6]). Freilich brachte er letzterer kaum eine andere Haltung entgegen als seinerzeit der Preuße Wilhelm seinem Amt als Deutscher Kaiser. In seinem Buch „The Desecration of My Kingdom" schreibt Sir Edward Mutesa von einer Vorahnung, einer Beklemmung, die ihn beschlich, als am 9. Oktober 1962 um Mitternacht Premier-Minister Obote die Flagge des unabhängigen Uganda hißte.

Die Krise von 1966

Die Krise, die kam, kommen mußte, ist Ergebnis einer ganz bestimmten, oben beschriebenen sozio-ökonomischen Transformation, die der Imperialismus mit sich brachte, und der „divide et impera"-Politik, deren er sich bediente — nicht etwa der „exotischen" Natur afrikanischer Politik.

Die 1962er, in London ausgehandelte, von London als Danaergeschenk übergebene Verfassung wies der Regierung Ugandas kaum mehr als die Rolle eines Schiedsrichters in der Konkurrenz der jetzt weitgehend tatsächlich autonomen Königreiche und Provinzen untereinander um die Verteilung der Finanzen Gesamt-Ugandas zu — eine jeglicher Art der Entwicklung hohnsprechende Situation. Doch selbst das war der reaktionären Fronde in Mengo noch nicht genug, schon 1963 begann sie weitere Zugeständnisse der Zentralregierung zu fordern. 1964 kam es zur ersten Kraftprobe: gegen den Willen des Kabaka — wohl aber dem in einer Volksabstimmung überzeugend zum Ausdruck gebrachten Willen der betroffenen Bevölkerung entsprechend! — setzte Obote die Rückgabe der um die Jahrhundertwende von Buganda annektierten Gebiete an Bunyoro durch. Durch sein Verhalten in der Frage dieser „lost couties" hatte Mutesa seine Pflicht als Präsident Gesamt-Ugandas verletzt [7]); nun — Mitte 1965 [8]) — forderte er seine Anhänger auf, die K.Y. aufzulösen und die U.P.C. zu infiltrieren. Die U.P.C. war nun keineswegs eine ideologisch oder sozial völlig homogene Partei — die Interessen des rechten U.P.C.-Flügels unter Generalsekretär Grace Ibingira an der Entmachtung Obotes liefen mit denen des Kabaka zusammen. Im Januar 1966 begann die offene Krise mit der Beschuldigung eines kabakatreuen Abgeordneten gegen Oberst Idi Amin, den Stellvertretenden Armeechef

[6]) Sein Stellvertreter wurde der Kyabazinga von Busoga.
[7]) Weiterhin wird ihm vorgeworfen, er habe — im Bewußtsein seiner Immunität als Staatsoberhaupt — im Juni 1964 in einem Marktflecken acht Banyoro durch MG-Schüsse ermordet.
[8]) Im gleichen Jahr gab es — nach Angaben Obotes — im Oktober Versuche, die Armee auf die Seite Mutesas zu ziehen, und Pläne, Obote zu ermorden; im Dezember bestellte Mutesa Waffen bei einer britischen Firma in Kampala.

und Vertrauensmann Obotes in der Armee, er und Obote, sowie die Minister Onama und Nekyon, hätten sich an kongolesischer Gold- und Elfenbeinbeute persönlich bereichert. (Der später erschienene Bericht einer unabhängigen Untersuchungskommission bestätigt demgegenüber im wesentlichen die Erklärung Obotes, Amin habe lediglich als Mittelsmann für den Ankauf von Waffen für die damalige Aufstandsbewegung im Kongo fungiert.) Es war nur die Einleitung zum Showdown des Frühjahrs 1966.

Im Februar ließ Obote die fünf U.P.C.-Minister (Ibingira, Ngobi, Magezi, Lumu, Kirya), von denen er, wohl zu Recht, vermutete, sie hätten im Bunde mit Mutesa und Brigadegeneral Opolot, dem Armeechef, gegen ihn konspiriert, aus einer Kabinettssitzung heraus verhaften. Zwei Tage später, am 24. Februar, gab Premier-Minister Obote das Ersuchen Mutesas um fremdes (britisches) militärisches Eingreifen gegen die rechtmäßige Regierung bekannt und suspendierte die 1962er Verfassung, ebenso die Ämter des Präsidenten und Vize-Präsidenten. Im April 1966 verabschiedete das Parlament eine Interims-Verfassung, die einige Sonderrechte der Königstümer abschaffte, sie aber als solche bestehen ließ; Obote wurde Exekutiv-Präsident Ugandas. Im Mai forderte die Lukiiko die Regierung Ugandas auf, sich aus Buganda — bzw. aus Kampala und Entebbe, beide Städte innerhalb Bugandas gelegen — zurückzuziehen; die reaktionäre Fronde um den Kabaka sah die Zeit gekommen, endlich ihr Ziel der Unabhängigkeit eines Feudalstaates Buganda — gleichbedeutend sowohl mit der Verfestigung eines anachronistischen Ausbeutungssystems innerhalb Bugandas als auch mit der Zerstörung Ugandas — verwirklichen zu können. Die Aktion der Separatisten beantwortete Obote mit der Festnahme dreier führender Feudalhäuptlinge — Angriffe reaktionärer Banden auf Polizeiposten und Schießereien folgten. Am 24. Mai eroberte die Armee unter dem Kommando Oberst Amins — Armeechef Shaban Opolot wurde verhaftet, seine Stelle übernahm Amin — die Lubiri, den königlichen Palast in Mengo [9]); der Kabaka floh zu seinen einstigen Protektoren nach London, wo er 1969 an Alkoholvergiftung verstarb.

Die längst überfällige — wenn auch nicht, wie euphemistisch behauptet, durch eine „Revolution", sondern durch eine Militäraktion erreichte — Beendigung der sowohl die Einheit des Landes als auch seine Entwicklung aufs Spiel setzenden Sezessionsbestrebungen der reaktionären Fronde um den Kabaka erlaubte endlich eine Konsolidierung Ugandas als eines Staates „mit einem Volk, einem Parlament, einer Regierung".

Im September 1967 wurde durch die Annahme der neuen Verfassung im Parlament (in dem sich die U.P.C.-Mehrheit mittlerweile durch Übertritte aus D.P. und K.Y. konsolidiert hatte) Uganda zum Einheitsstaat und zur Republik [10]) — größtes historisches Verdienst Präsident Apolo Milton Obotes.

„Move to the Left"

Die folgenden Jahre sahen den Versuch, auf dieser Basis ein einheitliches, fortschrittliches, sich wirtschaftlich entwickelndes Uganda aufzubauen. Trotz ständiger — keinesfalls vertretbarer — Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel und städtische Mieten sowie hoher Steuern, die vor allem den „common man" trafen, verlief die wirtschaftliche Entwicklung Ugandas insgesamt ausgesprochen günstig. Zwischen 1968 und 1969 hatte das Bruttosozialprodukt (GDP) zu Faktorkosten die — freilich außergewöhnliche, auf die Rekordkaffeernte und sehr

[9]) Den militärisch nicht notwendigen brutalen Schießereien der ausgesprochen disziplinlosen Armee fielen viele Zivilisten zum Opfer; die Armee (die seitdem die Lubiri besetzt hält) und ihr Chef Idi Amin waren seither in Buganda verhaßt.
[10]) Die bislang noch amtierenden Könige in Bunyoro, Toro und Ankole wurden abgesetzt.

gute Baumwollernte der Saison 1968/69 zurückzuführende — Wachstumsrate von 12,5 Prozent aufzuweisen (bezogen auf die 1966er Preise: von 11,0 Prozent). Die Zahlungsbilanz wies für 1969 einen Überschuß von 70 Millionen Schilling auf (ca. 35 Millionen DM). Die auswärtigen Guthaben der Bank von Uganda erreichten Ende Juni 1970 mit 423 Millionen Schilling ihren Höchststand. Freilich hing Obote, der Tradition des afrikanischen nationalistischen Kleinbürgertums treu, der Ideologie eines spezifisch „ugandischen" Sozialismus an — sein Ausdruck ist die — wie es heißt, von Obotes engstem Vertrauten und Geheimdienstchef Naphtali Akena Adoko verfaßte — „Common Man's Charter" von 1969, die „Charta des Kleinen Mannes". Sie war eher ein populistisches als ein auch nur entfernt vom wissenschaftlichen Sozialismus inspiriertes Programm. Dennoch stellte sie für Uganda, bisher von reaktionären und elitären Doktrinen überschwemmt und beeinflußt, einen großen Fortschritt dar. In dem Land, in dem zuvor die Könige über alles gingen, wo sich zeitweise die „politische" Diskussion auf Fragen wie die nach der genauen Anzahl der jedem Herrscher zustehenden Salutschüsse konzentrierte, wurde jetzt der Bauer und Arbeiter, wenigstens verbal, in den Vordergrund gestellt: „In unserem Erfahrungsbereich haben wir kein einziges Beispiel dafür gefunden, daß fremde Interessen versucht haben, die Volksmassen zu benutzen, um den ausländischen Interessen zu dienen. Wir kennen jedoch ein Übermaß an Fällen, in denen die Wohlhabenden, die Gebildeten und die feudalen Elemente gekauft wurden, um fremden Interessen zu dienen", heißt es in Artikel 15 der Charta. Und in Artikel 21: „Wir können es uns nicht leisten, innerhalb der Grenzen Ugandas zwei Nationen aufzubauen: die eine reich, gebildet, afrikanisch in der äußeren Erscheinung, geistig aber fremd — die andere, die die Masse der Bevölkerung ausmacht, arm und analphabetisch." Die Charta ist offenkundig von Julius K. Nyereres „Erklärung von Aruscha" (1967) inspiriert und weitgehend von einer realistischen Einschätzung der Situation in Uganda bestimmt — freilich verzichtet sie auf eine detaillierte wissenschaftliche Klassenanalyse ebenso wie auf einen Verhaltenskodex für Partei- und Regierungsfunktionäre, der einen zentralen Bestandteil von Nyereres Erklärung ausmacht und besagt, daß diese Funktionäre nur ein Einkommen beziehen dürfen (also auf Einkünfte aus eigenen Unternehmungen, Aufsichtsratsämtern, Hausvermietung etc. verzichten müssen).

„Dokument Nr. 2 über die Bewegung nach links" stellten die „Vorschläge für den Dienst an der Nation (National Service)" dar. Ziel des „National Service" sollte sein, moderne landwirtschaftliche Techniken zu vermitteln, zur Beseitigung der Kluft zwischen Stadt und Land sowie zur Schaffung eines ugandischen Nationalbewußtseins beizutragen (letzteres besonders durch den Einsatz der Angehörigen des „National Service" in verschiedenen Landesteilen); vor allem sollte er auch das Problem der Arbeitslosigkeit der Schulabgänger lösen helfen. Im Dezember 1969, nachdem ein außerordentlicher Kongreß der U.P.C. in Lugogo (Kampala) die „Charta des Kleinen Mannes" gebilligt hatte, wurde ein Attentatsversuch auf den Präsidenten unternommen. Wilde Schießereien von seiten der Sicherheitskräfte, denen wiederum viele Zivilisten zum Opfer fielen, folgten. Sofort nach dem Attentatsversuch wurde der Ausnahmezustand über ganz Uganda (in Buganda bestand er bereits seit 1966) verhängt, alle Parteien außer der U.P.C. verboten — was vor allem die bürgerlich-reaktionäre D.P. Ben Kiwanukas und die K.Y.-Nachfolgerin „Uganda National Union" Joseph „Jolly Joe" Kiwanukas, aber auch die an den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus orientierte „Vietnam Solidarity Party" des Rechtsanwalts Nabudere aus Mbale betraf — und führende Oppositionspolitiker verhaftet.

Vor dem Putsch

Im Januar 1970 wurde Brigadegeneral Okoya, der als potentieller oder vorgesehener Nachfolger des inzwischen zum Generalmajor avancierten Idi Amin [11]) betrachtet wurde, ermordet — Obote wirft Amin die Anstiftung zu diesem Mord vor, die dieser natürlich dementiert. Wahrscheinlich beabsichtigte Obote, durch Okoya endlich die Armee Ugandas — im Grunde nichts anderes als ein autonomer Haufen notorisch undisziplinierter, überbezahlter, trunksüchtiger und schießwütiger Wegelagerer — einer sinnvollen staatlichen, bzw. politischen Kontrolle zu unterstellen.

Im September erfolgte dann doch eine Umorganisierung der Armeespitze: Armeechef Amin, dessen Loyalität zu Obote nach 1966 zunehmend fragwürdiger geworden war, wurde zum „Chef der Streitkräfte" hochgelobt, praktisch aber weitgehend entmachtet. Schon im Oktober kursierten Gerüchte, die von einem von dem U.P.C.-Generalsekretär und rechten Flügelmann des Kabinetts, Verteidigungsminister Onama, angestifteten neuerlichen Attentatsversuch auf den Präsidenten und einem Onama-Amin-Staatsstreichvorhaben wissen wollten. Amin scheint seitdem längere Zeit unter Hausarrest gestanden zu haben; obwohl (oder weil) er gerade in den letzten Wochen vor dem Coup ostentativ zu allen möglichen öffentlichen Anlässen präsentiert wurde, nahmen die — wie sich ja nun herausgestellt hat, begründeten — Vermutungen über einen Militärputsch kein Ende.

Einige weitere Ereignisse des Jahres 1970 scheinen für die unmittelbare Vorgeschichte des Putsches wesentlich zu sein: die Nationalisierungsmaßnahmen vom 1. Mai 1970, die Vorschläge zur Planung der Wahlen in einem Einparteirahmen und die U.P.C.-Parteiwahlen sowie das Ansteigen der bewaffneten Raubüberfälle, des „Kondoismus" [12]).

Die Maßnahmen vom 1. Mai 1970 — weitergehend als frühere Nationalisierungen in Tansania — stellten im Grunde den ersten konsequenten Schritt von einiger Bedeutung in Richtung auf eine sozialistische oder doch wenigstens nicht-kapitalistische Wirtschaftsverfassung dar: von diesem Tage an wurde das Ex- und Importgeschäft, das Transportwesen, die Kupferminen in Kilembe (Bezirk Toro), Industrien, Plantagen, Banken, Versicherungsgesellschaften und das Kreditwesen nationalisiert; freilich wurde auch die Abschaffung des „archaischen Prinzips" des Streikrechts angekündigt. Die Nationalisierungen erfolgten durch die Übernahme von jeweils 60 Prozent der Aktien der jeweiligen Gesellschaft durch die Regierung oder andere öffentliche Körperschaften — obwohl es sich nicht um eine entschädigungslose Enteignung, sondern um den über eine bestimmte Periode hinweg abzuzahlenden Aufkauf der Aktien handelte; Grund genug für die britischen „Geschäftskreise", mit der Politik Präsident Obotes unzufrieden zu sein.

Neben den britischen Interessenten fühlten sich auch die einheimischen Kapitalisten „bedroht" — nicht nur die indo-pakistanischen Händler (diese nicht zuletzt durch die „National Trading Corporation"), meist Inhaber britischer Pässe zweiter Klasse, sondern auch afrikanische Kapitalisten. Mit Sicherheit dürfte die ganze, von Obote durchgesetzte Richtung auch einen Teil der U.P.C. und des Kabinetts nicht gepaßt haben. Beispielsweise dem Verteidigungsminister Felix Onama — wie er, hatte es eine Anzahl von Ministern in ihrer Amtszeit zum Besitz von

[11]) Jai Amin Dada wurde im südlichen Sudan geboren — er dürfte jetzt in den Fünfzigern sein —, trat in „King's African Rifles" der Kolonialarmee Großbritanniens ein, nahm am Burmafeldzug gegen Japan teil, war zeitweise Boxchampion, ist praktizierender Moslem und zweifellos ein tüchtiger Soldat: er besuchte nicht die Militärakademie von Sandhurst, sondern diente sich aus dem Mannschaftsrang hoch; genauso unbestritten ist, daß sein intellektueller Horizont nicht sehr weit gespannt ist — was selbst dem Coup vom 25. 1. 1971 wohlwollende Beobachter zur Frage nach seinen Hintermännern veranlaßt.

[12]) Kondo = bewaffneter Räuber.

Transport- oder Busunternehmen und/oder von Mietshäusern gebracht. Wohl nicht ganz zu Unrecht dürften diese Kreise befürchtet haben, daß Obote über kurz oder lang diese mit einer auch nur halbwegs sozialistischen Politik inkonsistenten Praktiken beenden und die korrumpierten Politiker ausschalten würde.

Eine Gelegenheit hierzu hätten die Parteiwahlen [13]) Mitte Oktober bieten können und waren möglicherweise auch entsprechend intendiert — jedoch hatte der „common man" das Nachsehen, da sich fast überall die Pfründenbesitzer durch massive Beeinflussung [14]) und häufig durch Korruption im Amte behaupteten.

Wie schon erwähnt, war die Partei, Organisation des sich im schroffen Gegensatz zur traditionalen „Elite" und in teilweisem Gegensatz zur kolonialen Bourgeoisie befindlichen nationalistischen Kleinbürgertums, einer gemeinsamen ideologischen Basis weitgehend bar. Eine gründliche Auswahl oder gar ideologische Schulung der Parteimitglieder fand nicht statt; man kann keinesfalls von der U.P.C. als einer Avantgardepartei sprechen. Vielmehr wurde sie zum Sammelbecken der Postenjäger. Voraussetzung zur Erlangung einer qualifizierten Stellung im Staatsdienst oder in einer Gesellschaft mit Staatsbeteiligung wurde der Erwerb einer U.P.C.-Mitgliedskarte (für zwei Schilling, etwa eine DM, zu haben). Obwohl es durchaus legitim ist, derartige Stellungen, gerade dann, wenn eine grundlegende Neuorientierung der Politik beabsichtigt ist, mit Angehörigen der Partei, die diese Neuorientierung verantwortet, zu besetzen, muß man festhalten, daß die in Uganda gehandhabte Praxis lediglich dem Opportunismus Vorschub leistete.

Zudem bestanden Fraktionierungen innerhalb der Partei; vor allem die Spaltung zwischen der Alten Garde, die die einmal errungenen Positionen zu bewahren trachtete, und den erst in den letzten Jahren eingetretenen Mitgliedern, vor allem jüngeren, war tiefgehend.

Da die Partei in einem äußerst vage definierten „common man" ihre vermeintliche Basis sah, ging ihr eine tatsächliche, klassenmäßig bestimmte Massenbasis unter den armen Bauern und unteren Mittelbauern ab. Angesichts des Fehlens dieser realen Basis mußte Präsident Obote sich im wesentlichen auf die — mittlerweile saturierte und an weiteren Veränderungen im Sinne Obotes nicht mehr interessierte — alte Politikergarde, auf den Geheimdienst seines Vertrauten und gelegentlichen „Ghostwriters" N. Akena Adoko (den „General Service"), auf die „Special Forces" (kasernierte Polizeitruppe), vor allem aber auf die Armee stützen. Unter den obwaltenden Bedingungen war das alles, ebenso das ständige höchst geschickte Taktieren Obotes, wahrscheinlich unvermeidlich — aber auch sehr gefährlich. Die Partizipation an der Politik blieb wesentlich auf bestimmte Schichten und Sektoren der Gesellschaft beschränkt — weder der (notwendige) Sturz des Kabaka 1966 noch der (kriminelle) Coup der Armee 1971 kann als eine Revolution der Volksmassen bezeichnet werden.

Unter den dem Putsch unmittelbar vorausgegangenen Ereignissen sei auch auf

---

13) Sie sollten gleichzeitig das Vorspiel zu den — für April 1971 geplanten — ersten Parlamentswahlen seit 1962 (das Parlament hatte nach der Krise von 1966 seine Amtsperiode verlängert), diesmal jedoch auf der Basis des Einpartei-Systems, darstellen. Das vorgesehene Wahlsystem war äußerst kompliziert: in jedem Wahlkreis sollten mindestens zwei, höchstens drei Kandidaten der U.P.C. gegeneinander kandidieren; neben ihrer Kandidatur in ihrem heimatlichen „Grund"-Wahlkreis hätten sie in drei weiteren, „nationalen" Wahlkreisen (somit je einer im Norden, Osten, Westen und Buganda) kandidieren müssen — erst die Gesamtheit ihrer Stimmen (ermittelt in einem komplizierten Zurechnungsverfahren) in allen vier Wahlkreisen hätte über ihre Wahl ins Parlament entschieden. So richtig der dahinter stehende Gedanke Obotes, die Parlamentsabgeordneten zu Vertretern Ugandas und nicht nur ihres Bezirkes oder Stammes zu machen, war, brachte das System dennoch Gefahren mit sich: ein im nationalen Rahmen schon bekannter Minister hätte leicht qualifiziertere, aber nur lokal bekannte Kandidaten ausgestochen. Die endgültige Auswahl aus den Bewerbern für die bis zu drei Kandidaturen in den Grundwahlkreisen sollte übrigens nicht die Partei an der Basis treffen, sondern durch eine vom Präsidenten ernannte Wahlkommission erfolgen — auch nicht gerade ein Musterbeispiel sozialistischer Demokratie.

14) Die Abstimmungen fanden öffentlich statt: die Parteimitglieder stellten sich hinter dem Kandidaten ihrer Wahl auf; es gab eine große Zahl von Wahlanfechtungen.

etwas hingewiesen, was mit der politischen Sphäre auf den ersten Blick nichts zu tun hat: auf das Ansteigen der bewaffneten Raubüberfälle. Während der „Kondoismus", Überfälle von mit Pangas (Macheten) und ähnlichen Instrumenten bewaffneten Banden, schon seit Jahren hauptsächlich in der Gegend von Kampala ein ernstes Problem darstellt, häuften sich im November und Dezember 1970 plötzlich Beraubungen von Banken, Genossenschaftskassen und Lohnbüros (bei hellem Tageslicht) sowie von Restaurants und Bars (abends) — häufig mitten in Kampala. Im Unterschied zu den „normalen" Kondos waren diese Banden offenbar sehr gut informiert, sehr gut organisiert und vor allem sehr gut bewaffnet (Maschinenpistolen und dergleichen). Von linken U.P.C.-Angehörigen wurde öffentlich die Vermutung geäußert, einige „Großkopfete" wollten sich auf diese Weise eine Finanzierungsquelle für ihre Parlamentswahlkampagnen erschließen [15]). In eine etwas andere Richtung gehen andere Hinweise — aus der Titelzeile des „Uganda Argus" vom 27. November 1970 ersichtlich: „Jailed Soldier Sold Guns to Public" (Soldat verkaufte Waffen an die Öffentlichkeit). Andere Zeitungsberichte teilten mit, die Kondos hätten sich als Polizisten oder Soldaten „verkleidet"; im Falle eines Überfalls auf eine Bar nahe Kampala hätten sich die Kondos untereinander mit militärischen Dienstgraden angesprochen.

Ob nur vereinzelt Soldaten Waffen an Kondos verkauften, ob einige Soldaten auf eigene Faust Überfälle unternahmen oder ob die Ereignisse vom Jahresende 1970 bewußt inszeniert waren, um Unsicherheit zu verbreiten — darüber läßt sich derzeit nur spekulieren. Fest steht aber, daß die „Unfähigkeit der Regierung, mit dem Kondo-Unwesen fertig zu werden", als einer der Haupt„gründe" bei der Rechtfertigung des Staatsstreiches genannt wurde und daß — wenigstens in den ersten zwei Wochen nach dem Coup — nunmehr die spektakulären Überfälle großen Stils gestoppt schienen; der „normale" Kondoismus hat sich freilich die Situation unmittelbar nach dem Putsch zunutze gemacht und sich etwa in einer Anzahl von Plünderungen (wovon die Presse im Augenblick allenfalls verschämt berichtet) manifestiert, häufig unter politischem Vorwand [16]).

Der Putsch

Kurz nach null Uhr beginnen am Montag, dem 25. Januar 1971, die Schießereien in Kampala: Gewehr-, Maschinengewehr- und Mörserfeuer ist hauptsächlich in den Nacht- und Morgenstunden, aber auch noch später zu hören. Es scheint, als ob Mörserschüsse von einem gegenüberliegenden Hügel (Lugard Hill) auf das Parlamentsgebäude abgefeuert würden. Die militärische Lage, ja, was überhaupt vorgeht, bleibt völlig unklar — es hat den Anschein, als ob dem sich derzeit auf der Rückreise von der Commonwealth-Konferenz befindlichen Präsidenten loyale Truppen sich im Patt mit putschenden Einheiten befänden; auch von Kämpfen in der Nähe der zweitgrößten Stadt, Jinja, ist die Rede. Radio Uganda sendet bis zum Nachmittag lediglich U-, E- und Marschmusik, erst kurz vor 16 Uhr wird die erste Erklärung „der Soldaten Ugandas" verlesen: „Um zu verhindern, daß eine schon schlechte Situation noch schlechter würde", hätten die Soldaten eingegriffen und „ihrem Kameraden" die Macht im Staate anvertraut; sein Name wird zunächst noch nicht genannt. Erst etwa eine halbe Stunde später folgen Ansprachen von E. W. Oryema, Kommandeur der Polizei, und Generalmajor Idi Amin Dada: „Ich bin kein Politiker, sondern Berufssoldat" — der, wie das zum Ritual gehört, baldige Rückkehr zur zivilen Regierung und „freie Wahlen" verspricht, ebenso die Freilassung der politischen Häftlinge.

15) Kein Anlaß übrigens, derlei als „exotisch" zu betrachten — man denke nur an manche Praktiken des politischen „racketeering" und der Zusammenarbeit prominenter Politiker mit der Mafia in den USA.
16) Der folgende Fall dürfte kein Einzelfall sein: kurz nach dem Coup wurde ein in Kampala beschäftigtes Hausmädchen in ihrer Wohnung von einer Bande überfallen, als Anhängerin Obotes beschimpft, total ausgeraubt und vergewaltigt.

Sofort danach beginnen — durchaus spontane — Demonstrationen der Freude in Kampala; Bilder des Staatspräsidenten werden zerstört, johlende Mengen begrüßen mit Grün geschmückte, mit Menschen vollgepackte Lastwagen, überladene Taxis, deren Passagiere zum Teil bei voller Fahrt in halsbrecherischer Akrobatik auf den Dächern umherturnen, Privatwagen sowie Armeefahrzeuge, die die Hauptstraßen entlangbrausen. Unter den Fahrern befinden sich viele jubelnde Asiaten und auch einige Europäer — am Parlamentsgebäude saust ein mit Grün und „Stars and Stripes" geschmückter Wagen offenkundig der US-Botschaft vorbei. Zweifellos ist die Freude in Kampala echt; freilich waren die Baganda in der Gegend um Kampala in besonderem Maße den Blendungen durch den „Glanz" Mengos, des Hofes des Kabaka, ausgesetzt gewesen und waren zudem durch das Vorgehen der Armee 1966 — haargenau derselben Armee, der sie jetzt zujubeln, unter demselben Kommandeur Idi Amin — weitgehend in eine Anti-Obote-Haltung gedrängt wurden. Auch der Jubel der sich von Obotes Nationalisierungspolitik bedroht fühlenden asiatischen Geschäftsleute, die in der City Kampalas an Zahl die dort lebenden Afrikaner übertreffen, ist nicht verwunderlich. Zweifellos stieß der Coup auch in weiteren Teilen Bugandas, wo die reaktionäre Fronde noch Anhang findet, auf Zustimmung. Was dagegen aus den anderen Teilen Ugandas an Jublerei berichtet wird, ist äußerst dürftig — von einer spontanen Begrüßung des Staatsstreiches durch die Mehrheit der Bevölkerung in ganz Uganda, von der die bürgerliche Presse fabuliert, kann kaum die Rede sein.

Am Spätnachmittag des 25. Januar sind in der Stadt weiterhin Schüsse zu hören, allem Anschein nach gehen sie aber meist in die Luft. Am Parlamentsgebäude sind nur einige Einschüsse auf der Frontseite, um das Staatswappen herum, die von einem schweren MG herrühren dürften, zu sehen; hinter dem Gebäude stehen zwei oder drei demolierte Minister-Mercedes. Von den Zerstörungen, die die BBC berichtet und die entsprechend dem Mörserfeuer auch vorhanden hätten sein müssen, ist nichts zu sehen. Es bleibt der Schluß, daß die Mörserschüsse von Lugard Hill blind waren — da es für Mörser aber keine Übungsmunition gibt, bedeutet das, daß die entsprechende Herrichtung der Mörsermunition einige Stunden in Anspruch genommen haben muß, die spätere Behauptung Amins, er habe sich lediglich gegen ein ihm am Sonntag abend bekanntgewordenes Komplott Obotes gewehrt, unwahr ist. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß — in Kampala — die meisten Schießereien genau wie das Mörserfeuer simuliert waren, daß — obwohl es offenbar auch in Kampala eine Anzahl dem Präsidenten loyaler Soldaten gegeben hat — das zuvor erwähnte militärische Patt bis in die Nachmittagsstunden vorgetäuscht wurde, um den später verzapften Märchen einen Anschein von Glaubwürdigkeit zu geben. (Eine Anzahl Toter — wahrscheinlich mindestens 100 — hat es dennoch gegeben; die meisten, wenn nicht alle, dürften Zivilisten sein, die wahrscheinlich schießwütigen Soldaten zum Opfer fielen.

Ab Montag abend tritt eine Ausgangssperre von 19 bis 6,30 Uhr in Kraft.

In den ersten zwei, drei Tagen nach dem Putsch hielt in Kampala sowohl Jubeln als auch gelegentliches Schießen an; Bilder Mutesas tauchten in allen Größen auf, auch einige von Amin, ebenso Kabaka-Fahnen und die Farben der D.P.

Am Dienstag gab Amin seine erste Pressekonferenz, auf der er u. a. die Bestattung des Kabaka in Kasubi, der traditionellen Begräbnisstätte der Könige Bugandas, ankündigte [17]). Das Leben in Kampala „normalisierte" sich rasch.

[17]) Obote hatte angeboten, den in London verstorbenen Kabaka in Kasubi begraben zu lassen — das Angebot wurde von der reaktionären Clique in England (wo sich etwa 700 Baganda-Emigranten befanden) zurückgewiesen.

Im „Uganda Argus" wurden Fotos von angeblich im Hause des Präsidenten gefundenen Waffen (da es nun einmal zum Ritual gehört: selbstverständlich sowjetischer und chinesischer Herkunft) gezeigt: freilich sind es die gleichen Waffen, die auch die Armee benutzt; zudem sind auf dem Foto deutlich mit Patronen gefüllte Magazine zu erkennen — das läßt die Sache als arrangiert vermuten, da Patronen aus Sicherheitsgründen über längere Zeit nur in Munitionskästen, nicht aber in Magazinen aufbewahrt werden können! (Es scheint, als ob vor der Herumführung der Journalisten einige Soldaten ein Sortiment Waffen in das Haus des Präsidenten gebracht hätten.) Es gab Plünderungen — vermutlich wenigstens teilweise von seiten der Armee. Einige Häuser von U.P.C.-Anhägern wurden angegriffen und zerstört. Gegen die Langi (die Angehörigen des Stammes, dem auch Präsident Obote angehört) und, in geringerem Maße, gegen die Acholi wurde eine Hetzkampagne eingeleitet, der einige zum Opfer gefallen zu sein scheinen.

Am Donnerstag vormittag ließ, unter Anwesenheit Tausender auf einem Flugfeld in Kampala, Amin die etwa 60 politischen Gefangenen, darunter die fünf seit 1966 festgehaltenen ehemaligen Minister, Ben Kiwanuka sowie Joseph Kiwanuka, frei, sprach von nationaler Einheit (auch zum Ritual gehörig) und verbot bis auf weiteres jegliche politische Aktivität. Anschließend versammelte er die Minister der letzten Regierung (Innenminister Basil Bataringaya wurde als einziger für einige Tage festgehalten) und kündigte die Bildung einer neuen Regierung binnen einer Woche an.

Samstag verbot Amin die Landung aller von Tansania kommenden oder nach Tansania gehenden Flüge in Entebbe; ein dem Acholi-Stamm angehörender Major appellierte an die noch kämpfenden oder in den Busch gegangenen Loyalisten, sich zu ergeben; der Kommandeur der Polizei rief zum wiederholten Male zur Beachtung von „Law & Order" auf; Amin empfing die Führer der verschiedenen Religionen und Konfessionen. Opportunisten und Reaktionäre melden sich zu Wort: u. a. begrüßen die Chefs einiger Gewerkschaften — darunter H. Luande, M. P., einstiger IBFG-Mann, aber auch E. Kibuka, einstiger WGB-Mann mit linkem Flair —, die Arbeitgebervereinigung, die Geschäftsleute Kampalas, die Geistlichkeit sämtlicher vertretenen Religionen sowie die Bierbrauer und Schnapsbrenner Ugandas den Coup.

Später muß Amin zugeben, daß viele — Präsident Obote gegenüber loyale — Soldaten mit ihren Waffen in den Busch gegangen sind und sich noch versteckt halten; größere Kampfhandlungen halten offenbar noch am Freitag und Samstag nach dem Coup in Gulu, im an den Sudan angrenzenden Acholi-Bezirk, zwischen Putschisten und Loyalisten an. Ob die Putschisten tatsächlich das gesamte Land kontrollieren, ist bislang zweifelhaft. Noch zwei Wochen nach dem Coup erfolgt eine erneute Warnung an die „versteckten Soldaten" und Aufforderung zur Übergabe; diesesmal ist hauptsächlich vom Lango-Bezirk die Rede.

In den ersten Tagen nach dem Staatsstreich verbreitet Amin Schauermärchen über einen Aufmarsch tansanischer Truppen und das Vorrücken sudanesischer Einheiten im Acholi-Bezirk in Norduganda. Zweck des ganzen Schwindels ist es, nationalistische Gefühle zu mobilisieren und somit seine Herrschaft zu konsolidieren — durchaus geschickt angelegt.

Geschickt — unter dem Blickwinkel der Stabilisierung des Regimes in den sehr kritischen ersten Tagen — sind ebenfalls seine Maßnahmen der „nationalen Versöhnung", das Angebot eines Staatsbegräbnisses für Mutesa und die Erlaubnis zur Rückkehr der reaktionären Emigranten.

Geschickt ist auch seine demagogische Ausnutzung der Schwächen der vorigen Regierung: ihres weitgehend lediglich verbalen Sozialismus, der kapitalistischen und korrupten Praktiken einiger ihrer Minister — Verschleierung der Tatsache, daß Obote nicht gestürzt wurde, weil er nicht links genug war, sondern weil er für den Geschmack einiger schon viel zu weit links stand!

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß eine der ersten Maßnahmen der Putschisten die Abschaffung des Ministeriums für den „National Service" [18]) und der Stop aller entsprechenden Pläne ist. Der „National Service" hätte ein Mittel sozialistischer Erziehung werden können; vermutlich fürchtete die Armeeführung auch, er hätte sich später einmal zum Kern einer Volksmiliz entwickeln können.

Bei allen Schwächen und Inkonsequenzen der Politik Obotes, die jetzt Stoff für reaktionäre Propagandisten abgeben, bestanden unter ihr doch einige Ansätze zu einer wirklichen Linksentwicklung — diese, etwa der „National Service", sollten durch den Putsch beseitigt werden.

Planung und Durchführung des Putsches, geschickte Maßnahmen zu seiner Konsolidierung in der ersten Woche, demagogische Ausbeutung der Schwächen der U.P.C.-Regierung, erste politische Erklärungen — all diese Dinge scheinen recht clever geplant gewesen zu sein, was die Urheberschaft Amins fraglich macht.

Die im Augenblick von Amin und den sofort gleichgeschalteten Massenmedien verbreitete Rechtfertigung des Staatsstreiches lautet, Präsident Obote habe in Singapur — wo er auf der Commonwealth-Konferenz als Gegner der südafrikafreundlichen Politik Großbritanniens hervortrat — ein Komplott zur Ermordung Amins und zwecks Entwaffnung aller übrigen Armeeangehörigen durch die Acholi- und Lango-Soldaten geschmiedet; der Putsch sei somit lediglich ein Akt der Notwehr von seiten Amins und der Armee gegen einen Coup Obotes gewesen.

Demgegenüber bestehen kaum Zweifel daran, daß der Staatsstreich schon seit langem beabsichtigt war. Gutinformierte Gegner des Staatsstreichs berichten, daß es das ursprüngliche Vorhaben der Putschisten gewesen sei, Präsident Obote Dienstag früh, am 27. Januar, bei seiner Rückkehr von der Commonwealth-Konferenz festzunehmen. Entsprechendes wurde am Donnerstag vor dem Coup auf einer Kommandeurstagung der Armee festgelegt. Einer der Offiziere informierte daraufhin die Regierung; das Kabinett trat am Freitagvormittag zusammen und sandte einen Kurier nach Singapur. Dieser kam mit der Weisung zurück, die übrigen Soldaten durch die als zuverlässiger erachteten Langi und Acholi entwaffnen zu lassen — falls der Bericht zutrifft, eine verzweifelte Maßnahme Obotes, die ihm als letzte Möglichkeit erschien, den schon geplanten Coup Amins zu verhindern! Doch auch das Kabinett hielt nicht dicht: die neuen Informationen gelangten an die Armeeführung, die sich entschloß, früher als vorgesehen loszuschlagen. Amin kehrte Sonntag abend aus Karuma Falls nach Kampala zurück; die Operationen der Putschisten — u. a. die Entwaffnung der „Special Forces" und der Polizei — liefen in der Nacht zum Montag an. Die sowjetischen MiG-Ausbilder in Gulu sollen schon in der Nacht auf Sonntag (!) unter dem Vorwand einer Nachtübung festgesetzt worden sein, ebenso dann die ugandischen Piloten, die sich weigerten, ohne ihre Ausbilder die MiGs zu bedienen; die Kämpfe in Gulu wurden schon erwähnt. Zwei MiGs tauchten über Kampala erstmals seit dem Tag des Putsches am 8. Februar auf.

Ein weiteres Indiz für die sorgfältige Vorbereitung des Coups und somit für die mangelnde Stichhaltigkeit der „Notwehr"-Version Amins bringt die in Kam-

[18]) Jedoch wird es künftig ein Ministerium für religiöse Angelegenheiten geben.

pala erscheinende Tageszeitung „The People" in der Ausgabe von Freitag, dem 29. Januar: „Befragt, wann er die Nachricht seiner (bevorstehenden) Freilassung erfuhr, sagte der (politische Häftling und einstige Minister) Obwangor, das sei am letzten Sonntag" — aha! — „gewesen".

Klassen- oder Stammeskämpfe?

Für bürgerliche „Beobachter" spielt sich die ganze Sache natürlich wieder in Kategorien des „Tribalismus" ab: waren es früher die „Niloten", repräsentiert durch den Lango Obote, gegen die „Bantus", repräsentiert durch den Muganda Mutesa, so sind es heute die Leute aus West-Nil und Madi gegen die aus Lango und Acholi (alle vier Bezirke liegen im Norden). Eine solche „Erklärung" verschleiert natürlich mehr, als sie klarstellt. Wie 1969 in Kenia, als den Kikuyus Loyalitätseide auf die „Kikuyu-Sache" (und somit in Wahrheit auf die Aufrechterhaltung des durch den Kikuyu Jomo Kenyatta repräsentierten kapitalistischen Systems in Kenia!) abverlangt wurden, werden Stammesloyalitäten wiederbelebt und ausgenutzt, um ganz anderen politischen Zwecken zu dienen. (Wie unhaltbar die früheren Behauptungen von der Spaltung Ugandas in Nord und Süd — nilo-sudanische versus Bantu-Stämme — sind, zeigt schon die Tatsache, daß die putschende Armee, jetzt in Buganda bejubelt, aus historischen Gründen weitgehend nur aus Nordugandesen besteht. Freilich waren die Versuche, sie auf der Basis von Stämmen zu spalten, mindestens teilweise erfolgreich, was möglicherweise nicht zuletzt am Rekrutierungssystem lag.) Die schon erwähnte Hetze gegen Langi und Acholi dient dazu, die Massen von den wahren Hintergründen abzulenken. Und diese liegen letzten Endes in Klassen-, nicht in Stammesinteressen begründet.

Mit der Politik Obotes unzufrieden — und nur gegen Obote einig — waren bekanntlich vor allem die Feudalisten Bugandas (samt dem immer noch beträchtlichen Teil der noch von ihnen beeinflußbaren Baganda) und die Kompradorenbourgeoisie; auch die vermeintlich zu kurz gekommenen britischen Geschäftsinteressen wurden schon genannt.

Die Interessenidentität zwischen Feudalisten, Kompradorenbourgeoisie und Armeeführung kam erst zustande, als sich auch die letztere, wesentlichste Stütze des Präsidenten in der Vergangenheit, durch die Linksentwicklung bedroht fühlte: die Verstärkung der staatlichen Kontrolle, die Umorganisierung der Armeespitze im September 1970, mögliche Befürchtungen hinsichtlich „Konkurrenz" durch den „National Service" und das Bevorstehen einer Untersuchung gegen Amin in Sachen der Ermordung Brigadegeneral Okoyas dürften hier eine Rolle gespielt haben.

Die Frage nach den Hintermännern im einzelnen, nach der genauen Planung läßt sich noch nicht im Detail beantworten. Manches spricht dafür, daß der Verteidigungsminister Obotes und U.P.C.-Generalsekretär, Felix Onama, jetzt in der Rolle des betrogenen Betrügers dasteht. Er hat jedoch Amin bereits zur „Rettung Ugandas" gratuliert [19]).

Beantwortet werden kann aber jetzt schon die Frage „cui bono?" Die Interessen der Israelis — die Beraterfunktionen in Armee, Fallschirmjägertruppe und einem Teil der Luftwaffe innehaben und ohne deren zuallermindest Wissen, wenn nicht

19) Gerade seine Dementis in seiner Ergebenheitsadresse an Amin sind sehr aufschlußreich: „Die Beschuldigungen, die dazu führten, daß ein Kurier nach Singapur gesandt wurde, um einen Befehl zur Verhaftung von Ihnen (Amin), mir selbst und anderen (von Obote) zu erlangen, sind ein Haufen Lügen. Das sogenannte geheime Beweismaterial, das den früheren Präsidenten dazu veranlaßte, die Order zum Präventivschlag (to 'move first and fast') zu geben, besagte, Sie, ich und andere hätten am 22. und 23. Januar nächtliche Zusammenkünfte in Bombo gehalten. Tatsache ist, daß wir nie zusammentrafen, um uns zur Ermordung irgendjemandes zu verschwören. Außerdem war ich am 22. und 23. Januar in Moyo, was der Polizei bekannt ist" („The People", Kampala, 6. Februar 1971).

gar Beteiligung der Coup wohl kaum abgelaufen ist — schienen durch die in den letzten Jahren verstärkt antiimperialistische Politik Obotes, die Änderung seiner Haltung gegenüber den offenbar von Israel unterstützten südsudanesischen Aufständischen (erst kurz vor dem Coup wurde der westdeutsche Söldner Steiner, der Aufständische im Südsudan kommandierte und auf der Uganda-Seite der Grenze festgenommen worden war, an den Sudan ausgeliefert) und die Einschränkung der Rolle der Armee, die gleichzeitig eine weitere Minderung des israelischen Einflusses in Uganda mit sich gebracht hätte, gefährdet — diese Gefahr scheint jetzt abgewendet. Auch die Geschäfts- sowie politischen Interessen Großbritanniens — letztere ebenfalls durch die zunehmend antiimperialistische Politik Obotes, der den Austritt Ugandas aus dem Commonwealth im Falle britischer Waffenlieferungen an Südafrika ankündigte, gefährdet — werden unter dem neuen Regime nicht zu kurz kommen; Amin erklärte u. a., Uganda werde im Commonwealth bleiben und wolle gute Beziehungen zu allen Ländern aufrechterhalten, besonders zu Großbritannien, das das Land bis zur Unabhängigkeit gut regiert habe (!).

Manches spricht für die Vermutung, daß — nach Abstimmung mit dem britischen Geheimdienst [20]) — israelische Offiziere mit im Spiel waren; unnötig zu bemerken, daß die israelischen Militärberater nicht etwa wie die sowjetischen von den Putschisten festgenommen wurden.

Trotzdem kann der Sturz Präsident Obotes nicht in erster Linie in Kategorien etwa einer „Schin Beth"-Verschwörung gegen eine „fortschrittliche" Regierung erklärt werden — Gérard Chaliand [21]) weist in ähnlichem Zusammehang darauf hin, daß etwa der CIA niemals ernstlich die Beseitigung Ho-Tschi-Minhs durch einen Coup erwogen habe. Erst die typischen Widersprüche der Politik des nationalistischen Kleinbürgertums haben, neben den besonderen (im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten noch wesentlich komplizierteren) historischen Bedingungen Ugandas als Erbe des Kolonialismus, den — vorläufigen — Erfolg des Putsches ermöglicht.

Die „zweite Republik"

Amin macht in nationaler Versöhnung mit den früheren, 1966 verhafteten U.P.C.-Ministern, mit der reaktionären Fronde in Buganda, mit der D.P., sogar mit dem ehemaligen Armeechef, Brigadegeneral Shaban Opolot, dessen Absetzung und Verhaftung 1966 er überhaupt seine derzeitige Stellung verdankt. Freilich sind die Interessen der K.Y., der D.P., der Neotraditionalisten Bugandas und der bürgerlich-kapitalistischen Schicht, und die der Armee nur sehr kurzfristig — in der Frontstellung gegen Präsident Obote — zu vereinbaren. Selbst eine D.P.-Regierung wäre über kurz oder lang mit dem Kabaka ähnlich verfahren wie Obote.

Der neue „Ministerrat", den Amin etwa eine Woche nach dem Putsch berief — die neu ernannten „Minister" erfuhren, heißt es, von ihrer Ernennung erst durch das Radio —, hat nur beratende Funktionen. Die tatsächliche Entscheidungsbefugnis verbleibt bei Amin (oder besser: bei seinen „Beratern").

[20]) „Zufällig" war übrigens der britische Hochkommissar (Botschafter) offenbar der einzige Diplomat, der am Tage des Putsches in seiner Botschaft war; „zufällig" funktionierten an diesem Tage auch seine Telefonverbindungen. „Zufällig" trafen auch kurz vor dem Coup 700 britische Fallschirmjäger — nach anderen Berichten Pioniereinheiten — zu „Routineübungen" in Kenia ein. Hierzu der rechtsgerichtete englische „Sunday Express" vom 17. Januar: Grund für die Entsendung der Truppen sei ihre Bereithaltung zum Eingreifen im Falle „antibritischer Ausschreitungen in afrikanischen Commonwealth-Staaten, die einer britischen Entscheidung, Marine-Waffen an Südafrika zu verkaufen, folgen könnten. . . . Zwei von Kenias nächsten Nachbarn sind Präsident Milton Obotes Uganda und Julius Nyereres Tansania. Jenseits Tansanias liegt Präsident Kenneth Kaundas Sambia. Alle drei Staaten haben gegenüber jeglichen britischen Waffenverkäufen an Südafrika eine feindselige Haltung eingenommen, und in ihnen würden am ehesten anti-britische Ausschreitungen beginnen.

[21]) In: „Bewaffneter Kampf in Afrika", München 1969.

Von den Ministern ist nur einer — bezeichnenderweise der Innenminister — Angehöriger der Armee; außer dem bisherigen Generalinspekteur der Polizei, E. W. Oryema, der auf den Stuhl des Ministers für Wasser-Ressourcen hochgelobt und bei der Polizei von einem „Vertrauenswürdigeren" abgelöst wurde, — Oryema soll seine Zustimmung zum Putsch nur mit Waffengewalt abgepreßt worden sein —, und dem bisherigen Chef der Gefängnisverwaltung, F. L. Okwaare, der Landwirtschaftsminister wurde, besteht das restliche „Kabinett" aus Zivilisten, aus einer Ansammlung ausgesprochener Technokraten und Opportunisten. Bei ihrer ersten Kabinettssitzung am 7. Februar wurden jedoch auch die zivilen Minister zur Armee einberufen (was sie auch förmlich der militärischen Disziplin unterwirft und Drohungen mit Kriegsgerichtsverfahren ermöglicht); sie legten einen Treueid auf Amin ab und beschworen die Befolgung der Befehle aller Vorgesetzten. Vertreter der militanten Reaktion ist der Erziehungsminister Abubakar Mayanja, einstiger Erziehungsminister in der Regierung des Kabaka (Landesregierung für Buganda vor 1966). Seine erste offizielle Erklärung weist die neue Richtung für das Erziehungswesen: er deutete die Abschaffung der Schülerräte und der politisch progressiven NUSU (National Union of Students of Uganda), zumindest in ihrer jetzigen Form, an; außerdem könne die Politik der „Indoktrinierung der Schüler nicht länger geduldet werden. Mit anderen Worten: selbst die äußerst zögernden Versuche der bisherigen Regierung, das Schulwesen den Bedingungen des Landes (mindestens 95 Prozent der Bevölkerung leben im landwirtschaftlichen Sektor) anzupassen, werden zugunsten eines um die Jahrhundertwende in England gültigen Elite-Konzepts gestoppt.

Der neue Finanzminister hat es in einem Interview mit der „Financial Times" als eine der Prioritäten des neuen Regimes bezeichnet, das durch Obote erschütterte Vertrauen der Privatinvestoren wiederherzustellen. Er sagte eine baldige Überprüfung der 60-Prozent-Staatsbeteiligungsmaßnahmen für die bislang davon noch nicht betroffenen Unternehmen zu; das sind in der Tat die meisten: von etwa 85 zur Nationalisierung anstehenden Unternehmen waren erst bei fünfen die 60-Prozent-Anteile tatsächlich übernommen worden!

Auch sonst ist die neue Richtung klar: „Der Kommunismus hat keinen Platz in Afrika", meint Ben Kiwanuka; der ehemalige Minister Dr. Lumu spricht sich für diplomatische Beziehungen zu Südafrika — an das im übrigen Großbritannien ruhig Waffen liefern solle — und Rhodesien aus; „Jolly Joe" Kiwanuka fordert gar die Wiedererrichtung der Königtümer.

Letzteres ist freilich unwahrscheinlich; Amin hat klargemacht, daß das Land eine Republik bleiben werde. Wahrscheinlicher als die Rückkehr ins Feudalstadium ist eine Entwicklung im Stile Ghanas, eine Herrschaft der erstarkten und durch Rückhalt beim Militär gesicherten Kompradorenbourgeoisie — mit Ben Kiwanuka in der Rolle Kofi Busias, mit oder ohne einen Staatspräsidenten Amin. Möglich ist auch das Andauern des Militärregimes, gestützt auf Technokraten und Opportunisten, vielleicht unter Amin in der Rolle eines Abeid Karume von rechts.

Nicht völlig auszuschließen ist jedoch die Möglichkeit eines Gegenputsches oder einer Guerilla in einigen Teilen des Landes — das Potential hierzu könnte unter den für „unzuverlässig" erachteten Soldaten und Offizieren zu finden sein, die derzeit in großer Zahl demobilisiert werden und die sich eventuell den schon in den Busch gegangenen Kameraden anschließen könnten.

Sehr viel spricht freilich im Augenblick dafür, daß Uganda politisch, wirtschaftlich und sozial den Weg Ghanas gehen wird — der „common man" wird dabei auf der Strecke bleiben. Übrigens: der erste Staat, der das neue Regime förmlich anerkannte, war Großbritannien.

Fernseh-Spalte

HEILE WELT

Nicht nur der Karneval, Fossil aus klerikal-feudalistischer Zeit, ist in Mainz noch in Ordnung, sondern auch die Welt; die von Professor Holzamer („Ritter des Gregoriusordens mit Stern" und „Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem", laut „Spiegel" vom 22. 2. 1971) repräsentierte heile Welt. 56 der 62 anwesenden Mitglieder des Fernsehrates sicherten ihm für die nächsten fünf Jahre den Intendanten-Thron. Warum indessen so hurtig, ist doch seine Amtszeit erst im Frühjahr 1972 abgelaufen!? „Die Zeit" kommentierte am 12. 2. 1971, die Vorverlegung des Termins „wird der geschickten Regie des ehemaligen Holzamer-Assistenten Dieter Stolte zugeschrieben, der jetzt Leiter der Hauptabteilung Programmplanung ist und im ZDF auch als ‚Schatten-Intendant' apostrophiert wird. Er vermied damit eine öffentliche Diskussion . . ."

Pragmatisch betrachtet, ist das — wenn die Information stimmt — tatsächlich ein geschickter Schachzug gewesen. Denn eines erscheint mir sicher: auch Dieter Stolte hat ein spezielles Interesse an der Erhaltung der heilen ZDF-Welt. Genau wie Gerhard Löwenthal. Genau wie der Schrecken der sozial Gestrauchelten, Eduard Zimmermann, der sich mit verhaltenem Predigerton ganz dem auf Seriosität erpichten Image seines Intendanten angepaßt hat. Ich bezweifle nur, daß eine öffentliche Diskussion eine Änderung bewirkt hätte. Aber Leute, die ihr Volk mit Kalender-Weisheiten füttern, halten es eben auch mit solchen. Vorbeugen ist besser als heilen. Im zuletzt erschienenen „Jahrbuch 1969" des ZDF bezeichnete Dieter Stolte Kontinuität als „eine Voraussetzung für eine gute Programmarbeit". Für ihn bedeutet dies, „einmal geprägte Sehgewohnheiten zu nutzen und bei aller Beweglichkeit Änderungen nur dort vorzunehmen, wo sie notwendig oder wünschenswert erscheinen."

Ich schließe daraus: Eine nachhaltige Veränderung der Sehgewohnheiten wäre gleichbedeutend mit einem gravierenden Wandel in den Denk- und Verhaltensweisen von Millionen. Ein aufgeklärtes, zu sozialer Verantwortung bekehrtes und politisch mitdenkendes Fernsehvolk aber würde Manipulatoren vom Schlage Holzamer, Löwenthal und Stolte fröhlich verabschieden. So gesehen, hat Stolte wirklich geschickt vorgesorgt (wenn die Information stimmt). Und natürlich auch ein Löwenthal und Zimmermann können nur an der Erhaltung des Status quo interessiert sein. Man stelle sich vor, Zimmermann würde statt Menschenjagd Aufklärung machen, den Millionen Wohnzimmer-Detektiven mal statt aufregendem Feierabendwein klares Wasser einschenken: nämlich die Wechselbeziehungen von Kriminalität und Gesellschaft gemeinverständlich darlegen. Seine TV-Goldgrube wäre bald nicht mehr fündig. Undsoweiter. — So geht nun also die Verdummungspolitik unbehindert weiter. Shows (bewährte Drogen gegen Realitätsbewußtsein), „Familienprogramm" (optimale Präsenz der Holzamer-Ideologie, von ihm selbst „Lebenshilfe" getauft), Western und Krimis (angeblich Medizin wider den Aggressionstrieb und Märchen zugleich, weil ja das „Gute" siegt), rabiate Verfälschung der Historie und Zeitgeschichte im sogenannten „Dokumentarspiel", die ganze anti-emanzipatorische Einstufung der Frau (und natürlich Mutter) im Gesamtbild des ZDF, die Überbewertung des Sports (Brot und Spiele): all dies wird weiterhin dazu beitragen, das bundesdeutsche Fernsehvolk im Bewußtseinsstand der Gartenzwerge zu halten, die das treffliche Wahrzeichen dieser Anstalt sind.

Und die SPD schaut nicht nur zu, sondern ist's zufrieden. Im Proporz-Töpfchen lag auch ein Bissen für sie bereit! Dem televisionären Scheichtum des CDU-Intendanten Holzamer droht — alles in allem — von außen und von der Verwaltungsseite her keinerlei Gefahr. Die Lage im Innern —, das ist das Strohhälmchen. Wenn sich die Unruhe weiter ausbreitet, wenn ein Teil der zweieinhalbtausend ZDF-Beschäftigten die autoritären Praktiken eines Tages mit einer Palastrevolte quittieren sollte, dann könnte vielleicht auch ein anderer Geist in die aufwendige Mainzer Anstalt einziehen. Den jetzigen Geist möchte ich mit einem Zitat aus der „Zeit" vom 12. 2. 1971 belegen: „Ein Redakteur, der mit einer Recherche anfangen will, braucht zuvor sieben Unterschriften, die er auf dem Dienstweg einholen muß."

E. H. Wahl

Bücher

„Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971"

Als Bundeskanzler Brandt am 28. Januar 1971 vor dem Bundestag den Bericht zur Lage der Nation abgab, legte die Bundesregierung allen Bundestagsabgeordneten gleichzeitig eine umfangreiche Dokumentation auf den Tisch. Diese Dokumentation beschreibt (und analysiert teilweise) wesentliche sozio-ökonomische Grundlagen beider deutscher Staaten.

Als Methode der Darstellung wählte die Gruppe der von der Bundesregierung beauftragten Wissenschaftler unter Leitung von Prof. Peter Christian Ludz (Westberlin) die empirisch-statistische Deskription von vergleichbaren Materialien. Das mag sich alles ganz trocken, sogar langweilig anhören, und es ist auch nicht einfach, sich durch 374 Seiten wissenschaftlich aufbereiteten statistischen Materials durchzuarbeiten. Aber wenn man diese umfangreiche, in wesentlichen Teilen nüchterne und sachliche Analyse verschiedenster Lebensbereiche beider deutscher Staaten jener kleinen Bibliothek gegenüberstellt, die in 20 Jahren mit eifriger Förderung aller Bundesregierungen über die DDR entstanden ist, dann kann man die Veröffentlichung dieser Dokumentation als offizielles Material der Bundesregierung als kleine Sensation empfinden.

Über 50 Wissenschaftler haben Fakten und Tatsachen über die DDR zusammengestellt, mit denen das in vielen Jahren sorgsam aufgebaute Schreckensbild über den deutschen Staat, „der nicht sein darf", restlos am Boden zerstört wird.

Was zunächst die Wissenschaftler selbst anbelangt, so steht die Arbeitsgruppe unter der Leitung eines Wissenschaftlers, der ein erklärter Gegner der Totalitarismus-Doktrin ist. Von der alten Garde der „Zonenspezialisten", für die ein schmutziges Handwerk lange Zeit ein Handwerk mit goldenem Boden war, ist niemand mehr dabei, wenn auch das Bild, das diese im doppelten Sinne „alten Kämpfer" von der DDR entwarfen, immer noch und nicht zuletzt in den Schulbüchern lebendig geblieben ist. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Prof. Ludz und seine wissenschaftlichen Mitarbeiter sind keineswegs verdächtig, Freunde der DDR zu sein. Im Gegenteil, wir werden noch zu untersuchen haben, an welchen Stellen der Dokumentation die alten Dummheiten und Unarten wieder hindurchscheinen. Das vorgelegte Material gibt sich zwar wertfrei, ist es aber nicht durchgängig. Aber, die Herren sind Wissenschaftler, keine Scharlatane. Sie lassen Fakten gelten, sie haben auf ihrem Gebiet begriffen, um es mit Brecht's Galilei zu sagen, daß die Winkelsumme im Dreieck nicht nach den Bedürfnissen der CDU/CSU abgeändert werden und daß die Entwicklung der DDR zu einem modernen sozialen Industriestaat wissenschaftlich nicht so erklärt werden kann, daß der Bayernkurier und Rainer Candidus Barzel hurra schreien.

So sprechen auf 370 Seiten unzählige Fakten zu uns, und es ist nicht verwunderlich, daß das alles in den Ohren der CDU/CSU-Opposition wie reine Ketzerei und kommunistische Propaganda klingen muß. Erstaunliche Dinge kommen da zutage, die man sonst immer nur „von extremen Außenseitern" hörte. Hier ein paar Beispiele:

„Die im Jahr 1971 bestehenden völkerrechtlichen Einbindungen der Bundesrepublik in die westlichen, der DDR in die östlichen Bündnissysteme ist das Resultat der Nachkriegspolitik der ehemaligen Siegermächte gegenüber Deutschland, das Ergebnis der eigenständigen Politik der beiden deutschen Staaten und schließlich weltpolitischer Entwicklungen, die sich außerhalb der Deutschland berührenden Fragen ergeben haben." (Dokumentation S. 1)

„Beide deutsche Staaten haben sich ihren jeweiligen Verbündeten gegenüber zu einer Politik des Gewaltverzichts, zu gegenseitigen Konsultationen sowie zu einer Politik entsprechend dem Demokratieverständnis ihrer Partner verpflichtet." (Dokumentation S. 2)

„Die Ausstattung der Bundesrepublik mit hochqualifizierten Arbeitskräften war in den sechziger Jahren besser als die der DDR, vor allem wegen der vorangegangenen Abwanderung von Akademikern aus

der DDR. Inzwischen dürfte der Akademikeranteil an den Erwerbspersonen in der Bundesrepublik von dem in der DDR erreicht, wenn nicht übertroffen worden sein. Dabei fällt in der DDR besonders deutlich die bessere Ausstattung mit Fachschulabsolventen ins Gewicht." (Dokumentation S. 26)

„Die Ausgaben der Arbeitnehmer für Mieten haben sich in der Bundesrepublik von 1950 bis 1968 mehr als vervierfacht, in der DDR sind sie kaum gestiegen. Die Mieten qualitativ vergleichbarer Wohnungen sind in der Bundesrepublik zwei- bis dreimal so hoch wie in der DDR." (Dokumentation S. 72)

„Steigende soziale Aufwendungen wurden in der Bundesrepublik durch Beitragserhöhungen für die Versicherten und durch Steigerungen der staatlichen Zuschüsse finanziert. In der DDR blieben dagegen der Beitragssatz von 20 Prozent und die Beitragsbemessungsgrenze von 600 Mark seit Jahren konstant; der Finanzausgleich wurde fast vollständig über den Staatshaushalt hergestellt." (Dokumentation S. 115)

Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Und das sind nun wirklich Töne und Feststellungen, wie wir sie bisher aus Richtung der Regierung noch nicht gehört haben. Es werden aber auch sehr schnell die Grenzen einer solchen vergleichenden Darstellung sichtbar. Hinter vordergründiger Sachlichkeit verbergen sich nicht selten handfeste politische Aktionen, von denen man nicht so gerne spricht, da sie „wissenschaftlich" wohl kaum zu erklären sind.

Hier ein charakteristisches Beispiel: Unter der Überschrift „Verbindung zu internationalen Organisationen der Entwicklungshilfe" heißt es auf Seite 14 der Materialien:

„Obwohl die Bundesrepublik nicht Mitglied der UN ist, arbeitet sie in der UN und ihren Sonderorganisationen mit ... Die DDR, ebenfalls nicht Mitglied der UN, leistet im Rahmen der UN und ihrer Sonderorganisationen keine Entwicklungshilfe."

Das klingt ganz harmlos, ist es aber bekanntlich nicht. Die DDR hat, unterstützt von vielen Staaten der Erde, nicht wenige Anstrengungen gemacht, um z. B. Mitglied der Weltgesundheitsorganisation der UN zu werden. Es stieß auf Befremden und Empörung, daß die DDR, deren Gesundheitswesen vorbildlich organisiert ist, nicht aufgenommen wurde. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß Bonn unter Ausnutzung aller diplomatischen Kanäle, durch Überredung und Druck eine Aufnahme der DDR als Vollmitglied der Weltgesundheitsorganisation bisher verhindern konnte. Was heißt da der Satz in der Dokumentation, daß die DDR im Rahmen der Sonderorganisationen der UN keine Entwicklungshilfe leistet?

Von solchen „objektiv-beschreibenden" Darstellungen bis zur offenen Unwahrheit ist es dann oft nur ein Schritt. Hier zwei Beispiele. In dem Abschnitt „Landwirtschaft (S. 59 f. der Dokumentation) heißt es zunächst, daß die Maßnahmen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur sich in der BRD auf den Rahmen beschränken, den u. a. das Grundrecht auf Eigentum absteckt.

Das ist eine sehr interessante Bemerkung, wenn man bedenkt, daß zwischen 1960 und 1969 insgesamt 228 400 landwirtschaftliche Betriebe der Bundesrepublik verschwanden, d. h. rund eine Viertel Million Bauernfamilien aufhörten, Bauern zu sein. Diesem angeblichen „Grundrecht auf Eigentum" in der BRD wird dann gegenübergestellt, daß in der DDR eine vollständige Umwandlung der Betriebsstruktur erfolgte. Es wird aber verschwiegen, daß diese teilweise nicht ganz so freiwillige Umwandlung unter völliger Wahrung des Eigentums an Grund und Boden erfolgte. Es wurde nicht, wie in der BRD, massenhaft Eigentum vernichtet. Der Genossenschaftsbauer trage Merkmale eines Arbeitnehmers, heißt es auf Seite 89 der Dokumentation. Das ist unwahr. Der Genossenschaftsbauer verkauft nicht seine Arbeitskraft, er ist Eigentümer und hat sich mit anderen Eigentümern genossenschaftlich zusammengeschlossen. Die gemeinsam erwirtschafteten Erträge werden am Jahresende verteilt, investiert oder konsumiert. Man sieht, und die Beispiele ließen sich vermehren, Prof. Ludz zögert an nicht wenigen Stellen, das überkommene Klischeebild von der DDR restlos zu zerstören. Oder durfte er es nicht? Wie man hört, war die Dokumentation schon einmal ausgedruckt und wurde dann wieder eingestampft. War die erste Fassung vielleicht zu „objektiv", zu sehr streng nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten erarbeitet?

Ein anderes Beispiel: Auf der Seite 100 der Dokumentation wird zunächst sehr richtig

dargestellt, daß das Niveau der Verbraucherpreise bei Dienstleistungen in der DDR erheblich niedriger sei als in der Bundesrepublik.

Es wird insbesondere auf Strom-, Gas-, Verkehrs- und Posttarife hingewiesen, die sich in der DDR seit fast 20 Jahren nicht geändert haben oder sogar noch Vorkriegstarife sind. Aber dann heißt es:

„Eine besondere Gruppe bilden die von Kinos, Theatern und anderen Bildungseinrichtungen angebotenen Leistungen, die stärker als im Bundesgebiet subventioniert werden. Ein einwandfreier Preisvergleich ist hier kaum möglich." Man fragt sich, warum der wissenschaftlichen Kommission, die teilweise nicht ganz einfache Materien miteinander vergleicht, ausgerechnet hier bei den Preisen für Theater und Kino die Luft ausgegangen ist, denn „ein einwandfreier Preisvergleich" ist natürlich möglich. Aber vielleicht wäre er zu schlecht für ein so reiches Land wie die Bundesrepublik ausgefallen?

Und damit sind wir bei der Frage angelangt, auf Grund welcher Materialien die Wissenschaftler ihre umfangreichen Vergleiche erarbeitet haben.

Auch hier stoßen wir auf ein Novum. Bezüglich der DDR wird das von DDR-Statistikern erarbeitete und in den Statistischen Jahrbüchern der DDR und anderen wissenschaftlichen Publikationen veröffentlichte Material zur Grundlage der Untersuchung gemacht, ohne Einschränkung und ohne nennenswerte Vorbehalte. Das von der DDR bisher veröffentlichte statistische Material ist in den vergangenen Jahren nicht selten als „reine Propaganda" oder „plumpe Fälschung" abgetan worden. Davon ist keine Rede mehr.

Der aufmerksame Leser fragt sich allerdings, ob die vergleichende Darstellung von statistischem Material wissenschaftlichen Ansprüchen immer gerecht wird. Nehmen wir als Beispiel das Problem der Arbeitsproduktivität. Es kann sicher nicht bestritten werden, daß die Arbeitsproduktivität in der BRD noch immer höher ist als in der DDR.

Aber wir würden der Leistung der arbeitenden Menschen im anderen deutschen Staat gerechter, wenn wir die Arbeitsproduktivität in der DDR in der Entwicklung betrachten würden. Denn mit Recht muß gegen die vergleichende Methode eingewandt werden, daß, wissenschaftliche Sorgfalt und guter Wille immer vorausgesetzt, doch immer qualitativ und quantitativ unterschiedliche Größen miteinander verglichen werden. Die völlig unterschiedlichen Ausgangspunkte der Entwicklung unter völlig unterschiedlichen gesellschaftlichen Vorzeichen werden fast immer nicht berücksichtigt. Der Vergleich, um bei unserem Beispiel zu bleiben, zwischen der Arbeitsproduktivität eines hochindustrialisierten Landes mit der eines anderen hochindustrialisierten Landes ist nur die eine Seite des Problems. Zu leicht könnte man nämlich schlußfolgern, in der DDR sind eben die Leute fauler als in der BRD. Die andere Seite ist die Frage nach der Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der DDR in den letzten 15 Jahren. Und da hätte man die Statistik der DDR schon ein wenig intensiver auswerten sollen. Warum sollte dem westdeutschen Leser z. B. verschwiegen werden, daß die Arbeitsproduktivität in der DDR in den Industriebereichen Elektrotechnik und Chemie gegenüber 1955 (100 Prozent) auf 345 Prozent (Elektrotechnik) bzw. 310 Prozent (Chemie) im Jahre 1969 gestiegen war? Da ließen sich noch mehrere eindrucksvolle Beispiele anführen.

Man muß auch aufhören, und hier hat die Wissenschaftlergruppe um Prof. Ludz sich nicht immer exakt genug ausgedrückt, mit bestimmten soziologischen Begriffen zu operieren, die allzu gerne auch für die Apologetik der Privatwirtschaft eingesetzt werden. Denken wir z. B. an den Begriff „Lebensstandard". Mit Vorliebe werden in der Polemik gegen die DDR bestimmte in den Begriff Lebensstandard eingehende Faktoren hervorgehoben (und auch nicht weniger wichtigere oder sogar wichtigere weggelassen), um den Sozialismus als verdammenswürdig hinstellen zu können. Natürlich ist es barer Unsinn, wenn als spezifische Merkmale „westlichen Lebensstandards" immer wieder Autos, Kaffee und Apfelsinen hervorgehoben werden, wobei man, was die Autos anbelangt, nur hoffen kann, daß die Städte der DDR in der Zukunft vor solchen Folgen des „Lebensstandards" wie völlige Vergiftung der Luft verschont bleiben mögen. Offensichtlich waren sich die Wissenschaftler nicht einig, was sie eigentlich unter Lebensstandard begreifen sollten. Zunächst wird bei den Abschnitten 287—291 der Begriff Lebensstandard

völlig auf die Faktoren Ersparnisse und privater Konsum eingeengt. Gewolltes Ergebnis: „Der Abstand im Lebensstandard zwischen beiden deutschen Staaten hat sich weiter vergrößert" (S. 85).

Bei der folgenden Untersuchung werden dann weitere Faktoren, die in den Begriff Lebensstandard eingehen, untersucht. Obwohl die meisten dieser Faktoren eindeutig zu Gunsten der DDR sprechen, wie Staatsausgaben für Wissenschaft und Bildung, geringere Säuglingssterblichkeit, unentgeltliche medizinische Betreuung, höheres Niveau der allgemeinen Bildung, keine Erwerbslosigkeit und keine Sorge um den Arbeitsplatz, geringere Arbeitsunfallquoten usw., wird die generelle These, daß der Abstand im Lebensstandard zwischen beiden deutschen Staaten sich weiter vergrößert habe, weder korrigiert noch in Frage gestellt. Hier beginnen unsere Wissenschaftler den Boden der Wissenschaft zu verlassen.

Es kann hier nicht ausführlich die Frage beantwortet werden, welche Gebiete bei der vergleichenden Darstellung ganz fehlen, aber z. B. innerhalb des Bereiches „Lebensstandard" wären Vergleiche über Prostitution oder Kriminalität ebenso interessant gewesen wie die Beantwortung der Frage, wieviele Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz es in beiden deutschen Staaten innerhalb eines Jahres gibt. 1969 gab Bundesarbeitsminister Arendt für die Bundesrepublik die Zahl von jährlich ca. 50 000 Verstößen gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz bekannt. Aber dieser BRD-DDR-Report, so betonen seine Verfasser, sollte auch nur ein Anfang sein, und er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Bleiben zum Schluß zwei Fragen noch offen. Zunächst: Welche Gründe mag die Bundesregierung bewogen haben, gerade zum jetzigen Zeitpunkt ein umfangreiches vergleichendes Material über beide deutsche Staaten vorzulegen? Die Antwort kann nur lauten: Diese Dokumentation soll der Politik der Bundesregierung nützen.

Das tut die Dokumentation in zweifacher Hinsicht. Zunächst räumt sie restlos auf mit jener These, die ja nicht nur in den Köpfen der Opposition, sondern immer noch in den Köpfen vieler Deutscher herumspukt: „Die da drüben leben unter unmenschlichen Bedingungen, und sie müssen endlich befreit werden".

Wie gesagt, mit dieser blödsinnigen These räumt die Dokumentation restlos auf. Aber zugleich verstärkt sie eine Illusion, die ein Bestandteil der Deutschlandpolitik der jetzigen Regierung ist: beide deutsche Staaten sind hochmoderne Industriestaaten mit ähnlichen Problemen und ähnlichen Entwicklungen. Und was sich ähnlich entwikkelt, kann auch eines Tages wieder vereinigt werden. Und der vorbildliche Staat sei doch die Bundesrepublik. Daß es da nichts wieder zu vereinigen gibt, mit dieser Tatsache will die Regierung Brandt sich nicht abfinden. Denn wenn diese Illusion auch noch zerstört ist, gibt es keine besonderen innerdeutschen Beziehungen mehr. Außerdem muß man berücksichtigen, daß auch die jetzige Koalitionsregierung mit den Interessen des Großkapitals eng verknüpft ist. Große materielle Interessen stehen auf dem Spiel, und Ostaktien sind immer noch „Hoffnungswerte".

Wolfgang Plat

Die Brüning-Memoiren

Heinrich Brüning, Memoiren 1918—1934. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1970, 721 S., DM 30,—

Der heutigen Jugend, die nur selten geschichtlich interessiert ist, sagt der Name Heinrich Brünings wenig. Auch die Fünfzigjährigen werden sich seiner kaum noch erinnern. Für viele von der älteren Generation freilich, die die Weimarer Jahre bewußt miterlebt haben, dürfte die Lektüre der „Memoiren 1918—1934" des 1970 im Alter von 84 Jahren in Amerika Verstorbenen von hohem Reiz sein.

Der weitaus größte Teil der Erinnerungen umfaßt die zwei Jahre und zwei Monate der Reichskanzlerschaft Brünings. Es waren die letzten Jahre der Weimarer Republik, auf Brüning folgten noch Papen und Schleicher im Amte nach, genau acht Monate nach Brünings Entlassung war Adolf Hitler Reichskanzler.

„Als Heinrich Brüning am 30. März 1930 fünfundvierzigjährig seine Kanzlerschaft begann, war er der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt, als er am 30. Mai 1932 demissionierte, war er der maßgebliche Politi-

Mosse-Unternehmen waren illiquide geworden. Dazu setzte ein Generalangriff der alldeutsch-Hugenbergschen Clique, teils ganz offen, teils auf dem Wege über übelste Intrigen ein. Nur zu oft lieh der alte Hindenburg all diesen Quertreibereien sein Ohr.

Anfang Oktober 1931 bildete Brüning sein Kabinett um, der Reichstag wurde auf vier Monate vertagt, die ersten Vorbereitungen für die Neuwahl des Reichspräsidenten getroffen. Die Schilderung der Bemühungen Brünings um die Wiederwahl Hindenburgs und des schnöden Undanks, mit dem dieser wenige Wochen später seinen Kanzler fallen ließ, gehören zu den menschlich ergreifendsten Teilen des Buchs. Eine nächtliche Unterhaltung mit dem seit langem hinter den Kulissen agierenden General Kurt v. Schleicher zeigte Brüning, daß sein Schicksal als Kanzler besiegelt war (S. 575 ff.). Noch einmal trat er vor den Reichstag und sprach von der Notwendigkeit, „die letzten 100 Meter vor dem Ziel" die Nerven zu behalten. Es war vergeblich. Am 29. Mai 1932 verlangte der Reichspräsident, der ihn nach seiner Wiederwahl „der ewigen Dankbarkeit seiner Familie" versichert hatte (S. 533), die Demission des Gesamtkabinetts. Zwei Jahre später mußte Heinrich Brüning vor den Häschern der Gestapo ins Ausland flüchten.

Die Lektüre der Memoiren Heinrich Brünings bestätigt das Bild, das die ernste zeitgeschichtliche Forschung seit langem erarbeitet hat. Seine nicht nur konservative, sondern eindeutig monarchistische Grundhaltung mag schon zu seiner Zeit überholt gewesen sein, seine wirtschaftspolitische Konzeption kann jedenfalls heute nicht mehr als Muster dienen. Was bleibt, ist ein zielbewußter, ganz der Sache ergebener Politiker, ein unermüdlicher Arbeiter, eine untadelige, wahrhaft noble Persönlichkeit.

Harold Rasch

Dokumente zum Zeitgeschehen

Vertrag über das Verbot der Placierung von Kernwaffen und anderen Waffen der Massenvernichtung im Meeresbett, auf dem Meeresboden und dem Untergrund hiervon

(Wortlaut)

Der nachstehend abgedruckte internationale Vertrag wurde am 11. Februar in London, Moskau und Washington von den Außenministern der drei Depositarmächte Großbritannien, UdSSR und USA sowie den Vertretern einer Reihe weiterer Staaten, die bereits am Unterzeichnungstag dem Vertrag beitraten, signiert. Der Vertrag geht zurück auf die Empfehlung der Resolution 2602 F der UN-Vollversammlung und einen gemeinsamen Vertragsentwurf der UdSSR und der USA, der aufgrund der UN-Beratungen mehrfach revidiert und am 1. 9. 1970 in der endgültigen Fassung unterbreitet wurde. D. Red.

Die Vertragsstaaten / anerkennen das gemeinsame Interesse der Menschheit an dem Fortschritt der Erforschung und Verwendung des Meeresbetts und des Meeresbodens für friedliche Zwecke / sind der Auffassung, daß die Verhinderung eines nuklearen Rüstungswettlaufs im Meeresbett und auf dem Meeresboden den Interessen der Aufrechterhaltung des Weltfriedens, der Verminderung internationaler Spannungen und der Stärkung freundlicher Beziehungen zwischen den Staaten dient, / sind überzeugt, daß dieser Vertrag einen Schritt zum Ausschluß des Meeresbetts, des Meeresbodens und des Untergrunds hiervon vom Rüstungswettlauf darstellt, / sind überzeugt, daß dieser Vertrag einen Schritt zu einem Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle darstellt, und sind entschlossen, Verhandlungen zu diesem Zweck fortzusetzen, / sind überzeugt, daß dieser Vertrag die Absichten und Grundsätze der UN-Charta in einer Weise fördern wird, die mit den Grundsätzen des

Völkerrechts übereinstimmt und die Freiheit der Meere nicht beeinträchtigt, / haben folgendes vereinbart:

ARTIKEL I: 1) Die Vertragstaaten verpflichten sich, im Meeresbett, auf dem Meeresboden und im Untergrund hiervon jenseits der äußeren Grenze der Meereszone, die im Artikel II definiert wird, keine Kernwaffen oder andere Waffentypen der Massenvernichtung und auch keine Strukturen, Abschußeinrichtungen oder irgendwelche andere Vorrichtungen, die speziell für die Lagerung, Erprobung oder Verwendung solcher Waffen bestimmt sind, zu fixieren oder zu placieren. 2) Die Verpflichtungen von Paragraph 1 dieses Artikels sollen auch auf die Meereszone, auf die in diesem Paragraph Bezug genommen ist, Anwendung finden, mit der Ausnahme, daß sie innerhalb dieser Meereszone keine Anwendung auf den Küstenstaat oder auf das Meeresbett unterhalb seiner Territorialgewässer findet. 3) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, keinen Staat zu unterstützen, zu ermutigen oder anzustiften, daß er Tätigkeiten ausführt, auf die sich Paragraph 1 dieses Artikels bezieht und auch in keiner anderen Weise an solchen Aktionen teilzunehmen.

ARTIKEL II: Für Zwecke dieses Vertrages soll die äußere Grenze der Meereszone, auf die in Artikel I Bezug genommen ist, mit der 12-Meilen-Außengrenze jener Zone zusammenfallen, auf die im Teil II der Konvention über die Territorialgewässer und die benachbarte Zone Bezug genommen wird, welche am 29. April 1958 in Genf unterzeichnet wurde, und soll in Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Teil I Abschnitt 2 dieser Konvention und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht gemessen werden.

ARTIKEL III: 1) Um die Ziele der Bestimmungen dieses Vertrages zu fördern und deren Einhaltung zu gewährleisten, soll jeder Vertragsstaat das Recht haben, die Tätigkeit anderer Vertragsstaaten im Meeresbett und auf dem Meeresboden und im Untergrund hiervon jenseits der in Artikel I genannten Zone durch Beobachtung zu verifizieren, vorausgesetzt, daß die Beobachtung solche Tätigkeiten nicht stört. 2) Wenn nach einer solchen Beobachtung vernünftige Zweifel betreffend die Erfüllung der laut Vertrag übernommenen Verpflichtungen verbleiben, sollen der Vertragsstaat, der solche Zweifel hegt, und der Vertragsstaat, der für die Tätigkeiten verantwortlich ist, die zu den Zweifeln Anlaß geben, sich in der Absicht konsultieren, diese Zweifel zu beseitigen. Wenn die Zweifel andauern, soll der Vertragsstaat, der solche Zweifel hegt, die anderen Vertragsstaaten notifizieren, und sollen die betreffenden Parteien bei solchen weiteren Verifizierungsverfahren zusammenarbeiten, die vereinbart würden, einschließlich einer angemessenen Inspektion von Objekten, Strukturen, Einrichtungen und anderen Vorrichtungen, von denen man vernünftigerweise annimmt, daß sie derart sind, wie in Artikel I beschrieben. Die Parteien in der Region dieser Tätigkeiten, einschließlich von Küstenstaaten und jede andere Partei, die darum ansucht, soll berechtigt sein, an solchen Konsultationen und solcher Zusammenarbeit mitzuwirken. Nach Vollendung der weiteren Verifizierungsverfahren soll jene Partei, welche diese Verfahren in Gang setzte, einen entsprechenden Bericht bei den anderen Parteien zirkulieren. 3) Wenn der Staat, der für die Tätigkeiten verantwortlich ist, die zu vernünftigen Zweifeln Anlaß geben, durch Beobachtung des Objekts, der Struktur, der Einrichtung oder anderer Vorrichtungen nicht identifizierbar ist, soll der Vertragsstaat, der solche Zweifel hegt, Vertragsstaaten in der Region dieser Tätigkeiten und auch jeden anderen Vertragsstaat verständigen und angemessen befragen. Wenn durch diese Befragung festgestellt wird, daß ein bestimmter Vertragsstaat für die Tätigkeiten verantwortlich ist, soll dieser Vertragsstaat andere Parteien konsultieren und mit ihnen zusammenarbeiten, wie dies im Paragraph 2 dieses Artikels vorgesehen ist. Wenn die Identität des für diese Tätigkeiten verantwortlichen Staate durch die Befragung nicht festgestellt werden kann, so können weitere Verifizierungsverfahren, einschließlich einer Inspektion, durch den fragenden Vertragsstaat unternommen werden, der die Mitwirkung der Parteien in der Region der Tätigkeiten, einschließlich der Küstenstaaten, aber auch jedes anderen Staates, der eine Zusammenarbeit wünscht, zur Teilnahme einladen soll. 4) Wenn Konsultation und Zusammenarbeit laut den Paragraphen 2 und 3 dieses Artikels die Zweifel betreffend die Tätigkeiten nicht beseitigt haben, und eine ernste Frage betreffend die Erfüllung der durch den Vertrag unternommenen Verpflichtungen offenbleibt, kann ein Vertragsstaat in Übereinstimmung mit den Bestimmun-

gen der UN-Charta die Angelegenheit vor den Sicherheitsrat bringen, der eine Aktion in Übereinstimmung mit der Charta unternehmen kann. 5) Eine Verifizierung gemäß diesem Artikel kann durch jeden Vertragsstaat unternommen werden, durch Verwendung seiner eigenen Mittel oder mit der vollen oder teilweisen Hilfe eines anderen Vertragsstaates oder durch angemessene internationale Verfahren im Rahmen der UN und in Übereinstimmung mit ihrer Charta. 6) Verifizierungstätigkeiten gemäß diesem Vertrag sollen Tätigkeiten anderer Vertragsstaaten nicht stören und sollen mit gebührender Achtung der Rechte durchgeführt werden, die durch das Völkerrecht anerkannt sind, einschließlich der Freiheit der Meere und der Rechte der Küstenstaaten in Bezug auf die Erforschung und Auswertung ihrer Festlandsockel.

ARTIKEL IV: Nichts in diesem Vertrag soll so interpretiert werden, als ob es den Standpunkt irgendeines Vertragsstaates in Bezug auf bestehende internationale Konventionen einschließlich der Konvention über die Territorialgewässer und die benachbarte Zone von 1958 oder in Bezug auf Rechte oder Ansprüche, welche ein solcher Vertragsstaat behaupten mag, oder in Bezug auf die Anerkennung oder Nichtanerkennung von Rechten oder Ansprüchen, die von einem anderen Staat behauptet werden und die sich auf Gewässer an ihren Küsten beziehen, einschließlich u. a. der Territorialgewässer und der benachbarten Zonen, oder die sich auf das Meeresbett und den Meeresboden einschließlich der Festlandsockel beziehen, unterstützen oder präjudizieren würde.

ARTIKEL V: Die Vertragsparteien verpflichten sich, betreffend weiterer Maßnahmen Verhandlungen auf dem Gebiete der Abrüstung zur Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Meeresbett, auf dem Meeresboden und dem Untergrund hiervon in gutem Glauben weiter zu führen.

ARTIKEL VI: Jeder Vertragsstaat kann Änderungen dieses Vertrages vorschlagen. Änderungen sollen für jeden Vertragsstaat in Kraft treten, der die Änderungen akzeptiert, sobald deren Akzeptierung durch eine Mehrheit der Vertragsstaaten erfolgt ist, und hiernach für jeden weiteren Vertragsstaat im Zeitpunkt seiner Akzeptierung.

ARTIKEL VII: Fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrages soll eine Konferenz der Vertragsparteien in Genf/Schweiz abgehalten werden, um die Durchführung dieses Vertrages in der Absicht zu überprüfen, zu gewährleisten, daß die Zwecke der Präambel und der Bestimmungen des Vertrages verwirklicht werden. Eine solche Überprüfung soll jedwede bedeutsamen technologischen Entwicklungen berücksichtigen. Die Revisionskonferenz soll in Übereinstimmung mit den Auffassungen einer Mehrheit der teilnehmenden Parteien bestimmen, ob und wann eine weitere Revisionskonferenz einberufen werden soll.

ARTIKEL VIII: Jeder Vertragsstaat soll in Ausübung seiner nationalen Souveränität das Recht haben, von diesem Vertrag zurückzutreten, wenn er entscheidet, daß durch außergewöhnliche mit dem Inhalt dieses Vertrages zusammenhängende Ereignisse eine Gefährdung der höchsten Interessen des Landes eingetreten ist. Er teilt diesen Rücktritt allen anderen Vertragsstaaten, sowie dem Sicherheitsrat der UN drei Monate im Voraus mit. Diese Mitteilung hat eine Darlegung der außergewöhnlichen Ereignisse zu enthalten, durch die seiner Ansicht nach eine Gefährdung seiner höchsten Interessen eingetreten ist. ARTIKEL IX: Die Bestimmungen dieses Vertrages sollen in keiner Weise die Verpflichtungen beeinträchtigen, die von Vertragsstaaten auf Grund internationaler Verträge, die kernwaffenfreie Zonen schaffen, übernommen worden sind.

ARTIKEL X: 1) Dieser Vertrag soll allen Staaten zur Unterzeichnung offenstehen. Jeder Staat, der den Vertrag nicht vor seinem Inkrafttreten gemäß Paragraph 3 dieses Artikels unterzeichnet, kann ihm jeder Zeit beitreten. 2) Dieser Vertrag soll Gegenstand der Ratifizierung durch die Signatarstaaten. Dokumente der Ratifizierung und des Beitritts sollen bei den Regierungen von ... hinterlegt werden, die hiermit als Hinterlegungsregierungen bezeichnet werden. 3) Dieser Vertrag soll nach der Hinterlegung der Ratifizierungsdokumente durch 22 Regierungen einschließlich der Regierungen in Kraft treten, die als Hinterlegungsregierungen dieses Vertrages bestimmt worden sind.

4) Für Staaten, deren Dokumente der Ratifizierung und des Beitritts nach Inkrafttreten dieses Vertrages hinterlegt werden, soll dieser Vertrag im Zeitpunkt der Hinterlegung

ihrer Dokumente der Ratifizierung oder des Beitritts in Kraft treten. 5) Die Hinterlegungsregierungen sollen die Regierungen aller Signatar- und Beitrittsstaaten vom Datum jeder Unterzeichnung, vom Datum der Hinterlegung von Instrumenten der Ratifizierung oder des Beitritts, vom Datum des Inkrafttretens dieses Vertrages und vom Erhalt anderer Mitteilungen umgehend informieren. 6) Dieser Vertrag soll von den Hinterlegungsregierungen gemäß Artikel 102 der UN-Charta registriert werden.

ARTIKEL XI: Dieser Vertrag, dessen chinesische, englische, französische, russische und spanische Texte in gleicher Weise authentisch sind, soll in den Archiven der Hinterlegungsregierungen hinterlegt werden. Gebührend beglaubigte Kopien dieses Vertrages sollen von den Hinterlegungsregierungen den Regierungen der Signatar- und Beitrittsstaaten übermittelt werden. / In Zeugenschaft hiervon haben die Unterzeichneten, die hierzu gebührend autorisiert sind, diesen Vertrag unterzeichnet.

Artikel der „Prawda" zu Fragen der europäischen Sicherheit vom 13. Februar 1971

(Wortlaut)

Der nachstehend abgedruckte Beitrag der führenden sowjetischen Zeitung „Prawda" fand in der internationalen Presse starke Beachtung. D. Red.

An der Schwelle der 70er Jahre gehen in Europa wichtige Veränderungen vor sich. In den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten festigen sich immer mehr Tendenzen zur internationalen Entspannung und zur praktischen Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Als Marksteine auf diesem Wege erwiesen sich die im vergangenen Jahr abgeschlossenen Verträge der Sowjetunion und Polens mit der Bundesrepublik Deutschland, denen die Anerkennung und Achtung der in Europa entstandenen politischen und territorialen Realitäten zugrunde liegt. Eine wirklich positive Rolle in Europa spielen auch weiterhin die sowjetisch-französische Zusammenarbeit und die erfolgreiche Entwicklung der Beziehungen zwischen einer Reihe anderer Staaten des Ostens und des Westens.

In Regierungskreisen und von der Öffentlichkeit werden Vorbereitungen zur Einberufung einer gesamteuropäischen Beratung getroffen, auf der die aktuellen Probleme der Sicherheit in Europa erörtert und konkrete Wege der Entwicklung von gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den Staaten des Kontinents aufgezeigt werden könnten.

Ein solcher Gang der Dinge entspricht den ureigenen Interessen aller Völker und erlaubt ihnen, mit größerer Zuversicht in die Zukunft zu schauen.

Den Regierungen und Parlamenten, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen stellt das Leben selbst die Frage, welchen Platz sie dabei einnehmen. Sind sie bereit, entsprechend den Wünschen der überwiegenden Mehrheit der Menschen aktiv zur Entspannung beizutragen?

Oder ziehen sie die Rolle eines Zaungastes vor, stemmen sich vielleicht sogar dem Willen der Völker entgegen und versuchen, die Regelung der Beziehungen zwischen den Staaten zu blockieren? Aus schönen Worten und nicht von Tatsache untermauerten Versprechen kann kein festes Gebäude der Sicherheit und vertrauensvollen Beziehungen zwischen den Ländern errichtet werden. Die grundlegenden Fragen der Gegenwart erfordern Taten und klare Positionen. In diesem Punkt geht in einigen westlichen Ländern eine Abgrenzung der politischen Kräfte vor sich. Besonders scharfe Formen nimmt der Widerstand gegen die neuen Tendenzen in den internationalen Angelegenheiten in der Bundesrepublik Deutschland an. Das ist offensichtlich nicht zufällig so. Mehr als zwei Jahrzehnte lang schürften einflußreiche Kreise der BRD unter der Bevölkerung ihres Landes Feindschaft gegenüber den sozialistischen Ländern und säten revanchistische und militaristische Ideen. Die Folgen dieser verderblichen Tätigkeit darf man keinesfalls außer

acht lassen, schon deshalb nicht, weil offene Fürsprecher einer Politik der Revision der Ergebnisse des Krieges in den Reihen der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union nicht die erforderlichen Schlußfolgerungen aus dem Votum der Wähler gezogen haben, die sich vor eineinhalb Jahren für eine ausgewogene und realistischere Politik ausgesprochen hatten.

Ende Januar wurde auf dem Parteitag der Christlich-Demokratischen Union das neue Parteiprogramm angenommen. Vergeblich sucht man in diesem Programm ein vernünftiges Herangehen an die Realitäten. Die Ablehnung der in Europa bestehenden Grenzen, die Wiederherstellung des Deutschen Reiches, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik und der Anspruch auf Westberlin als „Land der BRD" — das ist der Kurs in den deutschen Angelegenheiten, der den Delegierten auf dem Kongreß auferlegt wurde.

Die Aufrechterhaltung der Spannungen, die Fortsetzung des Wettrüstens und die Lösung strittiger Fragen von der Position der Stärke — das ist es, was die chauvinistischen Kreise in der internationalen Politik sehen möchten. Schüchterne Versuche, in das Programm realistische Elemente einzubauen oder ihm äußerlich eine geschmeidigere Form zu geben, stießen auf dem Parteitag auf die Ablehnung derjenigen, die sich nicht die Mühe machen darüber nachzudenken, was die Bundesrepublik erwartet, wenn sie versuchen sollte, diese Programmpunkte in der Praxis zu verwirklichen.

Einige Führer der CDU und ihre Anhänger versuchen den Anschein zu erwecken, daß die gegenwärtigen Grenzen Europas nicht schon vor einem Vierteljahrhundert festgelegt wurden, als das Hitlerreich unter den Schlägen der sowjetischen Armee und der Verbündeten der Antihitlerkoalition zusammenbrach, sondern erst jetzt, zum Zeitpunkt des Abschlusses der Verträge, obwohl in diesen nur das seinen Ausdruck findet, was bereits seit langem geschehen ist. Wenn man Kiesinger und auch Strauß Glauben schenkt, der auf dem Parteitag als Gast und Vertreter der CSU auftrat, so hat das gegenwärtige Europa kein Existenzrecht und muß einer „neuen Ordnung" weichen, in der das Deutsche Reich wieder seinen Platz an der Sonne einnehmen wird. Aber welchen Platz die revanchistischen Kräfte der BRD einnehmen wollen, ist gut bekannt... Solange dieses nicht geschehen ist, soll also niemand in Europa auf einen dauerhaften Frieden hoffen, und die europäischen Völker sollen gewissermaßen Geiseln der revanchistischen Kreise der BRD bleiben.

Fanatismus und Abenteurertum sind schlechte Ratgeber in der Politik. Mehr als 20 Jahre lang hatte sich die Bundesrepublik von der sozialistischen Welt durch eine Mauer der Feindseligkeit abgegrenzt. Nicht das Volk der BRD ist daran schuld. Die Politiker, die in der BRD das Ruder in der Hand hatten, wollten mit Hilfe dieser Mauer auch die anderen Länder des Westens daran hindern, die Beziehungen mit der Sowjetunion zu regeln. Den größten Schaden erlitt dabei die BRD selbst.

Der CDU-Parteitag und die danach folgenden Erklärungen mehrerer Vertreter dieser Partei während der kürzlichen Bundestagsdebatte lassen klar erkennen, worauf bestimmte Kreise der Bundesrepublik Deutschland aus sind. Es stimmt schon, Kiesinger und Strauß haben keine vernünftige Alternative zur jetzigen Politik. Sie haben jedoch ihre feste Plattform: Sie lehnen Frieden in Europa ab, sie lehnen gutnachbarliche Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern ab. Sie brauchen keinen Abbau der Spannung, sondern ihre Verstärkung, denn nur, wenn Spannung herrscht, scheint es ihnen möglich, die europäischen Grenzen niederzureißen. Daß ein solches Niederreißen der Grenzen der Entfesselung eines Krieges gleichkommt, kümmert diese Politiker offenbar wenig. Denn nach ihrer Philosophie endete der Zweite Weltkrieg einfach als Mißerfolg, nicht als Katastrophe. Sie hoffen noch immer, daß sich dieser Mißerfolg, „diese Fehlleistung nichtsachverständiger Leute", die damals das Reich regierten, zugunsten des deutschen Militarismus korrigieren läßt.

Wenn ein Politiker in Europa alles auf den Kopf stellen will, stemmt er sich natürlich gegen jeden Vertrag, dem die realen Fakten des Lebens, die Interessen des Friedens zugrunde liegen. Ein solcher Politiker wird einen Vertrag verunglimpfen, vom Ausver-

kauf und „Verrat" der nationalen Interessen schreien und so tun, als ob nur er, der wie ein Glücksspieler auf den Krieg setzt, der Vertreter dieser Interessen sein kann.

Zweimal im Laufe des 20. Jahrhunderts zwangen die Machthaber des Deutschen Reiches die Deutschen, in den Abgrund zu blicken. Zweimal in einem Jahrhundert wurden die Deutschen, um fremder Ideen willen, an die Schlachtbank geführt. Auch jetzt will man den Deutschen einreden, ihr Schicksal wäre nicht mit friedlicher Arbeit, nicht mit guten Beziehungen zu ihren Nachbarn verknüpft, sondern mit den wahnwitzigen Hoffnungen, sich über andere Völker, über andere Staaten zu stellen.

Die Regierungen und die Öffentlichkeit der meisten Länder, die überwiegende Mehrheit der Westdeutschen haben den Abschluß des sowjetisch-westdeutschen Vertrages und des Vertrages zwischen der BRD und Polen als einen großen Beitrag zur Festigung des Friedens in Europa und des Weltfriedens aufgenommen. Manch einer in der BRD will das aber nicht wahrhaben und versucht, die Verträge zu verunglimpfen und ihre Bedeutung herabzusetzen, wozu er sich nicht scheut, verschiedene unsaubere Methoden anzuwenden.

Überall in der Welt wird betont, daß die Völker Europas, darunter auch das Volk der BRD, nach dem Abschluß dieser Verträge mit größerer Zuversicht ihrer friedlichen Arbeit nachgehen können. Unter den CDU-Führern gibt es aber Leute, die sich entgegen den Tatsachen, der Logik und dem gesunden Menschenverstand zu der Behauptung versteigen, ein Partner hätte alles und der andere — die Bundesrepublik — nichts bekommen. Als ob Frieden und Sicherheit für die Westdeutschen nichts wären. Die Gegner der Verträge der BRD mit der Sowjetunion und Polen sind auf Betrug aus, wenn sie in der Hitze der Polemik oder vorsätzlich nachzuweisen suchen, diese Verträge überließen alle Vorteile den sozialistischen Ländern. Sie versuchen aus den Verträgen etwas herauszulesen, was nicht darin steht und auch nicht darin stehen kann, um nichtinformierte Menschen zu erschrecken.

Es steht außer Zweifel, daß der Vertrag, wäre er von der BRD allein verfaßt worden, anders aussehen würde. Ebenso wäre er anders abgefaßt, wenn ihn die Sowjetunion allein formuliert hätte. Dasselbe kann man auch von dem Vertrag zwischen der BRD und der Volksrepublik Polen sagen. Die Verträge spiegeln, so wie sie unterzeichnet wurden, die Bilanz der Interessen der Seiten wider, verkörpern ihren Wunsch und ihre Bereitschaft, die Beziehungen zueinander auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung, der nüchternen Einschätzung der bestehenden Realitäten aufzubauen. Die Verträge, die dem Frieden zum Nutzen gereichen, können nicht dem einen Partner mehr und dem anderen weniger geben.

Wer gegen die Verträge der BRD mit der Sowjetunion und Polen sowie gegen die friedliche Basis, auf der sie aufgebaut sind, auftritt, will das Inkrafttreten dieser Verträge erschweren. Von diesen Positionen aus, von Positionen, die die Spannung in Mitteleuropa erhalten sollten, gehen sie auch an die Westberlinfrage der vier Mächte heran, die seinerzeit die entsprechenden interalliierten Abkommen, welche die besondere Stellung dieser Stadt festlegten, abgeschlossen hatten.

Die Politiker, die heute im CDU/CSU-Block den Ton angeben, treten immer offener als Verfechter der Anschauungen aller rechtsextremistischen und revanchistischen Gruppierungen und Vereinigungen in der BRD auf. Es ist bei weitem kein Zufall, daß die Presse der neonazistischen NPD jedesmal Strauß und Kiesinger stürmisch Beifall klatscht, wenn sie ein neuer Haßanfall gegen die Entspannungspolitik überkommt. Der Anführer der Neonazis, Adolf von Thadden, klagt zwar, daß „eine größere Oppositionspartei" der NPD die Stimmen wegfängt, „weil sie dasselbe sagt, wie die NPD". Er hat allen Grund für derartige Klagen.

Die Kräfte der Revanche und des Militarismus, die durch ihre abenteuerliche Politik in der jüngsten Vergangenheit Europa in eine längere Periode gefährlicher Kämpfe stürzten, haben die Waffen nicht gestreckt. Wenn es von ihnen abhinge, würden sie der Festigung des Friedens täglich neue Hindernisse in den Weg legen.

Zu einer gesamteuropäischen Konferenz sagen sie nein. Sie verlangen, daß „die deutsche Frage offenbleibt", wobei sie hoffen, sie später vom Standpunkt des Militarismus und

Blätter für deutsche und internationale Politik

Register 1970
XV. Jahrgang

Pahl-Rugenstein Verlag · Köln

Autorenverzeichnis

Heft/Seite

Abendroth, Wolfgang, Prof. Dr.: BRD und Europäische Sicherheitskonferenz 3/230

Ahlring, Ingrid: „Elend der Philosophie" 2/183

Ahrens, Franz: Viel Kontinuität, wenig Erneuerung in der „Deutschlandpolitik" 1/14

Albers, Detlev u. a.: Zur Kritik des Biedenkopf-Gutachtens . 7/697

Alberts, Jürgen: „Bild" im Einsatz. Analyse der Berichterstattung zu den Septemberstreiks 1969 . . . . . 9/916

Allaun, Frank, M.P., London: England nach den Wahlen . . 7/666

Arbeitskreis Emanzipation Bonn (Pai Annen, Christine César, Florence Hervé-Murray, Sabine Komossa, Ursula Teiner, Irmetraut Thiee, Brigitte Vollmershaus): Zur Lage der Studentinnen in der BRD . . . 4/377

— *(Christine César, Christa Frach, Florence Hervé-Murray, Meinholde Sollmann, Verena Sommerfeld):* Die Diskriminierung der Schülerinnen. Am Beispiel der nordrhein-westfälischen Lehrpläne . . . 9/958

Bamberg, Hans-Dieter: Christliche Kriegspredigt 2/97

— Auch ein Buch über Mitbestimmung 2/188

—, *u. a.:* Zur Situation der SPD . 6/596

Bamberg, Ulrich: Bundeswehr — Elite der Nation? 7/752

Barth, Hans A.: Die Stunde der Anerkennungspartei 5/446

Bartsch, Hans-Werner, Prof. Dr. D. D.: Zur Situation der Schwarzen in den USA . . . 2/118

Baukloh, Friedhelm: Helmut Schmidt und Albert Schnez. Zum heutigen politisch-militärischen Führungskonzept der Bundeswehr 1/27

— Machen unsere Generale wieder Politik? 2/122

— Die klugen Köpfe dahinter . . 6/563

— Die Verräter stehen rechts . . 7/672

— „Freiheit", die sie meinen . . 8/784

Heft/Seite

— Der militärisch-industrielle Komplex in der BRD und der Moskauer Vertrag 10/1026

— NATO-Schutz für Portugals Kolonien? 11/1122

Becker, Egon, Dr.: Zur Politik der organisierten Assistentenschaft 5/487

Bennhold, Martin, Dr.: Das Westberliner Handgranatengesetz. Das UZwG und die Berliner Innenpolitik der NATO . . . 4/391

Beyer, Wilhelm Raimund, Prof. Dr.: Die Willkürformeln des Bundesverfassungsgerichts . 1/68

— Warum Hegel heute? Gedanken zur zweiten Säkularfeier Hegels 6/607

Boris, Dieter, Dr., u. a.: Lage und Perspektiven Chiles 10/1075

Boris, Elisabeth, u. a.: Lage und Perspektiven Chiles 10/1075

Bosch, Manfred: „Der Dienst" . . 4/415

Bosgra, Sietse, Amsterdam, u. a.: Portugal und die NATO . . 3/268

v. Bredow, Wilfried, Dr.: Planspiel: Europäische Sicherheitskonferenz 1/6

— Mehr Demokratie wagen! . . 2/134

— Von „realistischen" und „utopischen" Luftschlössern in der Friedensforschung 11/1172

Bredthauer, Karl D.: Ein neues Kapitel aufschlagen. Chancen und Konsequenzen des Moskauer Vertrags 9/898

— Bilanz und Ausblick an der Jahreswende 12/1240

Brender, Hans, Dr., u. a.: Fragen der europäischen Sicherheit und der Sicherheitskonferenz 6/554

Breuer, Wilhelm M.: Vermögenspolitik. Zu Illusion und Wirklichkeit des „Volkskapitalismus" 4/359

Bröder, Friedrich J.: Das Problem der innerparteilichen Demokratie in der BRD. Verfassung und Verfassungswirklichkeit 11/1165

Brüdigam, Heinz: Widerstand gegen das Naziregime in der Forschung und Literatur heute 1/88

Heft/Seite

— Kiesingers politische Mitgift 1/100
— Literatur und Widerstand . . 12/1320

Burger, Hans-Georg: Bürger zweiter Klasse 8/868
— Die Lage der Araber in Israel 9/940
— Kehrtwendung in Israel . . . 12/1232

Buschmann, Martha, u. a.: Fragen der europäischen Sicherheit und der Sicherheitskonferenz 6/554

Czichon, Eberhard: Die deutsche Diktatur 4/413

Damm, Diethelm: Gedanken zum Thema Kapitalinteresse und Gesellschaftsaufgaben in der BRD 5/527

Deschner, Karlheinz, Dr.: Vom verkehrten Fortschritt in der verkehrten Gesellschaft . . . 8/828

Ehrler, Klaus, M.A.: Widerspruch und Verspätung. Auf dem Wege zu einem neuen Selbstverständnis der BRD 3/238
— Es geht um Westberlin . . . 4/330
— 25 Jahre 8. Mai 5/450
— Vom Sinn und Unsinn des „Berlin-Junktims" 8/781
— Westberlin und Entspannung 12/1230

Ehrhard, Wolfgang u. a.: Lage und Perspektiven Chiles . . 10/1075

Elliesen, Klaus: Wachsendes Engagement der USA in Laos . . 3/234
— Wird Kambodscha ein zweites Laos? 4/333
— Thailands Rolle als US-Basis 6/560
— Die Spaltung der indischen Kongreßpartei 7/668
— Zur Situation auf den Philippinen 9/890
— Zur Situation in Malaysia . . 11/1123

Eschenbach, Margarete: Naturwissenschaftliche und technische Intelligenz im Spätkapitalismus 2/140

Etzel, Hermann, Dr.: Streiflicht auf die Justizreform 9/893
— Mit der Inflation leben? . . 12/1296

Ewers, Ulrich: Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs 7/746
— Sozialwissenschaften und Entwicklungspolitik 12/1314

Fedler, Bernhard, u. a.: Die „neue Ordnung" in Indonesien . . 9/907

Heft/Seite

Fritzsche, Klaus: Zum Stand der Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken in der SPD 6/617

Geismaier, Michael: F-104 G — das Milliardending. Vom „Starfighter" zur „Pershing": Bonns Atomträger ohne Bombe 5/518

Geißel, Hiltraut: Zum Tode Gamal Abdel Nassers 10/1008

Göbels, Majo, u. a.: Die „neue Ordnung" in Indonesien . . 9/907

Goldberg, Jörg: Großunternehmen Nation 5/542

Goldschmidt, Werner, u. a.: Zur Kritik des Biedenkopf-Gutachtens 7/697

Gräser, Harry, Dr.: Zur Einkommenssituation in der BRD . . 11/1155

Groß, Herold: Von der deutschen Phrase 6/558

Hall, Martin, Los Angeles: Wer regiert die USA? Der militärisch-industrielle Komplex . . 1/45
— Ein Jahr nach Nixons Amtsantritt 2/114
— Die Kampagne zur Unterdrükkung der Black Panthers . . 4/401
— Entsteht ein Faschismus amerikanischen Stils? 5/452
— Nixons größtes Spiel 6/638
— Nixon und Kambodscha . . . 7/740
— Die USA auf dem Wege zum Polizeistaat? 8/801
— Probleme der demokratischen Bewegung in den USA . . . 9/966
— Nixons Rückkehr zum Kalten Krieg 11/1118
— Nixons Wahlniederlage und die Krise der USA 12/1246

Hennig, Eike: Zur Kritik der Konzertierten Aktion 5/508
— Der militärisch-industrielle Komplex 6/650
— „Si tacuisses . . .!" 9/988

Herde, Georg: Das Verhältnis der Regierung Brandt/Scheel zu den Landsmannschaften . . . 6/577

Hervé-Murray, Florence: „Le Monde" 10/1092

Hoehl, Egbert: Weder Einheit noch Freiheit 10/1094

Heft/Seite

Holz, Hans Heinz, Dr.: Revision des Deutschlandvertrages? . . 1/1
— Zum Tode von Bertrand Russell 2/119
— BRD und DDR in die UNO . . 8/792
— 25 Jahre UNO 10/1006
Hopf, Wulf, u. a.: Gesamtschule: Technokratische Leistungsschule oder Chance zur Demokratisierung der Gesellschaft? 3/285
Hund, Wulf D.: Information oder Manipulation? 6/651
— Bildung im Kapitalismus . . 8/870
Kamberger, Klaus, Dr.: Eine „Arbeitsgemeinschaft für Bürgerinitiative" 10/1014
Koch, Hans-Gerhard: Mit Helmut Schmidt in die 70er Jahre? Zu Person und Rolle des stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD anläßlich des Parteitages der SPD vom 11. bis 14. Mai in Saarbrücken . . . 4/346
—, *u. a.:* Zur Situation der SPD . 6/596
Korte, Hermann: Die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden 10/1060
Kreis, Karl Markus: Großbritanniens Rolle in Vietnam 1954 bis 1968 . . . . . 8/839
van Krimpen, Christiaan, Amsterdam, u. a.: Portugal und die NATO 3/268
Kröger, Herbert, Dr.: Völkerrechtliche Anerkennung und friedliche Koexistenz 6/565
Krombach, Uwe: Nordirland: Vom Religionskrieg zum Klassenkampf 1/75
Krüger, Marlis, Dr.: Zum Begriff der „black culture" 6/627
Kühnl, Reinhard, Dr.: Faschismus und Imperialismus 5/541
— Politikwissenschaft in der Bundesrepublik. Literaturbericht über „Einführungen" in die Politikwissenschaft . . . 8/815
Kullmann, Karsten: Industrielle Herrschaft, Staat und Verteidigung 11/1137
Kutzschbach, Dieter, Wien: Wie rechtsradikal sind Österreichs Studenten? Eine Analyse des „Rings Freiheitlicher Studenten" 8/861
Lamnitz, Bert: Ein bedeutsamer Prozeß 11/1126
Ley, Hermann, Prof. Dr.: Zur Kritik der „postindustriellen" Gesellschaft 9/934
Lyon-Caen, Gérard, Prof. Dr., Paris: Zur Sozialpolitik der Fünften Republik 7/733
Mansch, Joachim: Der parasitäre Buchmarkt 9/895
Matthiessen, Gunnar: Vor der Europäischen Sicherheitskonferenz 8/778
Maximowa, Lidia, Moskau: Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus und die Währungssituation der BRD 8/854
Mausbach, Hans, Dr.: „Halbgott in Weiß" und die Folgen . . 12/1286
Meister, Roland, Prof. Dr.: Die aktuelle Bedeutung des Potsdamer Abkommens 7/678
Meyer, Hans-Georg: Gedanken zur Arbeit der Schülervertretung (SV) 9/975
Niemann, Rolf: Politische und rechtliche Aspekte zur Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR 4/338
Nyssen, Friedhelm, Dr.: Schule und Wirtschaft. Zur Kritik einiger „Selbstverständlichkeiten" 7/686
— Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur 8/872
Oehlke, Paul u. a.: Zur Kritik des Biedenkopf-Gutachtens . . . 7/697
Opitz, Reinhard: Über Faschismus-Theorien und ihre Konsequenzen 12/1267
Orth, Hans-Joachim: Wirtschaftliche Aspekte des Warschauer Vertrags 12/1236
Ostrowsky, Jürgen: „Ihr Auftritt, Al Mundy!" 7/670
— Amerikas Mythos von „Muskoghee" 1/9

Heft/Seite

Pieper, Karl-Josef: Aus einem Arbeitshaus 4/412
Pinl, Claudia: Zur Diskussion um die Pressereform in der BRD 10/1065
Preuss-Lausitz, Ulf: Emanzipation der Schüler — von der SMV zum Schülerkollektiv 2/151
— *u. a.:* Gesamtschule: Technokratische Leistungsschule oder Chance zur Demokratisierung der Gesellschaft? 3/285
Rasch, Harold, Prof. Dr.: Zwei Staaten deutscher Nation. Die DDR muß völkerrechtlich anerkannt werden 1/23
— Von Erfurt nach Kassel . . . 5/442
— Deutsche Ostpolitik 6/654
— Die Opposition gegen das „Bahr-Papier" 8/787
— Politik mit dem Osten. Von der Abschreckung zum Frieden 10/1018
— Zum Verhältnis zwischen Deutschen und Russen. Geschichtliches und Aktuelles 11/1129
— Die fünf Linien westdeutscher Außenpolitik 11/1209
Rasker, Albert Jan, Prof. Dr., Leyden: Ethisches und Aktuelles zur Friedensfrage 5/534
Regus, Michael, Dr.: Das Krankenhaus im gesellschaftlichen Widerspruch. Versuch einer Analyse 10/1031
Rilling, Rainer: Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD (II) 1/52
Rupp, Hans Karl, Dr.: Organisation und Demokratie 11/1207
Smirr, Günter W.: Wolfgang Leonhards „dreigespaltener Marxismus" 9/990
Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB): Stellungnahme zum geplanten Hochschulrahmengesetz 11/1200
Spartakus — Assoziation Marxistischer Studenten (AMS): Stellungnahme zum geplanten Hochschulrahmengesetz . . 11/1200
Syring, Ralf: Die Initiativen des holländischen Angola-Komitees gegen die Unterstützung der portugiesischen Kolonialkriege seitens der BRD . . . 5/481

Heft/Seite

Schacht, Kurt: Innerparteiliche Opposition 2/186
— Staatliche Parteifinanzierung als Integrationsmittel. Das Exempel SPD 10/1052
Schenajew, Wladimir, Dr., Moskau: Die Wirtschaftskrise 1966/67 in der Bundesrepublik Deutschland 3/278
Schilling, Barbara, u. a.: Hinter einer Mauer des Schweigens. Zu einigen Problemen des Kampfes von Guinea-Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus 3/256
Schilling, Wilfried, Gonte di Oggebbio: Zwischenbilanz der italienischen Krise 10/1011
Schuhler, Conrad: Zur Situation der Linken in den USA . . . 1/33
— Nixons „Neue Friedensstrategie" oder Das Globalkonzept des Imperialismus für die siebziger Jahre 5/456
Schwarmborn, Winfried: Vom Ersatzdienst zum Friedensdienst 7/711
Stähli n, Rainer: Wer kontrolliert die Banken? 4/335
Stefanowicz, Janusz, Warschau: Polnische Gesichtspunkte zur Sicherheit Europas 2/130
Stinshoff, Richard: Literaturwissenschaft als Instrument staatlicher Repression 12/1316
Streisand, Joachim, Prof. Dr.: Über Faschismus und Neofaschismus 5/470
Unger, Karl, u. a.: Hinter einer Mauer des Schweigens. Zu einigen Problemen des Kampfes von Guinea-Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus 3/256
Veit, Winfried: Zur politischen und ökonomischen Situation in Äthiopien und im Tschad. Eine vergleichende Untersuchung der Konflikte im islamischen Staatengürtel Schwarzafrikas 7/723
Vo Thi Lien über Son My (My Lai) 3/236
Wahl, E. H.: Stillgesessen zur Bescherung 1/86

Heft/Seite

— Wie das Moos im Walde . . 2/182
— Unmethodische Anmerkungen 3/300
— Schwerpunktverlagerungen? 4/417
— Räuber und Gendarm . . . 6/649
— Totale Anpassung 7/756
— Ein historischer Bachmann? 8/867
— A song of joy 9/987
— 450 Volt 10/1099
— Obszön 11/1206
— High Noon 12/1313

Heft/Seite

Waldrich, Hans-Peter: Zur gesellschaftlichen Funktion der Illustriertenpresse 12/1302
Weidenheim, Johannes: CDU in der DDR 1/103
Welkoborsky, Horst: Streik und Recht 7/749
Weyel, Volker: Ein Gespräch mit dem Oppositionsführer Kenias, Oginga Odinga 2/171
Zorn, Gerda: Die Genesis des Antisemitismus 11/1212

Sachverzeichnis

Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Helmut Schmidt und Albert Schnez. Zum heutigen politisch-militärischen Führungskonzept der Bundeswehr) (Friedhelm Baukloh) 1/27

Die Willkürformeln des Bundesverfassungsgerichts (Wilhelm Raimund Beyer) 1/68

Machen unsere Generale wieder Politik? (Friedhelm Baukloh) 2/122

Mehr Demokratie wagen! (Wilfried v. Bredow) 2/134

Widerspruch und Verspätung. Auf dem Wege zu einem neuen Selbstverständnis der BRD (Klaus Ehrler) 3/238

Es geht um Westberlin (Klaus Ehrler) 4/330

Mit Helmut Schmidt in die 70er Jahre? Zu Person und Rolle des stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD anläßlich des Parteitages der SPD vom 11. bis 14. Mai in Saarbrücken (Hans-Gerhard Koch) 4/346

Das Westberliner Handgranatengesetz. Das UZwG und die Berliner Innenpolitik der NATO (Martin Bennhold) . . 4/391

Die Stunde der Anerkennungspartei (Hans A. Barth) . . . 3/446

Zur Kritik der Konzertierten Aktion (Eike Hennig) . . . 5/508

F-104 G — das Milliardending. Vom „Starfighter" zur „Pershing": Bonns Atomträger ohne Bombe (Michael Geismaier) 5/518

Von der deutschen Phrase (Herold Groß) 6/558

Das Verhältnis der Regierung Brandt/Scheel zu den Landsmannschaften (Georg Herde) 6/577

Zur Situation der SPD (Hans-Dieter Bamberg und Hans-Gerhard Koch) 6/596

Die Verräter stehen rechts (Friedhelm Baukloh) 7/672

Die Opposition gegen das „Bahr-Papier" (Harold Rasch) . . . 8/787

Streiflicht auf die Justizreform (Hermann Etzel) 9/893

Staatliche Parteifinanzierung als Integrationsmittel. Das Exempel SPD (Kurt Schacht) . . . 10/1052

Industrielle Herrschaft, Staat und Verteidigung (Karsten Kullmann) 11/1137

Das Problem der innerparteilichen Demokratie in der BRD. Verfassung und Verfassungswirklichkeit (Friedrich J. Bröder) 11/1165

Heft/Seite

Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

Revision des Deutschlandvertrages? (Hans Heinz Holz) . . . 1/4
Viel Kontinuität, wenig Erneuerung in der „Deutschlandpolitik" (Franz Ahrens) 1/14
Zwei Staaten deutscher Nation. Die DDR muß völkerrechtlich anerkannt werden (Harold Rasch) 1/23
BRD und Europäische Sicherheitskonferenz (Wolfgang Abendroth) 3/230
Widerspruch und Verspätung. Auf dem Wege zu einem neuen Selbstverständnis der BRD (Klaus Ehrler) 3/238
Es geht um Westberlin (Klaus Ehrler) 4/330
Politische und rechtliche Aspekte zur Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR (Rolf Niemann) 4/338
Von Erfurt nach Kassel (Harold Rasch) 5/442
Die Stunde der Anerkennungspartei (Hans A. Barth) . . . 5/446
Von der deutschen Phrase (Herold Groß) 6/558
Vom Sinn und Unsinn des „Berlin-Junktims" (Klaus Ehrler) . . 8/781
Die Opposition gegen das „Bahr-Papier" (Harold Rasch) . . . 8/787
Ein neues Kapitel aufschlagen. Chancen und Konsequenzen des Moskauer Vertrags (Karl D. Bredthauer) 9/898
Politik mit dem Osten. Von der Abschreckung zum Frieden (Harold Rasch) 10/1018
Der militärisch-industrielle Komplex in der BRD und der Moskauer Vertrag (Friedhelm Baukloh) 10/1026
Zum Verhältnis zwischen Deutschen und Russen. Geschichtliches und Aktuelles (Harold Rasch) 11/1129
Westberlin und Entspannung (Klaus Ehrler) 12/1230

Heft/Seite

Wirtschaftliche Aspekte des Warschauer Vertrags (Hans-Joachim Orth) 12/1236

Innenpolitik anderer Länder

Amerikas Mythos von „Muskoghee" (Jürgen Ostrowsky) . . 1/9
Zur Situation der Linken in den USA (Conrad Schuhler) . . . 1/33
Wer regiert die USA? Der militärisch-industrielle Komplex (Martin Hall, Los Angeles) . . 1/45
Nordirland: Vom Religionskrieg zum Klassenkampf (Uwe Krombach) 1/75
Ein Jahr nach Nixons Amtsantritt (Martin Hall, Los Angeles) . . 2/114
Zur Situation der Schwarzen in den USA (Hans-Werner Bartsch) 2/118
Ein Gespräch mit dem Oppositionsführer Kenias, Oginga Odinga (Volker Weyel) . . . 2/171
Hinter einer Mauer des Schweigens. Zu einigen Problemen des Kampfes von Guinea-Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus (Barbara Schilling und Karl Unger) 3/256
Aufruf zur Solidarität mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien 3/271
Die Kampagne zur Unterdrückung der Black Panthers (Martin Hall, Los Angeles) 4/401
Entsteht ein Faschismus amerikanischen Stils? (Martin Hall, Los Angeles) 5/452
Nixons größtes Spiel (Martin Hall, Los Angeles) 6/638
England nach den Wahlen (Frank Allaun, London) 7/666
Die Spaltung der indischen Kongreßpartei (Klaus Elliesen) 7/668
Zur politischen und ökonomischen Situation in Äthiopien und im Tschad. Eine vergleichende Untersuchung der Konflikte im islamischen Staaten-

Heft/Seite

gürtel Schwarzafrikas (Winfried Veit) 7/723
Zur Sozialpolitik der Fünften Republik (Gérard Lyon-Caen, Paris) 7/733
Die USA auf dem Wege zum Polizeistaat? (Martin Hall, Los Angeles) 8/801
Zur Situation auf den Philippinen (Klaus Elliesen) 9/890
Die „neue Ordnung" in Indonesien (Bernhard Fedler und Majo Göbels) 9/907
Die Lage der Araber in Israel (Hans-Georg Burger) 9/940
Probleme der demokratischen Bewegung in den USA (Martin Hall, Los Angeles) 9/966
Zwischenbilanz der italienischen Krise (Wilfried Schilling, Gonte di Oggebbio) 10/1011
Lage und Perspektiven Chiles (Dieter Boris, Elisabeth Boris und Wolfgang Ehrhardt) . . 10/1075
Zur Situation in Malaysia (Klaus Elliesen) 11/1123
Kehrtwendung in Israel? (Hans-Georg Burger) 12/1232
Nixons Wahlniederlage und die Krise der USA (Martin Hall, Los Angeles) 12/1246

Außenpolitik anderer Länder

Revision des Deutschlandvertrages (Hans Heinz Holz) . . . 1/4
Polnische Gesichtspunkte zur Sicherheit Europas (Janusz Stefanowicz, Warschau) 2/130
Wachsendes Engagement der USA in Laos (Klaus Elliesen) 3/234
Vo Thin Lien über Son My (My Lai) 3/236
Hinter einer Mauer des Schweigens. Zu einigen Problemen des Kampfes von Guinea-Bissau gegen den portugiesischen Kolonialismus (Barbara Schilling / Karl Unger) 3/256

Heft/Seite

Portugal und die NATO (Sietse Bosgra / Christiaan van Krimpen, Amsterdam) 3/268
Wird Kambodscha ein zweites Laos? (Klaus Elliesen) . . . 4/333
Nixons „Neue Friedensstrategie" oder das Globalkonzept des Imperialismus für die siebziger Jahre (Conrad Schuhler) 5/456
Thailands Rolle als US-Basis (Klaus Elliesen) 6/560
Nixons größtes Spiel (Martin Hall, Los Angeles) 6/638
Nixon und Kambodscha (Martin Hall, Los Angeles) 7/740
Großbritanniens Rolle in Vietnam 1954—1968 (Karl Markus Kreis) 8/839
Nixons Rückkehr zum Kalten Krieg (Martin Hall, Los Angeles) 11/1118

Internationale Politik

Planspiel: Europäische Sicherheits-Konferenz (Wilfried v. Bredow) 1/6
Zwei Staaten deutscher Nation. Die DDR muß völkerrechtlich anerkannt werden (Harold Rasch) 1/23
Polnische Gesichtspunkte zur Sicherheit Europas (Janusz Stefanowicz, Warschau) . . . 2/130
BRD und Europäische Sicherheitskonferenz (Wolfgang Abendroth) 3/230
Portugal und die NATO (Sietse Bosgra und Christiaan van Krimpen, Amsterdam) . . . 3/268
Aufruf zur Solidarität mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien 3/271
Politische und rechtliche Aspekte zur Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR (Rolf Niemann) 4/338
Die Initiative des holländischen Angola-Komitees gegen die Unterstützung der portugiesi-

Heft/Seite

schen Kolonialkriege seitens der BRD (Ralf Syring) . . . 5/481
Fragen der europäischen Sicherheit und der Sicherheitskonferenz (Martha Buschmann und Hans Brender) 6/554
Völkerrechtliche Anerkennung und friedliche Koexistenz (Herbert Kröger) 6/565
Vor der Europäischen Sicherheitskonferenz (Gunnar Matthiessen) 8/778
Vom Sinn und Unsinn des „Berlin-Junktims" (Klaus Ehrler) 8/781
BRD und DDR in die UNO (Hans Heinz Holz) 8/792
NATO-Schutz für Portugals Kolonien? (Friedhelm Baukloh) . . 11/1122
Von „realistischen" und „utopischen" Luftschlössern in der Friedensforschung (Wilfried v. Bredow) 11/1172

Geschichte und Zeitgeschichte

Vo Thi Lien über Son My (My Lai) 3/236
Die Wirtschaftskrise 1966/67 in der Bundesrepublik Deutschland (Wladimir Schenajew, Moskau) 3/278
25 Jahre 8. Mai (Klaus Ehrler) . . 5/450
Über Faschismus und Neofaschismus (Joachim Streisand) . . 5/470
Ethisches und Aktuelles zur Friedensfrage (Albert Jan Rasker, Leyden) 5/534
Warum Hegel heute? Gedanken zur zweiten Säkularfeier Hegels (Wilhelm Raimund Beyer) 6/607
Die aktuelle Bedeutung des Potsdamer Abkommens (Roland Meister) 7/678
Großbritanniens Rolle in Vietnam 1954—1968 (Karl Markus Kreis) 8/839
Ein neues Kapitel aufschlagen. Chancen und Konsequenzen des Moskauer Vertrags (Karl D. Bredthauer) 9/898

Heft/Seite

25 Jahre UNO (Hans Heinz Holz) 10/1006
Zum Tode Gamal Abdel Nassers (Hiltraut Geißel) 10/1008
Zum Verhältnis zwischen Deutschen und Russen. Geschichtliches und Aktuelles (Harold Rasch) 11/1129

Bildungs- und Kulturpolitik

Amerikas Mythos von „Muskoghee" (Jürgen Ostrowsky) 1/9
Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD (II) (Rainer Rilling) 1/52
Widerstand gegen das Naziregime in der Forschung und Literatur heute (Heinz Brüdigam) 1/88
Naturwissenschaftliche und technische Intelligenz im Spätkapitalismus (Margarete Eschenbach) 2/140
Emanzipation der Schüler — von der SMV zum Schülerkollektiv 2/151
Gesamtschule: Technokratische Leistungsschule oder Chance zur Demokratisierung der Gesellschaft? (Wulf Hopf / Ulf Preuss-Lausitz) 3/285
Zur Lage der Studentinnen in der BRD (Arbeitskreis Emanzipation Bonn — Pai Annen, Christine César, Florence Hervé-Murray, Sabine Komossa, Ursula Teiner, Irmetraut Thiee, Brigitte Vollmerhaus) . . . 4/377
Zur Politik der organisierten Assistentenschaft (Egon Becker) 5/487
Zum Begriff der „black culture" (Marlis Krüger) 6/627
„Ihr Auftritt, Al Mundy!" (Jürgen Ostrowsky) 7/670
Schule und Wirtschaft. Zur Kritik einiger „Selbstverständlichkeiten" (Friedhelm Nyssen) 7/686
„Freiheit", die sie meinen (Friedhelm Baukloh) 8/784
Politikwissenschaft in der Bundesrepublik. Literaturbericht

Heft/Seite

über „Einführungen" in die Politikwissenschaft (Reinhard Kühnl) 8/815
Der parasitäre Buchmarkt (Joachim Mansch) 9/985
Die Diskriminierung der Schülerinnen. Am Beispiel der nordrhein-westfälischen Lehrpläne (Arbeitskreis Emanzipation Bonn — Christine César, Christa Frach, Florence Hervé-Murray, Meinholde Sollmann, Verena Sommerfeld) 9/958
Gedanken zur Arbeit der Schülervertretung (SV) (Hans-Georg Meyer) 9/975
Zur Diskussion um die Pressereform in der BRD (Claudia Pinl) 10/1065
Stellungnahmen politischer Hochschulgruppen zum geplanten Hochschulrahmengesetz. Stellungnahme des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB). Stellungnahme des Spartakus — Assoziation Marxistischer Studenten (AMS) 11/1200

Gesellschaftspolitik

Zur Situation der Schwarzen in den USA (Hans-Werner Bartsch) 2/118
Zum Tode von Bertrand Russell (Hans Heinz Holz) 2/119
Naturwissenschaftliche und technische Intelligenz im Spätkapitalismus (Margarete Eschenbach) 2/140
Vo Thi Lien über Son My (My Lai) 3/236
Wer kontrolliert die Banken? (Rainer Stählin) 4/335
Mit Helmut Schmidt in die 70er Jahre? Zu Person und Rolle des stellvertretenden Parteitages der SPD vom 11. bis 14. Mai in Saarbrücken (Hans-Gerhard Koch) 4/346
Vermögenspolitik. Zu Illusion und Wirklichkeit des „Volkskapitalismus" (Wilhelm M. Breuer) 4/359
Zur Lage der Studentinnen in der BRD (Arbeitskreis Emanzipation Bonn — Pai Annen, Christine César, Florence Hervé-Murray, Sabine Komossa, Ursula Teiner, Irmetraut Thiee, Brigitte Vollmershaus) . . . 4/377
Das Westberliner Handgranatengesetz. Das UZwG und die Berliner Innenpolitik der NATO (Martin Bennhold) . . 4/391
Die Kampagne zur Unterdrückung der Black Panthers (Martin Hall, Los Angeles) 4/401
Entsteht ein Faschismus amerikanischen Stils? (Martin Hall, Los Angeles) 5/452
Nixons „Neue Friedensstrategie" oder Das Globalkonzept des Imperialismus für die siebziger Jahre (Conrad Schuhler) 5/456
Über Faschismus und Neofaschismus (Joachim Streisand) . . 5/470
Zur Politik der organisierten Assistentenschaft (Egon Becker) 5/487
Gedanken zum Thema Kapitalinteresse und Gesellschaftsaufgaben in der BRD (Diethelm Damm) 5/527
Ethisches und Aktuelles zur Friedensfrage (Albert Jan Rasker, Leyden) 5/534
Die klugen Köpfe dahinter (Friedhelm Baukloh) 5/563
Zur Situation der SPD (Hans-Dieter Bamberg / Hans Gerhard Koch) 6/596
Zum Stand der Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken in der SPD (Klaus Fritzsche) 6/617
Zur Kritik des Biedenkopf-Gutachtens (Detlev Albers / Werner Goldschmidt / Paul Oehlke) 7/697
Vom Ersatzdienst zum Friedensdienst (Winfried Schwamborn) 7/711
Zur Sozialpolitik der Fünften Republik (Gérard Lyon-Caen, Paris) 7/733

Heft/Seite

Nixon und Kambodscha (Martin Hall, Los Angeles) 7/740
„Freiheit", die sie meinen (Friedhelm Baukloh) 8/784
Vom verkehrten Fortschritt in der verkehrten Gesellschaft (Karlheinz Deschner) 8/828
Wie rechtsradikal sind Österreichs Studenten? Eine Analyse des „Rings Freiheitlicher Studenten" (Dieter Kutzschbach, Wien) 8/861
Streiflicht auf die Justizreform (Hermann Etzel) 9/893
„Bild" im Einsatz. Analyse der Berichterstattung zu den Septemberstreiks 1969 (Jürgen Alberts) 9/916
Zur Kritik der „postindustriellen" Gesellschaft (Hermann Ley) . 9/934
Die Diskriminierung der Schülerinnen. Am Beispiel der nordrhein-westfälischen Lehrpläne (Arbeitskreis Emanzipation Bonn — Christine César, Christa Frach, Florence Hervé-Murray, Meinholde Sollmann, Verena Sommerfeld) 9/958
Probleme der demokratischen Bewegung in den USA (Martin Hall, Los Angeles) 9/966
Eine „Arbeitsgemeinschaft für Bürgerinitiativen" (Klaus Kamberger) 10/1014
Das Krankenhaus im gesellschaftlichen Widerspruch. Versuch einer Analyse (Michael Regus) 10/1031
Staatliche Parteifinanzierung als Integrationsmittel. Das Exempel SPD (Kurt Schacht) . . . 10/1052
Die Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden (Hermann Korte) 10/1060
Ein bedeutsamer Prozeß (Bert Lamnitz) 11/1126
Industrielle Herrschaft, Staat und Verteidigung (Karsten Kullmann) 11/1137
Zur Einkommenssituation in der Bundesrepublik (Harry Gräser) 11/1155
Das Problem der innerparteilichen Demokratie in der BRD. Verfassung und Verfassungswirklichkeit (Friedrich J. Bröder) 11/1165
Bilanz und Ausblick an der Jahreswende (Karl D. Bredthauer) 12/1240
Ökonomische Bedingungen des Faschismus (Gert Schäfer) . . 12/1257
Über Faschismus-Theorien und ihre Konsequenzen (Reinhard Opitz) 12/1267
„Halbgott in Weiß" und die Folgen (Hans Mausbach) . . . 12/1286
Zur gesellschaftlichen Funktion der Illustriertenpresse (Hans-Peter Waldrich) 12/1302

Wirtschaft

Wer regiert die USA? Der militärisch-industrielle Komplex (Martin Hall, Los Angeles) 1/45
Die Wirtschaftskrise 1966/67 in der Bundesrepublik Deutschland (Wladimir Schenajew, Moskau) 3/278
Wer kontrolliert die Banken? (Rainer Stählin) 4/335
Vermögenspolitik. Zu Illusion und Wirklichkeit des „Volkskapitalismus" (Wilhelm M. Breuer) 4/359
Zur Kritik der Konzertierten Aktion (Eike Hennig) 5/508
F-104 G — das Milliardending. Vom „Starfighter" zur „Pershing": Bonns Atomträger ohne Bombe (Michael Geismaier) 5/518
Gedanken zum Thema Kapitalinteresse und Gesellschaftsaufgaben in der BRD (Diethelm Damm) 5/527
Schule und Wirtschaft. Zur Kritik einiger „Selbstverständlichkeiten" (Friedhelm Nyssen) 7/686
Zur Kritik des Biedenkopf-Gutachtens (Detlev Albers / Werner Goldschmidt / Paul Oehlke) 7/697
Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen

Heft/Seite

Entwicklung des Kapitalismus und die Währungssituation in der BRD (Lidia Maximowa, Moskau) 8/854

Der militärisch-industrielle Komplex in der BRD und der Moskauer Vertrag (Friedhelm Baukloh) 10/1026

Industrielle Herrschaft, Staat und Verteidigung (Karsten Kullmann) 11/1137

Zur Einkommenssituation in der Bundesrepublik (Harry Gräser) 11/1155

Wirtschaftliche Aspekte des Warschauer Vertrags (Hans-Joachim Orth) 12/1236

Ökonomische Bedingungen des Faschismus (Gert Schäfer) . . 12/1257

Über Faschismus-Theorien und ihre Konsequenzen (Reinhard Opitz) 12/1267

Mit der Inflation leben? (Hermann Etzel) 12/1296

Chronik

Chronik des Monats Dez. 1969 1/1
Chronik des Monats Januar 1970 2/111
Chronik des Monats Februar 1970 3/227
Chronik des Monats März 1970 4/327
Chronik des Monats April 1970 5/439
Chronik des Monats Mai 1970 6/551
Chronik des Monats Juni 1970 7/663
Chronik des Monats Juli 1970 8/775
Chronik des Monats August 1970 9/887
Chronik des Monats Sept. 1970 10/1003
Chronik des Monats Okt. 1970 11/1115
Chronik des Monats Nov. 1970 12/1227

Fernseh-Spalte

Stillgesessen zur Bescherung (E. H. Wahl) 1/86

Wie das Moos im Walde (E. H. Wahl) 2/182

Heft/Seite

Unmethodische Anmerkungen (E. H. Wahl) 3/300

Schwerpunktverlagerungen? (E. H. Wahl) 4/417

Räuber und Gendarm (E. H. Wahl) 6/649

Totale Anpassung (E. H. Wahl) 7/756

Ein historischer Bachmann? (E. H. Wahl) 8/867

A song of joy (E. H. Wahl) . . 9/987

450 Volt (E. H. Wahl) 10/1099

Obszön (E. H. Wahl) 11/1206

High Noon (E. H. Wahl) 12/1313

Besprochene Bücher

Apel, Günter: Mitbestimmung. Grundlagen, Wege, Ziele (Hans-Dieter Bamberg, Auch ein Buch über Mitbestimmung) 2/188

Baethge, Martin: Ausbildung und Herrschaft (Wulf D. Hund, Bildung im Kapitalismus) . . . 8/870

Besson, Waldemar: Die Außenpolitik der Bundesrepublik (Harold Rasch, Die fünf Linien westdeutscher Außenpolitik) . 11/1209

Börnsen, Gert: Innerparteiliche Opposition — Jungsozialisten und SPD (Kurt Schacht, Innerparteiliche Opposition) . . . 2/186

Bohn, Willi: Transportkolonne Otto. — Literatur und Widerstand. — Stücke gegen den Faschismus (Heinz Brüdigam, Literatur und Widerstand) . . 12/1320

Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur (Eberhard Czichon, Die deutsche Diktatur) 4/413

Danckwerts / Lechner / Pfützer / Stiebitz: Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik (Ulrich Ewers, Sozialwissenschaften und Entwicklungspolitik) 12/1314

„Der Dienst" (Zeitschrift): (Manfred Bosch, „Der Dienst") . . 4/415

Dohnanyi, Klaus v.: Japanische Strategie oder Das deutsche Führungsdefizit (Jörg Goldberg, Großunternehmen Nation) 5/542

Heft/Seite

Ehrler, Klaus (Hrsg.): CDU in der DDR (Johannes Weidenheim, CDU in der DDR) 1/103

Galbraith, John Kenneth: Wie man Generale bändigt (Eike Hennig, Der militärisch-industrielle Komplex) 6/650

Gravenhorst, Lerke: Fallstudien an weiblichen Insassen eines Arbeitshauses (Karl-Josef Pieper, Aus einem Arbeitshaus) 4/412

Guedj, Aime/Girault, Jacques: Le Monde (Florence Hervé-Murray, „Le Monde") . . . 10/1092

Hildebrandt, Klaus: Vom Reich zum Weltreich (Reinhard Kühnl, Faschismus und Imperialismus) 5/541

Hortleder, Gerd: Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs (Ulrich Ewers, Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs) 7/746

Isaac, Jules: Genesis des Antisemitismus (Gerda Zorn, Die Genesis des Antisemitismus) 11/1212

Jessen, Hans (Hrsg.): Die deutsche Revolution 1948/49 in Augenzeugenberichten (Egbert Hoehl, Weder Einheit noch Freiheit) 10/1094

Klarsfeld, Beate: Die Geschichte des PG 2633930 Kiesinger. — „ADF zum Fall Kiesinger". Dokumentation (Heinz Brüdigam, Kiesingers politische Mitgift) 1/100

Leonhard, Wolfgang: Die Dreispaltung des Marxismus (Günter W. Smirr, Wolfgang Leonhards dreigespaltener Marxismus) 9/990

Lobel, Eli/Geries Sabri: Die Araber in Israel (Hans-Georg Burger, Bürger zweiter Klasse) 8/868

Meissner, Boris (Hrsg.): Die deutsche Ostpolitik 1961—1970 (Harold Rasch, Deutsche Ostpolitik) 6/654

Mertner/Mainusch: Pornotopia (Richard Stinshoff, Literaturwissenschaft als Instrument staatlicher Repression) . . . 12/1316

Mosen, Wido: Bundeswehr — Elite der Nation? Und: *Hedde, Klaus Peter / Fischer, Elmar:* Betreuung und Fürsorge in der Bundeswehr (Ulrich Bamberg, Bundeswehr — Elite der Nation?) 7/752

Moser, Tilman: Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur (Friedhelm Nyssen, Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur) 8/872

Naschold, Frieder: Organisation und Demokratie (Hans Karl Rupp, Organisation und Demokratie) 11/1207

Nolte, Ernst: Der Nationalsozialismus (Eike Hennig, „Si tacuisses . . .!") 9/988

Pressel, Wilhelm: Die Kriegspredigt 1914—1918 in der evangelischen Kirche Deutschlands. — *Missalla, Heinrich:* „Gott mit uns" (Hans-Dieter Bamberg, Christliche Kriegspredigt) 1/97

Rajewski, Xenia: Arbeitskampfrecht in der Bundesrepublik (Horst Welkoborsky, Streik und Recht) 7/749

Schmidtchen, Gerhard: Manipulation — Freiheit negativ. Und: *Armbruster, Arndt, Bachof, u. a.:* Pressefreiheit (Wulf D. Hund, Information oder Manipulation?) 6/651

Wolff, Robert Paul: Das Elend des Liberalismus (Ingrid Ahlring, „Elend der Philosophie") 2/183

Buchbesprechungen

Christliche Kriegspredigt (Hans-Dieter Bamberg) 1/97

Kiesingers politische Mitgift (Heinz Brüdigam) 1/100

CDU in der DDR (Johannes Weidenheim) 1/103

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1/104

„Elend der Philosophie" (Ingrid Ahlring) 2/183

Heft/Seite

Innerparteiliche Opposition (Kurt Schacht) 2/185
Auch ein Buch über Mitbestimmung (Hans-Dieter Bamberg) 2/188
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 2/189
Aus einem Arbeitshaus (Karl-Josef Pieper) 4/412
Die deutsche Diktatur (Eberhard Czichon) 4/413
„Der Dienst" (Manfred Bosch) . . 4/415
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 4/416
Faschismus und Imperialismus (Reinhard Kühnl) 5/541
Großunternehmen Nation (Jörg Goldberg) 5/542
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 5/546
Der militärisch-industrielle Komplex (Eike Hennig) 6/650
Information oder Manipulation? (Wulf D. Hund) 6/651
Deutsche Ostpolitik (Harold Rasch) 6/654
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 6/655
Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs (Ulrich Ewers) 7/746
Streik und Recht (Horst Welkoborsky) 7/749
Bundeswehr — Elite der Nation? (Ulrich Bamberg) 7/752
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 7/754
Bürger zweiter Klasse (Hans-Georg Burger) 8/868
Bildung im Kapitalismus (Wulf D. Hund) 8/870
Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur (Friedhelm Nyssen) 8/872
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 8/873
„Si tacuisses . . .!" (Eike Hennig) 9/988
Wolfgang Leonhards „dreigespaltener Marxismus" (Günter W. Smirr) 9/990
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 9/994

Heft/Seite

„Le Monde" (Florence Hervé-Murray) 10/1092
Weder Einheit noch Freiheit (Egbert Hoehl) 10/1094
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 10/1097
Organisation und Demokratie (Hans Karl Rupp) 11/1207
Die fünf Linien westdeutscher Außenpolitik (Harold Rasch) 11/1209
Die Genesis des Antisemitismus (Gerda Zorn) 11/1212
Sozialwissenschaften und Entwicklungspolitik (Ulrich Ewers) 12/1314
Literaturwissenschaft als Instrument staatlicher Repression (Richard Stinshoff) 12/1316
Literatur und Widerstand (Heinz Brüdigam) 12/1320

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Kommuniqués über die Beratungen führender Persönlichkeiten sozialistischer Staaten am 3./4. Dezember 1969 in Moskau 1/105
Wortlaut des Briefes des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an den Präsidenten der BRD, Gustav Heinemann, vom 17. Dezember 1969 . . . . . 1/108
Wortlaut des Briefes des Präsidenten der BRD, Gustav Heinemann, an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vom 21. Dezember 1969 . . . . . 1/108
Wortlaut des Entwurfes eines Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD vom 17. Dezember 1969 . . . . . 1/109
Soziale Zusammensetzung des 6. Deutschen Bundestages . . 1/110
Wortlaut der Rede von Bundeskanzler Willy Brandt vor dem

Heft/Seite

Bundestag am 14. Januar 1970 (Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation) 2/191

Wortlaut der Rede des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, auf der internationalen Pressekonferenz am 19. Januar 1970 und seine Antworten auf die Fragen der Presse 2/202

Starfighter-Verluste 2/225

Wortlaut der „Schnez-Studie" . . 3/301

Wortlaut der „Neun Thesen junger Offiziere", veröffentlicht in Hamburg im Januar 1970 3/319

Wortlaut des Briefes des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Willi Stoph, an Bundeskanzler Willy Brandt vom 11. Februar 1970 . . . . . 3/324

Wortlaut des Briefes von Willy Brandt an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, vom 18. Februar 1970 . . . . . 3/324

Erklärung von Willi Stoph, Vorsitzender des Ministerrates der DDR, am 19. März 1970 in Erfurt 4/418

Erklärung von Willy Brandt, Bundeskanzler der BRD, am 19. März 1970 in Erfurt . . . 4/429

Programm des „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt", veröffentlicht am 7. März 1970 in Köln 4/437

Stärke der Bundeswehr Anfang 1969 und Anfang 1970 . . . 4/438

Unfälle mit Atomwaffen von 1950 bis 1969 . . . . . 5/547

Wortlaut der Entschließung des Hamburger Kolloquiums 1970 6/656

Wortlaut der Erklärung von sieben Professoren der Hochschule für bildende Künste, Westberlin, vom 28. Mai 1970 6/658

Stellungnahme von Prof. Dr. Andreas Dress, Bielefeld, auf dem Kongreß für Mathematiker in Madison/USA im April 1970 . . . . . 6/661

Aufruf zum Reportagewettbewerb 1970 des „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" 6/662

Heft/Seite

Wortlaut der Erklärung von Willy Brandt, Bundeskanzler der BRD, am 21. Mai 1970 in Kassel 7/757

Wortlaut der Erklärung von Willi Stoph, Vorsitzender des Ministerrates der DDR, am 21. Mai 1970 in Kassel . . . 7/760

Wortlaut der Erklärung der Natoratstagung am 26./27. Mai 1970 in Rom über Fragen der beiderseitigen Truppenverminderung (ohne Zustimmung Frankreichs) 7/769

Wortlaut des Memorandums der Budapester Konferenz der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 26./27. Juni 1970 . . . . . 7/770

Der Wortlaut des sogenannten Bahr-Papiers 7/773

Soldat 70 — Wehrpflichtige melden sich zu Wort 8/874

Wortlaut des offenen Briefes der Befreiungsfront von Mozambique an den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland 8/880

Guatemala 8/882

Wortlaut des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. August 1970 . . . . 9/993

Dokumente, die mit dem Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR in Zusammenhang stehen 9/997

Gemeinsames Kommuniqué der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken . . 9/1000

Tischrede von Ministerpräsident Kossygin 9/1002

Tischrede des Bundeskanzlers . . 9/1002

Wortlaut des Kairoer Abkommens vom 27. September 1970 zur Beilegung des Bürgerkriegs in Jordanien 10/1100

Wortlaut der Reden von Gunnar und Alva Myrdal anläßlich der Verleihung des Friedens-

Heft/Seite

preises 1970 durch den Börsenverein des deutschen Buchhandels am 27. September 1970 in Frankfurt/Main . . . 10/1101

8 Punkte für den Frieden in Vietnam. Wortlaut der Erklärung des Außenministers der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, Frau Nguyen Thi Binh, vom 17. September 1970 11/1215

Wortlaut der Rede des Sprechers der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, Herrn Ly Van Sau, vom 22. Oktober 1970 11/1217

Wortlaut der Erklärung der Frankfurter Tagung zu Fragen der europäischen Sicherheit und einer Europäischen Sicherheitskonferenz vom 11. Oktober 1970 . . . . . 11/1224

Wortlaut einer Pressemitteilung der baskischen Oppositionsbewegung (ETA) über die Unterdrückung im Baskenland 11/1225

Wortlaut des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 . . . . . 12/1325

Dokumente, die mit dem Vertrag zwischen der BRD und der VR Polen in Zusammenhang stehen 12/1326

Wortlaut der Erklärung der Staaten des Warschauer Paktes zu Fragen der europäischen Sicherheit vom 3. Dezember 1970 in Berlin (DDR) 12/1330

Wortlaut der Resolutionen der Dritten Konferenz der blockfreien Länder in Lusaka/Sambia (I) 12/1332

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Hilde Bentele, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. Dr. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Revanchismus aus zu lösen. Sie wenden sich hartnäckig gegen gleichberechtigte Beziehungen zwischen der DDR und der BRD. Sie erklären jegliche Beschlüsse über die Verminderung des Wettrüstens für falsch.

Wer aber aus den Erfahrungen der Vergangenheit nur Ambitionen schöpft und nicht den Mut hat, den Tatsachen ehrlich und mit Würde ins Gesicht zu sehen, genießt kein Vertrauen und kann auch keines genießen. Nur die Politik und der Politiker können mit Erfolg rechnen, die auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben und, aus den Lehren der Vergangenheit lernend, an die Zukunft, an das Wohlergehen ihres Volkes, an den Frieden denken.

Kommuniqué der Beratung der Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten in Bukarest am 18./19. Februar 1971

(Wortlaut)

Am 18. und 19. Februar 1971 fand in Bukarest eine Beratung der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags: der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik statt.

Ausgehend von der Erklärung über Fragen der Festigung der Sicherheit und der Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit in Europa, angenommen auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags am 2. Dezember 1970 in Berlin,*) tauschten die Minister Informationen und Meinungen über den Gang der Vorbereitungen zur Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz aus.

In Anbetracht der positiven Entwicklung in den intereuropäischen Beziehungen in letzten Jahren stellen die Beratungsteilnehmer mit Befriedigung fest, daß durch die Anstrengungen der sozialistischen Länder und den Beitrag anderer Staaten gewisse Fortschritte zur Entspannung auf dem europäischen Kontinent erzielt wurden.

Der Vorschlag der sozialistischen Länder, eine gesamteuropäische Konferenz einzuberufen, wird von den Völkern Europas, von der europäischen Öffentlichkeit immer tatkräftiger unterstützt, die mit Recht der Meinung sind, daß diese Konferenz eine große Etappe auf dem Weg zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, zur Anbahnung der allseitigen und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern sein wird.

Die Außenminister sind der Ansicht, daß in der gegebenen Situation ein praktisches und konstruktives Herangehen an konkrete Probleme möglich und notwendig ist, um die Durchführung der Konferenz zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu beschleunigen.

Es wurde festgestellt, daß die Anstrengungen, welche von den für die Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz eintretenden Staaten in letzter Zeit unternommen wurden, die Konferenzvorbereitungen vorantreiben. Im Zuge bilateraler Kontakte wurden Voraussetzungen zur Aufnahme multilateraler Vorbereitungsarbeiten zur Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz geschaffen. Nun kommt es darauf an, den Übergang zu einer neuen und aktiveren Phase der Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz nicht in die Länge zu ziehen.

Die auf der Beratung vertretenen sozialistischen Länder erhärten erneut ihre Unterstützung für die Initiative der Regierung Finnlands in bezug auf die Durchführung der vorbereitenden Zusammenkünfte aller interessierten Staaten in Helsinki und ihre Bereit-

*) Vgl. „Blätter" 12/1970, S. 1330 ff. (Dokumente zum Zeitgeschehen).

schaft, an solchen Zusammenkünften zu beliebiger Zeit teilzunehmen und zu diesem Zweck entsprechende Vertreter zu beauftragen. Die Minister für Auswärtige Angelegenheiten betonen, daß eine unaufschiebbare Durchführung dieser Vorbereitungszusammenkünfte nötig ist, um zu praktischer Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz überzugehen, und möglich machen wird, Fragen ihrer Einberufung zu besprechen und zu vereinbaren.

Zu gleicher Zeit wurde hingewiesen: die an der tieferen Entspannung in Europa nicht interessierten Kreise verstärken ihren Widerstand gegen die Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz. Das kommt darin zum Ausdruck, daß allerlei Vorbedingungen an ihre Einberufung geknüpft werden zu dem Zweck, die Vorbereitungsarbeit zu komplizieren, die Frage der Konferenzeinberufung mit anderen Problemen zu verbinden, was ein ernstes Hindernis auf dem Wege zur Konferenz wäre. Auf diese Linie und auf verstärktes Wettrüsten in Europa waren die Beschlüsse der kürzlichen NATO-Ratstagung in Brüssel abgestellt. Das alles hemmt die Entwicklung günstiger Prozesse in Europa, welche den Interessen der Völker des europäischen Kontinents, den Interessen des Friedens entsprechen.

In dieser Situation sind zusätzliche Maßnahmen nötig, um die Hindernisse, die der Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz in den Weg gelegt werden, wegzuräumen. Im Auftrag ihrer Regierungen geben die Minister für Auswärtige Angelegenheiten der festen Entschlossenheit der an der Beratung teilnehmenden Staaten Ausdruck, baldigste Vollendung der Vorbereitungsarbeiten zur Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz zu fördern. Die Regierungen dieser Länder rufen die Regierungen aller interessierten Staaten auf, sich weiter dafür einzusetzen.

Die auf der Beratung vertretenen sozialistischen Länder werden auch weiterhin konstruktive Anstrengungen zur Entwicklung normaler, gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zwischen allen Staaten des Kontinents machen, für die Herstellung und Festigung der Atmosphäre des Friedens, für die Einstellung des Wettrüstens, für die Entspannung und Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt eintreten.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags halten es für wichtig, ein übriges Mal zu betonen: die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Staaten, welche solche Beziehungen noch nicht aufgenommen haben, hätte eine große Bedeutung für die europäische und die internationale Sicherheit. Auf allgemeingültigen Völkerrechtsnormen beruhende Beziehungen müssen zwischen der DDR und der BRD hergestellt werden. Es liege auch im Interesse der Entspannung, wenn die Gegenwirkung gegen die Aufnahme der DDR in die UNO und andere internationale Organisationen aufhört. Die Beratungsteilnehmer halten es für ihre Bruderpflicht, der DDR in all diesen Fragen nach Kräften behilflich zu sein, und werden entsprechende Schritte in dieser Beziehung tun.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Hilde Bentele, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. Dr. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

HALL, Martin, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *IHMELS, Karl,* geb. 1941 in de Bild (Niederlande), nach Jura-Studium in Marburg jetzt Rechtsreferendar in Gießen. *** *KÜLZ, Helmut R.,* geb. 1903 in Meerane/Sachsen, ist Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht in Westberlin. Begründer des Königsteiner Kreises und Vorsitzender der Deutsch-Englischen Gesellschaft in Westberlin. Vater: Dr. Wilhelm Külz, 1926/27 Reichsinnenminister. *** *SCHUHLER, Conrad,* geb. 1940 in Linz/Donau, Dipl.-Volkswirt, lebt als Schriftsteller in München, Mitherausgeber des „kürbiskern"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *RILLING, Rainer,* geb. 1945 in Stetten/Württ., studiert Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg/Lahn, Veröffentlichungen u. a.: Die NPD, Berlin 1967 (Mitautor), Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970. *** *FRISTER, Erich,* geb. 1927 in Berlin, Lehrerausbildung, Schulpraxis, heute Bezirksstadtrat für Volksbildung in Berlin-Neukölln. Seit 1968 Erster Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). *** *PLAT, Dr. Wolfgang,* geb. 1923 in Hamburg, promovierte über ein Thema aus der Entstehungsgeschichte des BGB; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt das Jahresregister 1970 bei; aus postalischen Gründen mußte daher der Umfang des März-Heftes auf 100 Seiten begrenzt bleiben.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	[illegible],–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

HALL, Martin, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *IHMELS, Karl,* geb. 1941 in de Bild (Niederlande), nach Jura-Studium in Marburg jetzt Rechtsreferendar in Gießen. *** *KÜLZ, Helmut R.,* geb. 1903 in Meerane/Sachsen, ist Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht in Westberlin. Begründer des Königsteiner Kreises und Vorsitzender der Deutsch-Englischen Gesellschaft in Westberlin. Vater: Dr. Wilhelm Külz, 1926/27 Reichsinnenminister. *** *SCHUHLER, Conrad,* geb. 1940 in Linz/Donau, Dipl.-Volkswirt, lebt als Schriftsteller in München, Mitherausgeber des „kürbiskern"; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *RILLING, Rainer,* geb. 1945 in Stetten/Württ., studiert Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg/Lahn, Veröffentlichungen u. a.: Die NPD, Berlin 1967 (Mitautor), Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970. *** *FRISTER, Erich,* geb. 1927 in Berlin, Lehrerausbildung, Schulpraxis, heute Bezirksstadtrat für Volksbildung in Berlin-Neukölln. Seit 1968 Erster Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). *** *PLAT, Dr. Wolfgang,* geb. 1923 in Hamburg, promovierte über ein Thema aus der Entstehungsgeschichte des BGB; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt das Jahresregister 1970 bei; aus postalischen Gründen mußte daher der Umfang des März-Heftes auf 100 Seiten begrenzt bleiben.